POLITISCHE GESCHICHTE DER GEGENWART

Wilhelm Müller, Karl Wippermann (contin.)

Digitized by Google

Mod Hist

LIBRARY

OF THE

UNIVERSITY OF CALIFORNIA.

Received Jan. 1887

Accessions No. 33467 *Shelf No.*

Politiſche Geſchichte

der

Gegenwart

von

Wilhelm Müller,
Profeſſor.

I

Das Jahr 1867.

Berlin.

Verlag von Julius Springer.

1868.

Digitized by Google

D394
M9
v.1

33467

Digitized by Google

LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA.

Vorrede.

Von den politischen Neuigkeiten, welche die Zeitungen Tag für Tag bringen, entschwinden im Laufe eines Jahres gar viele, und nicht bloß die uninteressanten, dem Gedächtniß des Lesers, die Bilder hervorragender Gestalten verblassen, der historische Zusammenhang der einzelnen Thatsachen verliert sich. Und doch enthält ein ganzes Jahr des Merkwürdigen so viel, daß es sich lohnte, dasselbe wie in einem Blumenstrauß zusammenzufassen, zumal in einer Zeit, welche mit allem Scharfsinn und aller Energie an die Lösung der schwierigsten europäischen Fragen geht und mit einer gewissen Ungeduld und Hast in kaum einem Jahrzehnt vollenden möchte, was sonst die Arbeit von Jahrhunderten war. Gerade das Jahr 1867 bietet manches, was auch in einer allgemeinen Geschichte seinen Platz behaupten wird. Die Gründung des norddeutschen Bundes, die Katastrophe von Mexiko, die Gefahr des Papstthums vor dem Tage von Mentana sind Ereignisse von bleibender Bedeutung. An diese reihen sich andere an, welche unsere ganze Aufmerksamkeit in Anspruch genommen haben und dieselbe in kommenden Jahren vielleicht in noch erhöhtem Grade fordern: der Luxemburger Handel, die Aufstände in Kandia und an der unteren Donau, die östreichischen Verfassungs- und Konkordatskämpfe und, was für uns bei weitem das Wichtigste ist, die immer enger werdenden Beziehungen Süddeutschlands zum norddeutschen Bund.

All diese und noch manche andere, hier nicht anzuführende, Ereignisse in ihrem geschichtlichen Zusammenhang in fortlaufender

Digitized by Google

Erzählung zur Darstellung zu bringen, war die Aufgabe dieser Arbeit. Der Verfasser wollte derselben nicht die Form einer Chronik oder eines Tagbuchs geben, sondern wählte die Form einer politischen Revüe, welche es ihm erlaubte, das Unwesentliche gar nicht oder nur flüchtig zu berühren, das Wesentliche durch Darlegung seines historischen Ursprungs und seiner Verwandtschaft mit früheren Thatsachen in das rechte Licht zu setzen und den deutschnationalen Geist, von welchem das Ganze getragen sein soll, durchleuchten zu lassen. Dadurch hoffte er, zumal auch Ton und Diktion bei solcher Fassung einen anderen Charakter anzunehmen haben, die gebildeten Kreise für seine Arbeit zu interessiren und ihnen die Lektüre einer solchen „politischen Geschichte der Gegenwart" zu einer Art Bedürfniß zu machen.

Um das Buch auch zum Nachschlagen, zum raschen und bequemen Auffinden der darin angeführten Ereignisse, diplomatischen Aktenstücke, Kammerverhandlungen, Journalartikel u. s. w. brauchbar zu machen, hat der Verfasser, außer den fortlaufenden Ueberschriften des Textes, noch zwei besondere Verzeichnisse demselben beigefügt. Das eine ist ein genau an den Text sich anschließendes detailirtes Inhaltsverzeichniß mit Angabe der Daten und Verweisung auf die Seitenzahl des Textes; das andere ist eine Chronik sämtlicher Ereignisse des Jahres 1867, in der Weise eines Kalenders geordnet und gleichfalls mit Verweisung auf die Seitenzahl des Textes versehen.

Durch eine solche Anordnung soll dieser Schrift der Charakter einer politischen Revüe gewahrt bleiben, dieselbe aber doch die praktischen Vortheile einer Chronik oder eines Tagbuchs in sich aufnehmen, ohne dadurch an Bogenzahl bedeutend vermehrt zu werden.

Tübingen den 20. März 1868.

W. Müller.

Digitized by Google

Inhalts-Verzeichniß.

(Wo dem Datum keine Jahreszahl beigefügt ist, ist das Jahr 1867 gemeint.)

	Seite
Die Konsequenzen von Königgrätz	1
Der rothe Faden des Jahres 1867	1
Preußens und Italiens Beziehungen zu Frankreich	2
Die frühere Stellung Preußens zu Deutschland	3
Die preußischen Annexionen	3
Das provisorische Bündniß der norddeutschen Staaten (4. Aug. 1866)	4
Die Konferenzen der Bevollmächtigten in Berlin eröffnet (17. Dec. 1866)	4
Rede des Grafen Bismarck über den alten und den neuen Bund	4
Der Verfassungsentwurf ist von den Bevollmächtigten durchberathen (9. Febr. 1867)	5
Thronrede der Königs von Preußen zur Eröffnung des norddeutschen Reichstags (24. Febr.)	5
„Im Namen Deutschlands“	7
Englische Urtheile über preußische Politik	8
Süddeutschland und ein Südbund	9
Fürst von Hohenlohe wird Ministerpräsident in Baiern (29. Dec. 1866)	10
Die Linke der bairischen Kammer stellt einen Antrag auf engen Anschluß an Preußen (14. Jan.)	10
Programm des Fürsten von Hohenlohe (19. Jan.)	10
Es macht großes Aufsehen im Ausland	11
Die Stuttgarter Militärkonferenzen (5. Febr.)	11
Napoleon sieht sich getäuscht	12
Napoleon schreitet zur Krönung des Gebäudes, schafft die Adreßdebatte ab, gibt das Interpellationsrecht u. ein neues Preßgesetz (19. Jan.)	13
Napoleon eröffnet die Kammer mit einer Thronrede (14. Februar)	15
Wahrheit u. Dichtung in der Thronrede	17
Graf Bismarck übergibt dem Reichstag den Verfassungsentwurf des norddeutschen Bundes (4. März)	17
Beginn der Generaldiskussion über den Verfassungsentwurf im Reichstag (9. März)	18
Das Parteiwesen im Reichstag	18
Die Stellung des Grafen Bismarck im Reichstag	19
Die Hauptreinwände gegen den Verfassungsentwurf	20
Die Abgeordneten Miquel und Braun	21
Die Katholiken und Partikularisten	22
Graf Bismarcks Rede über Hannover und Langensalza als Antwort auf den Angriff des Freiherrn von Münchhausen	23
Graf Bismarcks Rede zur Vertheidigung des Verfassungsentwurfs, über Süddeutschland und den Zollverein	25

Digitized by Google

	Seite
Die Anachronismen des Herrn Thiers	27
Thiers' Rede im gesetzgebenden Körper über das Verhältniß Frankreichs zu Deutschland (14. März)	27
Die Reden Garnier-Pagès' u. Emil Olliviers (15. März)	29
Die Rede des Grafen Latour (16. März)	29
Die Rede des Staatsministers Rouher (16. März)	30
Die Reden Jüles Favre's und Graniers von Cassagnac (18. März)	31
Beginn der Specialdebatte im norddeutschen Reichstag (18. März)	31
Graf Bismarck über Polen	32
Graf Bismarck über die nördlichen Distrikte Schleswigs	32
Graf Bismarck über die süddeutschen Allianzverträge	33
Ihre Veröffentlichung im Interesse des Fürsten von Hohenlohe	34
Die französischen Kompensationsforderungen haben Süddeutschland zum Abschluß der Allianzverträge veranlaßt	35
Urtheile des Auslands über diese Verträge	36
Das Militärwesen in Süddeutschland	37
Mit seiner Verbesserung geht es langsam vorwärts	38
Die Interpellation des Herrn von Bennigsen über die Luxemburger Frage im Reichstag (1. April)	39
Die Antwort des Grafen Bismarck	39
Böswillige Gerüchte	40
Das Haus Oranien einst und jetzt	41
Warum will der König von Holland das Großherzogthum Luxemburg verkaufen?	42
Napoleon ist sicher, bei einer Abstimmung der Bevölkerung recht viele „Oui" zu bekommen	43
Französische Agenten in Luxemburg	43
Wie lauten die Stimmen aus dem luxemburgischen Volke?	44
Napoleon zweifelt nicht an Preußens Zustimmung	44
Der König von Holland theilt dem preußischen Gesandten das Geheimniß mit	45
Preußen protestirt gegen den Verkauf Luxemburgs (25. März)	45
Der luxemburgische Kurier dementirt die Abtretung (30. März)	45
Frankreich verlangt nun von Preußen die Räumung der Festung Luxemburg	45
Die Luxemburger Frage wird zur Kriegsfrage	46
Soll Preußen losschlagen?	46
Erklärung der 118 bairischen Abgeordneten	46
Militärkonvention Preußens mit Hessen (7. April)	47
Allianzvertrag Preußens mit Hessen (11. April)	47
Mit den Militärreformen in Süddeutschland geht es endlich besser	48
Kolossale Rüstungen Frankreichs	48
Preußens ruhige Haltung	48
Welches Recht hat Deutschland auf Luxemburg?	49
Geschichtliches über die alte Grafschaft (später Herzogthum) Luxemburg (von 963 bis 1814)	49
Der Wiener Kongreß übergibt das Großherzogthum Luxemburg dem Hause Oranien (31. Mai 1815)	51
Worauf gründet sich Preußens Besatzungsrecht in der Festung Luxemburg?	52
Die Verträge Preußens mit Holland und den anderen Mächten (1815, 1816, 1817)	52
In der belgischen Revolution schließen sich die Luxemburger an Belgien an	54

Digitized by Google

Seite

Der Londoner Vertrag (19. April 1839) bestimmt d. Theilung Luxemburgs unter Holland und Belgien 54
Der König von Holland verlangt die Ausscheidung Limburgs aus dem deutschen Bund (19. Mai 1866) 54
Ist Luxemburg nach Auflösung des deutschen Bundes auch von Deutschland gelöst? 55
Die Unterzeichner des Londoner Vertrages von 1839 sollen über den preußisch-französischen Streit entscheiden 55
Oestreichische Vermittlungsvorschläge 56
Beginn der Londoner Konferenz (7. Mai) 56
Luxemburg bleibt im Zollverein . 57
Der Londoner Vertrag wird unterzeichnet (11. Mai) 57
Wer hat bei diesem Handel etwas gewonnen? 58
Eine Enthüllung der Schlesischen Zeitung 59
Lord Stanley's Auslegung einer Kollektivgarantie (14. Juni) . . 59
Graf Derby unterscheidet zwischen Separat- und Kollektivgarantie (5. Juli) 59
Was sagt die Kreuzzeitung dazu? . 60
Verlauf der Specialdebatte über den Verfassungsentwurf im norddeutschen Reichstag 60
Die Schlußberathung (15. u. 16. April) 61
Der Reichstag nimmt seinen früheren Beschluß hinsichtlich der Diäten zurück und beschließt, daß die Abgeordneten keine Diäten erhalten sollen (15. April) 62
Der Reichstag gibt bei Festsetzung des Militärwesens nicht nach (16. April) 63
Annahme des Verfassungsentwurfes (16. April) 63
Der Reichstag wird vom König mit einer Thronrede geschlossen (17. April) 63
Die Bedeutung der Bundesverfassung 64
Eröffnung der Weltindustrieausstellung in Paris (1. April) . . . 64
Sollen der Kaiser von Rußland und der König von Preußen mit oder nach einander nach Paris reisen? 65
Ankunft des Kaisers von Rußland in Paris (1. Juni) 66
Vive la Pologne! 67
Die orientalische Frage 67
Die Insel Kandia 67
Was ist von den türkischen Reformen zu halten? 68
Der Beginn des Aufstandes der Kandioten (1866) 68
Kann sich Griechenland dem Schmerzensschrei der Kandioten entziehen? 69
Die Türken werden von den Kandioten zurückgeschlagen (11. bis 12. Febr. und 23. April) . . . 70
Vier Mächte erlassen an die Pforte eine Kollektivnote (15. Juni) . . 70
Die Pforte will keine Einmischung dulden 71
Ist eine russisch-französische Allianz zu fürchten? 71
Preußisch-russische Intimität . . . 72
Wodurch könnte diese gestört werden? 73
Konferenzen des Grafen Bismarck mit den süddeutschen Ministern in Zollvereinsangelegenheiten (3. und 4. Juni) 74
Die Gesetzgebung in Zollvereinssachen soll einem gemeinschaftlichen Parlament übertragen werden . 74
Aufhebung des liberum Veto . . 75
Die bairischen Ultramontanen und Reichsräthe finden die Sache sehr bedenklich 75
Graf Tauffkirchen zu neuen Unterhandlungen nach Berlin geschickt (17. Juni) 78

Digitized by Google

Seite

Baiern geht endlich auf ein Zollparlament ein (18. Juni) . . 78
Abschluß des neuen Zollvertrags (8. Juli) 79
Ankunft des Königs von Preußen in Paris (5. Juni) 79
Das Attentat des Polen Berezowski auf den Kaiser von Rußland (6. Juni) 80
Das Journal „Pays" bespricht die „natürlichen Grenzen" 81
Das östreichische Kaiserpaar wird in Paris sehnlich erwartet 82
Das Verhältniß Frankreichs zu Oestreich ist ein ganz anderes geworden 83
Kann Oestreich mit Frankreich gegen Deutschland marschiren? . . . 84
Oestreichs neue Physiognomie . . 84
Freiherr von Beust wird auswärtiger Minister 85
Seine Differenzen mit Graf Belcredi hinsichtlich d. Ausgleichs mit Ungarn 86
Belcredi entlassen, Beust Ministerpräsident (7. Febr) 86
Das ungarische Ministerium mit dem Grafen Andrassy an der Spitze (15. März) 86
Franz Josef als König von Ungarn gekrönt (8. Juni) 86
Wegen der ungarischen Nebenländer gibt es Streit 87
Was ist von dem ungarischen Ausgleich zu halten? 88
Eröffnung d. deutsch-slavischen Reichsraths (22. Mai) 89
Die Adresse des Abgeordnetenhauses fordert die Revision d. Konkordats 89
Die czechischen Führer in Böhmen pilgern zu der ethnographischen Ausstellung in Moskau 90
Der Panslavismus 91
Franz Josef erhält in München die

Seite

Nachricht v. d. Erschießung Maximilians (30. Juni) 92
Napoleons Rede bei der Austheilung der Ausstellungspreise (1. Juli) . 93
Sultan Abdul-Aziz trifft in Paris ein (30. Juni) 93
Der Moniteur über Maximilian und Juarez (5. Juli) 93
Man vergleicht Napoleon u. Juarez 94
Eine östreichische Stimme über Maximilian 94
Das mexikanische Kaiserthum und die Monroe-Doktrin 95
Die „große Idee" des Napoleonischen Kaiserreichs 96
Die Vereinigten Staaten verlangen den Abzug d. französischen Truppen aus Mexiko (12. Febr. 1866) . 96
Frankreich beschließt den Rückzug u. drängt Maximilian einen neuen Vertrag auf (30. Juli 1866) . 97
Was war der Zweck der Sendung des Generals Castelnau (21. Okt. 1866)? 98
Brief des belgischen Staatsraths Eloin (17. Sept. 1866) 99
Maximilian und eine Konferenz der Minister und des Staatsraths entscheiden sich für Ausharren . . 100
Napoleon will Maximilian das Ausharren unmöglich machen . . . 100
Die Vereinigten Staaten verlangen sofortigen Abzug der Franzosen (23. Nov. 1866) 101
Marschall Bazaine spricht in der Junta vergebens für Maximilians Thronentsagung (14. Januar) . . . 102
Abzug der Franzosen aus Mexiko u. Veracruz (8. Febr. und 11. März) 103
Maximilian marschirt v. Mexiko nach Queretaro (19. Febr.) 104
Von Escobedo eingeschlossen, v. Lopez verrathen, ergibt sich Maximilian (15. Mai) 104

Digitized by Google

Seite

Maximilian vor dem Kriegsgericht (13. Juni) 105
Maximilian u. die Generale Miramon und Mejia erschossen (19. Juni) . 105
Präsident Juarez hält seinen Einzug in Mexiko (15. Juli) 106
Viceadmiral Tegetthoff holt den Leichnam Maximilians ab (26. Nov.) 106
Beisetzung des Leichnams in Wien (18. Jan. 1868) 106
Kaiserin Charlotte in Tervuren (31. Juli) 106
Napoleon interessirt sich sehr für die in England deponirten Papiere Maximilians 106
Reichskanzler von Beust und das Konkordat 107
Das östreichische Abgeordnetenhaus will zunächst neue Gesetzentwürfe über Ehe und Schule (20. Juli) 108
Die Regierung will zunächst Unterhandlungen mit Rom anknüpfen 108
Der östreichische Lehrertag spricht sich für die Trennung der Schule von der Kirche aus 109
Die Adresse der 25 Bischöfe an den Kaiser (2. Oktober) 109
Lehrerbildungsanstalt in Wien . . 110
Die Adresse des Wiener Gemeinderaths an den Kaiser (4. Oktober) 110
Handschreiben des Kaisers an Kardinal Rauscher (16. Okt.) . . . 111
Presse u. Gemeindekollegien halten zum Abgeordnetenhaus gegen das Konkordat 111
Eine Stimme aus Mähren über die klerikale Unterrichtsmethode . . 112
Das Abgeordnetenhaus nimmt die Gesetzentwürfe über Ehe und Schule an (22. und 29. Okt.) 112
Die Gesetzentwürfe im Herrenhaus 112
Graf Crivelli soll mit Rom unterhandeln 113
Die Gründung einer Lehrerbildungsanstalt in Wien endlich genehmigt (3. November) 113
Frankreich mischt sich in den dänischen Streit 113
Hetzereien der französischen Presse . 114
Unverschämtheiten d. dänischen Presse 114
Die Linie Flensburg 115
Unter welchen Bedingungen könnte die Abtretung nördlicher Distrikte Schleswigs stattfinden? 115
Unterhandlungen zwischen Preußen und Dänemark 115
Preußen verlangt Garantien, Dänemark will keine geben 115
Eine französische Depesche wird in Berlin vorgelesen (23. Juli) . . 116
Die Lage wird sehr ernst 117
Frankreich wird bei seiner Einmischung von den anderen Mächten nicht unterstützt 118
Die französische Einmischung wird von der preußischen Regierung zurückgewiesen 118
Der kleine Moniteur weiß nichts von einer „Note“ (27. Juli) . . . 118
Ein geheimer Artikel beim Prager Friedensvertrag 119
Der französische Handelsminister Behic reist nach Dänemark . . . 119
Französische Journalisten in Kopenhagen (12. August) 119
Das französische Kaiserpaar reist nach Salzburg (17. u. 18. August) 120
Französisches Rundschreiben über die Salzburger Zusammenkunft (25. August) 120
Oestreichisches Rothbuch über die Salzburger Zusammenkunft . . 121
Besprechungen in Salzburg . . . 121
Die östreichische Presse spricht sich gegen ein östreichisch-französisches Bündniß aus 122
Die Kreuzzeitung läßt sich v. Paris keine Recepte verschreiben . . . 122

Digitized by Google

Seite

Die Haltung Süddeutschlands bei der Reise Napoleons nach Salzburg . 123
Abreise des französischen Kaiserpaars von Salzburg (23. August) . . 124
Napoleons Reden in Arras u. Lille (26. August) 124
Kriegsgeschrei d. französischen „Pays“ 124
Die Kreuzzeitung bleibt die Antwort nicht schuldig (1. Oktober) . . . 125
Wie lautet der Artikel IV. des Prager Friedens über Süddeutschland? 125
Gibt er Oestreich ein Recht der Einmischung in die Verhältnisse zwischen Nord- und Süddeutschland? 126
Worauf beruht Frankreichs angebliches Recht der Einmischung? . 127
Die badische Thronrede (5. Sept.) . 127
Die französische „Liberté“ über diese Rede 127
Die Antwortsadresse der badischen zweiten Kammer (16. Sept.) . . 128
Die Mehrheit der hessischen zweiten Kammer verlangt Eintritt des ganzen Großherzogthums in den norddeutschen Bund (3. Juni) . . . 128
Die hessische Regierung stimmt aus „Rücksichten für Preußen“ nicht bei 128
Rundschreiben des Grafen Bismarck über das Verhältniß von Nord- zu Süddeutschland gegenüber vom Ausland (7. Sept.) 129
Urtheile der französischen, englischen und italienischen Presse 130
Preußen übernimmt das Thurn und Taxis'sche Postwesen in den norddeutschen Staaten (1. Juli) . . 131
Preußen schließt Militärkonventionen mit den kleineren norddeutschen Staaten 131
Die Verwaltung des Fürstenthums Waldeck geht an Preußen über (18. Juli) 132
Wahlsieg in Schleswig (31. August) 132

Seite

Eröffnung des norddeutschen Reichstags mit einer Thronrede (10. Sept.) 132
Antwortsadr. d. Reichstags (24. Sept.) 133
Graf Bismarck Bundeskanzler (1. Juli) 133
Graf Bismarck über das Besatzungsrecht in Luxemburg, über Nordschleswig und Süddeutschland . 134
Der König von Preußen auf der Burg Hohenzollern (3. Oktober) . 134
Zusammenkunft d. Königs v. Preußen mit den süddeutschen Fürsten . . 135
Die Stuttgarter Versammlung nationaldeutscher Männer aus den 4 süddeutschen Staaten (4. Aug.) 136
Die Landesversammlung der deutschen Partei in Württemberg (27. Sept.) 136
Annahme des Zollvereinsvertrags in der hessischen zweiten Kammer (17. August) 136
Rede des Dr. Völk in Augsburg über die norddeutsche Bundesverfassung (6. Okt.) 136
Hohenlohe's Stellung in Baiern . 137
Enthüllungen des östreichischen Rothbuchs über die Mission des Grafen Taufkirchen (19. April) . . . 137
Fürst Hohenlohe in der bairischen Abgeordnetenkammer über das Verhältniß von Süddeutschland zu Norddeutschland (8. Okt.) . . . 138
Bedenkliche Nachrichten aus München und Stuttgart 139
Der Abgeordnete Braun im norddeutschen Reichstag über die Verträge in Württemberg (8. Okt.) 139
Der Beschluß des norddeutschen Reichstags über die süddeutschen Allianz- und Zollvereinsverträge (26. Okt.) 140
Interpellation des badischen Abgeordneten Wundt an die Regierung (14. Okt.) 140
Antwort des Ministers von Freydorf 141
Annahme des Allianzvertrags in

Digitized by Google

Seite

der badischen zweiten Kammer (18. Okt.) 141
Annahme des Zollvereinsvertrags in der badischen zweiten Kammer (19. Okt.) 142
Debatte über den Zollvereinsvertrag in der bairischen Abgeordnetenkammer und Annahme desselben (21. u. 22. Okt.) 142
Debatte über den Zollvereinsvertrag in der bairischen Reichsrathskammer (26. Okt.) 143
Der Löwenstein'sche Vermittlungsantrag 144
Fürst Hohenlohe u. Frhr. v. Thüngen reisen nach Berlin (26. Okt.) . . 144
Der Erfolg ihrer Reise 144
Das Abgeordnetenhaus beharrt auf seinem Beschluß (30. Okt.) . . 145
Die Reichsrathskammer nimmt den Zollvereinsvertrag an (31. Okt.) 145
Was ist von diesen ersten Kammern zu halten? 146
Der König von Württemberg hält fest am Allianzvertrag 146
Der Allianzvertrag in der württembergischen Abgeordnetenkammer (29. Okt.) 147
Die Mehrheit der Kommission beantragt seine Verwerfung . . . 148
Heftige Opposition des Abgeordneten Mohl 148
Vertheidigung durch die Minister . 149
Annahme d. Allianzvertrags (30. Okt.) 149
Annahme des Zollvereinsvertrags (31. Okt.) 150
Ankunft des Kaisers Franz Josef in Paris (23. Okt.) 150
Reise des Freiherrn von Beust nach London (1. Nov.) 151
Gemeinschaftliches Auftreten Englands, Frankreichs und Oestreichs in der orientalischen Politik . . 151
Fortdauer des Kampfes in Kandia 151

Seite

Serbien will sich zu einem Großserbien aufschwingen 152
Rußland ist noch nicht gerüstet . . 152
Rundschreiben des Freiherrn von Beust (1. Nov.) 152
Italien macht geringe Fortschritte 153
Sturz des Ministeriums Ricasoli (4. April) 154
Das Ministerium Ratazzi (10. April) 154
Einziehung der Kirchen- u. Klostergüter von der Abgeordnetenkammer beschlossen (28. Juli) 154
Beginn des Verkaufs der Kirchengüter (1. Sept.) 154
Protest des Papstes gegen dieses Verfahren (20. Sept.) 155
General Dümont inspicirt die Antibeslegion in Rom (17. Juli) . . . 155
Schreiben des Kriegsministers Riel (21. Juni) 155
Garibaldis Rundreisen in Oberitalien 156
Garibaldi auf dem Friedenskongreß zu Genf (9.—12. Sept.) . . . 156
Tendenz und Ende des Friedenskongresses 156
Garibaldi an der päpstlichen Grenze gefangen genommen (24. Sept.) 157
Ratazzi erklärt sich gegen den Freischarenzug (21. Sept.) 157
Garibaldi freigelassen, reist nach Kaprera (27. Sept.) 157
Rüstungen Frankreichs zur Beschützung Roms 157
Welche Wege führen Italien nach Rom? 158
Die Freischaren überschreiten die päpstliche Grenze (30. Sept.) . . 158
Aufregung in Rom 159
Die Freischaren räumen das päpstliche Gebiet (19. Okt.) 159
Ratazzi verbindet sich mit der Aktionspartei 159
Minister. Ratazzi entlassen (19. Okt.) 160
Cialdini bringt kein neues Ministerium zu Stande 160

Digitized by Google

Seite

Ministerium Menabrea (27. Okt.) . 160
Garibaldi wieder in Italien (19. Okt.) 160
Der Anschlag auf Rom mißlingt (23. Okt.) 160
Garibaldi stellt sich an die Spitze der Freischaren im Kirchenstaat (23. Okt) 160
Erfolge der Garibaldiner 161
Die französischen Hilfstruppen ziehen in Rom ein (30. Okt.) 161
Treffen bei Mentana (3. Nov.) . 162
Garibaldi gefangen genommen und wieder nach Kaprera geschickt (4. u. 26. Nov.) 162
Die italienischen Truppen räumen den Kirchenstaat (4. Nov.) . . 163
Die französische Regierung befindet sich in Verlegenheit 163
Eine europäische Konferenz soll sie davon befreien (9. Nov.) . . . 164
Graf Derby über die Konferenz (20. Nov.) 164
Auch die deutschen Mittelstaaten erhalten Einladungen zur Konferenz 164
Hessen-Darmstadt greift rasch zu und erhält einen Verweis (24. Nov.) 165
Die Haltung Italiens und des Papstes geben schlechte Aussichten für die Konferenz 165
Die französische Thronrede (18. Nov.) 165
Im gesetzgebenden Körper sprechen Favre und Simon gegen die französische Intervention (2. u. 3. Dec.) 166
Moustier und Thiers behaupten ihre Nothwendigkeit (4. Dec.) . . . 167
Rouher ruft aus: Jamais! (5. Dec.) 168
Thiers und Rouhers Phrasen über Deutschland (9. Dec.) 168
Debatte über das Militärgesetz (19. Dec.) 198
Berichterstatter Gressier über die Störung d. „Gleichgewichts" (21. Dec.) 168
Rede des Kriegsminist. Niel (23. Dec.) 169
Entgegnung Jules Favre's . . . 170

Seite

Graf Menabrea in d. italienischen Abgeordnetenkammer über das Verhältniß Italiens zu Rom (5. Dec.) 171
Graf Menabrea über den Septembervertrag (17. Dec.) 171
Mari und Crispi greifen die päpstliche Herrschaft u. die französische Regierung heftig an (13. u. 16. Dec.) 172
Die italienische Abgeordnetenkammer gibt ihre Antwort auf Rouhers Jamais (22. Dec.) 173
Menabrea's Entlassung und Wiederberufung (23. Dec.) 173
Gegensätze zwischen Frankreich und Italien 173
Braucht Italien die Hauptstadt Rom? 173
Braucht der „souveräne" Papst Rom und den Kirchenstaat? 174
Napoleon I. über den Kirchenstaat . 174
Italien soll sich Preußen zum Muster nehmen 175
Was ist der Preis einer französisch-italienischen Allianz? 175
Für diesen Fall ist Deutschland ebensogut gerüstet als Frankreich . . 176
Wird Italien der Versuchung widerstehen? 177
Die Instruktion des Grafen Bismarck über das Verhältniß Deutschlands zu Italien (Okt.) 177
Die preuß. Thronrede (15. Nov.) 177
Bennigsens Antrag über das Gesandtschaftswesen (9. Dec.) . . 177
Graf Bismarck über die Gesandtschaften der kleineren Staaten, über Bundeskonsulate und Bundesgesandte 178
Errichtung von Bundeskonsulaten u. Bundesgesandtschaften 179
Der neue Postvertrag und das Groschenporto (27. Nov.) 179
Die Unterhandlungen mit Dänemark gehen nicht vorwärts 179

Digitized by Google

	Seite
Englands Verhältniß zu Irland	180
Die Feuer und die Pulverexplosion von Clerkenwell (13. Dec.)	180
Die Thronrede kündigt die Expedition nach Abessinien an (19. Nov.)	181
Militäraufstand in Spanien (31. Aug.)	181
Präsident Johnson und der Kongreß in den Vereinigten Staaten	181
Die Vereinigten Staaten kaufen Rußland seine amerikanischen Besitzungen ab (1. April)	182
Brasilien und Paraguay	182
Jahresbilanz	183
Italien und Frankreich	183
Die Pariser Polizei auf dem Montmartrekirchhof (2. Nov.)	183
Parlamentar. Fortschritte in Oestreich	183
Rückschritte in der Einheit des Reiches	184
Die Ungarn wollen möglichst wenig zahlen	184
Warum fürchten die Ungarn Preußen und Deutschland?	184
Große Fortschritte Preußens und Deutschlands in der Konsolidirung	185
Beginnende Umwandlung Preußens in Deutschland	186
Graf Bismarck über Deutschland u. den Partikularismus (11. Dec.)	186
„Ich bin ein Deutscher"	186

Digitized by Google

Digitized by Google

Das Jahr 1867 hat ein reiches Erbe angetreten. Der Tag von Königgrätz, welcher so viele Herzen erzittern und erbeben machte, sei es aus Angst und Neid, sei es aus Hoffnung und Freude, bildet einen jener historischen Denksteine, welche den Abschluß einer hundertjährigen Geschichte und den Beginn einer neuen großen Zeit bezeichnen. Die Konsequenzen dieses Tages sind noch nicht vollständig gezogen; sie sind es erst, wenn keine Mainlinie mehr existirt, wenn nicht bloß Kriegs- und Zollparlamentsherren, sondern auch Reichstagsabgeordnete diese Linie passiren, um in der neuen Bundesstadt den norddeutschen Bund zu einem deutschen zu machen; sie sind es erst, wenn das stolze Wort der Hohenzollern: „Vom Fels zum Meere!“ auch in der umgekehrten Stellung: „Vom Meer zum Felsen!“ seine Bedeutung hat.

Neben Preußen ist es Italien, welches an den Spolien von 1866 sich eifrig betheiligt hat. Das Erworbene zu befestigen, das Neue mit dem Alten zu verschmelzen, das noch Fernerliegende mit materiellen und ideellen Banden zu umschlingen, um es im günstigen Augenblick mit einem raschen Zug zu seinem Eigenthum zu machen, dies war die Aufgabe des einen wie des anderen Staates im verflossenen Jahre. Wie ein rother Faden zieht sich dieses Streben durch alle zwölf Monate hin, und dazwischen hinein erblickt man jeden Augenblick die täppische Hand des westlichen Nachbarn, welche den Faden zu zerreißen, den Knoten zu zerhauen sucht. Damit ist schon dasjenige angeführt, was das Jahr 1867 neben seinem glorreichen Vorgänger zu einem bedeutenden macht. Die Consolidirung des norddeutschen Bundes und Italiens, die Beziehungen des einen zu Süddeutschland, des anderen zum Kirchenstaat, das daraus entstehende mehr oder minder gespannte Verhältniß beider Staaten zu Frankreich sind weitaus die wichtigsten Momente in der Geschichte dieses Jahres.

Digitized by Google

Aber wenn Italien neben Preußen genannt wird, wenn Vergleichungspunkte in der Entwicklung beider Staaten schon angedeutet sind, wie gewaltig sind doch auch, zum Troste Deutschlands, die Unterschiede! Es ist zwar wahr: Kirchenstaat und Süddeutschland, Septemberkonvention und Artikel IV. des Prager Friedens haben einige Aehnlichkeit; es ist nicht minder wahr, daß die Einheit Italiens und Deutschlands ohne den Hinzutritt der ebengenannten Staaten keine wirkliche ist, und daß endlich die „intellektuellen" Urheber jener Konventionen sich auffallend gleich sehen; aber mehr läßt sich auch mit dem besten Willen nicht sagen, und aus der Aehnlichkeit sieht die Unähnlichkeit schon heraus. Während Italien 1859 nur durch die Hilfe Frankreichs seine Unabhängigkeit gewann und diesen Dienst mit Preisgebung Savoyens und Nizza's bezahlen mußte, hat Preußen durch eigene Kraft, ohne irgend welche Unterstützung des Auslandes seine heutige Machtstellung errungen, und als Frankreich für sein bloßes Zusehen Kompensationen verlangte, hatte Preußen den Muth, sie ihm zu verweigern und zu erwidern, es könne die Herstellung deutscher Einheit nicht damit beginnen, daß es wenn auch nur ein Dorf des großen Vaterlandes an das Ausland verschenke. Mit eigenen Händen und mit reinen Händen ist der Neubund Deutschlands errichtet worden: dies ist unser Stolz, und das Ausland weiß, zu welchem Riesenkampf wir fähig sind, wenn irgend jemand den wahnsinnigen Versuch machen sollte, uns in der Einrichtung unseres neuen Hauswesens zu stören. Auch ist der Prager Frieden, dessen vierter Artikel freilich den auswärtigen Einfluß unschwer errathen läßt, nicht mit Napoleon geschlossen worden. Sollte er in die Beziehungen des Nordbundes zu Süddeutschland in der nämlichen Weise sich einmischen wollen, wie er dies vermöge der Septemberkonvention in Italien konnte, so wäre er sicher, die nämliche Antwort zu bekommen, welche er bei der Aeußerung seiner lebhaften Sympathie für den fünften Artikel dieses Friedensvertrages, der von den nördlichen Distrikten Schleswigs handelt, bereits erhalten hat. Man muß sagen, daß er diese Antwort recht wohl verstand. Und wer wollte behaupten, daß die süddeutschen Regierungen, welche so bereitwillig die Allianz- und Zollvereinsverträge abgeschlossen und sie trotz aller Reichsräthe, trotz aller Demokratie in ihren kleinen Parlamenten durchgesetzt haben, jedem weiteren Schritt zur nationalen Einheit sich entziehen und

Digitized by Google

die Glorie ihrer vollen Souveränetät mit der nämlichen Eifersucht bewahren werden, wie das Oberhaupt der katholischen Kirche, der Erbe einer mehr als zwölfhundertjährigen Weltmacht? Das „Niemals" eines mittelstaatlichen Ministers ist denn doch etwas anderes als das erbarmungslose Non possumus eines vaterlandslosen Kardinals.

Durch die ausgezeichnete Leitung seiner auswärtigen Politik, durch seine treffliche Armee und durch die intelligente Führung derselben hat Preußen in seinem siebentägigen Feldzug den Platz errungen, welcher ihm schon längst gebührte. Das patriotische Auftreten des großen Kurfürsten in den schmachvollen Zeiten Ludwigs XIV., die Heldenkraft Friedrichs des Großen und die beispiellosen Anstrengungen des ganzen preußischen Volkes im Jahre 1813, wodurch es allein möglich war, daß die Verbündeten von der Katzbach bis auf die Höhen des Montmartre kamen, stehen noch in zu gutem Andenken, als daß Deutschland die Wahl zwischen Hohenzollern und Habsburg auf die Länge hätte schwer werden können. Einiger Mangel an Energie und Scharfsichtigkeit von Seiten seiner leitenden Staatsmänner hat Preußen Gelegenheiten, wie sie ihm 1849 und 1850, vielleicht auch 1813 nach dem Vertrag von Kalisch und später am Wiener Kongreß geboten waren, verpassen lassen. Es läßt sich denken, mit welch' fieberhafter Spannung die großen Männer der neuen preußischen Politik den günstigen Augenblick herankommen sahen, in welchem das Versäumte wieder gut gemacht werden konnte. Er kam und wurde auf eine Art benützt, daß selbst der alte Blücher mit seinem bekannten Toast: „Mögen die Federn der Diplomaten nicht wieder verderben, was durch die Schwerter der Heere mit so vieler Anstrengung gewonnen worden!" sich gern damit zufrieden gegeben hätte. Und man kann nicht einmal sagen, daß der Sieger herrisch und ungroßmüthig verfahren sei. Zeuge hiefür ist vor allem das Königreich Sachsen, welches seine Dynastie behalten hat. Aber nachdem es nun schon zweimal zu den Füßen des siegreichen Preußens gelegen ist, wird es sich wohl hüten, diesen Staat zum drittenmal in Versuchung zu bringen. Die Annexion der übrigen Staaten, Hannovers, Kurhessens, Nassau's, Frankfurts, Schleswig-Holsteins, war, wie die königliche Botschaft vom 17. August 1866 sagt, für Preußen eine „politische Nothwendigkeit." „Die genannten Länder würden, falls sie ihre Selbständigkeit bewahrten, vermöge ihrer geographischen Lage bei einer feind-

Digitized by Google

seligen oder auch nur zweifelhaften Stellung ihrer Regierungen der preußischen Politik und militärischen Aktion Schwierigkeiten und Hemmnisse bereiten können, welche weit über das Maß ihrer thatsächlichen Macht und Bedeutung hinausgiengen. Nicht im Verlangen nach Ländererwerb, sondern in der Pflicht, unsere ererbten Staaten vor wiederkehrender Gefahr zu schützen, der nationalen Neugestaltung Deutschlands eine breitere und festere Grundlage zu geben, liegt für uns die Nöthigung, diese Staaten auf immer mit unserer Monarchie zu vereinigen."

Durch diese Annexionen hat sich Preußen, das bisher 18 Millionen Einwohner hatte, rasch zu einem Staate von nahezu 24 Millionen emporgeschwungen, und indem es sich nun anschickte, durch Bündnisse und Verträge die militärischen Kräfte von ganz Deutschland in seiner starken Hand zusammenzufassen, sollte es über eine kompakte Masse von 38 Millionen gebieten und dadurch Deutschland zu einer Macht erheben, wie wir sie seit den Zeiten der sächsischen Kaiser nicht mehr gesehen haben. Wurde es eben noch unter den fünf Großmächten wie das fünfte Rad am Wagen angesehen, so stand es jetzt in der vordersten Reihe derselben, wenn nicht an der Spitze. Und bereits war, ehe das Jahr 1866 ablief, Einleitung zur Gründung eines norddeutschen Bundes getroffen. Die preußische Regierung hatte schon am 4. August 1866 den mit ihm verbündeten Staaten einen Vorschlag zu einem Bündnißvertrag gemacht und derselbe war von ihnen angenommen worden. Das neue Bündniß war vorläufig auf ein Jahr berechnet. In dieser Zeit sollte, auf der Basis jener preußischen Grundzüge vom 10. Juni 1866, welche in der verhängnißvollen Sitzung des Bundestages am 14. Juni der preußische Gesandte zugleich mit seiner Austrittserklärung vorgelegt hatte, eine neue Bundesverfassung vereinbart werden. Zu diesem Zwecke wurden sämtliche norddeutsche Staaten eingeladen, Bevollmächtigte nach Berlin zu senden. 22 Staaten (Preußen miteingeschlossen) waren auf diesen Konferenzen vertreten. Sie wurden von dem Ministerpräsidenten Graf Bismarck am 17. December 1866 eröffnet. Die Rede, welche dieser ausgezeichnete Staatsmann bei dieser Gelegenheit hielt, war wie alles, was er spricht, ein Muster von Klarheit und Offenheit. „Der frühere deutsche Bund erfüllte in zwei Richtungen die Zwecke nicht, für welche er geschaffen war: er gewährte seinen Mitgliedern die versprochene Sicherheit

Digitized by Google

nicht, und er befreite die Entwicklung der nationalen Wohlfahrt des deutschen Volkes nicht von den Fesseln, welche die historische Gestaltung der innern Grenzen Deutschlands ihr anlegte. Soll die neue Verfassung diese Mängel und die Gefahren, welche sie mit sich bringen, vermeiden, so ist es nöthig, die verbündeten Staaten durch Herstellung einer einheitlichen Leitung ihres Kriegswesens und ihrer auswärtigen Politik fester zusammenzuschließen und gemeinsame Organe der Gesetzgebung auf dem Gebiete der gemeinsamen Interessen der Nation zu schaffen. Diesem allseitig empfundenen Bedürfniß hat die königliche Regierung in dem vorliegenden Entwurf abzuhelfen versucht. Daß derselbe den einzelnen Regierungen wesentliche Beschränkungen ihrer partikularen Unabhängigkeit zum Nutzen der Gesamtheit zumuthet, ist selbstverständlich und bereits in den allgemeinen Grundzügen dieses Jahres vorgesehen. Die unbeschränkte Selbständigkeit, zu welcher im Laufe der Geschichte Deutschlands die einzelnen Stämme und dynastischen Gebiete ihre Sonderstellung entwickelt haben, bildet den wesentlichen Grund der politischen Ohnmacht, zu welcher eine große Nation bisher verurtheilt war, weil ihr wirksame Organe zur Herstellung einheitlicher Entschließungen fehlten. Die gegenseitige Abgeschlossenheit, in welcher jeder der Bruchtheile des gemeinsamen Vaterlandes ausschließlich seine lokalen Bedürfnisse ohne Rücksicht für die des Nachbarn im Auge behält, bildete ein wirksames Hinderniß der Pflege derjenigen Interessen, welche nur in größeren nationalen Kreisen ihre legislative Förderung finden können."

Mit diesen Worten sind die Mängel des alten Bundestagswesens scharf gezeichnet und die Zielpunkte der neuen Verfassung angegeben. Sie lauten: Beschränkung der einzelnen Souveränetäten und Aufgeben des kleinstaatlichen Partikularismus zu Gunsten und zum Nutzen einer deutsch-nationalen Politik, Unterordnung der einzelnen Theile nach ihren materiellen und geistigen Kräften unter eine starke Centralgewalt und einen aus allgemeinen und direkten Wahlen hervorgehenden Reichstag. Die Bevollmächtigten waren am 9. Februar 1867 mit der Berathung des Entwurfes fertig und unterzeichneten ihn, worauf König Wilhelm von Preußen am 24. Februar das norddeutsche Parlament, dessen 296 Mitglieder unter großer Betheiligung Norddeutschlands am 12. Februar gewählt worden waren, mit einer Rede eröffnete, welche in ganz Europa un-

Digitized by Google

geheure Aufmerksamkeit erregte. „Es ist ein erhebender Augenblick, in welchem Ich in Ihre Mitte trete; mächtige Ereignisse haben ihn herbeigeführt, große Hoffnungen knüpfen sich an denselben. Daß es Mir vergönnt ist, in Gemeinschaft mit einer Versammlung, wie sie seit Jahrhunderten keinen deutschen Fürsten umgeben hat, diesen Hoffnungen Ausdruck zu geben, dafür danke ich der göttlichen Vorsehung, welche Deutschland dem von seinem Volke ersehnten Ziele auf Wegen zuführt, die wir nicht wählen oder voraussehen. Im Vertrauen auf diese Führung werden wir jenes Ziel um so früher erreichen, je klarer wir die Ursachen, welche Uns und Unsere Vorfahren von demselben entfernt haben, im Rückblicke auf die Geschichte Deutschlands erkennen. Einst mächtig, groß und geehrt, weil einig und von starken Händen geleitet, sank das deutsche Reich nicht ohne Mitschuld von Haupt und Gliedern in Zerrissenheit und Ohnmacht. Des Gewichtes im Rathe Europa's, des Einflusses auf die eigenen Geschicke beraubt, ward Deutschland zur Wahlstatt der Kämpfe fremder Mächte, für welche es das Blut seiner Kinder, die Schlachtfelder und die Kampfpreise hergab. Niemals aber hat die Sehnsucht des deutschen Volkes nach seinen verlorenen Gütern aufgehört, und die Geschichte unserer Zeit ist erfüllt von den Bestrebungen, Deutschland und dem deutschen Volke die Größe seiner Vergangenheit wieder zu erringen. Wenn diese Bestrebungen bisher nicht zum Ziele geführt, wenn sie die Zerrissenheit, anstatt sie zu heilen, nur gesteigert haben, weil man sich durch Hoffnungen oder Erinnerungen über den Werth der Gegenwart, durch Ideale über die Bedeutung der Thatsachen täuschen ließ, so erkennen wir daraus die Nothwendigkeit, die Einigung des deutschen Volkes an der Hand der Thatsachen zu suchen und nicht wieder das Erreichbare dem Wünschenswerthen zu opfern." „Als Erbe der preußischen Krone fühle Ich mich stark in dem Bewußtsein, daß alle Erfolge Preußens zugleich Stufen zur Wiederherstellung und Erhöhung der deutschen Macht und Ehre geworden sind." „Die Ordnung der nationalen Beziehungen des norddeutschen Bundes zu unsren Landsleuten im Süden des Mains ist durch die Friedensschlüsse des vergangenen Jahres dem freien Uebereinkommen beider Theile anheimgestellt. Zur Herbeiführung dieses Einverständnisses wird unsere Hand den süddeutschen Ländern offen und entgegenkommend dargereicht werden, sobald der norddeutsche Bund in Feststellung seiner Verfassung

Digitized by Google

weit genug vorgeschritten sein wird, um zur Abschließung von Verträgen befähigt zu sein. Die Erhaltung des Zollvereins, die gemeinsame Pflege der Volkswirthschaft, die gemeinsame Verbürgung für die Sicherheit des deutschen Gebietes werden Grundbedingungen der Verständigung bilden, welche voraussichtlich von beiden Theilen angestrebt werden." „Nur von uns, von unserer Einigkeit, von unserer Vaterlandsliebe hängt es in diesem Augenblick ab, dem gesamten Deutschland die Bürgschaften einer Zukunft zu sichern, in welcher es, frei von Gefahr, wieder in Zerrissenheit und Ohnmacht zu verfallen, nach eigener Selbstbestimmung seine verfassungsmäßige Wiederherstellung und seine Wohlfahrt zu pflegen und in dem Rathe der Völker seinen friedliebenden Beruf zu erfüllen vermag. Ich hege das Vertrauen zu Gott, daß die Nachwelt im Rückblick auf die gemeinsamen Arbeiten nicht sagen werde, die Erfahrungen der früheren mißlungenen Versuche seien ohne Nutzen für das deutsche Volk geblieben, daß vielmehr unsere Kinder mit Dank auf diesen Reichstag als den Begründer der deutschen Einheit, Freiheit und Macht zurückblicken werden. Möge durch unser gemeinsames Werk der Traum von Jahrhunderten, das Sehnen und Ringen der jüngsten Geschlechter der Erfüllung entgegengeführt werden! Im Namen aller verbündeten Regierungen, im Namen Deutschlands fordere ich Sie vertrauensvoll auf: Helfen Sie uns, die große nationale Arbeit rasch und sicher durchführen!"

Niemals, so weit man auch in der deutschen Geschichte zurückgreifen mag, wurden von königlichem Munde solche Worte gesprochen, Worte, welche neben dem Siegesbewußtsein und der Zuversicht des Gelingens ernste Mahnungen und mildes Entgegenkommen verrathen. Es waren die rechten Saiten angeschlagen, um die Freunde zu fesseln, die Spröden zu gewinnen, den Feinden zu imponiren. Gefunden war das Zauberwort, wodurch die schlummernden Kräfte der Nation geweckt, der vielhundertjährige Bann gelöst und der Tummelplatz unedler Leidenschaften in eine Arena umgewandelt wurde, in welcher nur derjenige Stamm, nur derjenige Heros die Palme erringt, welcher dem großen Ganzen sein Sonderinteresse zum Opfer gebracht, in ernster Arbeit dem Kampfe für deutsche Größe und Einheit zum Sieg verholfen hat. „Im Namen Deutschlands" sprach König Wilhelm und vergaß damit und wollte die Anderen damit vergessen machen, daß der Name „Preußen" hier

Digitized by Google

vorwiege. So ruhmvoll dieser auch ist, so ist er doch, wie der der Anderen, dem Namen „Deutschland" unterzuordnen. Kein berühmterer, kein klangvollerer, keiner, der eine größere Zukunft für sich hätte! Es konnte daher auch nicht anders sein, als daß die Rede vom 24. Februar als ein Ereigniß von der größten Bedeutung angesehen wurde. Besonders die englischen Blätter waren voll Lob über diese Politik und stellten ihr das günstigste Prognostikon. Daily News äußerte: „Der Kaiser Napoleon verlangte in Nikolsburg, daß der neue Bund sich nicht über die Mainlinie hinaus erstrecke, der König von Preußen aber erklärte am Sonntag in Berlin, daß eine Pflicht des neuen Parlaments die Wiederherstellung und Einigung Deutschlands sei. Mit des Königs Worten vor uns können wir über die Bahn, welche Preußen als das Haupt des norddeutschen Bundes verfolgen wird, nicht im Unklaren sein. Was Preußen verlangt, ist unbestreitbar zum Vortheil Deutschlands. Wir oder unsere Kinder werden als Resultat dieser Politik nicht einen Staatenbund, nicht ein vergrößertes Preußen, sondern ein großes und mächtiges deutsches Reich erschauen." Aehnlich drückte sich der Daily Telegraph aus: „Es ist nicht minder der Vortheil als der Wunsch Englands, daß Deutschland einig, mächtig und frei dastehe, und ob Freiheit durch Einheit oder Einheit durch Freiheit errungen werde, so haben wir Engländer doch kein Recht, über die eingeschlagene Bahn mit denjenigen zu streiten, welche selbst am besten ihre Mittel und ihre Zwecke kennen." Die Times, welche in ihrer Jahreschronik den Grafen Bismarck den „größten lebenden Deutschen" nannte, sprach auch bei dieser Gelegenheit hauptsächlich über ihn sich aus: „Ein Deutschland konnte nur durch Preußen geschaffen werden; Preußen mußte so gestärkt werden, daß es jeden Widerstand überwältigen konnte. Bismarcks nationale Wünsche mögen schrankenlos sein, aber vorsichtig und allmählich sind nothwendigerweise die Schritte, die er zu ihrer Verwirklichung thut. Er bindet sich an keinen Plan, ist keines Systems Sklave, beschwert sich nicht mit Skrupeln oder Grundsätzen. Er weiß sehr wohl, was er will, sieht ganz klar, worauf er hinarbeitet, und er hat nichts dagegen, daß die ganze Welt es sehe und wisse."

Kaum irgendwo zeigte sich eine größere Erregtheit als in Süddeutschland. Hier hatte sich Napoleon gründlich verrechnet. Dieses Süddeutschland schien ihm der rechte Punkt zu sein, wo die alten

Digitized by Google

französischen Intriguen fortgespielt, wo die Verschiedenheit und Eifersucht deutscher Stämme ausgebeutet und eine vornehme Protektormiene angenommen werden konnte. Nicht geeinigt sollte Deutschland aus dem Jahre 1866 hervorgehen, sondern zerrissen, getheilt in drei Staatengruppen, welche keine Macht auf Erden mehr zusammenschweißen könne. Preußen mit seinem Nordbund sollte im Süden Deutsch-Oestreich und ein Bund der vier südwestlichen Staaten gegenüberstehen. Zwischen Frankreich und Oestreich eingekeilt, sollte dieser Südbund die Operationsbasis abgeben, um dem erstarkenden Nordbund ein zweites Jena beizubringen. An dieser französischen Rechnung war gerade die Hauptsache eine bloße Phantasie: ein Südbund war ein Ding der Unmöglichkeit. Von den vier Staaten, um die es sich hier handelte, Baiern, Württemberg, Baden, Hessen, waren die beiden letzteren so gut als schon versagt. Denn in Baden hielt Fürst und Volk die Richtung der Magnetnadel ein, und Hessen, dessen nördliche Provinz schon in den Nordbund aufgenommen war, konnte doch unmöglich mit seinen südlichen Landschaften, in welchen kraft eines neuen Vertrags Preußen das Besatzungsrecht von Mainz erworben hatte, eine diesem entgegengesetzte Politik verfolgen. Es gliche ja einem Wagen, an welchem sowohl vorn als hinten zwei Pferde angespannt sind, ein Schauspiel, welches die Mainzer Besatzung kaum eine Woche aushalten könnte. Aber abgesehen davon, daß diese beiden Staaten in keinem Falle mitthun würden oder könnten, so war leicht vorauszusehen, daß, da in einem Südbund irgend ein Staat eine gewisse Hegemonie übernehmen und diese Heldenrolle Baiern als dem mächtigsten übertragen werden müßte, jeder der drei anderen lieber Preußen als Baiern sich unterordnen würde. Denn wenn durchaus eine Hegemonie sein muß, so erträgt jedermann lieber die eines Uebermächtigen als die eines bisher Coordinirten, wozu denn bei Baiern noch ganz besondere Gründe hinzukommen, welche das Projekt trotz seiner Neuheit zur Aufbewahrung im germanischen Museum zu Nürnberg verurtheilten.

Somit waren diese vier Staaten jeder auf sich selbst angewiesen und befanden sich in der glücklichen Lage, von allen Seiten umworben zu werden. Mit Ausnahme Badens, wo noch während des Feldzugs 1866 ein preußisch gesinntes Ministerium die Geschäfte übernahm, hatten die süddeutschen Staaten ihre früheren Minister

Digitized by Google

behalten. Während man diesen Regierungen wiederholt vorwarf, daß bei ihnen ein Ministerwechsel bloß einen Personen-, keinen Systemswechsel bedeute, sah man diesmal diesen ohne jenen. In Darmstadt residirte fortwährend Herr von Dalwigk, der ausgesprochene Gegner Preußens; in München schien der Ministerpräsident von der Pfordten allmählich mit der neuen Aera sich versöhnen zu wollen. Doch mußte er den heftigen Angriffen der bairischen Presse endlich weichen, worauf am 29. December 1866 Fürst von Hohenlohe-Schillingsfürst die Leitung des Ministeriums übernahm. Dieser hatte schon bei den Verhandlungen der Reichsräthe über den Friedensvertrag vom 22. August für einen engen Anschluß an Preußen gestimmt, und man erwartete daher mit Recht, daß es nun rasch vorwärts gehen werde. Am 14. Januar 1867 stellte die Linke der bairischen Kammer den Antrag, in einer Adresse an den König die Nothwendigkeit eines engen Anschlusses an Preußen hervorzuheben, und erklärte, ihr Ziel sei „ein unter Parlament und einheitlicher Centralgewalt geeinigtes Vaterland mit Autonomie seiner Glieder in ihren besonderen Angelegenheiten und mit gesicherten Freiheiten des Volkes, und zur Erreichung dieses Zieles sei der Beitritt der südwestdeutschen Staaten zum norddeutschen Bund wünschenswerth, noch ehe die Verfassung desselben endgiltig festgestellt sei." Bei der Debatte über diesen Antrag mußte Fürst Hohenlohe Farbe bekennen und legte am 19. Januar der Kammer sein Programm vor. Dasselbe war in dem, was es nicht wollte, klarer abgefaßt als in dem, was es wollte. Für unmöglich erklärte der Minister einen Anschluß an Oestreich, ebenso einen Südbund oder gar die Anlehnung an eine auswärtige Schutzmacht, erklärte aber auch, daß das Ziel der bairischen Politik, nationale Einigung mit dem Norden, vorerst unerreichbar sei, weil Preußen vermöge des Prager Friedens einen darauf hinzielenden Antrag der süddeutschen Staaten zurückweisen müßte, und weil bei der in Norddeutschland wahrnehmbaren Hinneigung zum Einheitsstaat für Baiern der bedingungslose Eintritt nicht wünschenswerth sei. Unter Wahrung der bairischen Souveränetätsrechte und der Unabhängigkeit des Landes bezeichnete er Preußen als denjenigen Großstaat, an welchen sich Baiern anzuschließen und als dessen Bundesgenossen es im Fall eines Krieges gegen das Ausland sich offen zu erklären habe. Daraus folge, daß Baiern für den Fall

Digitized by Google

eines Krieges sich der Führung Preußens unterstelle und daher sein Heer in einer Weise organisire, die eine gemeinschaftliche Kriegführung ermögliche, wie auch die übrigen südwestdeutschen Staaten zur Einrichtung einer gleichmäßigen und kräftigen Heeresorganisation aufzufordern seien.

Also kein Eintritt in den norddeutschen Bund, nur Allianz mit Preußen, Unterordnung unter seinen Oberbefehl „gegen bestimmte Garantie der Souveränetät des Königs" waren die Zielpunkte des Hohenlohe'schen Programms. Dies war weniger, als die nationale Partei in Süddeutschland gehofft hatte, mehr, als die Gegner erwarteten. Im Ausland machte dieses Programm den Eindruck, als ob dadurch die erste Brücke über den Main geschlagen sei. Wehmüthig rief ein Pariser Journal, der Temps, aus: „Wo ist die Konföderation der Südstaaten, diese Erfindung der französischen Diplomatie? Wo die Stipulationen des Prager Friedens? Zerflossen, zerflossen wie der Schnee der letzten Woche. Nikolsburg hat Villafranca um nichts mehr zu beneiden. Die Mainlinie ist, wie das Organ Bismarck's zur Beruhigung des Fürsten Hohenlohe erklärt, nichts als eine „Fiktion". Die Einführung des preußischen Militärsystems südlich vom Main, dies ist der nächste Zweck des Berliner Kabinets. Aber möge man sich in Frankreich keiner Täuschung darüber hingeben! Die Prussificirung der bairischen, württembergischen, badischen und hessischen Waffen ist nur der erste, aber entscheidende Schritt auf dem Weg der Prussificirung Süddeutschlands."

Das nächste Ziel, weil Bedingung seiner Allianz mit Preußen, war somit für Baiern eine bessere Heeresorganisation. Dies that aber auch den drei anderen Südstaaten noth. Ein einfacher Hinweis auf die Kriegführung des vorigen Jahres genügte, um dies jedermann zum Bewußtsein zu bringen. In Folge dieser allseitigen Erkenntniß kamen auf die Einladung Baierns die Minister der auswärtigen Angelegenheiten und die Kriegsminister der vier Staaten in den ersten Tagen des Februar in Stuttgart zusammen, um sich über die Art und Weise einer neuen Heeresorganisation zu berathen. Die Beschlüsse vom 5. Februar verlangten „Erhöhung der Militärkräfte unter einer den Principien der preußischen nachgebildeten Wehrverfassung, demgemäß Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, Aufhebung der Stellvertretung, Eintheilung in aktives Heer, Reserve

Digitized by Google

und Landwehr." Die Heere der vier Staaten sollten so „gleichartig eingetheilt und ausgerüstet werden, als zu ihrer gemeinschaftlichen Aktion unter sich und mit dem übrigen Deutschland nothwendig sei." Um dies zu bewerkstelligen, war nichts einfacher, als daß man in Beziehung auf Eintheilung, Reglements, Feuerwaffen und Munition sich ganz an das schon bewährte preußische System anschloß, wodurch es allein möglich war, die militärische Allianz mit Preußen, im Sinne des Hohenlohe'schen Programms, praktisch durchzuführen. Allein nicht nur geschah dies nicht, sondern sie brachten es auch unter sich selbst zu keiner Einheit, verlangten nicht eine völlige, sondern nur die möglichste Uebereinstimmung der Reglements, der Feuerwaffen und Munition und überließen es dem guten Willen der einzelnen Regierungen, für gemeinschaftliche größere Uebungen und gleichmäßige Ausbildung der Officiere zu sorgen. Auf diesen Grundlagen hin sollte spätestens bis 1. Oktober eine Militärkonferenz in München zusammentreten. Man fragte sich, wo denn, bei der ängstlichen Berücksichtigung der Eigenthümlichkeiten der einzelnen Länder, noch die erstrebte Einheit Platz habe, wie denn von einer gemeinsamen Aktion die Rede sein könne, wenn die Gleichmäßigkeit nur gewünscht, die Ungleichmäßigkeit aber eingeführt sei. Nur Baden handelte schon damals korrekt: es wies auf die preußischen Einrichtungen als die einzige Möglichkeit einer Einheit hin und machte sogleich Anstalt, sie, wenn auch vorerst allein, in's Leben zu rufen. An dieser Konferenz konnte man sehen, daß Hohenlohe Recht hatte, wenn er einen Südbund für unmöglich hielt.

Ein gleichmäßiges und rasches Vorgehen der Südstaaten wäre umsomehr am Platz gewesen, als der Unwille der französischen Heißsporne über die Lösung der deutschen Frage sich sehr deutlich zu erkennen gab. Auch Napoleon, welcher doch ein kälterer Beurtheiler war, welcher um das Geheimniß der preußisch-italienischen Allianz wußte und die preußischen Plane einigermaßen kannte, konnte hinter den geschraubten Wendungen seiner Rede seine Verblüfftheit nicht verbergen. Wenn wir das, was er in seinem Brief vom 12. Juni 1866 geschrieben hat, als seines Herzens Wünsche ansehen dürfen, so sollen die „sekundären Staaten des deutschen Bundes eine engere Vereinigung, eine kräftigere Organisation, eine bedeutendere Rolle, Preußen eine größere Gleichartigkeit und Macht im Norden bekommen, Oestreich seine bedeutende Stellung in Deutschland aufrecht

Digitized by Google

erhalten." Ins Deutsche übersetzt heißt dies: „Preußen darf nicht zu stark, Oestreich nicht zu schwach werden, damit jenes nicht ein gefürchteter Gegner, dieses nicht ein werthloser Bundesgenosse Frankreichs werde, und die kleinen Staaten müssen von beiden sich ziemlich losschälen, damit sie für einen Rheinbund reif sind." Von diesem ganzen „Wunschzettel" hat auch gar nichts Gnade und Erhörung gefunden: Preußen hat wie eine Lawine den ganzen Norden aufgerollt, Oestreich auf die Seite geworfen und die kleinen Staaten, welche für eine engere Vereinigung wenig Verständniß haben, gleichfalls in seinen Zauberkreis gezogen. Man erinnert sich dabei unwillkürlich an das Jahr 1859 und dessen Folgen. Nicht dazu war Napoleon mit seinen Marschällen auf die Schlachtfelder Italiens geeilt, um seinem Vetter Viktor Emanuel ein Königreich zu gründen, das von den Alpen bis zur Südspitze Neapels und Siciliens reichte, sondern um ihm Mailand und Venedig erobern zu helfen und eine Konföderation der italienischen Staaten herzustellen, welche zur Aufrechthaltung des häuslichen Friedens ihn als ihren Protektor brauche und anerkenne. Mit dem französischen Protektorat hat es zwar auch heute noch seine besonderen Bewandtnisse, aber wo ist die Konföderation geblieben? Die Einheit Italiens ist vollzogen bis auf den kleinen Rest des Kirchenstaates, und selbst dieser war in den letzten Monaten nicht durch päpstliche Allokutionen und Encykliken, sondern nur durch die vernichtende Handhabung des kanonischen Rechts und durch die Machtsprüche des neuen Papstes Chassepot zu retten. Ein so gewiegter Politiker Napoleon auch sein mag: sowohl Cavour als Bismarck haben ihn überlistet und sind ihm über den Kopf gewachsen.

Nach solchen Mißerfolgen in seiner auswärtigen Politik wünschte Napoleon, daß in dem gesetzgebenden Körper, welcher am 14. Februar eröffnet werden sollte, möglichst wenig davon gesprochen werde. Hält ja doch jede ehrbare Familie darauf, daß ihre Wäsche in den unsichtbaren Räumen des Hauses gereinigt werde; warum sollte denn er ganz Frankreich, ganz Europa zum Zuschauer haben und die Sache nicht ebenfalls en famille abmachen? In einem Briefe an den Staatsminister Rouher vom 19. Januar kündigte er daher an, daß er sich schon längst gefragt habe, ob die französischen Staatseinrichtungen bereits den höchsten Grad von Vollkommenheit erreicht haben, oder ob neue Verbesserungen ins Leben gerufen

Digitized by Google

werden sollen. Er halte es heute für möglich, zur Krönung des Gebäudes zu schreiten und der öffentlichen Freiheit eine neue Ausdehnung zu geben. Demgemäß hebe er die so sehr aufregende Adreßdebatte auf und lasse das Interpellationsrecht an ihre Stelle treten. Auch halte er es für einen Fortschritt, wenn die Presse nicht mehr unter dem Damoklesschwert der administrativen Verwarnungen stehe, sondern mit ihren Vergehen einfach vor das Zuchtpolizeigericht gestellt werde. Sollten die Minister damit nicht einverstanden sein, so nehme er es ihnen nicht übel, wenn sie gehen. Alle nahmen ihre Entlassung; aber diejenigen, welche in das Spiel eingeweiht waren, wurden wieder berufen, wie Rouher und Moustier, und für die unbequemen andere gewählt, so für den Kriegsminister Randon der Marschall Niel. Die List wurde natürlich durchschaut, und Randon sagte: „Wir sind alle hinausgegangen, aber einige haben Contremarken genommen."

Wenn Napoleon diese neuen Maßregeln „Krönung des Gebäudes und Fortschritt" nannte, was bedeutete dann bei ihm Rückschritt? Denn nach dem Reglement des Interpellationsrechts konnte eine Interpellation an die Minister nur dann stattfinden, wenn dieselbe von zwei Kommissionen des Senats oder von vier Kommissionen des gesetzgebenden Körpers gebilligt wurde. Für Preßvergehen sollten keine Arreststrafen mehr stattfinden, sondern nur Geldstrafen. Aber diese stiegen von 4000 auf 40000 Franks. Die Concession für die Herausgabe eines Journals wurde erhöht, und nach zweimaliger Verurtheilung sollte es unterdrückt werden. Erinnert diese ganze Procedur nicht an die sechs „Knebelbills," welche Lord Castlereagh im Jahr 1819 der englischen Preßfreiheit und dem Versammlungsrecht entgegenschleuderte? War es nicht eine wahre Ironie, wenn die Regierung in dem nämlichen Augenblick, wo sie der Redefreiheit den Mund verstopfte, eine Rednerbühne in dem Sitzungslokal des gesetzgebenden Körpers aufrichten ließ? Was nützt es einem Abgeordneten, fragte man, wenn er die Rede, welche von dort herab so schön zu aller Ohren gedrungen wäre, in der Tasche zurückbehalten muß? Der Abgeordnete Jules Favre sagte mit Recht, daß durch dieses Reglement die Möglichkeit, von dem Interpellationsrecht Gebrauch zu machen, ganz in den Händen der Majorität, das heißt, der Regierungspartei oder der Regierung selbst liege. Die Minderheit stehe auf diese Weise rechtlos und wehrlos da.

Digitized by Google

„Morgen kann die Regierung," rief er aus, „vor dem Gebrüll der Mehrheit die Interpellationen uns nehmen, wie heute die Adresse. Morgen kann sie diese Rednerbühne vernichten und uns dann, Dank der Theorie, daß der Kaiser das Recht habe, die Kammern zu reglementiren, den Mund verstopfen, so daß wir nur noch den Monolog der Regierung vernehmen werden."

Nachdem so der Rede- und Preßfreiheit ein Zaum angelegt war, eröffnete Napoleon am 14. Februar die Kammern mit einer Rede. In der Ueberzeugung, daß auf die skeptischen Franzosen nichts einen so gewaltigen Eindruck machen werde, wie ein Citat des großen Oheims, stellte er die neuesten Veränderungen der Weltlage als etwas hin, das mit Nothwendigkeit habe so kommen müssen und ebendeßwegen auch von großen Geistern mit mathematischer Sicherheit vorausgesehen worden sei. Dabei versäumte er aber nicht, die Autorität Frankreichs als eine gebietende hinzustellen. Er begann damit, daß diese ernsten Ereignisse die Welt durch ihre Schnelligkeit und durch die Bedeutsamkeit ihrer Erfolge in Erstaunen gesetzt haben, und fuhr dann fort: „Doch scheint es, daß nach der Voraussicht des Kaisers sie sich unabweisbar vollziehen mußten. Napoleon sagte zu St. Helena: „„Einer meiner größten Gedanken war die Zusammenschließung (agglomération) und die Concentrirung der nämlichen geographischen Völker, die durch die Revolutionen und die Politik aufgelöst und zerstückelt worden sind. Diese Zusammenschließung wird früher oder später durch die Macht der Dinge zu Stande kommen; der Anstoß ist gegeben, und ich denke nicht, daß nach meinem Fall und dem Verschwinden meines Systems ein anderes großes Gleichgewicht in Europa möglich sein wird, als das der Zusammenschließung und des Bundes der großen Völker."" Die Umgestaltungen, welche in Italien und in Deutschland vor sich gegangen sind, bereiten die Verwirklichung des umfassenden Programms der Einigung der europäischen Staaten in einer einzigen Konföderation vor. Das Schauspiel der Anstrengungen der benachbarten Völker, um ihre seit so vielen Jahrhunderten zerstreuten Glieder zu sammeln, kann ein Land wie das unsrige, dessen sämtliche Theile unwiderruflich unter einander verbunden sind und einen gleichartigen, unzerstörbaren Körper bilden, nicht beunruhigen. Wir haben mit Unparteilichkeit dem Kampfe beigewohnt, der sich jenseits des Rheins entsponnen hat. Angesichts dieses Zusammenstoßes hatte

Digitized by Google

das Land laut seinen Wunsch kundgegeben, demselben fremd zu bleiben. Ich bin diesem Wunsche nicht allein nachgekommen, sondern habe alle meine Bemühungen aufgeboten, um den Abschluß des Friedens zu beschleunigen. Ich habe nicht einen Soldaten mehr unter die Waffen gestellt, kein Regiment vorrücken lassen, und doch besaß die Stimme Frankreichs Einfluß genug, um den Sieger vor den Thoren Wiens aufzuhalten. Unsere Vermittlung hat zwischen den kriegführenden Theilen eine Einigung herbeigeführt, die, indem sie Preußen das Ergebniß seiner Erfolge beließ, Oestreich die Integrität seines Gebietes, mit Ausnahme einer Provinz, erhielt und durch die Abtretung von Venetien die italienische Unabhängigkeit vervollständigte. Unsere Thätigkeit machte sich also im Sinne der Gerechtigkeit und der Versöhnung geltend. Frankreich hat nicht das Schwert gezogen, weil seine Ehre nicht auf dem Spiele stand, und weil es versprochen hatte, eine strenge Neutralität zu halten." In Bezug auf das fatale Mexiko bemerkte der Kaiser, ein großer Gedanke habe die Expedition nach diesem Lande veranlaßt. „Allein an dem Tage, an welchem mir das Maß unsrer Opfer die Interessen, welche uns jenseits des Oceans geführt hatten, zu übersteigen schien, habe ich mich aus freiem Antrieb dazu entschlossen, unser Armeecorps zurückzurufen. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat begriffen, daß eine wenig versöhnliche Haltung die Besetzung nur verlängern und die Beziehungen verbittern könnte, welche zum Wohl der beiden Völker freundschaftlicher Natur bleiben sollen." „Preußen", fuhr er fort, „sucht alles zu vermeiden, was unsre nationalen Empfindlichkeiten wecken könnte, und ist in den europäischen Hauptfragen mit uns einverstanden." Unter den Gesetzen, welche den Kammern in Vorschlag gebracht werden sollten, erwähnte er die Militärorganisation und sagte: „Der Einfluß einer Nation hängt von der Zahl der Menschen ab, die sie unter die Waffen rufen kann. Vergessen Sie nicht, daß die Nachbarstaaten sich sehr schwere Opfer auferlegen für eine gute Heerverfassung! Halten wir unsre nationale Fahne stets in derselben Höhe! Dies ist das sicherste Mittel, den Frieden zu bewahren."

Welcher Abstand zwischen dieser und der preußischen Thronrede, die nur zehn Tage nachher gehalten wurde! Haben wir gesehen, wie diese voll Zuversicht und Patriotismus an die deutsche Nation sich wendet und, unbekümmert um das Ausland, welches nicht stören,

Digitized by Google

aber auch nicht gestört werden soll, zur wetteifernden Thätigkeit für des Vaterlandes Größe auffordert, so finden wir die französische Rede voll von geschraubten Wendungen und althergebrachten Phrasen; da und dort gibt es etwas zu vertuschen, eine kleine Unwahrheit anzubringen, mitunter wird auch die Farbe gar zu stark aufgetragen. Gleich das Wort des alten Napoleon ist insofern sehr ungeschickt, als gerade er von einer Zusammenfassung nationaler Kräfte am wenigsten wissen wollte und in seinem ungeheuren Kaiserreich allerdings eine seltsame Agglomeration, aber nicht gleichartiger, sondern höchst ungleichartiger Bestandtheile mit der Gewaltthätigkeit einer Sündflut aufhäufte. Sprach er doch ganz offen davon, daß er nichts von einer deutschen Nation wisse, daß er nur Badener, Württemberger, Baiern u. s. w. kenne, worauf bekanntlich die bairische Regierung von einer bairischen Nation sprach und eine bairische „Nationalkokarde" einführte. In St. Helena freilich scheint der alte Kaiser gar sonderbare Sachen gesprochen zu haben, und der junge greift es auf und träumt schon, wie einst der Bourbon Heinrich IV., von einer europäischen Konföderation. Daß Frankreichs Einfluß Oestreich gerettet und den Sieger vor den Thoren Wiens aufgehalten hat, ohne daß auch nur ein einziges französisches Regiment in Marsch gesetzt wurde, ist zwar wahr, aber verschwiegen ist, wie weiter unten gezeigt werden wird, daß Frankreich trotz der verweigerten „Kompensationen" keinen Krieg mit Preußen damals anzufangen gewagt hat. Und wie durch und durch unwahr wird es uns später vorkommen, daß er „aus freiem Antrieb" seine Truppen aus Mexiko zurückgezogen habe! Wie mag Staatssekretär Seward in Washington über diese Worte gelächelt haben!

Zu vertuschen gab es in Berlin nicht viel; dagegen wurde in dem Reichstag, welcher sich unter seinem Präsidenten Simson konstituirte, manches enthüllt, wodurch Vergangenes und Gegenwärtiges in deutlicheren Umrissen sich zeigte. Als Präsident der Bundeskommissäre legte Graf Bismarck am 4. März dem Reichstag den Verfassungsentwurf des norddeutschen Bundes vor und bat um schleunige Berathung, damit die Verfassung, welche noch die Landtage der verbündeten Staaten durchlaufen müsse, zum Abschluß gebracht sei, bevor das am 4. August 1866 auf ein Jahr geschlossene vorläufige Bündniß ablaufe. Durch eine rasche Beschlußfassung im Norden werden die Beziehungen zu Süddeutschland gefördert werden.

Digitized by Google

Das Vertrauen im Süden und die Mahnung zum Anschluß an die norddeutschen Bundesstaaten werde gefördert, wenn man sehe, daß der Norden seinem Ziele näher rücke. Es liege ein gewisser Ueberschuß an männlicher Selbständigkeit und Unabhängigkeitsgefühl in den Deutschen, der seit den Zeiten der alten Kaiser ihrer Vereinigung hinderlich gewesen sei und die einzelnen Stämme veranlaßt habe, sich am liebsten auf ihre eigene Kraft zu stützen. In der Ueberwindung dieses partikularistischen Standpunkts seien die verbündeten Regierungen mit gutem Beispiel vorangegangen; es sei keine, die bei dem Entwurf nicht besondere Wünsche beseitigt, nicht Opfer gebracht habe. Auch der Reichstag möge den Beweis liefern, daß er sich die Erfahrungen einer sechshundertjährigen Leidensgeschichte Deutschlands zu Nutzen mache und die Lehren, welche aus den verfehlten Unternehmungen von Frankfurt und Erfurt zu ziehen seien, beherzige. Das Mißlingen dieser Versuche habe in Deutschland einen Zustand der Unsicherheit und Unzufriedenheit hervorgerufen, der sechzehn Jahre lang gedauert und schließlich durch eine Katastrophe, wie die des vorigen Jahres, nach der einen oder der anderen Seite, seinen Abschluß habe finden müssen.

Bei der Generaldiskussion über den Verfassungsentwurf, welche am 9. März begann und vier Tage dauerte, wollten einige Redner, besonders die preußischen Demokraten, den ganzen Entwurf über den Haufen werfen, andere, als Regierungsmänner bekannt, ihn en bloc annehmen, während eine dritte Partei, welche sich nachher als „National-Liberale" zusammenscharte, dem Entwurfe gerne zustimmen wollte, sobald nur einige Verbesserungen angebracht würden. Da Graf Bismarck selbst das Werk für verbesserungsfähig erklärte und sich bereit zeigte, in mehreren heftig angefochtenen Punkten einen Kompromiß zu schließen, so war ein gutes Vernehmen schnell hergestellt und volle Aussicht da, daß das angefangene Werk einen günstigen Abschluß finden werde. Auf den unparteiischen Zuschauer machte die Debatte den Eindruck, daß das Verhältniß, welches früher zwischen dem Grafen Bismarck und dem preußischen Abgeordnetenhaus bestand, der Sache nicht sehr günstig gewesen sei. Wer sich vier Jahre lange mit dem Ministerpräsidenten über das Budgetrecht des Abgeordnetenhauses herumgezankt hatte, wer alljährlich zur Sitzung einberufen wurde, um alljährlich unverrichteter Sache heimgeschickt zu werden, von dem ließ sich mit einiger Wahrschein-

Digitized by Google

lichkeit annehmen, daß er seinen früheren Standpunkt, trotz der total veränderten Verhältnisse, auch in den Reichstag mithinübernehmen werde. Nicht bloß den Reden der Herren Waldeck und Duncker, auch denen der Herren Twesten und Schulze merkte man eine Vergangenheit voll Mißtrauen und Kampf, merkte man das, was man „Persönlichkeiten" nennt, recht wohl an. Diese Wahrnehmung drängte sich um so mehr auf, als einige Reichstagsabgeordnete aus den annectirten Provinzen, unter welchen besonders Miquel aus Osnabrück und Braun aus Wiesbaden anzuführen sind, eine ganz andere Sprache führten. Denn diese, herzlich froh, aus ihren engen, kleinlichen Verhältnissen herausgerissen und in eine Versammlung versetzt zu sein, welche für weitere Gesichtskreise Raum habe, kamen mit unbefangenem Sinn den Personen und den Sachen entgegen und begrüßten das neue Werk schon deßwegen mit Freuden, weil es zu dem führte, wofür sie schon in ihrer Jugend geschwärmt, zur Einheit. Es ist dabei nicht zu vergessen, daß es eine sehr natürliche Sache ist, wenn auf die Einheit Deutschlands in den kleineren Staaten mehr Gewicht gelegt wird als in Preußen. Denn hier genügt schon Manchem die Einheit des preußischen Staates, und was diese vermag, hat sich aufs glänzendste gezeigt. Wem kann aber eine Einheit Sachsens, eine Einheit Badens genügen? Solche deminutive Einheiten haben nur Sicherheit und Werth, wenn noch einige respektable Nullen hinzukommen und ein Ganzes daraus entsteht, in welchem sie, wenngleich selbst Ganze, fast verschwinden.

Das parteisüchtige Festhalten an den widerwärtigen Reminiscenzen aus dem preußischen Abgeordnetenhaus kann dem Grafen Bismarck nicht zum Vorwurf gemacht werden. Vielmehr stand er und hielt er sich völlig auf der Höhe der Situation, wie sie durch die Thronrede vom 24. Februar geschaffen war. Er war kaum irgend einmal bitter oder aufbrausend, nahm die Widersprüche der Gegner ruhig, zum Theil entgegenkommend hin, wählte zur Widerlegung statt einer wegwerfenden Rede lieber ein erheiterndes Wort, die feine Satire, und wußte, wenn die Debatte in unfruchtbaren Einzelheiten sich verirrte, wenn aus den gegebenen Thatsachen falsche Schlüsse gezogen wurden, immer wieder die rechten Gesichtspunkte hervorzuheben, die großen Ziele vorzuhalten, die Verhältnisse

Digitized by Google

des Ganzen zu den Theilen und der letzteren unter sich in das rechte Licht zu setzen. Mit seiner klassischen Ruhe, mit seiner historischen Kritik, mit seinem scharfen, die Blößen des Feindes erspähenden Auge machte Graf Bismarck den Eindruck eines gebietenden Feldherrn, etwa eines Wellington, wie er auf den Höhen von St. Jean im dichtesten Kugelregen auch keinen Augenblick die Besonnenheit verliert und mit seiner englischen Zähigkeit, die „guten Dienste" des Waffenbruders Blücher freilich nicht zu vergessen, den Sieg erringt. Seit diesem nicht bloß imponirenden sondern auch versöhnlichen Auftreten des Ministers, seitdem man erkannt hat, daß der Mann, welcher mit Blut und Eisen um sich warf und den Beruf Preußens für höher hielt als jedes formale Recht, auch ein Herz für Deutschland habe und die ganze Kraft seines Lebens einsetzen wolle, um die Träume des schlafenden Barbarossa zu verwirklichen und den deutschen Namen wieder in Achtung zu bringen, ist auch das Urtheil der Süddeutschen über ihn ein ganz anderes geworden. Männer, welche früher seine grundsätzlichen Gegner waren, welche ihn zum bestgeschmähten Minister machten, bekennen heute offen, daß sie sich in ihm getäuscht haben, daß auch ihnen der Beruf Preußens, wie er sich jetzt mit dem Berufe Deutschlands identificire, höher stehe als das formale Recht, daß, um jenem Bahn zu brechen, kein anderer Ausweg möglich gewesen sei als Blut und Eisen, und daß sie ihm daher ebenso Indemnität ertheilen wie der preußische Landtag. Die Luftströmung konnte in Süddeutschland so gänzlich umschlagen, daß Graf Bismarck in einzelnen Kreisen in Toasten gefeiert und als der größte Staatsmann bezeichnet wurde, welchen Deutschland seit Stein habe. Solche Urtheile gehörten vor zwei Jahren zu den Unmöglichkeiten; sie sind zwar noch nicht durch alle Schichten der gebildeten Kreise durchgedrungen, haben aber so feste Wurzel gefaßt, daß sie an Ausdehnung nur zunehmen, nicht mehr abnehmen können. Für die Entwicklung des Verhältnisses von Süd zu Nord ist gerade dieser Punkt nicht ohne Wichtigkeit.

Die Haupteinwände gegen den Verfassungsentwurf waren, daß er nichts von einem verantwortlichen Ministerium enthalte, nichts von einem Ausgabebewilligungsrecht beim Militäretat, dessen Höhe ein für allemal festgesetzt sei, so daß auch den Einzellandtagen dadurch ihre bisherigen Rechte geschmälert seien, während man mit

Digitized by Google

Recht fordern könne, daß die Rechte der Einzellandtage auch für den Reichstag gesichert sein sollen. Nur dann, wenn der Reichstag mit möglichst vielen Freiheiten ausgestattet, wenn neben der Centralgewalt ein verantwortliches Ministerium und ein wirklicher Bundesstaat mit dem ganzen Apparat des Konstitutionalismus hergestellt sei, würden die in solchen Sachen heiklen und verwöhnten Süddeutschen Eintrittsgelüste bekommen. Aber während aus diesen und anderen Gründen Waldeck und Duncker den Entwurf für unannehmbar erklärten, Schulze-Delitzsch, Michaelis, Lasker, Twesten auf einen Kompromiß hindeuteten, der letztere freilich mit dem Beisatze, daß sonst der Entwurf von dem preußischen Abgeordnetenhaus sicher verworfen werde, warfen sich die Neupreußen, Miquel und Braun, mit voller Lebenslust in den breiten Strom des Einheitsstaates, überzeugt, daß, wenn nur erst dieser geschaffen sei, alles übrige sich von selbst ergeben werde. „Die Mainlinie," rief Miquel aus, „sei nur ein Gespenst; wir stehen jetzt dort und wissen, daß es nur eine Haltstation für uns sei, wo wir Wasser und Kohlen einnehmen, um, nachdem wir Athem geschöpft, weiter zu gehen. Wenn die Italiener, um sich als Nation zu konstituiren, über den Frieden von Villafranca sich hinweggesetzt haben, so werden wir, die wir uns nicht mit Hilfe des Auslandes frei gemacht, auch über Nikolsburg uns wegsetzen können. Die vorliegende Verfassung begründe einen ungeheuren Fortschritt, und er und seine politischen Freunde seien bereit, zur Begründung des Bundes jedes Opfer, sogar das der Freiheit zu bringen. Er sei aber überzeugt, daß es einer so weiten Beschneidung der Volksrechte nicht bedürfen werde, als es in dem Entwurf geschehe. Vor den Freiheitsphrasen, welche man gegen den Entwurf gebrauche, warne er; hinter diesen Phrasen stecke nichts als der Partikularismus. Ihm und seinen Freunden, die aus den neuen Provinzen hieher gekommen, sei der Blick nicht getrübt aus der Vergangenheit, wie manchem der Herren aus den alten Provinzen; sie fassen eben nur die Hauptsache ins Auge, die Einheit." Aehnlich äußerte sich Braun: „Der Entwurf möge den idealen Anforderungen nicht genügen; aber dafür sei er um so praktischer. Die Mainlinie rufe bei ihm gar keine Bedenken hervor. Haben wir nicht 30 und noch mehr Mainlinien gehabt? Ein Südbund sei nicht zu fürchten. Den Agitatoren in Süddeutschland sei z. B. Württemberg noch viel zu groß; am liebsten zerschlügen sie

Digitized by Google

den Staat in einzelne „Kantönli," um sich in denselben zu Diktatoren aufzuwerfen. Es herrsche dort in staatlicher Beziehung eine centrifugale Kraft. Man brauche übrigens den Süddeutschen nicht nachzulaufen; sie werden schon zur Einsicht gelangen und ganz von selbst kommen."

Von der katholischen Fraktion berief sich Michelis auf sein jungfräuliches Gewissen, das ihm nicht erlaube, den auf die preußische Verfassung geleisteten Eid dadurch zu verletzen, daß er irgend ein Recht aus derselben zu Gunsten der Bundesverfassung entfernen lasse, und Mallinkrodt lobte zwar die preußische Regierung, daß sie der katholischen Kirche, d. h. den Jesuiten freie Bewegung gestatte, was in Süddeutschland nicht der Fall sei, und ließ zwar dem Gott der Schlachten seine guten Gründe dafür, daß er Preußen habe siegen lassen, erklärte aber dennoch, daß dieses Preußen in Schleswig-Holstein und im übrigen Deutschland im Unrecht, Oestreich nur in der Abwehr gewesen sei. Einen ähnlichen Ton schlug der schleswig-holsteinsche Abgeordnete Dr. Schleiden an, sprach von der Unsittlichkeit der Annexionen und erklärte, das monarchische Prinzip sei noch nie durch eine Regierung von Gottes Gnaden so tief erschüttert worden wie im verflossenen Jahr durch die preußische. Auch der ehemalige hannöversche Minister Freiherr von Münchhausen hielt es für passend, alte Wunden aufzureißen und warf sich zum Vertheidiger der Königin Marie auf, als wollte er die Zeiten eines Prinzen Christian von Braunschweig-Halberstadt zurückrufen, welcher im dreißigjährigen Kriege den Handschuh der Böhmenkönigin Elisabeth an seinem Hute trug und auf seine Fahnen die Worte sticken ließ: tout pour Dieu et pour elle. Und damit noch nicht genug, äußerte er sich mit Entrüstung darüber, daß die preußische Regierung die Kapitulation von Langensalza nicht gehalten und das Privatvermögen des Königs Georg mit Beschlag belegt habe. Hinsichtlich der unglücklichen Lage Hannovers, von der er ein düsteres Bild entworfen hatte, belehrten ihn die Hannoveraner Bennigsen und Grumbrecht, daß die Annexion des Landes kein Unglück, sondern eine nur zu lange versäumte nationale Pflicht gewesen sei. Der ganze hannöversche Mittelstand sehe die Annexion als eine Wohlthat an, und es werde nicht lange dauern, so werden die Hannoveraner eben so gute Preußen sein wie die Westfalen und Rheinländer.

Digitized by Google

Den Vorwurf, als habe Preußen die Kapitulation von Langensalza nicht gehalten, wies Graf Bismarck als eine unwürdige Verleumdung mit Entrüstung zurück. Es habe sich in der Kapitulation nur um dasjenige Privatvermögen gehandelt, welches der König mit sich geführt habe; darüber sei der Militärvertrag abgeschlossen worden; über das übrige Privateigenthum haben Staatsverträge zu bestimmen. Auf die hannöversche Katastrophe übergehend fuhr der Minister fort: „Jahrhunderte lange Erinnerungen und Traditionen haben die hannöversche Politik und Armee mit der preußischen verknüpft. Die Gruppirung des siebenjährigen Krieges war eine vollkommen natürliche. Aber seit einigen Jahren hat sich Hannover von dieser natürlichen Verbindung losgerissen. Ich habe seine Minister mit den Worten gewarnt: „„Wenn Sie Preußens Ehrgeiz fürchten, können Sie ihn nicht wirksamer entwaffnen als dadurch, daß Sie seine treuen Bundesgenossen sind.““ Einem Bundesgenossen nach dem siegreichsten Kriege ist kein Fürst des Hauses Hohenzollern im Stande, ein Haar zu krümmen. Wenn Sie sich aber mit unseren Feinden alliiren, obschon Sie dieselben Interessen mit uns haben, wenn Sie zwischen Hamburg, Minden und Köln einen Staat schaffen, von dem wir befürchten müssen, daß er jede Verlegenheit Preußens nach außen, jede Front, die wir nach Süden machen, benützen, um uns, ich will nicht sagen, den Dolch, aber die Waffe in den Rücken zu rennen, ein solcher Staat kann mit unserem Willen nicht bestehen, seine Forteristenz wäre unverträglich mit der Preußens, und derjenige Minister, welcher die erste Gelegenheit, die sich zur Beseitigung eines solchen Hannovers darbietet, versäumt hätte, verräth sein Land, verräth Deutschland. Wir haben lange unterhandelt, vielleicht zu lange über ein Bündniß mit Hannover; wir haben noch bei Langensalza unterhandelt. Woran scheiterten diese Unterhandlungen? An der Abneigung des Königs Georg, Garantien dafür zu geben, daß die hannöversche Armee nur ein Jahr lang sich der Feindseligkeiten gegen uns enthalten möge. Wir haben das Bündniß angeboten von dem Augenblick an, wo wir die Möglichkeit eines Krieges voraussahen, sind aber mit Tergiversationen hingehalten worden. Man hat uns in amtlich mitgetheilten Noten einen Neutralitätsvertrag versprochen, inzwischen aber fortgefahren, heimlich zu waffnen. Man ließ Waffen und Munition nach Stade schleppen, um dort eine feste Position zu nehmen, um

Digitized by Google

dort mit dem Corps des östreichischen Generals Gablenz, mit den Streitkräften, welche das Haus Augustenburg in Holstein würde mobil machen können, und deren Waffen wir dann in Hamburg gefunden haben, eine Diversion gegen uns im Rücken gemeinschaftlich mit Oestreich zu machen. Einer solchen Gefahr kann sich Preußen nicht zum zweitenmal aussetzen. Wir haben die Verhandlungen hinausgezogen in der Hoffnung, Hannover werde sich besinnen; es hat uns widerstrebt, gegen diesen befreundeten und benachbarten Stamm den Degen zu ziehen. Um dies zu vermeiden, haben wir rechtzeitig (am 12. Juni 1866) in Hannover amtlich folgendes kundgegeben: „„Stimmt Hannover für den östreichischen Antrag (vom 11. Juni auf Mobilmachung der Bundesarmee), worüber am 14. Juni in der Bundesversammlung votirt werden soll, so werden wir dies als eine Kriegserklärung betrachten und darnach verfahren.““ Die Regierung von Hannover war also vollständig gewarnt, verließ sich aber auf die 800,000 Mann östreichischer Truppen; in dieser Höhe war nämlich die Stärke der östreichischen Armee durch den Prinzen Solms angegeben, der seinem hohen Verwandten, welcher zwischen Preußen und Oestreich schwankte, einen schlechten Dienst damit erwiesen hat. Man hat Krieg gewollt mit offenen Augen, man war entschlossen, im Fall des Sieges preußische Provinzen zu nehmen. Daher hat man kein Recht, sich zu wundern, daß der Krieg die ernsten Folgen gehabt hat, und jetzt uns gegenüber einen Ton der Klage über diese Folgen anzustimmen. Wenn das Blut, wenn die Freiheit von Preußen aufs Spiel gesetzt wird, wenn das ganze Königreich, wie es war, mit seiner glorreichen Krone als Einsatz stand, wenn die Kroaten unser Land mit ihren Plünderungen bedrohten, wenn die Fremdherrschaft, ich weiß nicht auf wie lange, uns bevorstand, wenn man uns in der Gefahr einen Stich in die Seite gibt, dann soll man sich hernach nicht auf den Standpunkt der Sentimentalität stellen und über schlechte Behandlung klagen. Ich rathe Ihnen und Ihren politischen Freunden auf das dringendste ab, daß Sie uns nicht herausfordern. Sie werden einer Energie begegnen, der Sie nicht gewachsen sind.“ Diese Rede enthielt ein vernichtendes Urtheil über die welfische Politik. Sie war zugleich eine runde Herausforderung an alle Anhänger derselben, mit ihren Vertheidigungswaffen sich bereit zu halten. Aber

Digitized by Google

niemand wagte es, auch nur mit einem Buchstaben diese Herausforderung anzunehmen.

Nicht minder schlagend erwiderte der Minister den Angriffen auf den Entwurf, welche von zwei Seiten kamen, von der unitarischen und partikularistischen. Von ersterer Seite verlange man die Herstellung eines verantwortlichen Ministeriums. Wer denn von den 22 Regierungen dieses ernennen solle? Ein verantwortliches Ministerium sei undenkbar ohne einheitliche Spitze, diese aber bedeute die Mediatisirung, und von einem Bundesverhältniß könne dann keine Rede mehr sein. Die Süddeutschen würde man durch ein konstitutionelles einheitliches Ministerium nicht gewinnen, sondern zurückschrecken. Bedenklicher seien die Einwendungen von partikularistischer Seite. Man spreche davon, wenn dies und jenes nicht verwilligt werde, so werde der preußische Landtag den Verfassungsentwurf verwerfen. Sonst habe man nur von partikularistischen Dynastien gesprochen; jetzt sei eine neue Species hinzugekommen, die parlamentarischen Partikularisten. Hie Reichstag, hie Landtag! sei die Losung. Abgesehen davon, daß der betreffende Herr zu dieser Drohung keine Legitimation habe, so könnten mit dem nämlichen Recht die mecklenburgischen Ritter sagen: „Wenn ihr uns unsere Vorrechte nicht garantirt, so spielen wir nicht mit.“ Ob denn jemand glaube, daß die großartige Bewegung, die im vorigen Jahre die Völker zum Kampfe führte, zu einem eisernen Würfelspiel, bei welchem um Kaiser- und Königskronen gespielt wurde, daß die vielen Tausende der dafür in den Tod geschickten Menschen, daß dies alles mit einer bloßen Landtagsresolution ad acta gelegt werden könnte? Er habe die sichere Ueberzeugung, daß, wenn man sich hier geeinigt habe, kein deutscher Landtag einen Beschluß gegen den Entwurf fassen werde. Man sollte doch nicht die Regierung im Verdacht haben, daß sie von der historischen konstitutionellen Entwicklung Deutschlands sich lossagen und mit dem Parlamentarismus aufräumen wolle. Man könne von der preußischen Dynastie nicht erwarten, daß sie an ein nationales Werk mit dieser Heuchelei herantrete. Die Regierung wolle in der Verfassung denjenigen Grad von Freiheit gewahrt wissen, der mit der Sicherheit des Ganzen irgend verträglich sei. Das Militärbudget solle so wenig als das Budget für die übrigen Ausgaben dem Reichstag völlig entzogen werden. Andererseits dürfe aber auch, zumal für die nächste Zukunft, die

Digitized by Google

Existenz des Bundesheeres nicht von zufälligen Majoritäten abhängen. Die Regierung sei daher bereit, für den Militäretat ein Uebergangsstadium anzunehmen, in der Weise, daß das Budgetrecht des definitiven Reichstags gewahrt und der Militäretat als Pauschquantum für die Dauer des mit dem Parlament deßwegen gleichsam abzuschließenden Vertrags festgestellt werde. Mit Süddeutschland habe man zunächst die Gemeinschaft des, freilich auf sechs Monate kündbaren, Zollvereins. Sobald die norddeutsche Verfassung fertig sei, werde er die süddeutschen Regierungen zu Berathungen über einen unkündbaren Zollverein einladen. Es müssen für denselben organische Einrichtungen geschaffen werden, vermöge deren Süddeutschland an der Gesetzgebung über Zollsachen theilnehme. Solche gemeinsame Organe der Gesetzgebung, wenn sie einmal geschaffen, werden sich der Aufgabe nicht entziehen können, auch andere Gegenstände der materiellen Wohlfahrt sowie die Civilprozeßgesetzgebung u. s. w. allmählich sich anzueignen und auch darüber gemeinsame Bestimmungen für ganz Deutschland herbeizuführen. Was die Machtfrage betreffe, so halte er die Vereinigung von Nord- und Süddeutschland jedem Angriff gegenüber, in allen Fragen, wo es sich um die Sicherheit des deutschen Bodens handle, für gesichert. „Für den Augenblick," schloß der Minister, „kann ich nichts hinzufügen als die Aufforderung: arbeiten Sie rasch! Helfen wir Deutschland in den Sattel, reiten wird es schon selbst können."

Wenn hier der Minister von Mitteln und Maßregeln sprach, welche zur Verbindung von Nord- und Süddeutschland dienen und dienen sollen, so waren diese greifbarer und praktischer als das von demokratischer Seite verlangte verantwortliche Ministerium, das überall, wo es solche gibt, in dringenden Fällen ebenso unverantwortlich handelt wie ein unverantwortliches. Aus dem Zollverein schien bereits ein ganz Deutschland umfassendes Zollparlament hervorzuwinken, und die Erklärung über gegenseitige Unterstützung in Kriegsfällen war ganz dazu gemacht, den Appetit nach weiteren Enthüllungen in hohem Grade zu reizen. Blieb auch die Mainlinie vorerst stehen; so viel war sicher: es gab Brücken. Der Anstoß, diese der Oeffentlichkeit zu übergeben, sollte von anderer Seite kommen.

Wie einst den jungen Themistokles die Trophäen des alten Miltiades nicht schlafen ließen, so fühlte sich das alte Frankreich sehr unbehaglich bei dem siegreichen, selbstbewußten Auftreten des jungen

Digitized by Google

Preußens. Es ging ihm, wie dem guten Gretchen im Faust, wenn es singt: „Meine Ruh' ist hin, mein Herz ist schwer, ich finde sie nimmer und nimmermehr." Und der kleine Thiers hatte in seinen alten Tagen noch den tollen Einfall, die Rolle des Gretchens übernehmen und in einem dreistündigen Monolog Bekenntnisse einer schönen Seele ablegen zu wollen. Als Geschichtschreiber des Napoleonischen Konsulats und Kaiserreichs hatte er sich ganz in jene Zeiten der französischen Glorie hineingelebt, dachte sich sein Frankreich wie eine Sonne, um welche die übrigen Staaten herumhüpfen und den Jungfernkranz mit veilchenblauer Seide winden, und wie er nun auf einmal sah, daß das Planetensystem zu Ungunsten Frankreichs verrückt worden sei, so hielt er sich für berufen, der heruntergekommenen Napoleonischen Politik den Text zu lesen und ihr eine Vorlesung über das alte Staatsrecht zu halten. Der gute Mann war offenbar um zwei Jahrhunderte zu spät auf die Welt gekommen, woran freilich er selbst am wenigsten Schuld ist. Die Zeiten Richelieus und Mazarins, wo von den 300 bis 400 Staaten Deutschlands immer ein Theil von Frankreich bestochen und mit demselben gegen den andern Theil verschworen war und im offenen Feld stand, wären freilich das rechte Lebenselement für den ehemaligen Minister Louis Philipps gewesen. Wie er aber auf einmal rechts vom Main einen starken Nordbund sich entwickeln sah und links davon keinen Südbund, da schrie er wie ein eigensinniges Kind über die Störung des europäischen Gleichgewichts, als ob nicht vielmehr jetzt erst durch Aufhebung des französischen Uebergewichts das europäische Gleichgewicht hergestellt wäre. Aber in seinem Dünkel und in seiner Unredlichkeit verwechselt er und mit ihm Tausende von Franzosen diese zwei Begriffe fortwährend mit unausstehlicher Naivetät.

Um seine Schlagwörter zur Vertheidigung eines abgelebten Princips und zur Uebertünchung einer grenzenlosen Heuchelei auf offener Bühne zu proklamiren, kündigte er, der neuen Geschäftsordnung gemäß, seine Interpellation über die von der Regierung in den deutschen Verhältnissen eingehaltene Politik an. Die Kammer war, obgleich sich für die Regierung nicht lauter Komplimente erwarten ließen, so begierig, den alten Parlamentskämpfer zu hören, daß seine Interpellation die chinesische Mauer der vier Kommissionen glücklich passirte und er am 14. März die Rednerbühne besteigen konnte, während die Galerien zum Erdrücken voll

Digitized by Google

waren. Als letzte Ursache der Störung des europäischen Gleichgewichts bezeichnete er die allgemeine Verbreitung der sogenannten Nationalitätsidee. Früher sei Frankreich von einer Menge von kleinen Staaten umgeben gewesen, deren Selbständigkeit von ihm geachtet worden sei; nun aber haben einige derselben (Italien und Preußen) vermöge der Idee der Massengestaltung derjenigen Völker, welche den gleichen Ursprung und die gleiche Sprache haben, zu Großstaaten sich emporgeschwungen und dadurch sei alles außer Rand und Band gebracht. Auf dieser alten Politik der kleinen Staaten habe Frankreichs Größe beruht. Seitdem man sie nicht mehr respektire, sei die Lage eine ganz andere. Durch die Politik der Nationalitäten sei Italiens Einheit geschaffen, durch sie habe Preußen die deutsche Einheit fast zu drei Viertheilen hergestellt. In Folge dessen herrsche nur eine Leidenschaft in Deutschland: man wolle nicht mehr einen Zoll deutschen Landes angreifen lassen. Nur durch die Einheit Italiens, welche Oestreich zwang, 150,000 Mann bei Custozza aufzustellen, habe die Schlacht von Sadowa gewonnen werden können, und so sei Frankreich, welches die Einheit Italiens herbeigeführt habe, Schuld an Preußens jetziger Größe. Dieses habe jetzt mit dem Nordbund 31 Millionen und werde nach Konstituirung des Nordbundes seine militärische Allianz mit Süddeutschland machen, was eine Macht von 40 Millionen an den Grenzen Frankreichs herstelle. Durch dieses verhaßte Nationalitätsprincip werde auch noch der Orient auseinandergehen. Rußland sei um so mehr zu fürchten, als dieses offenbar mit Preußen verbunden sei. Im Gegensatze gegen sie müsse sich Frankreich an die Spitze der bedrohten Interessen stellen, um neue Gewaltthätigkeiten zu verhindern, Hand in Hand mit England gehen, damit kleinere Staaten wie Holland, Belgien, Dänemark, Schweden, Portugal sich an sie anschließen und Oestreich ihrem Beispiele folge. Auf diese Weise werde der Friede gesichert werden. Aber es sei die höchste Zeit. Nicht einen einzigen Fehler mehr dürfe man begehen." „Es ist wahr", äußerte jemand nach der Sitzung, „Herr Thiers weiß alle Interessen zu sichern, aber er macht aus Frankreich den Gensdarmen Europa's."

Am folgenden Tage, am 15. März, ergriff Garnier-Pagès das Wort und sagte von Thiers, daß er „die Traditionen der alten Monarchie vertrete, dabei aber übersehe, daß, nachdem drei große

Digitized by Google

Revolutionen zwischen Sonst und Jetzt liegen, diese Traditionen für die heutigen Zeiten und Völkerbestrebungen nicht mehr maßgebend sein können. Der Einfluß, welchen heutzutag eine große Regierung nach außen ausübe, dürfe nur ein moralischer, nicht ein materieller sein, daher er mit dem Ausspruch der Thronrede nicht einverstanden sei, daß der Einfluß einer Nation von der Zahl der Soldaten abhänge, welche sie ins Feld stellen könne; vielmehr hänge er von den Staatseinrichtungen und Principien ab. Bismarck habe übrigens ein unmögliches Werk unternommen, elf (?) Millionen Deutschöstreicher ausgeschlossen, das übrige Deutschland in zwei Theile geschnitten und aus dem einen ein Großpreußen gemacht, die Nationalitätsgefühle mißachtet, eine Verfassung oktroyirt und alles in seinem Militärismus absorbirt."

Mit dieser Prophezeiung eines baldigen Auseinanderfallens Deutschlands war der nächste Redner, Emil Ollivier, nicht einverstanden. „Die Annexionen Preußens verdamme er zwar entschieden als eine Verletzung des Rechts, aber den Nordbund halte er für etwas Rechtmäßiges und Unangreifbares; denn er beruhe zunächst auf frei eingegangenen Verträgen der Fürsten und auf der demnächst erfolgenden Zustimmung eines aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Parlaments, und es bleibe völlig gleichgiltig, ob das Zustandekommen dieses Bundes den Franzosen angenehm oder unangenehm sei. Das Werk des Grafen Bismarck werde nicht wieder zerfallen, sondern werde dauern und sich ausbreiten, und eines Tages werde der militärisch organisirte Süden trotz des Prager Friedens dem Norden über den Main hinüber die Hand zum Bunde reichen. Was dann Frankreich thun solle? Mit Vertrauen ein Werk hinnehmen, das, nach seiner Ueberzeugung, nicht gegen Frankreich gerichtet sei. Nur dadurch könne man Preußen und Deutschland von Rußland abziehen, durch welche Trennung der russischen Besitzergreifung Konstantinopels der stärkste Riegel vorgeschoben würde."

Der Redner des 16. März, Graf Latour, forderte die Verbindung Frankreichs mit Oestreich zur Wahrung der drei großen Interessen, welche beiden Kaiserstaaten gemein seien: Verhinderung der Eroberung Konstantinopels durch die Russen, Verhinderung der Herstellung eines deutschen Reiches durch Preußen und Aufrechthaltung der weltlichen Macht des Papstes. Der Krieg mit Preußen

Digitized by Google

sei unvermeidlich und nur noch eine Frage der Zeit. Daher müsse Frankreich die Integrität Oestreichs mit Festigkeit aufrecht halten, mit den süddeutschen Staaten eine Allianz eingehen und Preußen nebst seinem Nordbund ein „Bis hieher und nicht weiter!" zurufen.

Diesen brennenden Kriegseifer suchte Staatsminister Rouher zu dämpfen und zugleich die kaiserliche Politik gegen Herrn Thiers zu vertheidigen. Der vierte Juli (an welchem die Nachricht von dem Siege der Preußen bei Königgrätz einlief) war nach dem Geständniß des Ministers ein gewichtiger Tag. „Diesem unwahrscheinlichen und unerwarteten Ereigniß gegenüber waren die Herzen aller Männer der Regierung mit patriotischer Angst erfüllt. Die Entscheidungen, die wir ins Auge zu fassen hatten, waren von denen, welche auf Jahrhunderte hinaus die Zukunft bestimmen, und wir hatten nur Minuten, um uns zu entscheiden. Wir glaubten uns weder in schmollende Thatlosigkeit versenken, noch zur Kriegsdrohung greifen zu sollen. Wir hielten an dem Gedanken fest, den Frieden zu erhalten oder doch so bald als möglich wiederherzustellen, und entschieden uns daher für Vermittlung. Dadurch haben wir den Sieger vor den Thoren Wiens aufgehalten, ihn aufgehalten, als er Baiern 900,000 Seelen wegnehmen wollte, die Abfindung mit Sachsen, Württemberg und den anderen Mächten gemildert und den Krieg auf 20 Tage beschränkt. Der Phrase: „es ist kein Fehler mehr zu begehen," stelle er die Wahrheit entgegen, und diese laute: „es ist nicht ein einziger Fehler begangen worden." Die jetzige Hegemonie Preußens sei aus seiner Hegemonie im Zollverein entstanden. Doch sei die jetzige Lage Deutschlands für Frankreich günstiger als die unter dem deutschen Bund mit seinen 75 Millionen Einwohnern, der eine beständige Bedrohung Frankreichs gewesen sei. Thiers habe zwar gesagt, der deutsche Bund sei eine bloße Defensivmacht gewesen. Aber 1859 haben die 300,000 Mann, welche Preußen mobilisirte, den Kaiser vor dem Festungsviereck aufgehalten. Er habe den Frieden von Villafranca nur unterzeichnet, weil er Frankreich um Italiens willen nicht weiter gefährden wollte. Jetzt habe Preußen mit dem Nordbund 29 Millionen und könne sich durch eine Allianz mit dem Südbund auf 32 (?) vermehren. Oestreich werde sich mit seinen 33 Millionen Einwohnern bald wieder lebenskräftig erweisen. In dieser Dreitheilung Deutschlands sehe er keine Gefahr. Wollte aber Preußen, wie man sage, bis zur Zuyderſee

Digitized by Google

vordringen, so würden Frankreich und England eine Sprache vernehmen lassen, die es Preußen begreiflich machen müßte, daß die Zeit toller Anmaßungen vorüber ist."

Darauf entgegnete am folgenden Tage Jules Favre, wenn alles so ruhig aussehe, wie der Minister angebe, warum er denn die Ruhe des Landes durch Vorlage eines neuen Militärgesetzes störe? Der deutsche Bund sei keine Drohung für Frankreich gewesen, das damals eine zehnmal geringere Streitmacht zu seiner Sicherheit gebraucht habe. Das einzige Mittel, die deutsche Einheit zu verhindern, sei, der unterdrückten deutschen Völker und der vertriebenen Fürsten sich anzunehmen.

Zeigte Jules Favre, dieser Vorkämpfer der Freiheit, daß er über andere Völker ebenso kleinlich denke wie Thiers und sich nichts daraus machen würde, Arm in Arm mit dem Kurfürsten von Hessen und dem Herzog von Nassau gegen das norddeutsche Parlament Sturm zu laufen, so gieng Granier von Cassagnac, welcher zu den intimsten Bekannten der Tuilerien gehört, auf das Lieblingsthema der Franzosen ein. „Er glaube mit Ollivier, daß die deutschen Verhältnisse sich konsolidiren, mit Thiers, daß sie für Frankreich eine große Gefahr werden können. Aber sein Patriotismus habe seine besonderen Vorurtheile. Er glaube an die natürlichen Grenzen und halte sich für sicherer hinter einem Berg oder einem breiten Fluß als hinter einem Grenzpfahl mit dem preußischen Wappen. Frankreich habe das Recht, an allen Punkten und in allen Fragen, wo seine Sicherheit ins Spiel komme, sich einzumischen und selbst seine Interessen zu definiren und abzugrenzen. Zunächst verlange er den Frieden, wenn man ihn wolle, und den Krieg, wenn man dazu nöthige."

Die Menge von Unwahrheiten und Fälschungen, welche in diesen französischen Reden sich kundgab, mußte von Seiten Deutschlands Entgegnungen und Berichtigungen hervorrufen. Bei weitem die beste Antwort für die Herren Thiers, Latour und alle diejenigen, welche auf Süddeutschland spekulirten, war die Mittheilung, daß eine Allianz mit Süddeutschland nicht erst zu schließen, sondern schon geschlossen sei. Es war am 18. März, als der Reichstag in Berlin die einzelnen Artikel des Entwurfs zu berathen anfieng und über das „Bundesgebiet" debattirte. Bei dieser Gelegenheit erhoben sich zuerst zwei Gegner Deutschlands, der Pole

Digitized by Google

Kantak und der Däne Kryger. Jener protestirte gegen die Aufnahme Posens in den deutschen Bund, dieser wünschte, daß die Rechte derjenigen Nordschleswiger vorbehalten werden, welchen nach dem Prager Frieden die Entscheidung durch freie Abstimmung, ob sie zu Deutschland oder zu Dänemark gehören wollen, anheim gegeben sei. Graf Bismarck entgegnete dem Polen Kantak, daß die Bewohner des zu Preußen gekommenen Theils der ehemaligen Republik Polen mit der preußischen Regierung, unter welcher sie einen früher nie gekannten Wohlstand und Rechtssicherheit genießen, vollkommen zufrieden seien. Nur der Adel, die Geistlichkeit und die gutsherrlichen Arbeiter seien für eine Revolution und setzen alle 15 Jahre „zur Auffrischung der Gefühle" eine solche in Scene; gerade an dem Widerstand der Bauern seien bis jetzt alle Revolutionen gescheitert. Es gebe überhaupt nicht so viele Polen, als man gewöhnlich glaube. Von den 24 Millionen Menschen, welche die ehemalige Republik Polen bewohnten, seien nur 7 Millionen Polen, die übrigen seien Russen. Mit welchem Recht denn diese 7 Millionen die Herrschaft über 17 Millionen ansprechen könnten? Die Preußen haben sich durch schwere Kriege und durch die Verträge von 1815 in den Besitz von Posen gesetzt, in welchem neben 800,000 Polen 700,000 Deutsche wohnen. Der Gedanke an die Herstellung der polnischen Republik sei daher ein phantastischer.

Nicht besser kam der Däne Kryger weg. Ihm erwiderte Graf Bismarck, nicht den Nordschleswigern, sondern nur dem Kaiser von Oestreich stehe das Recht zu, eine Abstimmung zu verlangen. Ob einige dänisch redende Schleswiger zu Preußen gehören oder nicht, daran liege gar wenig. Wo aber die Grenze gesteckt werden solle, werde Preußen nach seinem Interesse bestimmen. Jedenfalls werde es nicht so weit zurückgehen, um später Düppel noch einmal erstürmen zu müssen. Im Vertrage heiße es nicht „der nördliche Distrikt," sondern „die nördlichen Distrikte Schleswigs." Man könne sich diese Distrikte groß und klein denken, wie man wolle; so groß, wie man sie sich in Kopenhagen denke, werden sie aber wohl nicht ausfallen. Wann die Abstimmung stattfinden solle, darüber habe der Friedensvertrag nichts festgesetzt; Preußen habe hierin eine gewisse Freiheit. Jedenfalls müssen vorher Verhandlungen mit dem dänischen Kabinet gepflogen werden, theils zum Schutz der in jenen Distrikten wohnen-

Digitized by Google

den Deutschen, theils wegen Uebernahme des schleswig-holsteinischen Staatsschulden-Antheils.

Aber auch Süddeutschland kam bei der Berathung dieses Artikels zur Sprache, und ein Mitglied des Reichstags äußerte das Bedenken, daß das in der französischen Kammer angerathene Bündniß zwischen Süddeutschland einerseits, Frankreich und Oestreich andererseits wirklich geschlossen werden möchte. Graf Bismarck antwortete darauf, „er wolle seiner neulichen Bemerkung noch hinzufügen, daß die militärische Verbindung zwischen Nord- und Süddeutschland bereits seit dem Friedensschlusse vertragsmäßig festgestellt sei.“ Die Versammlung begrüßte diese Erklärung mit der freudigsten Aufregung, und manches deutsche Herz, im Nord und Süd, fühlte sich einer Last entledigt. Schon am folgenden Tage, am 19. März, veröffentlichte der preußische Staatsanzeiger und die officielle bairische Zeitung einen Zusatzartikel zum preußisch-bairischen Frieden vom 22. August 1866, wonach an diesem Tage die Könige von Preußen und von Baiern ein Schutz- und Trutzbündniß mit einander abschloßen, sich gegenseitig die Integrität ihres Gebietes garantirten, im Fall des Kriegs ihre volle Kriegsmacht zu diesem Zwecke einander zur Verfügung stellten und für diesen Fall der König von Baiern den Oberbefehl über seine Truppen dem Könige von Preußen übertrug. In den nächsten Tagen machten auch die badischen und württembergischen Blätter den dem bairischen gleichlautenden Allianzvertrag bekannt, welchen Baden am 17., Württemberg am 13. August 1866 als Zusatz zu den Friedensverträgen mit Preußen abgeschlossen hatte. Daß aber sieben Monate lang von der Existenz dieser so wichtigen Verträge nichts in's Publikum drang, beruhte auf einem besonderen Artikel derselben, welcher ihre vorläufige Geheimhaltung festsetzte. Doch drängten sich unwillkürlich zwei Fragen auf: Was hat den Grafen Bismarck veranlaßt, gerade jetzt sein Geheimniß zu veröffentlichen? Und was hat die süddeutschen Regierungen im vorigen Jahre bewogen, mit dem Sieger ein Bündniß zu schließen? Eine Flut von Gerüchten und Vermuthungen überschwemmte die inländischen und ausländischen Zeitungen. Alle Zeichen aber wiesen nach Paris und nach München als diejenigen Orte, wo eine Antwort am besten am Platz sei. Es ließ sich zunächst keine wirksamere Demonstration gegen die französische Anmaßung, welche sich bei der Thiers'schen Interpellation so breit ge-

Digitized by Google

macht hatte, denken als eben die Publikation dieser Verträge. Freilich wird auch behauptet, der Inhalt dieser Verträge sei dem Tuilerienkabinet schon im September 1866, als der östreichisch gesinnte Minister Drouyn de Lhuys das auswärtige Ministerium an Moustier abgab, mit der Bitte um Geheimhaltung mitgetheilt worden. Warum man aber ein Geheimniß, welches dem Wiener Kabinet ein solches bleiben sollte, gerade dem französischen beichtete, da es doch auf der Hand lag, daß dieses in einer sie beide gleich unangenehm berührenden Sache die diplomatische Verschwiegenheit nicht übertreiben werde, bleibt noch unaufgeklärt. Ja man sagt sogar, daß Preußen und Baiern, um die Verlegenheiten der französischen Regierung nicht zu vermehren, absichtlich erst n a c h den Interpellationsdebatten die Verträge veröffentlicht haben.

Wie dem auch sei, Thatsache ist, daß Fürst Hohenlohe sehr auf Veröffentlichung drang. Die östreichische und klerikale Partei in Baiern griff ihn wegen seiner in dem oben angeführten Programm ausgesprochenen Hinneigung zu Preußen heftig an und erschwerte ihm die Durchführung dessen, was als Konsequenz des Vertrages angesehen werden muß, eines neuen Militärgesetzes. Die Stellung des Fürsten war dieser Partei gegenüber eine günstigere, wenn er nachweisen konnte, daß er diese Lage nicht geschaffen, sondern angetreten, daß sein Vorgänger, der antipreußische Minister von der Pfordten, schon längst einen Allianzvertrag abgeschlossen und er selbst nichts weiter zu thun habe, als demselben getreulich nachzukommen. Auch war nicht zu verkennen, daß durch die Publikation dieser Verträge das Vertrauen des Reichstags und des ganzen Nordbunds zu den leitenden Persönlichkeiten, die Hoffnung auf den Bestand des eben erst zu gründenden Werkes ungemein gestärkt und daß auch in Süddeutschland durch ein solches fait accompli ein weit günstigerer Boden hergestellt wurde.

Auch über die Gründe, welche die süddeutschen Staaten aus Gegnern zu Bundesgenossen Preußens gemacht haben, sind einige Enthüllungen mitgetheilt worden. Preußen hatte zunächst die Absicht, mit der Mainlinie vollen Ernst zu machen und seine süddeutschen Gegner nicht viel glimpflicher zu behandeln als die norddeutschen Fürsten, welche ihre östreichische Freundschaft mit ihrem Throne bezahlen mußten. Es beabsichtigte daher, ganz Oberhessen und den rechts vom Main gelegenen Theil von Baiern zu annectiren. Damit

Digitized by Google

aber Württemberg und Baden nicht allein ungestraft davon kommen, sollte hinwiederum durch diese Baiern und Hessen entschädigt werden. Um diese höchst unerwünschten Gebietsabtretungen abzuwälzen oder doch auf ein bescheideneres Maß zurückzuführen, wandten sich die Minister der Südstaaten, mit Ausnahme des badischen, an das französische Kabinet und baten dasselbe um seine Fürsprache in Berlin. Was konnte in Paris willkommener sein, als bei einem solchen Anlaß Preußen entgegenzuarbeiten, die Südstaaten durch Bande der Dankbarkeit an sich zu fesseln und dann vor Europa sich mit der Behauptung groß zu machen, „Frankreich habe den Sieger aufgehalten, als er Baiern 900,000 Seelen wegnehmen wollte, und die Abfindung mit Württemberg und anderen Mächten gemildert," wie dies Rouher am 16. März verkündigte! Herr Drouyn de Lhuys gab also dem Gesandten in Berlin, Benedetti, die Anweisung, im Namen Frankreichs bei der preußischen Regierung ein gutes Wort für die Südstaaten einzulegen. Graf Bismarck hörte die Fürsprache des Gesandten an und machte bei den Friedensverhandlungen mit den süddeutschen Ministern diese darauf aufmerksam, wie Unrecht sie daran thun, lieber der französischen Gnade als der preußischen sich in die Arme zu werfen; denn das nämliche Frankreich, welches jetzt für die Integrität ihres Gebietes einzutreten vorgebe, habe von ihm die Abtretung deutscher Provinzen und zwar Luxemburg, Rheinhessen und Rheinbaiern mit den Festungen Mainz und Landau verlangt. Dies sollte der Kaufpreis sein, um welchen Frankreich in die preußischen Annexionen und in die Gründung des Nordbundes einwillige. Nun erst merkten die Minister, daß sie mit ihrem Hilfegesuch an eine falsche Adresse sich gewandt haben, und daß es besser, vielleicht auch nationaler sei, mit einer deutschen als mit einer welschen Macht zu verkehren. Sie trugen daher dem Grafen Bismarck ein Schutz- und Trutzbündniß an. Diesem kam ein so rascher Temperaturwechsel anfangs etwas verdächtig vor; er fürchtete, die Sache sei durchaus nicht nachhaltig und werde bald wieder in's Gegentheil umspringen. Doch ließ er sich endlich von dem Ernst und der Ehrlichkeit ihres Anerbietens überzeugen, erkannte aber auch zugleich, daß jetzt, wo es sich um Bundesgenossen handle, von größeren Gebietsabtretungen keine Rede sein könne, da durch solche die Gemüther entfremdet, nicht gewonnen würden.

Digitized by Google

Die Friedens- und Allianz-Verträge wurden geschlossen, und damit war bereits die erste Brücke über den Main geschlagen.

Dies war einer der feinsten Schachzüge der Bismarck'schen Politik. In dem nämlichen Augenblick, in welchem das französische Kabinet die süddeutschen Staaten in seinem Netz zu haben glaubte, fieng sie ihm der preußische Minister vom Munde weg, und jenes hatte das Nachsehen. Wenn nun Frankreich in trostloser Verzweiflung darüber, daß jetzt das europäische Gleichgewicht ein wirkliches ist, zum Schwert greift und den wahnsinnigen Versuch machen will, den neuen Bau wieder zu zerstören und sich, nach dem Thiers'schen Recept, mit einem Gürtel von kleinen Staaten zu umgeben, so hat es vorher in Rechnung zu ziehen, daß alle deutschen Volksstämme vom Bodensee bis zur Nord- und Ostsee wie eine eherne Mauer sich erheben und unter dem Oberbefehl des Königs von Preußen und unter der Leitung seiner kriegsgeübten und sieggewohnten Generale zeigen werden, wie schwer ein einiges Deutschland in die Wagschale des Krieges fällt.

Auch das Ausland maß diesem Bündnisse zwischen Nord und Süd die größte Wichtigkeit bei. Von den englischen Blättern sagte Daily News: „Die Nachricht von dem Abschluß dieser Verträge wird die Eitelkeit der französischen Staatsmänner noch tiefer kränken. Es ist natürlich, daß diejenigen, welche so lange Zeit die Gönner und Schirmherren des Menschengeschlechts zu sein wähnten, sich ärgern, wenn sie die Entdeckung machen, daß die Welt für sich selbst sorgen will." Der Globe schrieb: „Das Erwachen des schlummernden Riesen Deutschland fühlt man in ganz Europa. Graf Bismarck siegt auf allen Punkten." Der Advertiser meinte sogar, „die Niederlage der Napoleonischen Diplomatie sei so groß, daß der französische Nationalstolz dies nicht ertragen werde; man müsse sich auf den Sturz des Kaisers und auf eine große Katastrophe gefaßt machen." Und die Neue freie Presse in Wien rief aus: „Oestreich darf sich durch keine falsche Sentimentalität abhalten lassen, seine Stellung in Europa durch die einzig mögliche Verbindung zu retten, durch den ernsten Versuch, sich an Deutschland mit Aufrichtigkeit einen Bundesgenossen zu gewinnen. Einen anderen Alliirten gibt es für Oestreich nicht, und ohne Alliirten wird es die Krisis, die jetzt im Orient reift, nicht überstehen."

Aber an Süddeutschland trat nun die Aufgabe heran, dafür

Digitized by Google

zu sorgen, daß die Folge dieser Allianzverträge nicht bloß in der Beschützung des Südens durch den Norden sich zeige, sondern auch in der Unterstützung des Nordens durch den Süden. Denn so, wie es unter dem alten Bund üblich war, konnte es schlechterdings nicht mehr fortgehen. Trotz der bedeutenden Summen, welche schon damals die Mittel- und Kleinstaaten das Militärwesen kostete, kam doch bekanntlich nicht viel mehr dabei heraus, als wenn sie gar kein Militär gehabt hätten. War auch das Material gut, so fehlte es doch vollständig an der Führung, die im Jahre 1866 ein Fiasko gemacht hat, das fast an den Tag von Roßbach erinnert. Von einer Gleichmäßigkeit, von einem Zusammenwirken mehrerer Staaten war ja nirgends die Rede. Wie selten kamen, um nur eins anzuführen, vom Jahre 1816—1866 gemeinschaftliche Manövrirübungen der württembergischen, badischen und hessischen Truppen vor, welche doch mit einander das achte Bundesarmeecorps bilden sollten! Es fragt sich, ob in diesen fünfzig Jahren solche Uebungen mehr als einmal stattfanden. Und wie zweckmäßig wäre es gewesen, wenn diese drei Staaten zur Ausbildung ihrer Officiere eine gemeinschaftliche Anstalt gegründet und unterhalten hätten! Aber dazu brachte es die traditionelle deutsche Eifersüchtelei nicht. Was halfen dann die Militärinspektionen, welche von Bundes wegen vorgenommen wurden! Es ist Thatsache, daß an den militärischen Einrichtungen der Mittelstaaten von den inspicirenden preußischen Generalen stets viel gerügt und auf Verbesserungen angetragen wurde. Da aber jeder Landesherr und jeder Kriegsminister das Militär nach seinem Geschmack eingerichtet wissen wollte, so wurde auf diese Ausstellungen nicht gehört, dieselben vielmehr als Eingriffe in die Souveränetätsrechte angesehen. Schon damals konnte man Preußen klagen hören, daß, im Fall eines Bundeskrieges, alle Last auf dem preußischen und östreichischen Heere liege, daß die Mittelstaaten ein *solches* Militär freilich um verhältnißmäßig geringere Kosten unterhalten können, daß aber auch auf eine so bunte Musterkarte gar nicht zu rechnen, geschweige darauf zu bauen sei.

Sollten die Allianzverträge nicht rein illusorisch sein und ein einseitiges Resultat haben, so mußten die süddeutschen Staaten schlechterdings ihr Militärwesen auf preußischem Fuß einrichten. Denn nur so bekam man eine Armee, welche in Verbindung mit der norddeutschen unter dem Oberbefehl des Königs von Preußen

Digitized by Google

operiren konnte. Das künftige deutsche Heer muß aus einem Guß sein; wenn irgendwo, so ist hier aller Partikularismus vom Uebel. Die Stuttgarter Konferenzen vom 5. Februar entsprachen daher den Erwartungen nicht, und daß ihre Fortsetzung erst am 1. Oktober stattfinden sollte, fand man sehr auffallend. Dieses langsame und behagliche Berathen und Herumtasten reizte den Spott des Nordens, welcher sich dahin äußerte, „die militärische Einheit des Südens habe damit angefangen, daß für jedes Kontingent Waffen von besonderem, der Stammeseigenthümlichkeit entsprechendem Kaliber angeschafft werden, und während das württembergische Kriegsministerium bei der Geburt des klassischen Dioskurenpaares Albini-Brändle sich abmühe, experimentire Baiern mit seinen Podewilsgewehren, um sie nach einem halben Jahr in einer Antiquitätenkammer aufstellen zu müssen." Noch im Monat April, also volle 8 Monate nach Abschluß des Allianzvertrags, stand man in Süddeutschland noch auf dem nämlichen Fleck wie im August vorigen Jahres. Wie viel kostbare Zeit gieng dadurch für die Schaffung einer nationalen Armee verloren, zumal man in einer gewitterschwülen Atmosphäre lebte und jeden Augenblick gewärtig sein mußte, daß ein Bote hereinstürzte und ausrief: Hannibal ante portas! (Hannibal steht vor den Thoren Roms!). Denn laut und immer lauter hörte man damals den Namen „Luxemburg."

Schon das ganze Jahr über hörte man dieses Wort in geheimnißvoller Weise flüstern. Die Sache zog sich langsam hin wie ein gelindes Katarrhfieber. Plötzlich aber, gegen das Ende März, nahm die Krankheit einen akuten Charakter an. Die französische Presse gerieth in heftiges Fieber und hatte viel mit Schwindel, ja sogar mit Anfällen von Delirium zu schaffen. Die deutschen Demokraten und die Superklugen sprachen mit Schadenfreude von diesen vernachläßigten Zuständen, und mit besorgten Blicken schaute die national-liberale Partei von ganz Deutschland nach der Miene des Generalstabsarztes in Berlin, wie er eben dem Patienten den Puls fühlte. Die Besorgniß steigerte sich von Woche zu Woche, und auch hier stellten sich, wie bei den französischen Staatsmännern am 4. Juli, „patriotische Beklemmungen" ein. Aber über die Verschwiegenheit der Aerzte geht nichts, außer wenn der rechte Mann zu geschickter Stunde kommt. Herr von Bennigsen brachte am 1. April

Digitized by Google

eine auf die Luxemburgische Frage bezügliche Interpellation ein, und Graf Bismarck erklärte, er sei bereit, dieselbe sogleich zu beantworten. Darauf erklärte jener, daß sich die Gerüchte von einem Vertrag zwischen Holland und Frankreich über die Abtretung Luxemburgs an letzteres von Tag zu Tag mehren. Luxemburg sei ein altdeutsches Land, die Festung, aus französischen Entschädigungsgeldern und aus deutschen Mitteln zum Schutze Deutschlands (und Belgiens) gegen Frankreich gebaut; es handle sich darum, diese wichtige Position zu behalten und zu zeigen, daß wir auch den Krieg nicht scheuen, wenn es gelte, den französischen Leidenschaften entgegenzutreten. Das Wort des Königs von Preußen, daß kein deutsches Dorf an das Ausland verloren gehen dürfe, habe im deutschen Volke einen lauten Wiederhall gefunden; der König möge, wenn Deutschland in Gefahr sei, das Volk aufrufen, und er werde die ganze Nation entschlossen an seiner Seite finden. Er frage also bei der preußischen Regierung an, ob sie von dem Vertrag Kenntniß habe, und ob sie entschlossen sei, die Verbindung des Großherzogthums Luxemburg mit dem übrigen Deutschland, insbesondere das preußische Besatzungsrecht in der Festung Luxemburg auf jede Gefahr hin dauernd sicher zu stellen.

Graf Bismarck erwiderte, daß er den zweiten Theil der Interpellation aus diplomatischen Gründen nicht beantworten könne, wohl aber den ersten, so weit er die thatsächlichen Verhältnisse kenne. Durch die Auflösung des deutschen Bundes habe Luxemburg, wie alle anderen Glieder desselben, seine volle Souveränetät wieder zurückerhalten, und der Großherzog, zugleich König von Holland, habe aus Mißstimmung gegen Preußen und seine Erfolge, die Bevölkerung aus Abneigung gegen die Uebernahme der Militärlasten nicht die geringste Lust bezeugt, dem norddeutschen Bunde beizutreten. Ja im Oktober 1866 sei eine Depesche aus dem Haag in Berlin eingetroffen, welche nachzuweisen suchte, daß Preußen kein Recht mehr habe, in Luxemburg eine Besatzung zu halten. Es habe sich gefragt, ob es angemessen sei, unter diesen Umständen eine Einwirkung oder gar einen Druck dahin zu üben, daß das Großherzogthum Luxemburg, welches dem Zollverein angehöre, dennoch dem Nordbund beitrete. Nach den Erfahrungen, welche man in dieser Beziehung in früheren Jahren gemacht habe, habe die Regierung es für unvortheilhaft gehalten, in einem Bunde von solcher In-

Digitized by Google

timität dieses einem fremden Souverän zugehörige Land als Mitglied zu haben. Was nun den Verkauf des Landes an Frankreich betreffe, so habe die Regierung keinen Anlaß anzunehmen, daß ein Beschluß über das künftige Schicksal desselben erfolgt sei; freilich könne sie auch das Gegentheil nicht mit Bestimmtheit versichern. Sie wisse nur so viel, daß vor wenigen Tagen der König Wilhelm von Holland den preußischen Gesandten in Haag gefragt habe, wie die preußische Regierung es auffassen würde, wenn der König sich der Souveränetät über das Großherzogthum Luxemburg entäußerte. Der Gesandte, Graf Perponcher, sei angewiesen worden, darauf zu antworten, daß die preußische Regierung im Augenblick keinen Beruf fühle, sich über diese Frage zu äußern, und daß sie, bevor dies geschehen könne, jedenfalls sich darüber unterrichten müsse, wie diese Frage von ihren deutschen Bundesgenossen, wie von den Mitunterzeichnern der Verträge von 1839, wie von der öffentlichen Meinung in Deutschland, welche gegenwärtig im norddeutschen Parlament ein angemessenes Organ besitze, aufgefaßt werde. Bald darauf habe die holländische Regierung durch ihren Gesandten in Berlin ihre guten Dienste Behufs der von ihr vorausgesetzten Verhandlungen Preußens mit Frankreich über das Großherzogthum Luxemburg angeboten. Die preußische Regierung habe auf dies geantwortet, sie sei nicht in der Lage, von diesen guten Diensten Gebrauch zu machen, da mit Frankreich gar keine derartigen Verhandlungen stattfinden. Zum Schluß drückte Graf Bismarck die Hoffnung aus, das Ausland werde zweifellose Rechte Deutschlands auf deutsches Gebiet anerkennen, und es werde der Regierung möglich sein, diese Rechte zu schützen, ohne daß die bisherigen freundschaftlichen Beziehungen zu Frankreich gestört würden.

Der nächste Eindruck, welchen diese Enthüllungen machten, äußerte sich in der allgemeinen Entrüstung Deutschlands über das Benehmen des Königs von Holland. Freilich die Demokraten und die anderen Preußenfeinde riefen jubelnd aus, jetzt komme endlich der „schwarze Verrath" an den Tag, jetzt werden endlich die Geheimnisse von Biarritz veröffentlicht; Graf Bismarck sei um kein Haar besser als Graf Cavour; habe dieser in Plombières Savoyen und Nizza verhandelt, so habe es sich in Biarritz um Luxemburg gehandelt, und dies sei nur der Anfang, das Saarbecken, Stücke von Belgien und anderes werde nachkommen; wo unter den Fittigen des

Digitized by Google

deutschen Bundes je so etwas vorgekommen sei? Die Abtretung deutschen Gebietes, auch wenn dasselbe nicht mehr durch ein Bundesverhältniß mit Deutschland vereinigt war, wäre freilich ein schlimmer Hochzeitsstrauß für die nahe bevorstehende Verbindung Norddeutschlands mit Preußen gewesen. Aber man war im Reichstag und in anderen Kreisen fest überzeugt, daß Preußen, welches im August vorigen Jahres die Entschädigungsforderungen Frankreichs abgelehnt habe, auch diesmal seine Hand nicht im Spiel habe und wenn auch in eine Räumung der Festung, so doch nie in eine Abtretung des Landes an Frankreich willigen werde. Ganz abgesehen vom nationalen Standpunkt, der doch hier sehr ins Gewicht fiel, durfte man ja nur eine Karte ansehen, um sogleich zu bemerken, daß, außer Belgien, gerade Preußen am meisten einer Besitznahme Luxemburgs durch Frankreich sich widersetzen müsse. Oder wäre dieses Luxemburg, in französischen Händen, nicht ganz dazu gemacht, um rechts und links Schläge auszutheilen? nicht ganz dazu gemacht, um das preußische Gebiet von Saarbrück bis Trier halb in der Luft schweben zu lassen und die Einverleibung Belgiens, wovon die Franzosen jedes Jahr wenigstens einmal träumen, zur Wahrheit zu machen? Wäre es denn etwas anderes als die erste Etappe an den Rhein, an die „natürliche Grenze" Frankreichs, welchen Herr Granier von Cassagnac so gern statt der „preußischen Grenzpfähle" sehen würde?

Wie tief war doch dieses Haus Oranien, von dem der König von Holland ein Sprößling ist, gesunken, wenn es, Deutschland und Frankreich gegenübergestellt, eine solche Wahl traf! Jener Wilhelm von Oranien, welcher in den drei letzten Jahrzehnten des siebzehnten Jahrhunderts Holland, Deutschland, ganz Europa gegen die Suprematie Ludwigs XIV vertheidigte, welcher, gleich stark im Kabinet wie im Feld, es zu seiner Lebensaufgabe machte, Frankreichs Diktatur zu vernichten, welcher durch die Erwerbung des englischen Thrones in den Stand gesetzt wurde, mit dem besten Erfolg der französischen Uebermacht entgegenzutreten, mußte er nicht über diese Entartung seines Enkels im Grabe sich umdrehen? Und warum denn dies alles? Warum denn diesen glänzenden historischen Namen, warum denn die natürliche Bundesgenossenschaft des stammverwandten Deutschlands, warum denn diese herrlichen Erinnerungen an die Befreiung Hollands durch den General Bülow und an an-

Digitized by Google

dere Hilfleistungen und Waffenbrüderschaft auf einmal über Bord werfen und mit einem Herrscher sich verbinden, dessen Bund in Mexiko und in Italien solche Akte der Verzweiflung hervorgerufen hat? Die einfache Antwort darauf ist: der König von Holland hat ungeheure Schulden, braucht sehr viel Geld und fürchtet (oder stellt sich wenigstens, als ob er fürchte), daß Preußen, um seine militärische Stellung noch mehr zu befestigen und rasch zu einer Seemacht ersten Ranges sich emporzuschwingen, auch Holland noch zu Norddeutschland rechnen, neben der Mainlinie auch noch eine Maas- oder gar Scheldelinie aufstellen und Holland zum Eintritt in den Nordbund zwingen werde. Und nicht bloß der König war von dieser Gespensterfurcht gequält, auch die holländische Presse phantasirte davon, daß Preußen bereits nach Mastricht und Venloo und nach der Zuyderfee die Hände ausstrecke, woraus es sehr erklärlich wurde, daß Rouher in seiner Rede von der Zuyderfee sprechen konnte. Um den Umschlingungen des „preußischen Ehrgeizes" zu entrinnen, wandte sich der König an Frankreich, bot ihm Luxemburg für Geld an und verlangte dafür den Schutz der französischen Waffen. Ob Preußen und Belgien dadurch in Nachtheil kommen, kümmerte ihn sehr wenig, im Gegentheil konnte es ihn ja bloß freuen, eine Gelegenheit zu haben, bei welcher er seinem Aerger über das „zudringliche und stolze" Preußen und seinem Haß gegen das abgefallene Belgien auf eine für diese empfindliche Weise Luft machen konnte. Und wenn er Preußen den Gedanken zutraute, Holland zu verschlingen und Belgien mit Frankreich zu theilen, so konnte er ja der Ausführung solch kühner Plane dadurch zuvorkommen, daß er diesen Gedanken selbst insofern acceptirte, daß er neben dem Verkauf Luxemburgs Frankreich eine Theilung Belgiens vorschlug, so daß Frankreich den südlichen, wallonischen Theil erhielt, Holland den nördlichen, vlämischen.

Napoleon war dieser Antrag natürlich höchst willkommen. (Nach anderen Nachrichten war er es, der denselben zuerst gemacht hat.) So konnte er doch seinen Franzosen irgend etwas von dem großen Inventar Deutschlands als Beutestück vorhalten. So mußte er sich denn doch nicht immer nachsagen lassen, daß er viel gefordert und nichts bekommen habe und nun eine Faust im Sack mache. Wenn ihn der Spaß auch 100 Millionen Franks kostete, was lag ihm daran? Er zahlte es ja doch nicht, die Finanzen seines Landes

Digitized by Google

standen ja doch schlecht, die Hauptsache aber war, daß die kleinen Franzosen im Geschichtsunterricht einen neuen Paragraphen auswendig lernen mußten, der mit den Worten anfieng: „Napoleon III hat Luxembnrg erworben." Die Pariser hatten freilich ihre eigene Ansicht von der Sache. Sobald sie hinter diesen Handel kamen, sagten sie in ihrer plastischen Manier, der Kaiser komme ihnen vor wie ein Jäger, welcher den ganzen Tag fehlgeschossen habe und nun, um nicht mit leeren Taschen heimzukehren, bei dem Wildprethändler einen Hasen kaufe. Vorerst aber wollte Napoleon den ganzen Handel als tiefes Geheimniß behandelt wissen, damit er, falls das Projekt mißlinge, nicht noch einmal als der Abgewiesene dastehe. Die zwei Bedingungen, unter welchen der Verkauf stattfinden sollte, Abstimmung der Bevölkerung und Einwilligung der Großmächte, speciell Preußens, machten ihm wenig Sorge. Zwar war die Einwohnerschaft Luxemburgs, besonders die Industriellen, für die Verbindung mit Deutschland, weil sie darin die einzige Bürgschaft der Wahrung ihrer materiellen Interessen erblickte, für die Beibehaltung der preußischen Besatzung, welche eine hübsche Summe in der Stadt verbrauchte, und jedenfalls für das Verbleiben im Zollverein. Nur in der höheren Gesellschaft, wo vielfache, besonders auch verwandtschaftliche Verbindungen mit Frankreich stattfanden, zeigte sich der Wunsch des Anschlusses an Frankreich. Allein wenn auch auf diese Weise die überwiegende Majorität den französischen Bestrebungen entgegen war, so waren doch, wenn es sich einmal um eine Abstimmung handelte, die Napoleonischen Präfekten seit vielen Jahren so gut eindressirt, hatten sich besonders bei der Annexion des italienischen Nizza so meisterhaft bewährt, daß sie sicher waren, überall, in Luxemburg wie in Moskau, mehr „Oui" als „Non" in der Urne zu finden. Auch wurden bereits gründliche und umfassende Vorstudien hiefür gemacht. Der luxemburgische Regierungspräsident, Baron von Tornaco, ein Franzose, wurde schleunigst nach dem Haag berufen und ihm die Weisung gegeben, bei seiner Rückkehr die Bevölkerung für die kommende Abstimmung vorzubereiten und wo möglich eine Manifestation zu Gunsten Frankreichs hervorzurufen. Zu dem gleichen Zwecke durchzogen französische Agenten das Land. Ein Unterpräfekt, welcher eine Luxemburgerin zur Frau hatte und eine Erholungsreise machen wollte, bekam den gewünschten Urlaub nur unter der Bedingung, daß er

Digitized by Google

ihn in Luxemburg zubringe, Berichte von dort erstatte und französische Sympathien wecke und kräftige. Ein anderer Herr trat bereits wie ein officieller Unterhändler auf, erklärte die Abtretung Luxemburgs als eine vollendete und unwiderrufliche Thatsache und wollte nur noch Berathungen über die Wahrung der materiellen Interessen veranstalten. An den Häusern sah man sogar schon Plakate mit den Worten: „Vive Napoléon! Vive la France!“ und Aufforderungen zu Gewaltthätigkeiten gegen die preußische Garnison. Dagegen lauteten Stimmen aus dem Volke ganz anders. „Es sei einleuchtend, daß sie Luxemburger eigenthümlich über einen Fürsten urtheilen und für ihn fühlen müssen, welcher nicht in Abrede stellen könne, daß er sie wie eine Herde loszuschlagen suche. Er solle seinen Großherzogstitel, der ihm so feil sei, einem Verwandten übertragen, könne auch seinen Rechtstitel dem norddeutschen oder besser dem deutschen Bunde gegenüber verwerthen. Von einem Verkauf, gegen den Willen der Landesvertretung, sei keine Rede, da Artikel 37 der Verfassung ausdrücklich sage: Keine Abtretung, kein Tausch, kein Ausschluß von Gebiet kann anders stattfinden als kraft des Gesetzes.“

An der Einwilligung Preußens glaubte Napoleon nicht zweifeln zu dürfen, da dieser Staat zur Beschwichtigung der Aufregung der „großen Nation“ gewiß gern ein kleines Opfer bringe, zumal wenn dasselbe nicht aus eigenem, sondern aus fremdem Vermögen gebracht werden müsse. Doch um diese Unterscheidung von Fremdem und Eigenem handelte es sich eben. Der Abtretungsvertrag war am 22. März aufgesetzt und sollte bis zum 5. April von Holland und Frankreich ratificirt sein. War dies geschehen, so wollte Napoleon mit diesem fait accompli in der Hand Preußen um seine Zustimmung, beziehungsweise um die Räumung der Festung ersuchen. Falls Preußen je Schwierigkeiten machte, so wurde der Handel wieder rückgängig, und Napoleon brauchte sich, da das Geheimniß gewahrt blieb, weder von der Presse noch von den Herren Thiers und Jules Favre irgend welche Anzüglichkeiten sagen zu lassen.

Aber Wilhelm der Oranier hatte nicht wie sein Ahnherr den Beinamen „der Schweigsame.“ Hatte er aus Furcht vor dem preußischen Ehrgeiz den Handel abgeschlossen, so verrieth er ihn nun aus Furcht vor der preußischen Rache. Jetzt erst schien ihm die Zuyderſee, Mastricht, Venloo, Amsterdam, ganz Holland bedroht,

Digitized by Google

und er sah den gewaltigen preußischen Adler schon in den Kaffeepflanzungen auf Java umherstolziren. In seiner Herzensangst ließ er, wie Graf Bismarck dies im Reichstag mitgetheilt hat, den preußischen Gesandten kommen und legte eine vollständige Beichte ab. Dieser konnte ihm schon am 25. März als Antwort seiner Regierung mittheilen, daß sie zu einem solchen Handel niemals ihre Zustimmung geben könne. Daher blieb der Abtretungsvertrag Entwurf; zu einer Ratifikation kam es nicht. Dagegen verkündigte am Abend des 30. März eine Extrabeilage des Luxemburgischen „Kuriers," daß „der Prinzstatthalter die Regierung ermächtige, die Gerüchte, welche in Betreff der Abtretung des Großherzogthums umgelaufen seien, auf das formellste zu dementiren." Für Napoleon aber war es unangenehm, daß die Sache doch veröffentlicht war, daß er vor ganz Europa zum zweitenmal eine Abweisung erfahren hatte, die er entweder wie die erste hinnehmen oder mit einer Kriegserklärung beantworten mußte. Ein einziger Ausweg blieb ihm noch übrig, um seinen Rückzug etwas zu maskiren. Wenn er Luxemburg nicht bekommen sollte, so sollten auch die Preußen nicht mehr in der Festung bleiben. Nun sollte keiner von beiden etwas davon haben. Wie der Protest Preußens den Verkauf verhindert hatte, so sollte der Protest Frankreichs die Fortdauer einer preußischen Besatzung verhindern. Eine hierauf bezügliche Note gieng von Paris nach Berlin ab, und man mußte sich sagen, daß die Lage sehr ernst sei. Frankreich erklärte, die preußische Besatzung in Luxemburg sei eine fortwährende Bedrohung seiner Grenzen, das Garnisonsrecht sei durch die Auflösung des deutschen Bundes hinfällig geworden, die Aufregung sei zu groß, als daß sie anders als durch die Räumung beschwichtigt werden könnte. Diesem entgegnete Preußen, Frankreich sei selbst schuld an dieser seiner mißlichen Lage; warum es sich in diesen Handel eingelassen habe? So könnte es jedes Halbjahr kommen und dann sagen, es könne jetzt nimmer zurück, die französische Ehre sei dabei betheiligt; von einer Bedrohung sei bei den friedlichen Tendenzen Preußens und des Nordbunds keine Rede, sein Garnisonsrecht sei aber nicht bloß auf den deutschen Bund, sondern auf internationale Verträge gegründet. Auch Deutschland habe seine empfindliche Seite, die eben jetzt, wo es sich zu einer einheitlichen Nation zusammenschließe, sehr zu schonen sei. Frankreich möge nicht immer bloß von seiner eigenen

Digitized by Google

Ehre sprechen, sondern auch das Ehrgefühl anderer Nationen respektiren.

Die Sache hatte sich zu einem Entweder — Oder zugespitzt. Es bedurfte der ganzen Gewandtheit und Mäßigung des Grafen Bismarck, um sie auf dem diplomatischen Wege festzuhalten und nicht auf die Kriegsstraße überführen zu lassen. Denn es war doch eine starke Zumuthung, daß Preußen, das so eben einen der glänzendsten Feldzüge der Weltgeschichte beendigt hatte, der französischen Eitelkeit zu Lieb eine Festung, welche es vertragsmäßig schon 50 Jahre lang besetzt gehalten hatte, räumen solle. Kein Wunder, daß eine starke Partei, hervorragende Generale, man sagt, selbst der berechnende Moltke, lieber Krieg als Räumung wollte und darauf hinwies, daß gerade jetzt zu einem Krieg mit Frankreich, das seine Armee noch nicht reorganisirt und in seinen Arsenalen noch bedeutende Lücken habe, die günstigste Zeit sei. Schon nach einem Jahr werden die Würfel nicht mehr so günstig liegen. Sobald Frankreich gerüstet sei, werde es, auch wenn man ihm jetzt nachgebe oder vielmehr gerade weil man ihm nachgebe, eine ganz andere Sprache führen, werde dann von Saarlouis, von Landau, von Mainz, von Süddeutschland reden und, wenn man ihm nicht willfahre, zum Schwert greifen. Nur aus militärischer Schwäche habe es dies nicht bereits gethan, daher solle Preußen seine Stärke benützen, ganz Deutschland, Nord und Süd, zum Kriege aufrufen und mit einem raschen Zug in das Herz des Feindes eindringen.

Daß man nicht bloß in Berlin, daß man auch in Süddeutschland so dachte, die Sache als eine nationale ansah, bei welcher die Ehre ganz Deutschlands auf dem Spiele stehe, bewiesen verschiedene öffentliche Kundgebungen. 118 Mitglieder der bairischen Abgeordnetenkammer unterschrieben eine Erklärung an den Fürsten Hohenlohe, worin sie es „als eine erste Frucht des Allianzvertrages vom 22. August 1866 freudig begrüßten, wenn Baiern keinen Zweifel darüber bestehen lasse, daß es mit allen seinen Kräften für das bedrohte deutsche Land einstehen werde.“ Andererseits waren aber auch französische Agenten und östreichisch gesinnte Minister sehr geschäftig, für den Fall des Krieges die süddeutschen Höfe in der Neutralität zu halten, ihren Territorialbesitz ihnen zu garantiren und ihnen für alle Fälle den Schutz des mächtigen Frankreichs anzubieten. Aber sie widerstanden den Verlockungen und verstanden

Digitized by Google

ſich endlich dazu, in der Verbeſſerung ihrer Heereseinrichtungen etwas raſcher vorzugehen. Die heſſiſche Regierung, deren nördliche Provinz (Oberheſſen) dem norddeutſchen Bund zugetheilt war, zog daraus, um nicht zweierlei Militär zu bekommen, die einfache Konſequenz, daß ſie am 7. April eine Militärkonvention mit Preußen abſchloß, wonach alle heſſiſchen Truppen als eine geſchloſſene Diviſion dem elften preußiſchen Armeecorps zugetheilt, nach preußiſchem Muſter umgeſtaltet und unter den Oberbefehl des Königs von Preußen geſtellt wurden. Zugleich wurde zwiſchen Preußen und Heſſen am 11. April ein Schutz- und Trutzbündniß, wie früher mit den drei anderen ſüddeutſchen Staaten, geſchloſſen. Von den letzteren war Baden in der Reorganiſation ſeines Heerweſens am eifrigſten, und man ſprach bereits davon, daß, ſobald dieſe vollendet ſei, die badiſchen und heſſiſchen Truppen zuſammen das 13. deutſche Armeecorps bilden würden. Dagegen fand man in Berlin das langſame Vorgehen der Heereseinrichtungen in Baiern und Württemberg unbegreiflich. Selbſt bairiſche Blätter wunderten ſich darüber, daß die ſächſiſche Armee, fünf Monate nach dem Friedensſchluß, bereits in bundesmäßiger Formation ſich befinde, während in Baiern, volle ſieben Monate nach dem Allianzvertrag, die Reform noch gar keine Ausſicht auf eine endgiltige Feſtſetzung habe. Ein Militärorganiſationsgeſetz ſei ausgearbeitet worden, aber die Kammer habe es als unbrauchbar zurückweiſen müſſen. Jetzt fange man endlich an, die Podewilsgewehre in Hinterlader umzuändern, aber dies ſei eine proviſoriſche, keine definitive Waffe. Es ſcheine, als ob das gewohnte Alte und jener vielgeſchäftige Schlendrian der Büreaukratie, welcher nirgends ſchädlicher ſei als in der Heeresverwaltung, ſich wieder feſtſetzen wolle. Eine Haupturſache hievon ſei der alte Grundſatz der bairiſchen Politik, immer ſelbſtändig zu ſein, während das Land nicht groß genug ſei, um den nöthigen Stoff und die erforderliche Kraft zu liefern. Daher zeige ſich hier überall eine gewiſſe Herrſchaft der Mittelmäßigkeit, die zu ſchwach ſei, Bedeutendes zu leiſten, und doch zu ſtolz, von anderen zu lernen. Wenn Baiern in eine ſo gewaltige Kriſis, wie die möglicherweiſe aus der Luxemburger Frage bevorſtehende, nicht beſſer gerüſtet eintrete und nichts Ergiebigeres leiſte als im verfloſſenen Jahre, ſo müſſe es ſich ſchließlich gefallen laſſen, wenn ihm ein Vormund geſetzt und ein Theil ſeiner Sorgen abgenommen werde, damit es

Digitized by Google

nicht zum drittenmal in den Fall komme, Pflichten zu versäumen, die es nicht bloß sich, sondern dem Ganzen gegenüber zu erfüllen habe.

Eben diese drohende Krisis brachte auch hier die Dinge in rascheren Fluß. Preußische Militärbevollmächtigte wurden an die süddeutschen Höfe geschickt, um für die Militärreform ihre Rathschläge zu geben, das preußische Exercierreglement wurde in Baden und Württemberg eingeführt, und letzteres entschloß sich, seiner Begeisterung für Albini-Brändle durch die Annahme des preußischen Zündnadelgewehrs ein Ziel zu setzen. Neue Militärreformentwürfe wurden ausgearbeitet, um den Kammern zur Annahme vorgelegt zu werden. Je rascher man hier vorgieng, desto besser. Denn Frankreich machte, in Erwartung eines Krieges, kolossale Rüstungen. An der Verfertigung von Chassepotgewehren wurde mit fieberhafter Geschwindigkeit gearbeitet, Revolverkanonen, welche in ununterbrochener Folge mehrere Schüsse abfeuern und einen gegebenen Punkt mit einem Hagel von Geschossen überschütten sollten, wurden eingeführt, Pferdeaufkäufe gemacht, die Magazine mit Proviant und Montirungsgegenständen angefüllt, die östlich und nördlich gelegenen Festungen vollständig ausgerüstet und mit neuen Vertheidigungsmitteln versehen und eine Heeresreorganisation vorbereitet, welche die Armee auf 1,200,000 Mann bringen und dem Kaiser es möglich machen sollte, innerhalb weniger Wochen 5—600,000 Mann über die Grenzen zu werfen. Doch stand diese Reform vor der Hand noch auf dem Papier und mußte von den Kammern erst genehmigt werden. So unfertig alles dies auch aussah, so unwillkommen damals auch für Frankreich ein Krieg war, so hatte doch alles das Ansehen, als ob schon am nächsten Tage der Rhein überschritten werden sollte. Alle Officiere und Unterofficiere, welche sich im Urlaub befanden, wurden auf den 30. April zurückberufen, und die Presse ergieng sich in Wuthausbrüchen gegen Preußen, welche deutlich verriethen, daß es sich weniger um Luxemburg handle, als um die entsetzliche Wahrnehmung, daß es mit der französischen Suprematie in Mitteleuropa zu Ende sei.

Gegenüber diesen Auslassungen einer zügellosen Presse und diesen fortdauernden Rüstungen der Land- und Seemacht beobachtete Preußen eine stolze, sichere Haltung. Es hatte zwei unzweifelhaft gute Bundesgenossen für sich, seine treffliche Armee und das

Digitized by Google

Recht. Was die Organisation des Heeres, die Raschheit der Mobilisirung, die Güte der Bewaffnung, die Ausbildung der größeren Truppenkörper und der einzelnen Mannschaft, die intelligente Leitung und den nationalen Geist betrifft, so war die preußische Armee die erste in ganz Europa. Wären die süddeutschen Heereseinrichtungen von der gleichen Beschaffenheit gewesen und dadurch zu der norddeutschen Armee ein Zuwachs von etwa 200,000 Mann gekommen, so fragt es sich, ob die Kriegspartei in Berlin nicht Siegerin geworden wäre. Aber diese altbundestäglichen Zustände und vielleicht auch die Erwägung, daß auch in Norddeutschland noch nicht alles fest zusammengewachsen sei, daß auch hier ein Aufschub nicht bloß Frankreich, sondern auch Preußen zu gut komme, gab der Diplomatie so lange die Oberhand, als es möglich war, die nationale Fahne unbefleckt zu erhalten. Auch die Rechtsfrage, über welche die französische Regierung so leicht hinweggieng, gab der preußischen einen guten Halt. Zwei Momente sind hier zu unterscheiden: das Recht Deutschlands auf Luxemburg als einen deutschen Staat und das Recht Preußens, in der Festung eine Besatzung zu halten.

Das Großherzogthum Luxemburg hat nur 47 Quadratmeilen mit 200,000 Einwohnern. Diese sind meist katholisch, von deutscher Abstammung, nur wenige Wallonen. Im zehnten Jahrhundert, zur Zeit des Kaisers Heinrich I, machte die Grafschaft Luxemburg einen Theil des Herzogthums Lothringen aus. Als Gründer der Grafschaft wird ein in jenen Gegenden begüterter Siegfried genannt, welcher im Jahr 963 von der Abtei St. Maximin bei Trier das Schloß Lucilinburg d. h. Lützelburg (lützel = klein), welches der altdeutsche Name statt Luxemburg war, nebst dem umliegenden Gebiet durch Tausch erwarb. Aus seinem Geschlechte giengen mehrere deutsche Kaiser hervor. Graf Hermann von Luxemburg, 1081 zum Gegenkönig Heinrichs IV erwählt, spottweise der Kindblauchkönig genannt; der thatkräftige Heinrich VII 1308—1313, welcher durch Vermählung seines Sohnes Johann mit Elisabeth von Böhmen die Krone dieses Landes an sein Haus brachte; sein Enkel Karl IV und dessen Söhne Wenzel und Sigismund 1346—1437. Kaiser Karl IV erhob sein Stammland 1354 zu einem Herzogthum. Nach dem Aussterben seiner männlichen Nachkommenschaft kam dasselbe, wie fast ganz Holland und Belgien, 1444 an den Herzog Philipp von Burgund, unter dessen Nachkommen die Verbindung des Landes mit

Digitized by Google

dem deutschen Reich nahezu aufgehoben war. Durch die Vermählung Maximilians mit Maria von Burgund (1477) wurden die Habsburger Besitzer des Landes, und als Kaiser brachte Maximilian 1512 die burgundischen Länder durch ihre Aufnahme in die neue Kreiseintheilung wieder in nähere Verbindung mit Deutschland. Durch seinen Sohn Philipp, welcher eine spanische Prinzessin heiratete, kam die ganze burgundische Erbschaft an den spanischen Zweig des habsburgischen Hauses, in dessen Besitz sie bis zu dem Jahre 1714 blieb, der Begehrlichkeit des französischen Königs Ludwig XIV ausgesetzt, welcher zweimal, 1684—1697 und 1701—1714 die Festung mit seinen Truppen besetzt hielt und durch seinen Festungsbauer Vauban zu einem fast uneinnehmbaren Bollwerk machte. In den Friedensschlüssen von Utrecht und Rastadt (1713 und 1714), welche dem spanischen Erbfolgekrieg ein Ende machten, wurde das Herzogthum Luxemburg nebst den spanischen Niederlanden (dem heutigen Belgien) dem Hause Oestreich zugesprochen, welches seine Herrschaft über dasselbe bis zur Zeit der französischen Revolution behauptete. Nach der Ueberschwemmung Belgiens durch die Revolutionsheere wurde auch das Herzogthum, dessen Bewohner einen blutigen Guerillakrieg mit den Jakobinern führten, von den Franzosen besetzt (1794), die Festung aber ergab sich erst im folgenden Jahre in Folge der darin ausgebrochenen Hungersnoth. Diesem Raub gaben die Friedensschlüsse von Campo Formio (1797) und von Lüneville (1801) die Form der Abtretung. Von 1795—1814 war ganz Luxemburg mit dem französischen Kaiserreich vereinigt. Wenn diese vorübergehende Herrschaft ein besserer Rechtstitel sein sollte als die fast achthundertjährige Verbindung mit Deutschland, so müßten folgerichtig die französischen Grenzpfähle bis Hamburg vorgerückt werden, um die lieblichen Zeiten des Wütherichs Davoust wieder zurückzurufen.

Durch den ersten Pariser Frieden (30. Mai 1814) wurde die Festung Luxemburg von französischer Besatzung befreit. Der von England und Rußland sehr begünstigte Prinz von Oranien, welchem Holland und Belgien als Königreich der Niederlande zugesichert war, zeigte gleich anfangs starken Appetit nach Luxemburg und begründete denselben durch dessen frühere Verbindung mit Belgien. Diesem Herrn war somit nicht gut etwas abzutreten, da er auf eine ähnliche Art handelte wie einst Ludwig XIV mit seinen Reünions-

Digitized by Google

kammern. Wenn er als weiteren Grund für die Vereinigung Luxemburgs mit seinem Königreiche den Umstand angab, daß er seine nassau-oranischen Stammlande, die Fürstenthümer Dietz, Siegen, Dillenburg und Hadamar, an Preußen abgetreten habe und als Ersatz hiefür, zugleich um mit dem deutschen Reiche in Verbindung zu bleiben, Luxemburg beanspruche, so hätte ihm füglich gesagt werden können, daß Belgien ein mehr als hinlänglicher Ersatz sei, und daß man von einer besonderen Sentimentalität Hollands und seines Statthalters für Deutschland zu wenig wisse, um daraus für die Zukunft günstige Schlüsse ziehen zu können. Jedenfalls aber hätten die politischen und strategischen Gründe alles Andere überwiegen sollen. Aber die Schöpfungen des Pariser Friedens und des Wiener Kongresses waren bekanntlich keine Meisterstücke. Man debütirte mit der Verweisung Napoleons auf die in der Nähe von Italien und Frankreich gelegene Insel Elba und schloß mit dem kolossalsten Ländermarkt, den die Geschichte kennt. Da machte sich denn auch die große Weisheit geltend, daß man im Norden Frankreichs, zum Schutz gegen neue Eroberungsgelüste, einen starken Mittelstaat schaffen müsse, der mächtig genug sei, um den ersten Stoß auszuhalten, d. h. um gleich bei dem ersten Stoß über den Haufen geworfen zu werden. Als ob nicht auch Preußen im Norden Frankreichs läge! als ob nicht Preußen für seine unverhältnißmäßig großen Anstrengungen in den zwei letzten Feldzügen eine weit größere Belohnung verdient hätte als ihm gewährt wurde, zum mindesten eine größere als der Prinz von Oranien, welcher seit seiner Vertreibung durch die Franzosen, 1795—1813, sich hinter den englischen Oefen gewärmt hatte! als ob nicht Preußen der einzige Staat wäre, welcher die französische Grenze überwachen und das Interesse Deutschlands wahren könnte. Aber das aufstrebende Preußen hatte im Grunde nirgends, selbst nicht an Rußland, einen wohlwollenden Freund, und Fürst Hardenberg war kein Graf Bismarck. So drang der Unverstand und der Neid durch, und Luxemburg kam, statt an Preußen, an Holland. Durch den Vertrag vom 31. Mai 1815 zwischen dem König der Niederlande und Rußland, Oestreich, Preußen, England wurde Luxemburg als ein selbständiger Staat, als ein besonderes „Großherzogthum" dem König der Niederlande übergeben, das vom übrigen Königreich ganz abgesondert verwaltet werden und ein Glied des zu schließenden deutschen

Digitized by Google

Bundes sein sollte. Die Stadt Luxemburg war zur deutschen Bundesfestung ausersehen.

Wenige Tage darauf, als Napoleon nach seiner Rückkehr von Elba mit seinem Heere bis in das Herz von Belgien eindrang, konnte man die Widerstandsfähigkeit des neuen Königreichs erproben. Wäre nicht Blücher und Wellington dort gestanden, so hätte der Oranier zum zweitenmal Muße gefunden, eine Spazierfahrt nach England zu machen. Aber man war auch jetzt noch nicht gewitzigt. Zwar fanden neue Verhandlungen statt, bei welchen Preußen, nachdem ihm die sächsische Beute zur Hälfte entgangen war, das Großherzogthum Luxemburg, sei es das ganze oder einen Theil desselben, ernstlich ins Auge faßte. Wenn es die Blöße seiner westlichen Grenze betrachtete, so mußte es schon aus militärischen Gründen den Besitz Luxemburgs mit aller Macht erstreben. Selbst Metternich, der doch gewiß Preußens Vergrößerung nicht wollte, unterstützte einen Augenblick dessen Wünsche, freilich nur in der Hoffnung, daß es sich, wie er sagte, „durch die vielfachen Berührungspunkte Frankreich gegenüber gründlich kompromittire." Aber auch diesmal siegte die Zähigkeit des Holländers. In dem Protokoll vom 3. November 1815 wurde ihm aufs neue Luxemburg von den Mächten zugesprochen, zugleich aber der Beschluß gefaßt, daß der König von Preußen gemeinschaftlich mit ihm die Besetzung der Festung übernehmen und das Recht, den Gouverneur zu ernennen, haben solle. Es war dies eine vermittelnde Maßregel, welche beide Theile befriedigen und dem obersten Zweck, dem Schutze der deutschen Grenzen, genügen sollte. Mit welchem Erfolg alles dies erreicht wurde, hat man im Jahre 1867 deutlich gesehen. Wohl zu beachten aber ist, daß dieses Protokoll nicht vom deutschen Bunde ausgieng, sondern von den vier alliirten Mächten und Holland, also ein rein internationaler Vertrag war, an dessen Giltigkeit seine nachherige Annahme oder Nichtannahme durch den deutschen Bund durchaus nichts änderte. Auch wenn der deutsche Bund, welcher erst am 5. November 1816 eröffnet wurde, gar nicht zu Stande gekommen wäre, wäre jener Vertrag doch geschlossen und ausgeführt worden, da es sich hier um eine Festung handelte, deren Besetzung durch die preußische Großmacht nicht bloß im holländischen, auch nicht bloß im preußischen und deutschen, sondern im europäischen Interesse lag. Auf dieses Protokoll hin, welches am 20. November unterzeichnet

Digitized by Google

wurde, schloß Holland am 8. November 1816 mit Preußen einen Separatvertrag, wonach die Besatzung zu drei Viertheilen aus preußischen und zu einem Viertheil aus niederländischen Truppen bestehen und Preußen den Gouverneur und den Kommandanten ernennen sollte. Die beiden Staaten wollten dadurch „für die vereinigte Vertheidigung ihrer respektiven Staaten auf die wirksamste Art und Weise Sorge tragen." Auch dieser Vertrag ist ein internationaler, welcher auch ohne den deutschen Bund, Preußen und Holland für sich allein gedacht, nach dem Willen der vier Mächte geschlossen werden mußte. Diese Bestimmungen wurden dann in den Separatverträgen von 1817 zwischen den Niederlanden einerseits, Oestreich, Rußland, England andererseits und in dem Frankfurter Territorialrecess vom 20. Juli 1819 wiederholt. Erst nachdem das preußische Besatzungsrecht seine europäische und private Begründung hatte, beschloß der deutsche Bundestag am 5. Oktober 1820, Luxemburg als Bundesfestung zu übernehmen, kam aber in seiner gewohnten Schneckenmanier erst nach fünf Jahren dazu, die demnächstige förmliche Uebernahme der Bundesfestung zu beschließen (28. Juli 1825). So war also bei der Uebernahme der Festung durch den Bund das preußische Besatzungsrecht längst festgestellt und in Ausübung und hatte, wie oben angeführt, neben dem europäischen noch den besondern Zweck, Preußen und den Niederlanden die gemeinschaftliche Vertheidigung ihrer Grenzen zu erleichtern. Dieses Recht blieb somit in Kraft, so lange Frankreich der gefährliche Gegner beider Staaten war, so lange es ein Deutschland gab, das von der schmachvollen Hingabe des Elsaß und Lothringens nicht eine neue Auflage veranstalten wollte. Ob dieses Deutschland deutscher Bund oder norddeutscher Bund hieß, von Frankfurt oder von Berlin aus geleitet wurde, that nichts zur Sache.

König Wilhelm von den Niederlanden regierte in den nächsten fünfzehn Jahren Belgien und Luxemburg mit gleich „väterlicher Liebe," so daß im August 1830 die Belgier eine Revolution anfiengen, von Holland sich lossagten und ein besonderes Königreich gründeten und die Luxemburger sich an sie anschloßen mit Ausnahme der Festung, deren Einwohner durch die preußische Besatzung zurückgehalten wurden. Die Londoner Konferenz, welche dieses Familienzerwürfniß vor ihre Gerichtsbarkeit zog, entschied in den 24 Artikeln ihres Protokolls vom 15. November 1831, daß der west-

Digitized by Google

liche Theil von Luxemburg mit 165,000 Seelen, meist Wallonen, mit Belgien vereinigt, der östliche deutsche mit 170,000 Seelen dem Könige von Holland zurückgegeben und als Ersatz für jenen auch einige limburgische Landestheile von Belgien abgelöst werden sollten. Auch diesmal bewies König Wilhelm seine angeborene Zähigkeit. Acht Jahre lang setzte er der Aufforderung der Großmächte sein holländisches Non possumus entgegen, bis er endlich zu der Einsicht kam, daß es immerhin besser sei, etwas als nichts zu bekommen. So kam der Londoner Vertrag vom 19. April 1839 zu Stande, worin Holland und Belgien den Theilungsvertrag unterschrieben, welcher sodann durch weitere Verträge unter die Garantie der fünf Großmächte gestellt und von dem Bundestag noch besonders ratificirt wurde. Sehr unangenehm war es dem König von Holland, daß der deutsche Bund es durchgesetzt hatte, daß als Ersatz für den abgetretenen wallonischen Theil von Luxemburg das jenem zugetheilte Herzogthum Limburg in den deutschen Bund aufgenommen wurde. Der König hatte vielmehr beabsichtigt, es vollständig dem Königreich Holland einzuverleiben. Indem er aber die Festungen Mastricht und Venloo von dem Bundesverhältniß ausschloß und dem Herzogthum die nämliche Verfassung und Verwaltung wie dem Königreich Holland gab, so war die Einverleibung faktisch vollzogen und der Bundestag war gutmüthig genug, eine solche Zwitterstellung, wobei neben der holländischen die Bundesverfassung und neben dieser jene bestehen sollte, zu sanktioniren (5. Sept. 1839) und diese Kuriosität in seinem Reliquienkasten aufzuheben. Aber auch diese bloß nominelle Verbindung Limburgs mit dem deutschen Bund war dem Könige noch zu viel, daher er am 19. Mai 1866 durch seinen Gesandten in Frankfurt die Ausscheidung Limburgs aus dem deutschen Bund beantragte, weil es nicht, wie Luxemburg, eine eigene Verfassung habe, sondern nach Verfassung, Sprache und Sitten zu Holland gehöre. Dies mochte wahr sein; zu was aber gehörte im Jahre 1867 Luxemburg nach Verfassung, Sprache und Sitten? Zu Frankreich oder zu Deutschland? Zu Deutschland oder zu Holland?

Auf jenen Antrag bekam der König von Holland keine mündliche Antwort, wohl aber eine weit erwünschtere thatsächliche. Kaum vier Wochen darauf erschien der 14. Juni, Preußen erklärte den Bund für erloschen, und er blieb es. Damit war nicht bloß Limburg, sondern auch Luxemburg von deutschen Bundesverhältnissen

Digitized by Google

abgelöst. War es aber auch von Deutschland gelöst? Limburg ohne Zweifel, das ja auch früher nicht dazu gehörte, wie dies auch Graf Bismarck am 4. April 1867 dem holländischen Gesandten mittheilte, Luxemburg aber nie und nimmermehr, so wenig als die süddeutschen Staaten. Ist auch der norddeutsche Bund nicht der Rechtsnachfolger des deutschen Bundes, so repräsentirt er doch nebst den süddeutschen Staaten das, was man Deutschland heißt, und repräsentirt es in ganz anderer Weise als der alte Bundestag, und dieses neue Deutschland wird nie vergessen, daß an dem Flüßchen Eltz das alte Lützelburg liegt, daß die dortige Bevölkerung, mit Ausnahme weniger Renegaten aus der höheren Gesellschaft, deutsch spricht und denkt, und daß der Holländer das Land entweder zu behalten oder an Deutschland zurückzugeben hat. Findet hier nicht derselbe Fall wie mit Baden, Württemberg und den anderen süddeutschen Staaten statt? Auch diese sind durch die Folgen des 14. Juni 1866 frei und ledig geworden, sind in den norddeutschen Bund noch nicht eingetreten, und doch, wenn der Großherzog von Baden sein Land an Frankreich verkaufte, wenn Rastadt und Ulm einer französischen Besatzung geöffnet würde, sollte wirklich der norddeutsche Bund und das übrige Süddeutschland mit verschränkten Armen diesem Schauspiele zusehen? Würden sie nicht mit Worten und Thaten dagegen protestiren und erklären, daß die Souveränetät von Fürst und Volk in den Beziehungen zur ganzen deutschen Nation eine Einschränkung erleide?

Dies sind die historischen, rechtlichen und militärischen Verhältnisse, auf welche bei Lösung der Luxemburger Frage Rücksicht zu nehmen war. Indem Graf Bismarck von Anfang an erklärte, daß die Sache nicht zwischen Preußen und Frankreich allein abzumachen sei, sondern daß die Unterzeichner des Londoner Vertrags von 1839 befragt werden müssen, gab er denjenigen Weg an, auf dem es allein noch möglich war, den Streit ohne Krieg beizulegen. Hatte Preußen im Jahre 1815 von Europa den Auftrag erhalten, die Festung zu besetzen, so konnte es im Jahr 1867 das nämliche Europa fragen, ob diese Besetzung fortdauern oder unter Garantie gegen irgend welchen Schaden für Deutschland aufhören solle. Und wenn Napoleon meinte, daß die französische Eitelkeit vor einer einfachen Abweisung Preußens sich nicht zurückziehen könne, so konnte sie es ungekränkt vor einem europäischen Areopag. Der östreichische

Digitized by Google

Minister Freiherr von Beust, bot alles auf, um bei dieser Gelegenheit den gedemüthigten Kaiserstaat eine wichtige Vermittlerrolle, vielleicht gar wie im Juni 1813, spielen zu lassen. Ja schon damals sprach man von einer französisch-östreichischen Allianz als von einer ausgemachten Sache. Als ob die Finanzen und Ungarn nicht auch ein Wort mitzusprechen hätten! Zuerst machte Herr von Beust den Vorschlag, daß ganz Luxemburg, wie dies ja im Jahr 1830 gewünscht und erstrebt wurde, in Belgien einverleibt werde und dieses dafür einige belgische Gebietstheile, welche im zweiten Pariser Frieden 1815 Frankreich genommen worden waren, an dasselbe zurückgeben solle. Dieser Antrag, über welchen sich Frankreich jedenfalls nicht zu beklagen hatte, scheiterte, auch wenn ihm die anderen Großmächte zugestimmt hätten, an dem edlen Worte des Königs Leopold II. von Belgien: „Ich kann nicht einen meiner Landsleute austauschen." Nun machte Herr von Beust einen zweiten Vorschlag, welcher dahin gieng, daß Luxemburg für neutral erklärt werde, in welcher Bestimmung die Räumung und Beseitigung der Festung schon inbegriffen war. Auf dieser Grundlage beantragte Rußland eine Konferenz der Unterzeichner des Londoner Vertrags von 1839, und der König von Holland hatte nun die Ehre, die auswärtigen Mächte zu einer Konferenz in London einzuladen. Auch Preußen stimmte bei, erklärte jedoch in den Vorverhandlungen, daß es sein gutes Recht nur gegen eine europäische Garantie der Neutralität Luxemburgs aufgeben könne, und daß daher Mittel und Maßregeln ausfindig zu machen seien, damit diese Garantie nicht illusorisch sei und eines schönen Morgens die rothen Hosen in der Festung Luxemburg einziehen. Wenn Preußen diesen offenkundigen Beweis von Versöhnlichkeit und Friedensliebe gebe, daß es auf sein vertragsmäßiges Recht verzichte, so könne es dies nur unter der Bedingung thun, daß Europa künftig auf irgend eine Weise denselben Schutz für das Grenzland leiste, welchen bisher Preußen im Auftrag Europas geleistet habe.

Der Anfang der Konferenz wurde auf den 7. Mai bestimmt. Die Augen von ganz Europa waren auf die diplomatischen Größen gerichtet, welche in London Krieg und Frieden in ihrer Toga hatten. Es waren die Gesandten oder Minister von England, Preußen, Frankreich, Oestreich, Rußland, Italien (welches als sechste Großmacht zugezogen wurde), Holland, Belgien, Luxemburg. Die Kon-

Digitized by Google

ferenz tagte in demselben Lokal wie die von 1864 während des deutsch-dänischen Krieges. Dies war, da diese letztere resultatlos verlief, ein schlimmes Omen. Den Vorsitz führte Lord Stanley, Staatssekretär des Auswärtigen im englischen Ministerium. Die Konferenz dauerte nur fünf Tage und einigte sich über alle Punkte. England machte eine Zeit lang Schwierigkeiten, eine Garantie für die Neutralität Luxemburgs zu übernehmen, wodurch es sich verbindlich machen würde, denjenigen Staat, welcher diese Neutralität verletze, in Gemeinschaft mit den anderen Garanten mit den Waffen zu bekämpfen. Da aber der preußische Gesandte auf der Garantie sämtlicher Mächte bestand als der einzigen Bedingung, unter welcher Preußen sein Besatzungsrecht aufgebe, so gab England nach. Auch das Verbleiben Luxemburgs im Zollverein, mit welchem es am 20. Oktober 1865 einen Vertrag auf 12 Jahre abgeschlossen hatte, kam zur Sprache. Es wurde von dem luxemburgischen Minister Tornaco die Frage aufgeworfen, ob die Neutralität Luxemburg es zulasse, nach Ablauf jener Frist einen neuen Vertrag mit dem Zollverein zu schließen. So sehr Tornaco anfangs für die Abtretung an Frankreich war, so mußte er doch, nachdem davon keine Rede mehr sein konnte, für das Verbleiben Luxemburgs im Zollverein sich interessiren, da sein Ausscheiden den Ruin des Landes nach sich zöge. Zum großen Mißvergnügen des französischen Gesandten, welcher auch dieses letzte Band, wodurch Luxemburg an Deutschland geknüpft ist, abgeschnitten wissen wollte, wurde Herrn Tornaco geantwortet, daß zur Neutralität nur die militärische Unabhängigkeit von einem anderen Staat gehöre, daß daher den Verträgen mit dem Zollverein auch ferner nichts im Wege stehe. Dieser Sache hatte sich der preußische Gesandte hauptsächlich angenommen, aus dem nämlichen Grunde, aus welchem Preußen den östreichischen Vorschlag, Luxemburg mit Belgien zu vereinigen, abgewiesen hatte, weil dadurch das Land von Deutschland für immer abgelöst worden wäre.

Endlich waren alle Schwierigkeiten geebnet und der Londoner Vertrag vom 11. Mai 1867 wurde von sämtlichen Theilnehmern unterzeichnet. In demselben wurde bestimmt, daß Luxemburg bei dem Hause Nassau-Oranien, dessen Haupt der König von Holland ist, verbleiben, daß es für immer einen neutralen Staat bilden und seine Neutralität unter die Garantie der Unterzeichner dieses Vertrags (mit Ausnahme des gleichfalls neutralen Belgiens) gestellt,

Digitized by Google

daß die Festung von den preußischen Truppen geräumt und von dem Könige von Holland geschleift und nie wiederhergestellt werden, und daß Limburg, von Deutschland abgetrennt, einen integrirenden Theil des Königreichs Holland bilden solle. Die Ratifikationen des Vertrags sollten innerhalb 4 Wochen erfolgen, worauf Preußen mit der Räumung zu beginnen versprach.

Wer hatte nun bei diesem so muthwillig heraufbeschworenen Luxemburger Handel etwas gewonnen? Von allen Staaten, welche darein verwickelt waren, auch kein einziger. Frankreich nicht, welches ja ursprünglich nicht bloß die Räumung, sondern die Abtretung gewünscht, also, was die Kompensationsforderungen betrifft, jedenfalls eine zweite Abweisung, eine neue Niederlage von Preußen erlitten hatte, wofür man es auch in Frankreich ansah; König Wilhelm von Holland nicht, welcher durch den Verkauf ein gutes Geschäft zu machen gedacht und nun statt dessen die Kosten der Schleifung selbst zu tragen hatte; Luxemburg nicht, welches offenbar in der ganzen Sache entschiedener für sein Deutschthum hätte eintreten sollen, aber größtentheils nur Sinn zeigte für die hübsche Summe von Thalern und Silbergroschen, welche die preußische Garnison ihm einbrachte, und eben diese verlor es; auch Preußen nicht, denn man mag über die Kollektivgarantie der Mächte noch so sehr erbaut sein, so muß man doch zugeben, daß eine preußische Besatzung in der durch Natur und Kunst so starken Festung ein sichererer Hort war. Um so mehr muß ganz Europa der preußischen Regierung Dank wissen, daß es durch seine Mäßigung dem Erdtheil die Leiden eines Krieges von unberechenbarer Größe und Ausdehnung erspart hat. Es hat in Wahrheit ein ungeheures Opfer gebracht, und diejenigen waren nun sehr kleinlaut, welche immer von dem „tollen, verzweifelten Spieler" Bismarck sprachen, der immer nur Krieg haben wolle und müsse. Was Preußen zu diesem Opfer veranlaßt hat, ob der unfertige militärische Zustand Süddeutschlands und die noch nicht vollzogene Verschmelzung der neuen Provinzen mit dem Königreich eine genügende Erklärung abgeben oder noch weitere Motive vorliegen, ist bis jetzt noch nicht aufgehellt. Eins aber scheint sicher zu sein, daß Preußen entschlossen war, einmal und dann nie mehr auch nur ein Titelchen von seinen Rechten Frankreich gegenüber aufzugeben. Die Gelegenheit, dies zu bethätigen, kam bald.

Digitized by Google

Merkwürdig ist die Enthüllung, welche die „Schlesische Zeitung“ nach einem Brief aus Berlin gab. Man sieht daraus, theils warum die Konferenz so rasch verlief, theils warum England und alle anderen Mächte vom 8. auf den 9. Mai zur Uebernahme der Garantie sich entschloßen. Das Schreiben lautet: „Am 8. Mai in später Abendstunde ließ sich der französische Gesandte Benedetti bei Graf Bismarck melden und ergieng sich bei diesem in ziemlich hochfahrenden Phrasen über die Situation. Nachdem ihn der Graf lange ruhig angehört, erwiderte dieser, daß, wenn die Konferenz für die Erhaltung des Friedens nicht günstig ausfallen sollte, Preußen an Frankreich sofort ein Ultimatum richten würde, und daß, wenn Frankreich nicht genügende Zusicherungen wegen der Abrüstung geben sollte, eine allerhöchste Kabinetsordre sofort 900,000 Mann und zwar von Preußen 650,000, Norddeutsche 150,000, Süddeutsche 100,000 ins Feld rufen würde. Hierauf schlug Herr Benedetti einen anderen Ton an. Erst nach Mitternacht verließ er den Grafen Bismarck. Der Telegraph arbeitete die ganze Nacht nach Paris und nach London, und der gestrige Ausfall der Konferenz ergab sich von selbst. Auch erzählt man, daß Baiern aus freien Stücken allein zwei vollständige Armeecorps zu unserer Disposition gestellt habe.“

Einen häßlichen Mißton in das Finale dieses Friedenskoncerts schleuderte Lord Stanley, welcher von den englischen Musikern die erste Violine zu spielen hatte. Im Unterhaus darüber interpellirt, warum er, trotz der Politik der Nichtintervention, durch die Garantie der Neutralität Luxemburgs Verpflichtungen für England übernommen habe, erwiderte er am 14. Juni, „eine Kollektivgarantie fasse er so auf, daß für den Fall einer Verletzung der Neutralität sämtliche Traktatmächte zur Kollektivaktion aufgefordert werden könnten, ohne daß eine derselben allein einzuschreiten verpflichtet wäre. Eine derartige Garantie besitze mehr den Charakter einer moralischen Sanktion des Vereinbarten, als den einer eventuellen Verbindlichkeit zur bewaffneten Einmischung. Aus ihr entspringe für jeden Einzelnen das Recht, aber nicht die Verpflichtung zum Kriegführen. Schließlich habe ja das Parlament, welches die erforderlichen Geldmittel bewilligen oder verweigern könne, es ganz in der Hand, über Krieg und Frieden in letzter Instanz zu entscheiden.“ Im Oberhaus pflichtete am 20. Juni und am 5. Juli Graf Derby der Ansicht

Digitized by Google

seines „edlen Anverwandten" (Lord Stanley ist sein Sohn) vollständig bei, brachte den Unterschied zwischen einer Kollektiv- und Separatgarantie auf und erklärte unumwunden, „daß, wenn Frankreich, mit Verletzung des Vertrags, Besitz von Luxemburg ergreifen sollte, England, wenn gleich von Preußen zum Beistand aufgefordert, nicht verpflichtet wäre, diesen zu gewähren." Weder im Unterhaus noch im Oberhaus und nur in wenigen englischen Blättern fand diese schamlose Schaustellung einer selbstsüchtigen Krämerpolitik erheblichen Widerspruch. In Berlin aber erregten diese advokatischen Unterscheidungen der Firma „Vater und Sohn" den entschiedensten Unwillen. „So weit also," rief die Kreuzzeitung aus, „ist das England Chathams und Pitts heruntergekommen! Die Erklärungen Lord Stanleys stehen im internationalen Verkehr vielleicht einzig da. Zu allen Zeiten sind Verträge gemacht und gebrochen worden, und wir sehen die Luxemburger Kollektivgarantie nicht als eine Schöpfung an, die sich von anderen Schöpfungen derart unterscheiden wird. Aber im Moment einer feierlich eingegangenen Zusage unbefangen zu erklären, diese Zusage bedeutet nichts und ist mit Hilfe des landesüblichen Parlamentarismus jeden Augenblick zu umgehen: dies zeigt einen politischen Bankerott, eine Kleinheit der Gesinnung, die nur noch von der dahinter steckenden, wie es scheint völlig naiven Flausenmacherei und gleichzeitigen diplomatischen Rücksichtslosigkeit übertroffen wird. Bindet euch Besen vom Ginsterbusch der Plantagenets und verkaufet euren Shakespeare an den Käsekrämer, wenn ihr die Enkel eurer Ahnen zu sein nicht mehr gewillt seid."

Während diese luxemburgische Frage ihre verschiedenen Phasen durchlief, wurden in den einander so schroff gegenüberstehenden Staaten, in Frankreich und Preußen, Werke des Friedens begonnen und vollendet. Am 1. April wurde die Weltindustrieausstellung in Paris eröffnet, und am 17. April das norddeutsche Parlament in Berlin geschlossen. Die Specialdebatte über den Verfassungsentwurf begann im norddeutschen Reichstag am 18. März und dauerte bis zum 10. April. Es liegt in der Natur einer solchen Vorlage, daß die Regierungen dabei nicht zu kurz kommen wollen, daß sie sich bemühen, in einem von ihnen paragraphirten Vertrag ihre Befugnisse möglichst weit auszudehnen und dadurch eine starke Centralgewalt zu schaffen; andererseits wird jedes Parlament den Namen eines

Digitized by Google

unabhängigen, selbständigen Körpers zu tragen und sein Recht der Prüfung und Verwilligung eher zu weit als zu wenig auszudehnen suchen. Kommen beide Theile nicht mit versöhnlichem Sinn und ächtem Patriotismus einander entgegen, sind sie nicht beide überzeugt, daß höher als dieser oder jener Paragraph der zu schließende Bund stehe, daß lieber zehn Paragraphen als dieser selbst in Frage gestellt werden dürfe, und daß Verfassungsparagraphen so wenig unsterblich sind als diejenigen, welche sie machen, so erlebt man das widerwärtige Schauspiel, daß vor lauter Liebe zum Vaterland das Vaterland selbst nicht zu Athem kommt. In solchen Fällen hilft nichts als ein anständiger Kompromiß. Man muß es beiden Theilen zum Ruhme nachsagen, daß sie diesen Weg mit aller Loyalität betreten und in unglaublich kurzer Zeit ein Werk gegründet haben, das, eben weil es praktisch angelegt und durchgeführt wurde, auf lange Zeit hin die Grundlage unserer politischen Entwicklung, der Grundstein der deutschen Einheit sein wird. Wenn auch eine unbedeutende Minderheit, die unverbesserlichen Partikularisten und Radikalen, an welchen die Erfahrungen des Jahres 1848 und die Erschütterungen des Jahres 1866 spurlos vorübergegangen sind, von Anfang bis zu Ende den Entwurf bekämpfte und lieber ohnmächtige Splitter, „Kantönli," mit Freiheitsphrasen überschrieben, gesehen hätte als die stolze deutsche Eiche, so hat man doch hinwiederum auch Männer, welche mit ihrer Ueberzeugung fürwahr nicht spielen und nicht spielen lassen, Minister wie Abgeordnete, lieber auf die Konsequenzen derselben als auf den Ruhm verzichten sehen, zum Bau deutscher Größe einen Stein herbeigetragen zu haben.

Unter den verschiedenen Veränderungen, welche der Reichstag an dem Entwurf vornahm und der Bundesrath zuließ, möge nur die „Wählbarkeit" der Beamten, die „geheime Abstimmung" neben allgemeinen und direkten Wahlen, die „Straflosigkeit wahrheitsgetreuer Parlamentsberichte" hervorgehoben werden. Vor der Schlußberathung, welche am 15. und 16. April stattfand, erklärte Graf Bismarck im Namen der verbündeten Regierungen, daß sie in den vom Reichstag beschlossenen Abänderungen, deren es gegen 40 seien, zum Theil zweifellose Verbesserungen ihres Entwurfes gefunden, einige aber als solche erkannt haben, deren Annahme ihnen nicht leicht geworden sei. Dennoch werden sie, dem Reichstage mit

Digitized by Google

gutem Beispiele vorangehend, diesen Abänderungen ihre Zustimmung nicht versagen, wenn der Reichstag in zwei Punkten, welche die Sicherstellung der Heereseinrichtungen und die Frage über die Bewilligung von Diäten betreffe, von seinem früheren Votum abgehe. Nach dem Regierungsentwurf sollten nämlich die „Reichstagsabgeordneten als solche keine Besoldung oder Entschädigung beziehen." Der Reichstag aber verwarf am 30. März diesen Antrag und beschloß mit 136 gegen 130 Stimmen, daß sie „aus der Bundeskasse Reisekosten und Diäten nach Maßgabe des Gesetzes" erhalten sollten. Es ist keine Frage, daß mancher tüchtigen Kraft, manchem intelligenten Kopf die Thüren des Reichstages auf immer verschlossen sind, wenn keine Diäten bezahlt werden; es ist aber ebenso wahr, daß in dem großen und gebildeten Deutschland es, auch ohne Diäten, nie an brauchbaren Reichstagsmitgliedern fehlen wird. Und wenn die Regierung sagte, daß sie die Diätenlosigkeit als das einzige Korrektiv des allgemeinen direkten und geheimen Wahlrechts ansehe, ohne welches Korrektiv sie diese demokratische Institution für äußerst gefährlich und gewagt erachte, wer wollte ihr, zumal wenn er an Zeiten dachte, wo die Wogen der Volksaufregung alle staatliche Ordnung umzustürzen drohten, wo gewandte Volksführer mit wenigen Schlagwörtern eine Revolution entzündeten, zu widersprechen vermögen? Und kann sich die Regierung nicht auf England, wo man sich doch auch ein bischen auf Freiheit versteht, und auf Italien berufen, wo die Parlamentsmitglieder gleichfalls keine Diäten erhalten? Fragt man, welche Kammer in der Achtung nach oben und nach unten höher stehe, eine besoldete, wie die französische, oder eine unbesoldete, so kann die Antwort nicht zweifelhaft sein. All diese Gründe würdigend beschloß der Reichstag am 15. April mit 178 gegen 80 Stimmen, seinen früheren, zum Theil noch jetzigen, Standpunkt zu verleugnen und die Frage über die Diäten im Sinn der Regierung zu entscheiden.

Hatte der Reichstag auf diese Weise dafür gesorgt, daß eine Terrorisirung dieser Versammlung durch „katilinarische Existenzen" nicht zu befürchten war, so glaubte er in dem zweiten Punkt, welcher die Friedenspräsenzstärke der Armee und die hiefür ausgesetzte Aversalsumme betraf, nicht nachgeben zu dürfen, da es sich hier um die Wahrung des verfassungsmäßigen Budgetrechts handelte. Während der Entwurf verlangte, daß „jeder wehrfähige Norddeutsche sieben

Digitized by Google

Jahre lang dem stehenden Heere und die folgenden fünf Lebensjahre hindurch der Landwehr angehören, daß die Friedenspräsenzstärke des Bundesheeres auf ein Procent der Bevölkerung von 1867 normirt und bei wachsender Bevölkerung je nach zehn Jahren ein anderweitiger Procentsatz festgesetzt werden, daß endlich zur Bestreitung des Aufwandes für das gesamte Bundesheer dem Bundesfeldherrn jährlich so viel mal 225 Thaler, als die Kopfzahl der Friedensstärke beträgt, zur Verfügung gestellt werden sollen," gieng der Reichstag von der Ansicht aus, daß diese Bestimmung über die Heeresstärke nur als Uebergangsstadium zu betrachten und später neu festzustellen sei. Er gieng daher von seinem früheren Beschluß nicht ab und präcisirte ihn bei der nochmaligen Berathung am 16. April dahin, daß von den „sieben Dienstjahren der Soldat drei Jahre bei den Fahnen, vier in der Reserve zu dienen habe, daß sowohl die Friedenspräsenzstärke von einem Procent der Bevölkerung als die hiefür bestimmte Summe nur „bis zum 31. December 1871" gelten und dann im Wege der Bundesgesetzgebung neu festgestellt werden solle. Es half nichts, daß Graf Bismarck statt „des 31. Decembers 1871" gesetzt wissen wollte: „bis zum Erlaß eines Bundesgesetzes." Die Kammer blieb, nachdem sie in der Diätenfrage sich konservativ und nachgiebig gezeigt hatte, bei Festsetzung des Militärwesens unerbittlich und nahm obige Bestimmungen mit 202 gegen 80 Stimmen, den ganzen Verfassungsentwurf mit 230 gegen 53 Stimmen an. Da selbst Prinz Friedrich Karl und die Generale dafür stimmten, so hoffte man auf eine nachgiebige Haltung der Regierung. So war es auch. Am 17. April erklärte Graf Bismarck, daß die Bundesregierungen der Verfassung des norddeutschen Bundes, wie sie aus der Berathung des Reichstages schließlich hervorgegangen sei, ihre Zustimmung ertheilen. Am Nachmittag des nämlichen Tages wurde der Reichstag vom König mit einer Thronrede geschlossen, welche sich mit Befriedigung über das gelungene Werk, über die Grundlage der Einigung Norddeutschlands aussprach. Der Ton, in welchem sie gehalten war, geht aus dem einen Satze hervor: „Die Zeit ist herbeigekommen, wo unser deutsches Vaterland durch seine Gesamtkraft seinen Frieden, sein Recht und seine Würde zu vertreten im Stande ist." Sofort wurde die Verfassung den Einzellandtagen der verbündeten Staaten vorgelegt und mit großen Majoritäten angenommen, so von dem preußischen Landtag

Digitized by Google

mit 226 gegen 91 Stimmen am 8. Mai, von dem sächsischen mit 67 gegen 6 Stimmen am 3. Mai.

Die Annahme dieser Verfassung bezeichnet einen der merkwürdigsten Denksteine der deutschen Geschichte. Niemals waren so viele Zweige des staatlichen Lebens, wie Militär und Marine, Eisenbahnen und Kanäle, Posten und Telegraphen, Zoll- und andere Verkehrsverhältnisse unter eine Leitung gestellt, niemals einer Centralgewalt so wichtige Befugnisse nach innen und außen mit einem so imposanten Hintergrund von Bajonetten übertragen, niemals einer so zahlreichen Volksvertretung so wichtige Rechte in der Gesetzgebung, in Bewilligung und Kontrole des Finanzwesens zugestanden. Die Reichsverfassung von 1849, welche nicht ins Leben übergieng, kann ebendeßwegen hier auch nicht berücksichtigt werden. Daß der Reichstag sich nicht in ein Ober- und Unterhaus spaltete, daß von dem ersteren kaum die Rede war, ist für die Einfachheit der Geschäfte als ein Gewinn anzusehen. Ist doch der Bundesrath mit seinen 43 Stimmen, welche, wenn die Bundesmitglieder wollen, von ebensovielen Bevollmächtigten abgegeben werden können, schon Oberhaus genug. Die günstigen Folgen dieser so nothwendigen Centralisation sind besonders im Verkehrsleben jetzt schon ungemein fühlbar, und sie werden es, da die Bundesgesetzgebung immer mehr Gegenstände in den Kreis ihrer Thätigkeit zieht, immer mehr werden. Von Verkehrshemmungen, wie sie die bisherige Kleinstaaterei im Eisenbahnwesen künstlich gezogen hat, wird bald nur noch in alten Geschichten etwas zu lesen sein.

Während dieses deutsche Friedenswerk ungestört seiner Vollendung entgegengieng, schien das französische gleich beim Beginn dem Ruin verfallen zu sein. Die Weltindustrieausstellung zu Paris sollte am 1. April eröffnet werden; aber gerade damals gestaltete sich die Luxemburger Frage so sehr zu einer Kriegsfrage, daß sich volle 6 Wochen nicht sagen ließ, ob nicht all diese Herrlichkeiten der Welt nur dazu ausgestellt worden seien, um sogleich wieder eingepackt und in ihre Heimat zurückgeschickt zu werden. Mit ungeheurem Aufwande war das Marsfeld für das Ausstellungsgebäude und die noch dazu gehörigen Nebenbauten und Parks hergerichtet worden, die einzelnen Staaten und Aussteller hatten schon bedeutende Summen ausgegeben, und die Pariser versprachen sich einen höchst erfrischenden goldenen Regen von den Tausenden der aus-

Digitized by Google

wärtigen Besucher. Sie waren daher von dem unglücklichen Länderhandel ihres Kaisers nicht sehr entzückt und sahen sich verwundert an, wie am 1. April, wo die Eröffnung wirklich stattfand, durchaus keine Feierlichkeiten erfolgten und auch das bekannte Orakel an der Seine sich nicht hören ließ, sondern der Kaiser mit der Frau Kaiserin und ihrem Gefolge durch die Säle der einzelnen Nationen gieng, die Mitglieder der Kommissionen sich vorstellen ließ, in einem Pavillon einige Erfrischungen einnahm und unter den Klängen der Militärmusik seinen Wagen bestieg und in die Tuilerien zurückfuhr. Diesem prosaischen Anfang entsprach der Fortgang bis zum Schluß der Londoner Konferenz. Die Zahl der auswärtigen Besucher war eine kaum nennenswerthe; von fremden Fürsten hatten sich nur wenige eingefunden. Kaum aber war das Protokoll vom 11. Mai unterzeichnet, so begann aus allen Weltgegenden und nicht zum mindesten aus Deutschland, eine industrielle Wallfahrt nach Paris, und Kaiser Napoleon beeilte sich, die fremden Herrscher einzuladen. Er hoffte durch den Besuch der fremden Souveräne, welcher freilich nicht ihm, sondern der Ausstellung galt, seine eigene Person mit einem neuen Glorienschein zu umgeben und die vorlauten Pariser durch die mit diesen Besuchen verbundenen Festlichkeiten und interessanten Schauspiele und durch das viele Geld, das sie in der Hauptstadt zurückließen, in eine gelinde Betäubung zu versetzen, bei der sie Mexiko und Luxemburg, Königgrätz und die Rheingrenze vergäßen und nichts als russische Uniformen und Goldstücke, Münchner Bier und östreichische Kellnermädchen in einem Zauberspiegel sähen.

Unter allen Monarchen war der Kaiser von Rußland am schwersten zur Reise nach Paris zu bewegen. Die moralische Unterstützung, welche dem polnischen Aufstand im Jahre 1863 von Seiten der französischen Regierung zu Theil geworden war, die gleichlautenden Noten, welche damals nicht bloß Frankreich, sondern auf dessen Betreiben auch England und Oestreich nach Petersburg geschickt und dadurch das kolossale Rußland auf das gleiche Niveau wie Dänemark gestellt hatten, hatten in dem Herzen des Zaren einen bitteren Stachel zurückgelassen. Doch überwand er endlich seine Mißstimmung und beschloß, zugleich mit seinem Oheim, dem Könige von Preußen, die Reise anzutreten. Dieser Plan mißfiel in den Tuilerien ungemein. Schon längst ärgerte man sich ja in

Frankreich darüber, daß Preußen und Rußland so innig befreundet, um nicht zu sagen, so eng verbündet seien; sollte man durch den gleichzeitigen Besuch der beiden Fürsten dieses Bündniß gleichsam leibhaftig auf den Boulevards spazieren gehen sehen? Hinderte nicht die Furcht vor dieser preußisch-russischen Allianz jede Aktion des isolirt stehenden Frankreichs gegen Deutschland? War es nicht weit angenehmer, wenn diese Fürsten nach, statt mit einander kamen, damit man auch ein vertrauliches Stündchen haben konnte, wo der alte Napoleonische Grundsatz l'un après l'autre zu seiner Geltung kam? War denn diese nordische Allianz schlechterdings nicht zu brechen? Gab es nicht ein Zauberwort, das auf diese Eiskrystallisation mit der Kraft eines Sirocco einwirkte? Wie jeder Mensch seine Schwäche hat, so auch jeder Staat, und die Schwäche Rußlands ist Konstantinopel. Wenn Napoleon mit dem Zaren und seinem Minister die orientalische Frage besprach, längst ersehnte Concessionen machte und die Revision des für Rußland so demüthigenden Pariser Friedens von 1856 in Aussicht stellte, konnte da Alexander widerstehen? Mußte er da nicht Preußen fahren lassen und dafür mit Frankreich eine Allianz schließen? Und dann gute Nacht Deutschland! gute Nacht Nordbund! Und was sollte dann vollends aus Süddeutschland werden!

Napoleon eröffnete also dem preußischen Gesandten, daß es ihm lieber wäre, wenn sein König erst nach der Abreise des Kaisers von Rußland nach Paris käme, da er jenem besondere Ehre erweisen möchte, bei einem gleichzeitigen Besuch aber doch dem Kaiser den Vortritt lassen müßte. Diese gesuchte Höflichkeit und ceremonielle Aengstlichkeit, welcher man in Berlin und St. Petersburg leicht auf den Grund schaute, brachte eine sehr unerwünschte Wirkung hervor. Kaiser Alexander wollte von der ganzen Reise nichts mehr wissen, wenn er nicht einmal über die Zeit derselben selbst sollte verfügen konnen. Nun lenkte Napoleon wieder ein und sagte, so sei es ja gar nicht gemeint gewesen; er habe nur jedem der beiden Fürsten möglichst viel Ehre anthun wollen; sie möchten doch reisen, wie es ihnen am angenehmsten sei. Auf dies hin wurde ausgemacht, daß der König von Preußen ein paar Tage nach seinem kaiserlichen Neffen in Paris eintreffen solle, so daß Beide doch einige Tage mit einander zubringen konnten.

Kaiser Alexander kam mit zwei seiner Söhne am 1. Juni in

Digitized by Google

Paris an und hatte schon bei der Fahrt durch die Straßen an mehreren Punkten der Boulevards den Ruf zu hören: vive la Pologne! Dieser Ruf, welcher offenbar auf einer malitiösen Verabredung beruhte, verfolgte den hohen Gast, wohin er nur zur Besichtigung der Sehenswürdigkeiten sich wandte, besonders im Justizpalast und in der Ausstellung. Aber auch die Gelegenheit zu Verhandlungen über die orientalische Frage wurde nicht versäumt. Nicht bloß um die Revision des Pariser Friedens, dessen drückendste, die Seearsenale und die Kriegsschiffe betreffende Bestimmungen Rußland thatsächlich schon umgangen hatte, handelte es sich hier, sondern darum, daß die Pforte allen ihren christlichen Unterthanen möglichst viel Selbständigkeit verleihen, all ihre christlichen Provinzen etwa in die Stellung der heutigen Donaufürstenthümer bringen solle, die bekanntlich, abgesehen von der Entrichtung eines Tributs, vollständig souverän sind. War dies erreicht, so war für Rußland die Zeit der Ernte da. Denn diese Bevölkerungen, welche fast alle mit Rußland den griechisch-katholischen Glauben, zum großen Theil auch die slavische Nationalität gemein haben, sehen in Rußland ihren Befreier und wollen mit diesem lieber ein großes Slavenreich bilden als beständig zu helotenmäßiger Unterthänigkeit unter ein asiatisches Barbarenvolk verurtheilt sein. Diese Schmach und dieser Druck waren es auch, welche den Aufstand auf der Insel Kandia entzündet hatten, deren Verhältniß zur Türkei eben damals die Kabinette sehr beschäftigte, keines mehr als die von Rußland und von Griechenland. Wie der Wiener Kongreß bei Luxemburg, so hatten die Londoner Konferenzen von 1832 bei Kandia wenig Staatskunst bewiesen. Diese Insel war in dem neunjährigen Unabhängigkeitskampf von 1821—1830 immer treu zu Griechenland gestanden, hatte alle Leiden jenes mit so blutigen Unthaten dicht besäten Kampfes durchgemacht, und die sphakiotischen Häuptlinge zeigten sich damals so heldenmüthig wie heute. Trotz all dem wurde Kandia nicht mit Griechenland vereinigt, sondern der Türkei zurückgegeben und unter ägyptische Verwaltung gestellt. Die Motive waren damals die nämlichen wie heutzutag, wo es sich um Abtretung der Insel von Seiten der Türkei an Griechenland handelt. Alle Großmächte haben im März 1867 der Türkei zu diesem Schritte gerathen, nur nicht England. Auch 1832 war es England, dessen maritime Eifersucht fürchtete, das mit Griechenland vereinigte Kandia möchte ein

Digitized by Google

russischer Vasallenstaat werden und Rußland dadurch im östlichen Mittelmeer eine den englischen Interessen gefährliche Position erhalten, und dieser fremden Politik zu Lieb wurde das arme Kandia, mit 200,000 hellenischen Einwohnern gegen kaum 10,000 türkische, in widernatürliche und unerträgliche Bande geschmiedet. Die Auflehnung Mehemed Alis von Aegypten und dessen Unterwerfung durch die Quadrupelallianz im Jahre 1840 brachte Kandia von der ägyptischen Hoheit wieder unmittelbar unter die türkische, das heißt, vom Regen unter die Traufe.

Zwar gibt sich die türkische Regierung zuweilen das Ansehen, als ob sie zeitgemäßen Reformen durchaus nicht abgeneigt sei, wie dies aus der Depesche des englischen Gesandten in Konstantinopel vom 6. März 1867 hervorgeht. Die sonst so skeptische englische Regierung erheuchelt dann jedesmal, wie dies Graf Derby in seiner Rede im Oberhaus am 8. März bewiesen hat, eine blinde Gläubigkeit und kann keinen Grund für Abtretungen finden. Als ob die türkischen Pascha's glimpflicher mit den Christen umgiengen als der einst von der englischen Presse so angefeindete König Bomba von Neapel! Als ob das Nationalitätsprincip nur in Italien zur Geltung kommen dürfte, nicht auch in Griechenland! Was haben denn jene hauptsächlich auf englische Veranlassung gegebenen türkischen Gesetze, der Hattischerif von Gülhane (3. Nov. 1839) und der Hat Humayun (18. Febr. 1856) genützt? Versprochen wurde darin, daß die Christen künftig die gleichen bürgerlichen Rechte wie die Türken haben sollen; aber bis auf den heutigen Tag sind diese Erlasse nicht mehr werth als das Papier, auf dem sie verzeichnet sind. Noch heute dürfen die Fremden in der Türkei keinen Grundbesitz erwerben, die Christen nicht überall, noch heute ist das Zeugniß eines Christen gegen einen Moslem ungiltig. Dies sind barbarische Zustände, und eben nur durch solche kann sich die Türkenherrschaft halten, da bei vollständiger Gleichheit schon die numerische Ueberlegenheit der türkischen Christen das Verhältniß zwischen ihnen und den Muhamedanern bald umkehren würde.

Der Aufstand der Kandioten begann im April 1866 mit einer Bittschrift an die Pforte um Abhilfe ihrer Beschwerden. Da diese abschlägig beschieden wurde, so erfolgte die allgemeine Erhebung der Insel und der Beschluß der Generalversammlung vom 2. Sept., daß die osmanische Herrschaft auf der Insel abgeschafft sei und

Digitized by Google

Kandia mit Griechenland sich vereinige. Sofort langte Mustapha Pascha mit türkischen und ägyptischen Truppen an, es entspann sich ein verzweifelter Kampf, in welchem die Kandioten von Griechenland aus mit Freiwilligen, Waffen und Geld unterstützt wurden, das Jahr näherte sich seinem Ende, und noch war Kandia nicht unterworfen. In einer Depesche, welche die Pforte am 26. Dec. 1866 an die drei Schutzmächte Griechenlands (Rußland, England, Frankreich) richtete, beklagte sie sich bitter über Griechenland, das allein die Pacifikation Kandias verhindere, auch nach Thessalien und Epirus, die Fackel des Aufstandes schleudere, und stellte, wofern diesem Treiben nicht abgeholfen würde, einen offenen Bruch mit Griechenland in Aussicht. Die Antwort Griechenlands auf diese Drohung war die am 29. Januar 1867 auf den Antrag des Kriegsministers Botzaris beschlossene Vermehrung der Armee. Und kann Griechenland anders handeln? Niemand, weder König noch Ministerium, kann sich der nationalen Strömung entziehen, welche dahin geht, alle hellenischen Stämme in der nämlichen Weise mit dem Königreich Griechenland zu vereinigen wie im Jahre 1859 die italienischen mit dem Königreich Sardinien, und so die Fehler der Londoner Konferenzen, welche die hellenischen Stämme von einander trennten und das junge Königreich zu groß zum Sterben und zu klein zum Leben schufen, wieder gut zu machen. Will König Georgios nicht den Ausgang seines Vorgängers haben, so muß er sich an die Spitze dieser großgriechischen Bewegung stellen; denn eben dies hauptsächlich hat König Otto seinen Thron gekostet, daß er weder während des Krimkrieges noch nach dem italienischen Krieg für diese Lieblingsidee seiner neuen Heimat Verständniß und guten Willen zeigte. Daher kehrte sich die griechische Regierung so wenig als möglich an die Vorstellungen Englands und schloß sich hauptsächlich an Rußland an, in dessen Interesse es liegt, daß Kandia, später auch Thessalien und Epirus, von der Türkei sich losreiße und mit Griechenland sich vereinige. Denn die Türkei wird dadurch schwächer, den anderen christlichen Provinzen, welche gleichfalls Trennungsgelüste haben, wird ein ermunterndes Beispiel gegeben, und Griechenland wird doch nicht so stark, daß es nicht den Beistand Rußlands stets bedürfte. So könnte der russische Plan, die Türkei mit lauter ganz oder halb selbständigen Staaten zu umgeben, verwirklicht werden. Ist dies geschehen, so braucht es wenig

Digitized by Google

Sprengpulver mehr, um die türkische Herrschaft selbst an die Luft zu setzen.

Im Jahr 1866 war es den Türken nicht gelungen, den Aufstand auf der Insel Kandia zu unterdrücken. Nicht glücklicher waren sie im folgenden Jahre; vielmehr zeigte es sich, daß, so oft sie erklärten, der Aufstand sei erloschen, er um so heftiger entbrannte. Vom 11. bis zum 14. Februar fanden neue Kämpfe statt, welche ein Zurückgehen der türkischen Truppen zur Folge hatten. Die lange Dauer dieses Streites war für diejenigen europäischen Mächte sehr unbequem, welche ein Interesse daran hatten, daß die Lösung der orientalischen Frage immer und immer wieder verschoben werde. Denn es war zu fürchten, daß durch diesen kandiotischen Aufstand ein Krieg entstehe, in welchen alle Großmächte verwickelt würden. Daher gaben zu Anfang des März die Gesandten von Frankreich, Rußland, Preußen und Italien der Pforte den Rath, die Sache dadurch beizulegen, daß sie Kandia an Griechenland abtrete. Da aber England, welches vermöge seiner Ueberlegenheit zur See in dieser Sache ein kräftiges Wort zu sprechen vermag, der Türkei den entgegengesetzten Rath gab, so lehnte diese, der englischen Hilfe vertrauend, den Vorschlag der anderen Großmächte ab. Um ihnen die Gelegenheit zu weiteren Zudringlichkeiten abzuschneiden, schickte sie statt Mustapha den berühmten General Omer Pascha nach der Insel, welcher die Kandioten in wenigen Wochen unterwerfen und dem theilnehmenden Europa berichten sollte, daß die Ruhe vollkommen wieder hergestellt sei. Aber am 23. April bei Kalikrati zurückgeschlagen, mußte er sich nach Rethymno zurückziehen, und seine erbitterten Soldaten begiengen auf dem Rückzug Greuelthaten aller Art. Dies hatte neue Erbitterung und neuen Zuzug von griechischen Freiwilligen, gegen 3000, zur Folge.

So standen die Verhältnisse, als Kaiser Alexander nach Paris kam. Die türkische Abweisung hatte sicherlich den schlimmsten Eindruck auf ihn gemacht. Es fragte sich, ob Napoleon ebenso gesinnt und bereit war, von nun an den Kandioten durch mittelbare oder unmittelbare Unterstützung mehr Theilnahme zu schenken. Die Verhandlungen scheinen nicht am besten gegangen zu sein; denn die einzige Maßregel, welche daraus hervorgieng, war eine am 15. Juni von Frankreich, Rußland, Preußen und Italien in Konstantinopel überreichte Kollektivnote, an welche sich am 16. eine Separatnote Oestreichs,

Digitized by Google

so ziemlich von gleichem Inhalt, anschloß. Jene Kollektivnote war ein unverkennbarer Rückschritt gegen den früheren Rath, die Insel abzutreten; denn sie enthielt nur den Vorschlag, daß die Pforte die Notabeln von Kandia berufen und diese über die Wünsche der Bevölkerung, so weit sie die Herstellung eines besseren Einvernehmens zwischen der türkischen Regierung und den Kandioten betreffen, befragen sollte. Aber auch diesen Kollektivvorschlag wagte die Pforte, da England sich wiederum nicht dabei betheiligte, zurückzuweisen und zur Antwort zu geben, daß sie vorerst abwarten wolle, was Omer Pascha durch seine aufs neue aufgenommenen kriegerischen Operationen ausrichte. Derselbe habe die Zusicherung gegeben, binnen eines Monats den Aufstand zu bewältigen. Erst wenn nach Ablauf dieser Frist, bis zum 24. Juli, Omer nicht zum Ziele gelangt sei, werde die Pforte Einleitung zur Berufung der christlichen Notabeln treffen.

Wenn diese Kollektivnote und die nochmalige Abweisung von Seiten der Pforte das einzige positive Resultat der Monarchen-Zusammenkunft in Paris war, so mag es sehr frostig dabei zugegangen sein, und es hat sehr viel Wahrscheinlichkeit, wenn behauptet wird, Kaiser Alexander sei über das Tuilerienkabinet erbitterter als je. Was dieses von ihm als Gegenleistung für etwaige Konzessionen in der orientalischen Frage verlangte, das Aufgeben des engen Verhältnisses zu Preußen, konnte er durchaus nicht gewähren. Auch ohne hierüber besonders beruhigt worden zu sein, konnte der König von Preußen seinen Neffen nach der Seine vorausreisen lassen. Denn die Intimität, welche zwischen beiden Fürsten besteht, beruht nicht bloß auf verwandtschaftlichen oder überhaupt persönlichen Gründen, sondern noch mehr auf dem Charakter ihrer Politik, welcher es ihren Staaten erlaubt, trotz vielfacher Berührung ruhig ihren verschiedenen Zielen nachzugehen, ohne daß der eine jeden Augenblick gewärtig sein muß, dem anderen das Wort des syrakusischen Archimedes zuzurufen: „bringe mir meine Kreise nicht in Unordnung!“ Eine russisch-französische Allianz, soviel man auch schon davon gesprochen hat, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Polen und Italien sind zwei Punkte, über welche die Regierungen Rußlands und Frankreichs sich nicht so bald verständigen werden. Frankreich wird nie aufhören, mit den Polen zu kokettiren, nie aufhören, den Papst zu unterstützen, wie wenigstens Staatsminister Rouher ver-

Digitized by Google

sichert; Rußland wird Polen zu einer russischen Provinz machen und Italien in der Untergrabung der päpstlichen Herrschaft unterstützen. Im Orient freilich, sollte man glauben, berühren sich die Interessen beider Staaten nicht; Frankreich, von der Aufmerksamkeit auf Deutschland und Italien ganz hingenommen, habe an der Donau und am schwarzen Meere gar wenig greifbare Interessen. So richtig diese Ansicht an sich ist, so unrichtig, so bald sie sich politisch geltend machen will. Abgesehen davon, daß das heutige Frankreich, wie das Napoleonenthum und sein Geschichtschreiber Thiers mit Stolz verkündigen, in der Rolle des europäischen Naseweis sich gefällt und in allem seine Hände haben will, handelt es sich in dieser Frage auch darum, wie sie von anderen Großmächten aufgefaßt wird, und da zeigt es sich, daß gerade diejenigen, mit welchen es Frankreich am wenigsten verderben will, England und Oestreich, den russischen Planen schnurstracks entgegenarbeiten. Die Motive Englands wurden schon besprochen; von Oestreich wird weiter unten die Rede sein. Wollte Frankreich die orientalische Politik Rußlands unterstützen, so würde es sich England und Oestreich zu Gegnern machen. Und was könnte Rußland der französischen Regierung als Ersatz für diese Gegnerschaft, welche sich in deutschen und italienischen Fragen bald bemerklich machen würde, nennenswerthes bieten?

Preußen dagegen, welches nicht die Anmaßung eines europäischen Schiedsrichters, aber den Ehrgeiz und das praktische Geschick hat, sich in seinem deutschen Hause wohnlich einzurichten und darin eine gute Ordnung zu halten, interessirt sich nicht stark für orientalische Bilder und kann Rußland in diesem Genre weit größere Konzessionen machen als jeder andere Staat. Auch im westlichen Europa laufen die preußischen und russischen Interessen friedlich neben einander her, und in Polen sind sie so eng mit einander verflochten, daß im Jahr 1863, während Frankreich, England und Oestreich zudringliche Noten nach Rußland schickten, Preußen den geheimen Vertrag vom 8. Februar mit ihm schloß, welcher die gemeinschaftliche Unterdrückung des polnischen Aufstandes zum Zweck hatte. Es ist daher sehr richtig, wenn gesagt wird, daß Rußland Preußens mehr bedürfe als Preußen Rußlands. Diesen Satz kann keine Pariser Reise, keine Liebenswürdigkeit der französischen Kaiserfamilie, keine Gefälligkeiten ihrer Diplomatie umstoßen. Nur eine Frage könnte

Digitized by Google

mit der Zeit das freundschaftliche Verhältniß Preußens und Rußlands lockern, und das ist eine deutsche. Je mehr Preußen in Deutschland aufgeht, sich mit diesem identificirt, desto mehr wird es ihm auch zur Pflicht gemacht, die deutschen Interessen überall, an der Ostsee wie an der Königsau, zu wahren und für jeden Schmerzensschrei eines unterdrückten deutschen Volksstammes ein empfängliches Ohr zu haben. Wenn Rußland fortfährt, in den deutschen Ostseeprovinzen Sprache und Religion unserer Stammesbrüder so zu beeinträchtigen, wie die fanatische altrussische Partei, welche auf die Vernichtung aller fremdartigen Elemente und auf vollständige Russificirung aller fremden Nationalitäten ausgeht, bereits begonnen hat, so wird die Kameradschaft nimmer lange eine herzliche sein. Andererseits haben auch die panslavistischen Tendenzen Rußlands etwas Bedenkliches für Deutschland. Hält Rußland sich für berufen, alle slavischen Stämme unter seiner Herrschaft zu vereinigen, so würde es in denjenigen östreichischen Provinzen, wo Deutsche und Slaven gemischt sind, an Preußen einen Nebenbuhler finden. Ob diese Befürchtung früher oder später praktisch wird, hängt mit der Frage von der Lebensfähigkeit des auf neuen Principien gegründeten östreichischen Kaiserstaates zusammen.

Vorerst hat es mit solchen Besorgnissen noch seine guten Wege. Davon konnten sich die Pariser bei der gleichzeitigen Anwesenheit der beiden Monarchen in ihrer schönen Hauptstadt überzeugen. Doch bevor der König von Preußen, welchem das kronprinzliche Paar vorausgereist war, Berlin verließ, war noch ein kleines Geschäft abzumachen. Da die Pariser sehr neugierig sind und neuerdings namentlich für deutsche Verhältnisse ungemein viel Interesse an den Tag legen, so glaubte Graf Bismarck, durch nichts sich besser bei ihnen zu empfehlen und eine günstige Aufnahme sich bei ihnen zu verschaffen, als wenn er ihnen eine politische Neuigkeit ganz frisch aus seinem geheimen Kabinet mitbringe und zwar ihnen zu allererst, schon aus schuldiger Revanche dafür, daß auch sie ihm das Luxemburger Geheimniß, wenn auch nicht zuerst anvertraut, doch auch nicht lange vorenthalten haben. Er schrieb daher am 28. Mai sogleich an seine Kollegen in Süddeutschland und that ihnen zu wissen, daß er etwas auf dem Herzen habe. Diese ließen sich so etwas nicht zweimal sagen. Am 3. Juni waren sie schon in Berlin und klopften bei dem Herrn Minister an. Es war

Digitized by Google

der Fürst von Hohenlohe, welcher zum Schrecken der bairischen Reichsräthe und der Ultramontanen den weiten Weg nicht gescheut hatte, Herr von Varnbüler, über dessen Abreise die württembergischen Demokraten die Hände über dem Kopf zusammenschlugen, Herr von Freydorf, welchen die besten Wünsche des badischen Volkes, nur nicht des erzbischöflichen Palastes in Freiburg begleiteten, und Herr von Dalwigk, immer bereit, in Berlin sich angenehm zu machen, wenn er schlechterdings nicht anders konnte.

Als diese vier Minister mit dem Grafen Bismarck beisammen waren, erklärte ihnen der Letztere, daß bekanntlich der auf zwölf Jahre geschlossene Zollvereinsvertrag vom 16. Mai 1865 durch die Bestimmung vom 24. August 1866 denjenigen Regierungen gegenüber, welche sich mit Preußen im Krieg befanden, nur unter der Bedingung einer sechsmonatlichen Kündigungsfrist fortbestehe. Es werde aber im Interesse des Südens wie des Nordens liegen, wenn ein für das wirthschaftliche Leben ganz Deutschlands so nothwendiges Institut eine gesichertere Existenz habe. Aber mehr noch als diese den Bestand des Vereins betreffenden Bestimmungen zeigen sich andere Verhältnisse, durch welche die Entwicklung und der Fortschritt desselben bedingt sei, schlechterdings unerträglich. Nachdem der norddeutsche Bund gegründet und in Artikel IV seiner Verfassung die Zoll- und Handelsgesetzgebung vor das Forum des Bundesraths und Reichstags verwiesen sei, könne man doch die Beschlüsse dieser eine Bevölkerung von 30 Millionen repräsentirenden Körperschaften nicht von der Zustimmung der Regierungen und Landtage der vier süddeutschen Staaten abhängig machen. Andererseits könne man aber auch den süddeutschen Regierungen nicht zumuthen, die Beschlüsse des norddeutschen Bundesrathes und Reichstags ohne weiteres zu den ihrigen zu machen. Es bleibe daher nichts anders übrig, als daß die Gesetzgebung in Zollvereinsangelegenheiten einem gemeinschaftlichen Organe der betheiligten Regierungen und einer Vertretung der Bevölkerungen übertragen werde. Darauf legte er einen Entwurf vor, wonach der obengenannte Vertrag dahin abzuändern sei, daß von nun an die Gesetzgebung über das gesamte Zollwesen, über die Besteurung des einheimischen Zuckers, Salzes und Tabaks und über die Maßregeln, welche zur Sicherung der gemeinschaftlichen Zollgrenze erforderlich seien, durch die Mehrheitsbeschlüsse des verstärkten Bundesraths und des ver-

Digitized by Google

stärkten Reichsraths festgestellt werden solle, Preußen die Stellung der leitenden Präsidialmacht einnehme und nur für den Fall, daß es sich für Aufrechthaltung bestehender Einrichtungen erkläre, ein Veto beanspruche, in allen übrigen Fällen sich wie jede andere Regierung den Mehrheitsbeschlüssen der beiden berathenden Körper zu unterwerfen habe. Der Vertrag solle bis zum letzten December des Jahres 1877 gelten.

Diese Ministerkonferenz, welche am 3. und 4. Juni stattfand, hatte besonders durch das entgegenkommende Verhalten des württembergischen und des badischen Ministers einen sehr günstigen Verlauf. Beide erklärten sich sogleich einverstanden mit der beabsichtigten Uebereinkunft, während Hessen-Darmstadt am 7., Baiern erst am 18. Juni seine Zustimmung gab. Ja die Stellung des Fürsten Hohenlohe schien eine Zeit lang der Festigkeit sehr zu ermangeln. Auch hier zeigte es sich wieder, wie schwer es Baiern fiel, seine Großmachtspolitik aufzugeben und von einer nationalen Gesamtheit, von der es selbst ein Glied ausmachte, sich etwas vorschreiben zu lassen. Man hielt es dort für einen gewaltigen Eingriff in die Souveränetätsrechte, für einen weiteren Schritt (den Allianzvertrag als den ersten angesehen) zur Mediatisirung des Hauses Wittelsbach, wenn das alte Recht der Zollvereinsglieder, daß jedes einzelne derselben gegen die Beschlüsse der Mehrheit protestiren und sie dadurch ungiltig machen könne, aufgegeben werde. Als ob dieses liberum Veto nicht überall, wo es in staatlichen Konföderationen stattgefunden, aufs übelste gewirkt und zum Ruin derselben ausgeschlagen hätte! Als ob nicht dadurch bei jeder Neuerung eine gefährliche Krisis entstehen und die Existenz der Konföderation in Frage gestellt werden müßte! Dies hatte sich bei dem Handelsvertrag gezeigt, welchen Preußen im Namen des Zollvereins 1862 mit Frankreich abgeschlossen hat. Da einzelne Bestimmungen desselben nicht allen Regierungen genehm waren, so wurde von dem Recht des Veto vielfach Gebrauch gemacht, worauf Preußen erklärte, daß es an dem Handelsvertrag festhalte, denjenigen Staaten, welche denselben verwerfen, den Zollverein kündigen und mit den anderen einen neuen schließen werde. Wie stand es nun mit dem liberum Veto? Es blieb bestehen, aber es half nichts. Sämtliche Zollvereinsstaaten, wenn sie nicht industriell ruinirt sein wollten, mußten im Jahre 1864 dem französischen Handelsvertrag beitreten. Mit

Digitized by Google

Recht hat daher Preußen in der Uebereinkunft vom 4. Juni an die Stelle dieses Veto den Mehrheitsbeschluß des Bundesraths und Reichstags gesetzt. Da für alle Berathungen über Zoll- und Handelsangelegenheiten eine bestimmte Anzahl Bevollmächtigter der süddeutschen Regierungen in den norddeutschen Bundesrath eintritt und ebenso süddeutsche Abgeordnete, welche aus allgemeinen und direkten Wahlen mit geheimer Abstimmung hervorgehen und keine Diäten erhalten, an den Sitzungen des norddeutschen Reichstags theilnehmen, so ist ja eben hiemit Regierung und Volk Gelegenheit genug gegeben, ihre Stimme zu erheben, und gerade so viel Einfluß gegönnt, als ihnen vermöge ihrer realen Machtverhältnisse zukommt. Es ist immer wohl zu beachten, daß nicht bloß über Preußen, wie man neuerdings so vielfach betont hat, sondern auch über Baiern das ganze Deutschland steht, und daß nur der seinem Deutschland im wahren Sinne dient, welcher auch in Fragen, die nicht nach seinem Geschmack beantwortet werden, den Mehrheitsbeschlüssen einer Versammlung sich unterwirft, welche der gesetzliche und natürliche Repräsentant Deutschlands ist.

Die Partei der Ultramontanen und der Reichsräthe in Baiern fand diese Uebereinkunft sehr bedenklich, weniger wegen dessen, was darin stand, als wegen dessen, was nicht darin stand. Dieses neue Verbindungsmittel mit dem Norden war ihnen natürlich an sich schon äußerst zuwider. Nun sollten sie sich auch noch der Gefahr aussetzen, von den preußischen Bundesräthen und Reichstagsabgeordneten nebst deren Kollegen sich überstimmen zu lassen, und solche aufgedrungene Beschlüsse gerade so bereitwillig annehmen, wie wenn ihre Abgeordneten und Reichsräthe in München die Sache unter sich abgemacht hätten, die doch kein Wort hiezu sprechen durften. Wo bleibe da eine Souveränetät? wo bleibe die Selbständigkeit des Staates? wo Baiern und seine Nation? Doch alles dies wäre noch angegangen, wenn nur nicht das Bedenklichste erst noch zu fürchten gewesen wäre. Oder konnte jemand glauben, daß die 48 Abgeordneten, welche von Baiern nach Berlin in den Reichstag geschickt werden, zehn volle Jahre lang, bis zum 31. December 1877, sich mit der Aufgabe begnügen werden, über Zollangelegenheiten und über Zucker, Salz und Tabak zu debattiren, dann wie fremde Gäste sich zu entfernen, während die näheren Bekannten des Hauses sich jetzt erst zusammensetzen und Dinge zur Sprache brin-

Digitized by Google

gen, auf deren Besprechung man in allen Theilen Europas und an den Gestaden der Union mit Begierde lauscht? War nicht zu fürchten, daß diese neu eintretenden Reichstagsmitglieder, wie aus Scham vor ihren norddeutschen Kollegen über ihre beschränkte Stellung, selbst darauf dringen werden, daß ihre Wirksamkeit erweitert, zum mindesten auf alle diejenigen Gegenstände ausgedehnt werde, welche nach dem 4. Artikel der norddeutschen Verfassung der Bundesgesetzgebung vorbehalten sind, um auf diese Weise das ganze wirthschaftliche Leben des deutschen Volkes in den Kreis ihrer Thätigkeit hereinzuziehen? Wenn ihnen zunächst bloß obengenannte Punkte zur Mitberathung zugewiesen werden, ist es nicht ein sehr natürlicher Gedanke, den man bei jeder größeren öffentlichen Versammlung wiederkehren sieht, daß sie vom Theil auf das Ganze übergehen und auch an den Berathungen über Freizügigkeit, Heimats- und Niederlassungsverhältnisse, Maß-, Münz- und Gewichtssystem, Papiergeld und Bankwesen, Erfindungspatente und Schutz des geistigen Eigenthums, Eisenbahnen, Post- und Telegraphenwesen, Handels- und Wechselrecht, Civilproceß und dergleichen theilnehmen wollen, welche Gegenstände größtentheils ebensogut unter die Rubrik „Verkehrswesen" gehören, wie die in die Uebereinkunft vom 4. Juni aufgenommenen Punkte? Ueberhaupt, mußte man nicht fürchten, daß diese Abgeordneten aus Berlin als vollendete „Preußen" zurückkommen und in der alten Heimat Propaganda für den Norden machen, so daß endlich die Erweiterung ihres Wirkungskreises nicht einmal mehr genüge, sondern auch die letzte Konsequenz gezogen werden müsse, der Eintritt in den norddeutschen Bund, wodurch allein die Konsolidirung Deutschlands eine Wahrheit ist?

Wem all diese Konsequenzen als „schwarze Punkte" am Horizont aufstiegen, wie dies bei den bairischen Ultramontanen der Fall ist, der mußte allerdings mit ängstlichem Gefühl dem Abschluß einer Uebereinkunft entgegensehen, welche so Großes in ihrem Schoße barg. Es gab aber auch andere, welche die naturgemäße Entwicklung der Sache ruhig abwarteten, noch andere, welche diesem Ziele mit der Fahne der Hoffnung freudig zusteuerten. Aber schon bei jenen Verhandlungen in den ersten Tagen des Juni zeigte sich eine gewisse Aengstlichkeit. Wenigstens wird erzählt, Graf Bismarck habe den süddeutschen Ministern vorgeschlagen, neben der Gesetzgebung über das gesamte Zollwesen noch andere Punkte in die Kompetenz

Digitized by Google

des gemeinsamen Reichstags aufzunehmen. Aber darauf seien die Minister nicht eingegangen und haben, um ganz sicher zu gehen, darauf gedrungen, daß in den Wortlaut der Uebereinkunft die ausdrückliche Bestimmung aufgenommen werde, die Zuständigkeit des gemeinsamen Parlaments habe sich auf andere als die im § 2 bezeichneten Punkte nicht zu erstrecken. Eine Berliner Korrespondenz äußerte sich hierüber: „Diesen Akt der Vorsicht kann man in der That nur belächeln. Die Konsequenzen werden schon ganz von selbst kommen und den Herren über den Kopf wachsen. Ganz gewiß wird, bevor die jetzt abgeschlossenen Verträge (bis 1877) ablaufen, das deutsche Volk in einem Parlament, nicht bloß für Zollsachen, sondern für alle seine Angelegenheiten vertreten sein."

Damit diese Prophetenstimme zu den falschen gerechnet werde, glaubte die bairische Regierung noch besondere Mittelchen anwenden zu müssen. Die klerikalen Einflüsse, welche aus verwandtschaftlichen und anderen Kreisen auf den jungen König eindrangen, konnten denn doch ihre Plane nicht durchsetzen. Bei einem Fürsten, welcher nicht durch die Traditionen einer langjährigen Regierung mit Vorurtheilen befangen war und sich nicht schon sein bestimmtes, unabänderliches Regierungsprincip zurechtgeschnitten hatte, war es am ehesten möglich, daß er mit der ganzen neuen Generation sich in das Neue hineinlebte, was auch den Nachbarstaaten zu gut kam. Doch wollte es mit der Annahme der Uebereinkunft so wenig vorwärts gehen, daß Fürst Hohenlohe für den Fall, daß sie die königliche Ratifikation nicht erhalte, seine Entlassung anbot. Wenn auch Aenderungen in einigen Punkten wünschenswerth seien, habe er in seinem Bericht an den König gesagt, so nöthige doch die Unmöglichkeit einer Zolleinigung mit Oestreich Baiern zur Annahme der preußischen Vorschläge. Darauf wurde Graf Tauffkirchen nach Berlin geschickt, welcher am 17. und 18. Juni aufs neue unterhandelte. Er äußerte unter anderem den Wunsch, daß die Vertreter der süddeutschen Staaten im Reichstag nicht bloß als Anhängsel desselben aufgefaßt werden, sondern daß sämtliche Vertreter in Zollsachen als besonderes Zollparlament sich konstituiren sollten, welches seinen Geschäftsgang und seine Disciplin selbständig durch eine Geschäftsordnung zu regeln und seinen Präsidenten, seine Vicepräsidenten und Schriftführer selbständig zu wählen habe. Zu dieser Umwandlung des Namens „Reichstag" in den Namen „Zollparlament" und

Digitized by Google

zu dem übrigen Formalismus, hinter dem sich die Furcht vor den Konsequenzen einer, wenn auch nur temporären, Reichstagsgemeinschaft nicht gut verbergen konnte, gab Graf Bismarck, im Vertrauen auf das Wesen der Sache, am 18. Juni seine Zustimmung. Es blieb nun noch übrig, daß auf der Basis dieser Uebereinkunft vom 4. Juni als eines bloßen Entwurfs ein detailirter förmlicher Zollvertrag neu abgeschlossen wurde. Zu diesem Behufe wurden am 26. Juni im Finanzministerium in Berlin Zollkonferenzen, zu welchen als die Bevollmächtigten der einzelnen Staaten Fachmänner eingetroffen waren, eröffnet, und schon am 8. Juli war, jener Uebereinkunft entsprechend, der neue Zollvertrag fertig. Es war ein neuer Sieg, dessen sich Graf Bismarck rühmen konnte. Denn diese Zollübereinkunft mit dem nachherigen Vertrag bedeutet weit mehr als die Allianzverträge vom August 1866. Diese sind, wie alle politischen Verträge, dem Wechsel der politischen Konstellationen nur zu sehr unterworfen und könnten, ohne eine fühlbare Lücke im Volksleben zurückzulassen, leicht wieder zerrissen werden; jener wirthschaftliche Vertrag aber, welcher den Eintritt des Südens in den Organismus des norddeutschen Bundes für die Angelegenheiten des Zollvereins festsetzt, macht eben dadurch das Band zwischen Nord- und Süddeutschland unzerreißbar und gibt die festeste Bürgschaft eines immer innigeren Zusammenwachsens von Süd und Nord. Diese Jahre, in welchen die Vertreter von Nord- und Süddeutschland gemeinschaftlich im Zollparlament zu berathen haben werden, sind geradezu als die Lehrjahre zu bezeichnen, in welchen Nord und Süd einander kennen zu lernen, zu achten und zu lieben haben, in welchen Gegensätze auszugleichen, Vorurtheile abzustreifen, Eifersüchteleien abzulegen sind. Sind nur erst diese Lehrjahre vorüber, an den Meisterjahren wird es dann nicht fehlen.

Kaum war die Uebereinkunft vom 4. Juni unterzeichnet, so trat der König von Preußen die Reise nach Paris an. Unter seinem Gefolge befanden sich als die Repräsentanten der preußischen Staats- und Kriegskunst Graf Bismarck und General von Moltke. Die Ankunft in Paris erfolgte am 5. Juni Nachmittags vier Uhr, und der Empfang des Königs von Seiten des Publikums war weit wohlwollender als der des russischen Kaisers. Das heitere, freundliche Wesen des durch seine hohe, männliche Gestalt imponirenden 70jährigen Herrschers trug nicht wenig dazu bei. Die Sympathie

Digitized by Google

für ihn wuchs von Tag zu Tag und äußerte sich in vielfachen Rufen. Von feindseligen Kundgebungen, wie sie dem Zaren zu Theil wurden, war keine Rede. Einen fast komischen Eindruck machte es, als am 5. Juni in den Ruf eines kräftigen Deutschen: „Vive l'empereur d'Allemagne!“ einige Pariser Gamins aus Leibeskräften einstimmten, wohl weniger von der Regierung oder von Herrn Thiers hiezu aufgestellt, als von sinnloser Schreiwuth erfüllt. Mit dem Grafen Bismarck, welcher eine mehr zugeknöpfte Haltung annahm, war man weniger zufrieden. Man äußerte, nach Pariser Weise spöttelnd, den Wunsch, „la tête de Bismarck“ zu sehen, suchte ihn aber gewöhnlich da nicht, wo er sich befand, nämlich in der weißen Uniform eines Küraſſier-Generals.

Gleich am folgenden Tage, am 6. Juni, war große Revue im Boulogner Wald. Die Sache lief gut ab. Napoleon und seine Gäste stiegen von den Pferden und fuhren in den bereitgehaltenen Wagen nach Paris zurück. Im ersten Wagen saß jener mit Kaiser Alexander und dessen beiden Söhnen, im zweiten der König und der Kronprinz von Preußen, der Prinz von Hessen und Graf Bismarck. Die Wagen waren gerade am großen Wasserfall vorübergekommen und lenkten in die große Allee von Longchamps ein, wegen des Gedränges im Schritt fahrend. Man hörte ganz in der Nähe mehrere Personen „vive la Pologne!“ rufen und zugleich den Knall einer Feuerwaffe. Die Uniformen Napoleons und des Großfürsten Wladimir waren mit Blut bespritzt, aber niemand verwundet. Der Thäter war ein Pole aus Volhynien, welcher die Absicht hatte, den Kaiser Alexander zu erschießen. Bei der Biegung der Straße war er aus der Menschenmenge hervorgetreten und hatte mit einem doppelläufigen Terzerol nach dem ersten Wagen gezielt. Dies bemerkte der kaiserliche Stallmeister, Herr Raimbeaux, welcher hinter dem Wagen ritt, warf sich mit einem mächtigen Satz seines Pferdes zwischen den Wagen und das Terzerol, und die zwei Kugeln, welche für den Zaren bestimmt waren, drangen in die Nüstern des Pferdes ein, welches sich bäumte und die Fürsten mit seinem Blute bespritzte. Diese erhoben sich in dem Wagen, um dem Volke zu zeigen, daß sie unverwundet seien, und fuhren dann nach den Tuilerien zurück. Die Menge aber stürzte sich auf den Thäter, um Lynchjustiz an ihm zu üben, bis es endlich der Gensdarmerie gelang, ihn den Wüthenden zu entreißen, in einen Wagen zu bringen und unter

Digitized by Google

starker Bedeckung nach der Polizeipräfektur zu geleiten. Hier wurde der Thäter, dessen linke Hand durch das Zersprengen eines der Läufe verwundet worden war, sofort verhört. Man erfuhr, daß derselbe Berezowski heiße, 22 Jahre alt sei, im Jahre 1863 unter den Freischaren in Polen gekämpft und seit 2 Jahren in Paris in verschiedenen Fabriken sich herumgetrieben und theils von solchem Verdienst, theils von einer Geldunterstützung der französischen Regierung gelebt habe. Wegen des Attentats wurde er vor das Schwurgericht des Seinedepartements gestellt und von demselben am 17. Juli für schuldig mit mildernden Umständen erklärt, worauf der Gerichtshof ihn zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurtheilte, um das nachsichtige Urtheil der Geschworenen, worin man eine Verdammung der russischen Politik in Polen sah, wieder gut zu machen. Er wurde am 11. September nach Toulon gebracht und ihm dort die Kette der Bagnosträflinge angeschmiedet.

Niemand war entrüsteter über dieses Attentat als Kaiser Napoleon. Wie konnte er künftig fürstlichen Personen seine Gastfreundschaft anbieten, wenn dieselben bei jeder Biegung einer Straße auf eine Kugel gefaßt sein mußten! Sagte er auch halb scherzend zu dem Zaren: „So sind wir denn mit einander im Feuer gestanden!" so rief er auch wieder, wenn er unter den Seinigen war, voll Erbitterung einmal ums anderemal aus: „Das ist eine Schmach!" Und doch durfte man nicht zu viel Wesen aus der Sache machen, änderte daher auch nichts an dem Programm der weiteren Festlichkeiten. Doch machten diese glänzenden Ballgestalten bei so düsterer Stimmung einen unheimlichen Eindruck. Am 11. Juni reiste Kaiser Alexander von Paris ab, um am 16. Juni noch einmal mit dem König von Preußen in Berlin zusammenzukommen und seine Reiseeindrücke mit ihm auszutauschen. Er mochte beim Abschied von Fontainebleau an die Worte Napoleons denken, wie er im Oktober 1809, nach dem Attentat des Friedrich Staps in Schönbrunn, seiner Umgebung zurief: „Fort aus diesem unheimlichen Lande!"

Der König von Preußen reiste erst am 14. Juni ab und mußte es erleben, daß während seiner Anwesenheit in der französischen Hauptstadt ein officiöser Journalist, der bekannte Granier von Cassagnac, in einem Artikel, dessen Unverschämtheit mit seiner Schülerhaftigkeit wetteiferte, die „natürlichen Grenzen" zur Sprache brachte. Das Journal „Pays" war unanständig genug, in diesem

Digitized by Google

Artikel, bis auf Tiberius und Cäsar zurückgreifend, beweisen zu wollen, daß auf das linke Rheinufer keine Deutsche gehören oder nur solche, welche es sich zur Ehre anrechnen, als Franzosen angesehen zu werden und mit diesen die Rheingrenze gegen die Einfälle der deutschen Völkerschaften zu beschützen. Auch dieses Attentat, für welches die allmächtige kaiserliche Regierung eher verantwortlich gemacht werden konnte als für die Kugel Berezowskis, war ganz dazu angethan, in den auswärtigen Monarchen den Gedanken zu erwecken, daß Kaiser Napoleon entweder in seiner gerühmten Disciplin nachlasse oder mit zweierlei Karten spiele.

Mit solchen Preß- und Polen-Attentaten seinen unschuldigen Namen in Verbindung gebracht zu sehen, durfte Kaiser Napoleon bei der Ankunft eines dritten Gastes, wohl des ersehntesten, nicht befürchten. Schon traf die Fürstin Metternich die glänzendsten Vorbereitungen zu einem Feste, welches bei der Anwesenheit des Kaisers und der Kaiserin von Oestreich gefeiert werden und alles, was den früheren Gästen geboten worden war, hinter sich lassen sollte. Zugleich wurde hervorgehoben, daß, während die Monarchen von Preußen und Rußland mit ausgesuchter Höflichkeit in den Tuilerien empfangen worden seien, die Aufnahme der östreichischen Majestäten den Charakter der Intimität und Herzlichkeit haben werde, was in allen Schichten der Gesellschaft sich bemerklich machen werde. Dies setzte freilich eine Raschheit des Temperaturwechsels voraus, wie er nur in diesen höheren Kreisen, wo neben dem Gletscher die Alpenrose blüht, vor sich gehen kann, und erinnert an ein ähnliches Phänomen aus den Jahren 1809 und 1810. Kaum hatte damals der „große Oheim" in seinem vierten östreichischen Feldzug den Kaiserstaat bei Wagram auf's neue niedergeworfen und im Wiener Frieden (14. Okt. 1809) um 2000 Quadratmeilen leichter gemacht, so fühlte er, noch ehe die ersten Veilchen kamen, sich unwiderstehlich zu dem Besiegten hingezogen und erklärte schon am 7. Febr. 1810 dem östreichischen Gesandten, Fürsten von Schwarzenberg, daß er sich mit der Erzherzogin Marie Luise zu vermählen wünsche. Wie man damals fast unmittelbar vom Krieg zur Verwandtschaft und bald darauf zur Allianz übergieng, so sollte auch jetzt der Begegnung auf den Schlachtfeldern der warme Händedruck folgen. Oder hat nicht Oestreich alle die schweren Schläge, die es seit einem Jahrzehnt erlitten hat, zunächst allerdings der Unfähigkeit seiner eigenen Staatsmänner und

Digitized by Google

Feldherren, sodann aber in erster Linie dem Napoleonischen Neujahrsgruß von 1859 zu verdanken? Napoleon wollte, hierin den Bahnen des Oheims und der früheren Könige bis hinauf zu Franz I. folgend, Oestreich all seine italienischen Provinzen entreißen, seinen Einfluß auf der Halbinsel vernichten, um dafür sich selbst zum unvermeidlichen Hausfreund Italiens zu machen. Nachdem dies erreicht und Oestreich gegen Napoleons Hoffnung und Wunsch sogar aus Deutschland hinaus gedrängt ist, hat sich auf einmal das Verhältniß beider Staaten zu einander geändert, und Frankreich spielt Oestreich gegenüber den zärtlichen Liebhaber. Das Wohl dieses Staates ist ihm nun Herzenssache geworden, wenn gleich diese Empfindung aus einer sehr eigennützigen Berechnung hervorgieng.

Der Schlüssel hiezu liegt einfach darin, daß Oestreich und Frankreich von nun an für gegenseitige Eifersucht keinen Gegenstand mehr haben, daß es aber auf dem europäischen Theater zwei Punkte gibt, wo auch in tiefster Nacht ihre Blicke sich verstehen. Diese Punkte sind Deutschland und der Orient. Nur verhalten sich jene Staaten gegen jeden dieser Punkte nicht auf gleiche Weise sympathisch oder antipathisch. Oestreich, das seinen Schwerpunkt nach Ofen verlegt hat, sind die Dinge an der unteren Donau von größter Wichtigkeit. Wenn Rußland dort zugreifen will, so wird jenes eine weit energischere Politik gegen dasselbe verfolgen als 1854 während des Krimkrieges, und wird hierin Frankreich, natürlich auch England zu seinen Bundesgenossen haben. Frankreich dagegen liegt der Rhein näher als die Donau, und wenn es auf das Hetzen seiner chauvinistischen Presse hören will, so muß es, sobald seine Armeereorganisation vollendet, alle Soldaten mit Chassepot, alle Regimenter mit tragbaren Kanonen versehen sind und der Kriegsminister Marschall Niel sein zuversichtliches „Je suis prêt" ausspricht, an Preußen die Alternative stellen, entweder seine alte Suprematie in allen europäischen Angelegenheiten anzuerkennen und die Mainlinie als einen ehernen Schlagbaum anzusehen oder mit ihm einen Gang auf Leben und Tod zu machen. Da aber in diesem Fall Preußen nicht allein stände, sondern über sämtliche Streitkräfte Nord- und Süddeutschlands zu gebieten hätte, es also ein Kampf zwischen Deutschland und Frankreich wäre, so fragt es sich, ob dieses dann an Oestreich einen Bundesgenossen hätte. Etwa zur Revanche für Königgrätz? Auch dies wäre möglich, wenn es gleich Oestreichs

Digitized by Google

tollster Streich, wenn es gleich das Signal zu seiner Zertrümmerung wäre, nichts anders hieße, als für das habgierige und herrschsüchtige Frankreich die Kastanien aus der Asche holen. Daß es aber nicht möglich wird, dafür werden die 8 Millionen Deutsche in Oestreich, die Selbständigkeit des ungarischen Königreichs und die trostlosen Zustände der Staatskasse sorgen. Und selbst wenn all diese Hindernisse nicht beachtet oder beseitigt würden, so könnte dennoch Oestreich auch mit keinem einzigen Bataillon gegen Preußen marschiren, da es durch Rußland vollständig gelähmt wäre. Denn dieses, seit dem Krimkrieg und den polnischen Noten von 1863 mit Oestreich tief verfeindet, wäre bei einer solchen Kombination der natürliche Bundesgenosse Preußens, würde die slavischen Elemente Oestreichs, die ohnedies schon rebellisch sind, durch das Wunderbild des Panslavismus zu offener Empörung reizen und zur Lösung der orientalischen Frage an der unteren Donau ein Feuer anzünden, an welchem sich Oestreich mehr als bloß die Finger verbrennen könnte. Für Frankreich stände in einem Kriege mit Deutschland nicht gerade so viel auf dem Spiele, wenn gleich auch von deutscher Seite die Wünsche von 1815 wiederholt und Arndt's Buch: „Der Rhein Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Grenze" neu studirt werden könnte, für Oestreich aber nicht weiter als alles. Es wird sich daher zehn und zwanzigmal besinnen, ehe es der Sirenenstimme von der Seine folgt, und jedenfalls besser daran thun, wenn es die nächsten Jahre dazu benützt, um seine neue, etwas komplicirte Staatsmaschine immer in gehörigem Gang zu erhalten, durch Vereinfachung seines Militärwesens seinen Finanzen aufzuhelfen und nach Abstreifung der mittelalterlichen Fesseln sich in das neunzehnte Jahrhundert hineinzuleben.

Es läßt sich nicht verkennen, daß das heutige Oestreich, wenn wir seine staatlichen Einrichtungen betrachten, eine ganz neue Physiognomie hat. Ob es mit derselben mehr Glück hat als mit den Schmerling'schen Experimenten, läßt sich noch nicht sagen. Vor der Hand ist alles noch zu sehr auf dem Papier, noch zu wenig in Fleisch und Blut des Volkes eingedrungen. Erst bei der nächsten Krisis wird man sich ein Urtheil darüber bilden können. Jedenfalls darf als Prüfstein für eine aufrichtige Reform die Behandlung der Konkordatsfrage angesehen werden, und diese ist bis zum Schluß

Digitized by Google

des Jahres von den leitenden Kreisen nur sehr zart berührt, geschweige denn gelöst worden.

Was neuerdings in Oestreich vorgegangen ist, ist Folge seines Verhältnisses zu den Ungarn, und wenn diese endlich ihre Forderungen alle durchgesetzt haben, so können sie sich dafür am meisten bei den Siegern von Königgrätz bedanken, welche den Kaiserstaat in eine Lage versetzten, aus welcher er schlechterdings nicht mehr zu retten war, wenn er nicht mit Ungarn Frieden machte und dadurch seine gefährlichste Wunde schloß. Freilich benützten die Ungarn diese Verlegenheit Habsburgs, um ihm möglichst viel auszupressen und den lange gesuchten Ausgleich mehr nach ihren Interessen als nach denen der westlichen Reichshälfte zu gestalten. Der Mann, welcher diesen langwierigen Proceß in rascheren Fluß brachte, war Freiherr von Beust, bis zur Katastrophe von 1866 sächsischer Minister, als Reaktionär verschrieen, in der Kunst, Gegenminen anzulegen, dem Grafen Bismarck wohl bekannt. In den letzten Tagen des Oktobers 1866 übernahm er, als Nachfolger des Grafen Mensdorff, das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten in Oestreich. Als solcher hatte er den Grafen Belcredi, einen geborenen Czechen, seit 1865 Staatsminister, zum Kollegen. Dieser Mann förderte die Sonderbundsgelüste seiner Landsleute in hohem Grade, schwärmte für die „historisch-politischen Individualitäten" und wollte demgemäß den Kaiserstaat in fünf neben einander stehende, von einander ganz unabhängige Königreiche zerlegen, welche nur durch die Person des Kaisers mit einander verbunden seien, damit zu dem konfessionellen Mittelalter auch noch ein politisches hinzukomme und die Einheit des Staates kaum noch dem Namen nach bestehe. Für Oestreich, das dadurch zu politischer Ohnmacht verurtheilt worden wäre, wäre dies der Anfang vom Ende gewesen. In konsequenter Weise verlangte nun Graf Belcredi, daß der Ausgleich mit Ungarn einem außerordentlichen Reichsrath der deutsch-slavischen Länder zur Prüfung vorgelegt werden solle, auf welchem die Slaven Gelegenheit gehabt hätten, ihre Zustimmung nur unter der Bedingung zu geben, daß ihnen die gleichen Rechte, die nämliche Selbständigkeit wie den Ungarn zugestanden, daß der heiligen Wenzelskrone von Böhmen und Mähren der nämliche Apparat von Krönung, eigenem Ministerium und Verfassung zugestanden werde, wie dies den Ländern der Stephanskrone bereits versprochen war.

Digitized by Google

Die Frage über die Berufung eines außerordentlichen Reichsraths war zwar officiell schon entschieden. Denn der Kaiser Franz Josef hatte in seinem Patent vom 3. Januar 1867 die bisherigen Landtage der deutsch-slavischen Länder aufgelöst, neue Landtagswahlen angeordnet und befohlen, daß diese neuen Landtage die Mitglieder zu jenem Reichsrath wählen sollten. Da es sich aber zeigte, daß die Deutsch-Oestreicher diesen Reichsrath gar nicht beschicken, die Slaven ihn nur zu ihren Sonderbundsgelüsten benützen wollten, und daß, wenn die unter dem vorwiegenden Einfluß des ungarischen Parteiführers Franz Deak getroffenen Vereinbarungen nicht samt und sonders, wie ein Ultimatum, angenommen würden, die radikale Partei im ungarischen Reichstag, deren Programm auf eine einfache Personalunion hinauslief, die Oberhand bekommen werde, so sanken im kaiserlichen Rathe die Aktien des Reichsraths und des Grafen Belcredi. Der Kaiser stimmte der Ansicht des Herrn von Beust bei, welcher vorschlug, das ungarische Ministerium sofort zu ernennen, durch dasselbe die Zustimmung des ungarischen Reichstags zu dem Entwurf einzuholen, von einem außerordentlichen Reichsrath für die Länder diesseits der Leitha (Cisleithanien) ganz abzusehen, dagegen der Februarverfassung von 1861 gemäß den engeren Reichsrath einzuberufen, demselben den Vertrag mit Ungarn als schon vollendete Thatsache einfach zu notificiren und ihm die Abänderung der Februarverfassung mit Rücksicht auf die Zugeständnisse an Ungarn vorzuschlagen. Nun merkte der czechische Graf Belcredi, daß er selbst nur noch eine „historisch-politische Individualität" sei, gab seine Entlassung ein und erhielt sie.

Am 7. Februar wurde Herr von Beust zum Ministerpräsidenten ernannt und zugleich Graf Julius Andrassy beauftragt, ein ungarisches Ministerium zu bilden. Dasselbe wurde aus den Männern der Partei Deak gewählt und legte am 15. März in dem Schlosse zu Ofen seinen Eid in die Hände des Kaisers ab. Den Schluß des Einigungswerks bildete die mit allem Pomp des reich kostümirten Magnatenthums und mit aller Begeisterung des leicht entzündbaren Volkes gefeierte Königskrönung vom 8. Juni, wobei Franz Josef selbst jene mehr asiatische als europäische Scene nicht erlassen wurde, wonach er den Krönungshügel, welcher aus der Erde von verschiedenen merkwürdigen Orten gebildet war, hinansprengen und das Schwert des heiligen Stephan nach den vier Weltgegenden

Digitized by Google

schwingen mußte. Dieses Fest der Versöhnung zwischen Fürst und Volk erhielt dadurch noch eine besondere Illustration, daß Franz Josef und seine Gemahlin die Summe von 100,000 Dukaten, welche ihnen vom ungarischen Landtage der Sitte gemäß als Krönungsgeschenk dargebracht worden war, den Witwen und Waisen der in den Jahren 1848 und 1849 gefallenen, sowie den verkrüppelten Honveds schenkten, eben jenen, welche selbst oder deren Angehörige damals gegen die Heere Habsburgs im Felde gestanden waren. Ein zweites Aktenstück enthielt eine Amnestie für alle politisch Verurtheilten und Kompromittirten Ungarns, denen ihre konfiscirten Güter zurückgegeben wurden und, falls sie sich im Exil befanden, die Rückkehr freistand, sobald sie dem gekrönten König und den Gesetzen Treue schwuren, eine Einschränkung, welche lediglich auf Ludwig Kossuth, den ehemaligen Präsidenten der ungarischen Republik, gemünzt war, welcher denn auch von der Amnestie keinen Gebrauch machte.

Hinsichtlich der ungarischen Nebenländer, Siebenbürgen und Kroatien, verordnete die kaiserliche Regierung, daß beide mit Ungarn verbunden und dem ungarischen Ministerium untergeordnet werden sollten. Der südliche Theil Siebenbürgens, wo Sachsen und Walachen wohnen, widerstrebte dieser Einverleibung; der kroatische Landtag schickte einen Protest an den Kaiser ein und sprach, den Czechen in Böhmen und Mähren nacheifernd, von der Selbständigkeit des dreieinigen Königreichs Kroatien, Dalmatien und Slavonien. Aber die Regierung bestand auf der Einverleibung und löste den kroatischen Landtag auf, womit freilich noch keine Lösung dieser Frage erzielt war.

So waren die Wünsche der östlichen Reichshälfte erfüllt. Durch Wiederherstellung der Verfassung von 1848 und Ernennung eines selbständigen Ministeriums hatte sich der Kaiser mit den Ungarn vollständig versöhnt. Eben dies bezeichnete Beust als die erste Bedingung für die Hebung der Macht und des Kredits Oestreichs. Damit war gegenüber den früheren Experimenten eines Gesamtöstreichs und einer Gesamtstaatsverfassung der entschiedene Dualismus eingeführt, und es fragte sich, inwieweit dieses selbständige Ungarn Lust habe, Hand in Hand mit Cisleithanien zu gehen und dem Rufe des Kaisers zu folgen. Das Verlangen einer Truppenaushebung von 48,000 Mann gieng zwar im ungarischen Abgeord-

Digitized by Google

netenhaus durch. Wenn aber diese Versammlung irgend einen Krieg, welchen das Haus Habsburg beabsichtigt, für einen dem ungarischen Interesse widerstreitenden erklärt, was dann? Dann wird sie Truppen und Geld verweigern, und der Kaiser kann sehen, ob er mit seinen Slaven gegen Rußland oder mit seinen Deutschen gegen Deutschland marschiren kann. Zeigte es sich ja schon im März dieses Jahres, daß, als das kaiserliche Militärkommando in Pesth den Truppen die Einheit der Armee einzuschärfen suchte, ganz Ungarn darin einig war, daß die ungarischen Regimenter zu keinem nicht im Interesse Ungarns liegenden Zwecke verwendet werden dürfen. Und bald darauf wurde im Abgeordnetenhause von dem früheren Honvedgeneral Perczel der Antrag auf Errichtung einer selbständigen nationalen Armee gestellt. Daß mit einer solchen bloß ungarische Nationalkriege, keine habsburgische Hauskriege geführt werden können, liegt auf der Hand. Daher haben Manche in diesem Ausgleich eine Schwächung, keine Stärkung der östreichischen Macht gefunden und denselben für keine schwierige Aufgabe erklärt, da es sich ja bloß darum gehandelt habe, der einen von zwei streitenden Parteien ihren Willen ganz zu erfüllen.

Nach dem Grundsatz: „Was dem einen recht ist, ist dem andern billig", mußten nun auch in Cisleithanien verfassungsmäßige Zustände und ein besonderes Ministerium hergestellt werden. War dies geschehen, so blieb als die Krönung des Gebäudes die Einsetzung eines Reichsministeriums übrig, welches die den beiden Reichshälften gemeinsamen Reichsangelegenheiten zu verwalten hatten. Als solche wurden das Auswärtige, das Heerwesen und die Finanzen bezeichnet. Nicht weniger als dreierlei Ministerien sollte künftig (und diese Organisation trat mit Beginn des Jahres 1868 in's Leben) der östreichische Kaiserstaat haben: ein aus drei Mitgliedern bestehendes Reichsministerium für die gemeinsamen Angelegenheiten, ein vollständiges Ministerium für die deutsch-slavischen und ein drittes für die ungarischen Länder. Es kam nun alles darauf an, ob die zwei untergeordneten Ministerien mit einander in der Förderung des Ganzen oder bloß darin wetteifern, welches von ihnen die meisten Rechte und die wenigsten Lasten erhalte. In letzterem Falle war das Reichsministerium nicht auf Rosen gebettet. Und da auf der einen Seite hartnäckige, begehrliche Ungarn, auf der anderen geduldige Deutsche sind, so läßt sich die Art und das Ende des

Digitized by Google

Wettstreits recht wohl voraussehen. Er muß sich bei dem Zusammentreten der auf den Januar 1868 berufenen Delegationen, einer Art Ausschüsse des cisleithanischen und ungarischen Parlaments, entscheiden. Denn erst diese Delegationen haben den Auftrag, mit dem Reichsministerium über die Ordnung und Verwaltung der gemeinsamen Angelegenheiten zu berathen, wobei es sich namentlich auch darum handelt, wie viel Ungarn von den Staatsschulden Gesamtöstreichs übernimmt. In solchen Sachen hört aber bekanntlich die Gemütlichkeit auf.

Der deutsch-slavische Reichsrath wurde am 22. Mai von dem Kaiser eröffnet. Die Adresse des Abgeordnetenhauses nahm die Thatsache des ungarischen Ausgleichs als eine Sache der politischen Nothwendigkeit auf, begrüßte mit Freuden die Zusage der Gesetzesvorlage über die Ministerverantwortlichkeit, wies auf die Reform der gesamten Gesetzgebung und Verwaltung im Sinne der Freiheit und des Fortschritts als auf ein dringendes Bedürfniß hin und bezeichnete es als eine unabweisbare Nothwendigkeit, „daß im Wege der verfassungsmäßigen Gesetzgebung an die Revision des Konkordats in jenen Beziehungen geschritten werde, welche in den Bereich der Staatsgesetzgebung fallen." Schon die Adreßdebatte konnte der Regierung zeigen, daß das Volk nicht mehr Willens sei, das am 25. Sept. 1853 abgeschlossene Konkordat als giltiges Staatsgesetz anzuerkennen und sich fernerhin noch wie eine Herde Schafe von den Trägern des Krummstabs leiten zu lassen. Der protestantische Generalsuperintendent Schneider hielt diesem Brutsystem aller Unduldsamkeit sein ganzes Sündenregister vor, zählte auf, wie das Recht, Volksschulen zu gründen, durch büreaukratische Mittel illusorisch gemacht sei, wie der Errichtung eines zeitentsprechenden Lehrerseminars immer noch Hindernisse in den Weg gelegt, die armen protestantischen Gemeinden nach wie vor zu Beitragleistungen für katholische Kultuszwecke beigezogen, in den aus den öffentlichen Fonds erhaltenen Mittelschulen evangelische Lehrer nicht zugelassen, die Vorlagen der Generalsynode entweder gar nicht oder abschlägig oder dem Geiste der protestantischen Kirche ganz entgegen erledigt, das Protestantenpatent der Willkür der Landtage (Tirol) untergeordnet, in Beziehung auf das Reverswesen der gemischten Ehen eine Praxis beliebt werde, die an die schlimmsten Tage der sogenannten Toleranzepoche erinnere, und schloß damit, daß er verlangte, die

Digitized by Google

Protestanten in Oestreich sollen nicht auf den Aussterbe-Etat gesetzt werden. Die Worte Mühlfelds: „Das Konkordat muß aufgehoben werden! so hallt es in ganz Oestreich wieder, im ganzen Volke. Es muß diese Fessel fallen, sonst gibt es kein Heil“ riefen einen außerordentlichen Beifallssturm hervor. Wie in Ungarn der Verfassungskampf in der Forderung eines selbständigen ungarischen Ministeriums gipfelte, so drehte sich in Deutsch-Oestreich alles um die Vernichtung des Konkordats. Das Protestantenpatent, welches der hierarchischen Willkürherrschaft steuern sollte, war, so weit es sich um die Praxis handelt, nichts anderes als eine kolossale Heuchelei, und mit diesem geduldigen Blatt Papier wagte die Regierung sechs Jahre lang den Versuch, ihr eigenes Gewissen und den Scharfblick des entrüsteten Europa zu täuschen. Der einfachste Weg, welchen das Abgeordnetenhaus einschlagen konnte, war der, sich um die Kurie und den mit ihr geschlossenen Vertrag, der vom Reichsrath nicht genehmigt war, nicht im geringsten zu kümmern und all diese konfessionellen und interkonfessionellen Verhältnisse von sich aus zu regeln. Ließ man sich dagegen auf Unterhandlungen ein, so kam nach langer, langer Zeit nichts oder etwas Schlechtes heraus.

Wenn hier die Regierung nur dadurch, daß sie sich rückhaltslos an die Vertreter des Volkes anschloß, ihren Kredit verbessern konnte, so gab ihr die czechische Partei Gelegenheit, über den bekannten Satz: principiis obsta! sich ihre Gedanken zu machen. Die altrussische Partei hatte unter dem unschuldigen Namen einer „ethnographischen Ausstellung“ einen Slavenkongreß nach Moskau berufen, um für etwaige Eventualitäten die Mannschaft, auf die sie sich verlassen könne, zu überzählen und im Stillen schon die Grenzpfähle des großen Slavenreiches auszustecken. Mehrere czechische Führer in Böhmen entsprachen der Einladung und pilgerten im Wonnemonat nach Moskau. Da sie keine Aussicht hatten, in Oestreich unter der neuen Aera für etwas Größeres als für aufgeblasene Frösche angesehen zu werden, so that es ihnen so wohl, wenn der russische Koloß sie als seine kleinen Geschwisterchen liebkoste. Auch Kroaten, wegen der Einverleibung in Ungarn grollend, fanden sich in Verbindung mit Serben ein, von einem südslavischen Reiche träumend, das Kroatien, Slavonien, Serbien, Bosnien, Herzegowina und Montenegro umfasse und seine Befehle in Petersburg hole. Weder in Moskau noch in Petersburg fehlte es an geheimen

Digitized by Google

und offenen Verschwörungen, an Aufmunterungen und Hätscheleien, an den aufrichtigsten Herzensergießungen. Die Slavendeputation wurde sogar von dem Kaiser, der Kaiserin und den Großfürsten, sowie von dem Fürsten Gortschakow und anderen Ministern empfangen. In Banketten und begeisterten Trinksprüchen wurde das Möglichste geleistet. Herr Rieger aus Prag rief aus, „die Slaven seien die zerstreuten Glieder eines Körpers, welche mit geschworenen Feinden, den Deutschen, Magyaren, Italienern und Tataren, kämpfen. Die Sonne der slavischen Gemeinschaftlichkeit sei nun aufgegangen; die Slaven werden bei gegenseitiger Unterstützung ein großes Volk, nicht nur an Zahlen, sondern auch an Thaten sein." Was würde wohl in Frankreich denjenigen Elsäßern geschehen, welche, ihres germanischen Ursprungs sich erinnernd, in Berlin von den Franzosen als ihren geschworenen Feinden sprächen?

Das äußerste in Aufrichtigkeit leistete ein Mitglied des serbischen Landtags, welches unter anderem äußerte: „Die Befreiung des europäischen Ostens ist die große Aufgabe Rußlands. Man muß endlich der Herrschaft einer Nationalität über die andere ein Ende machen, gleichviel ob diese Herrschaft sich eine türkische, magyarische oder östreichisch-deutsche nennt. Die Schlacht bei Sadowa hat das Schicksal des europäischen Ostens entschieden. Die germanische Welt hat sich von der slavischen getrennt. Die Frage über das Schicksal des Slaventhums können jetzt wir allein, die Slaven, entscheiden, und in diesem Falle fällt die erste Rolle Rußland zu. Rußland ist nicht nur eine russische, sondern eine slavische, eine panslavistische Macht. Es bereitet in Europa die Verbrüderung der slavischen Familie vor. Der erste Schritt zu dieser großen That ist die Lösung der orientalischen Frage." Klarer und offener als dieses serbische enfant terrible konnte man die großen Ziele der russischen Politik nicht aussprechen. Es wird zwar noch viel Wasser die Donau hinablaufen, bis auch nur die Hälfte dieser Großsprechereien in Wirklichkeit umgesetzt ist; die östreichische Regierung aber konnte sehen, daß sie nach Erledigung der ungarischen Frage mit einer slavischen zu rechnen habe. Ihre Wahl kann nicht zweifelhaft sein. Sie muß sich in dem Hauptherd dieser Bewegung, in Böhmen, auf Seiten der Deutschen stellen und den Czechen die Worte des Grafen Bismarck zurufen: „Sie werden einer Energie begegnen, der Sie nicht gewachsen sind." Denn diese czechischen

Digitized by Google

Wallfahrer kamen wie besessen in die Heimat zurück und hatten bei dem Volke, das auf einer sehr niedrigen Stufe der Bildung steht und gar kein politisches Urtheil besitzt, leichtes Spiel, wenn sie ihm von der Glückseligkeit eines großen Slavenreiches, wo die Bäume bis in den Himmel hineinwachsen, in allen Tonarten vorsangen. Russische Sprache und russische Volkslieder wurden auf einmal beliebte und gangbare Artikel. Der russische Buchhandel hob sich rasch durch massenhafte Verbreitung von russischen Grammatiken und Konversationsbüchern. Denn man hatte auf dem Moskauer Kongreß die unangenehme Erfahrung gemacht, daß man sich nur dann verstand, wenn man das verhaßte Deutsch sprach, und daher beschlossen, daß die russische Sprache die Schriftsprache aller Slaven sein solle.

Bis zu diesem Punkte waren die Verhältnisse in Oestreich gediehen, als von Paris aus der Wunsch immer dringender kund gegeben wurde, die habsburgischen Majestäten möchten doch, nachdem die Monarchen von Preußen und Rußland abgereist seien und einem intimen tête à tête nichts mehr im Wege stehe, ihren Besuch in der französischen Hauptstadt nicht länger hinausschieben. Die Neigung hiezu war vorhanden, aber jedesmal wenn Franz Josef den Termin seiner Abreise bestimmen wollte, war es ihm, als sehe er aus den Wellen des atlantischen Oceans eine bekannte Gestalt emportauchen, welche ihn mit der vorgehaltenen Hand vor dieser Reise warnte. Sie wurde von Woche zu Woche hinausgeschoben. Die Unruhe wurde immer heftiger, die Luft immer schwüler. Herrschte in der Wiener Hofburg peinliche Beklommenheit, so regte sich in den Tuilerien etwas wie ein Gewissen. Fast ganz Europa nahm an dieser transatlantischen Tragödie theil und überflog neugierig die Telegramme der Tagesblätter. Franz Josef reiste mit seiner Gemahlin nach München, kam am Nachmittag des 30. Juni auf dem dortigen Bahnhof an und beabsichtigte, der herzoglichen Familie im Schloß Possenhofen einen kurzen Besuch zu machen. Noch auf dem Bahnhof wurden ihm zwei Telegramme übergeben. Tief erschüttert vergoß er bittere Thränen, ließ die Kaiserin Elisabeth allein zu ihren Eltern weiter reisen und kehrte Abends 5 Uhr mit einem Extrazug nach Wien zurück, um seinen Schmerz über den neuen furchtbaren Schlag, der sein Haus betroffen, in der Einsamkeit seines Schlosses zu verbergen.

Digitized by Google

Die beiden Telegramme waren von dem kaiserlichen Generalkonsul in New-York und von dem kaiserlichen Gesandten bei den Vereinigten Staaten, Freiherrn von Wydenbruck, am 29. Juni in New-York aufgegeben und von Wien aus nach München dem Kaiser nachgeschickt worden. Sie enthielten beide die Nachricht, daß Kaiser Maximilian von Mexiko am 19. Juni, Morgens 7 Uhr, in Queretaro erschossen worden sei. Auf eine telegraphische Erkundigung, ob die nordamerikanische Regierung officielle Kenntniß davon habe, lief am 4. Juli die Antwort ein, daß Staatssekretär Seward von den Konsuln in Veracruz und Matamoros die officielle Anzeige von der Erschießung erhalten habe. Es konnte kein Zweifel mehr obwalten. Auch in Paris hatte man ein Telegramm aus Washington erhalten, und unter dem frischen Eindruck desselben hielt Napoleon, von hohen Gästen umgeben, am 1. Juli bei der Austheilung der Ausstellungspreise eine friedlich klingende Rede. Der Sultan der Türkei, Abdul-Aziz war am 30. Juni in Paris eingetroffen. Keiner seiner Vorgänger hatte je den Occident bereist, und er verfehlte nicht, von Paris aus seinen besten Verbündeten, England, zu besuchen, worauf die Heimreise über Koblenz, Nürnberg und Wien erfolgte. Sein Pariser Aufenthalt wurde durch die Nachrichten aus Mexiko getrübt, da Napoleon auf diese hin alle weiteren Festlichkeiten abbestellen mußte. Man war allgemein sehr besorgt um das Schicksal der französischen Staatsangehörigen, welche nebst dem Gesandten Dano sich noch in Mexiko befanden, und fürchtete mit dem nächsten Telegramm die Nachricht von einer mexikanischen Vesper zu erhalten, was Frankreich zu einer zweiten Expedition in dieses unheilvolle Land gezwungen hätte. Sehr verwundert war man über das Schreiben des Moniteur vom 5. Juli, welcher, über die Erschießung Maximilians sich aussprechend, sagte: „Die Ermordung des Kaisers Maximilian wird die ganze Welt mit Entsetzen erfüllen. Diese niederträchtige, durch Juarez angeordnete Maßregel drückt der Stirn jener Männer, welche sich als die Vertreter der mexikanischen Republik ausgeben, ein unauslöschliches Mal der Schande auf. Der Abscheu aller Nationen wird die erste Züchtigung dafür sein."

Man fand diese Sprache theils zu stark gegenüber den Republikanern von Mexiko, welche besonders durch das von Maximilian unterzeichnete Dekret vom 3. Oktober 1865 und durch die in Folge desselben vollzogene Erschießung der wackeren Generale Arsnaga

Digitized by Google

und Salazar und vieler Anderer aufs höchste erbittert waren, theils sehr unangemessen für eine Regierung, welche nach dem Staatsstreich vom 2. December 1851 sich Grausamkeiten hatte zu Schulden kommen lassen, neben welchen der Racheakt des Präsidenten Juarez im Licht der Mäßigung erscheinen muß, zumal er Männer traf, welche als Fremde in sein Vaterland eindrangen und es mit fremden Truppen wie eine eroberte Provinz besetzten. So sehr man auch das Schicksal des unglücklichen Fürsten bedauerte, so sehr man auch seine Erschießung vom Standpunkt der Moral und der Politik verdammte, so erinnerte man doch auch daran, daß weder Moral noch Politik es verlangten, daß Maximilian jene zwei Generale, welche kein anderes Verbrechen begangen, als daß sie ihr republikanisches Vaterland vertheidigt hatten, als vogelfreie Banditen behandelte. Und wenn man von dem „niederträchtigen" Juarez sprach, welchen Namen sollte man demjenigen geben, der dem Kaiser Maximilian versprochen hatte, ihn unter keiner Bedingung im Stich zu lassen, ihm den Schutz der französischen Fahnen zu gewähren, so lange er derselben benöthigt sei, und der diesen Vertrag von Miramar, ohne welchen Maximilian die Reise nach Mexiko niemals angetreten hätte, in Folge von veränderten Umständen plötzlich brach und seinem Schützling keine andere Wahl ließ, als entweder die Ehre oder das Leben aufs Spiel zu setzen? Auch in Frankreich brachte man die Namen Napoleons und Juarez' vielfach mit einander in Verbindung und nicht immer zum Vortheil des ersteren.

Selbst in Wien, wo man doch sicherlich dem Prinzen nicht übelwollte, äußerte sich ein mit den Verhältnissen wohl vertrauter Mann folgendermaßen: „Die allem Recht hohnsprechende Intervention Louis Napoleons in Mexiko und seine offenbare Absicht mit Hilfe der Sklavenbarone auf den Trümmern der Union eine Monarchie zu gründen, vermochten die Sympathien für europäische Herrscher unmöglich zu steigern, und waren daher wenig dazu angethan, um, selbst bei einer Verwendung aller Potentaten unseres Welttheils, bei den indignirten Mexikanern, die hierin von der gewaltigen nordamerikanischen Republik unterstützt wurden, irgend einen Erfolg zu erzielen. Man wollte den europäischen Fürsten ein für allemal jede weitere Lust verleiden, sich mit bewaffneter Faust in die Angelegenheiten des amerikanischen Erdtheils zu mischen. Der edle, ehrgeizige, von einem ans Abenteuerliche grenzenden Tha-

Digitized by Google

tendrang erfüllte Prinz, büßte in furchtbarer Weise für die doppelte Verblendung, daß er mit Hilfe der sogenannten schwarzen oder klerikalen Partei und unter dem Protektorat eines Louis Napoleon in Mexiko einen Thron aufrichten wollte und dadurch das Reich einer glücklicheren Zukunft entgegen führen zu können wähnte. Von beiden, den Ultramontanen und dem Franzosenkaiser, wurde er verrathen und im Stich gelassen, und sein tragisches Ende ist um so trostloser, als er bei den glänzenden Eigenschaften seines Geistes und Herzens seinem Vaterlande unvergängliche Dienste zu leisten berufen war. Für Oestreich aber ist das grauenvolle Geschick eines seiner begabtesten Fürsten eine neue Warnung, wohin eine vertrauensselige Verbindung mit der ultramontanen Partei und mit dem Beherrscher der Franzosen zu führen vermag."

Diese Stimme eines patriotischen Oestreichers hat das Richtige getroffen. So viel man auch von den Bemühungen des Staatssekretärs Seward, Maximilian zu retten, so viel man auch von der eigenthümlichen Lage Juarez' gesprochen hat, welcher, wie man sagt, durch die Begnadigung Maximilians dessen Leben bei der Wuth des Volkes doch nicht hätte retten können, sein eigenes aber dabei verloren hätte, so entspricht doch weder das eine noch das andere den thatsächlichen Verhältnissen. Sowohl Seward als Juarez wollten durch die Erschießung Maximilians der bekannten „Monroe-Doctrin", wonach jede Einmischung der europäischen Mächte in die inneren Angelegenheiten des amerikanischen Kontinents als eine unrechtmäßige betrachtet wird, eine blutige Weihe geben. Die Kugeln, welche von dem Soldatenpiquet in Queretaro am 19. Juni abgefeuert wurden, sollten nicht bloß das Herz Maximilians treffen, sie waren vielmehr an die Adresse von ganz Europa gerichtet. Ist es nicht, als ob man die befriedigte Miene der beiden amerikanischen Herren sähe und sie zu einander sagen hörte: „So! jetzt wird so bald kein europäischer Prinz mehr zu uns kommen"?

Niemand fühlte den Schlag, so weit es sich um seine politische Bedeutung handelte, so sehr als Kaiser Napoleon. Es war nicht das erstemal, daß man in diesem Jahrhundert in Frankreich amerikanische Geschäfte machen wollte. Als Napoleon I. seinem Bruder Josef die Krone von Spanien schenkte, glaubte er auch das ungeheure Gebiet der spanisch-amerikanischen Kolonien an sein Haus fesseln zu können, und erließ daher an dieselben die Aufforderung, sich der

Digitized by Google

Napoleonischen Herrschaft in Madrid zu unterwerfen. Allein diese dachten an ganz andere Sachen und hielten, Mexiko voran, dies für eine sehr gute Gelegenheit, sich von Spanien loszumachen und unabhängige Staaten zu gründen. Einige Jahre später, als Ludwig XVIII. im Jahre 1823 im Auftrag der heiligen Allianz die spanische Revolution niederwarf und den Absolutismus Ferdinands wieder einsetzte, glaubten die Väter der Allianz, ihr Polizeireglement auch auf Amerika ausdehnen zu müssen, und die französische Regierung zeigte sich bereit, ein paar bourbonische Königreiche in der anderen Hemisphäre zu gründen. Damals war es England und sein großer Minister George Canning, welche die Freiheit Amerikas retteten und die englischen Handelsinteressen dabei nicht vergaßen. Diesen Plan griff Napoleon III. wieder auf. Man sprach in den Tuilerien von Wiederbelebung der lateinischen Race, von einem Damm gegenüber dem Umsichgreifen der Angelsachsen, von der Erstarkung des Katholicismus, was besonders die Kaiserin betonte, und nannte die mexikanische Expedition „die große Idee des Kaiserreichs". Nachdem Napoleon für diese Idee über 600 Millionen Franks ausgegegeben hatte, konnte er nicht einmal wie König Franz I. nach der Schlacht bei Pavia sagen: „Madame, alles ist verloren, nur die Ehre nicht!" Denn gerade diese hatte bedeutend Schiffbruch gelitten. Nichts hat in den beiden letzten Jahrzehnten dem viel citirten Prestige des Kaiserreichs so sehr geschadet wie diese mexikanische Schlappe, dieser Rückzug des kaiserlichen Adlers vor dem Sternenbanner der Union.

Schon 1864 schrieb der Präsident Abraham Lincoln an Juarez: „Wir befinden uns nicht im offenen Krieg mit Frankreich, aber rechnen Sie auf Geld, Kanonen und Freiwillige, deren Absendung wir begünstigen werden." Und nach Paris ließ er schreiben, daß „die Stimme des amerikanischen Volkes einmüthig der Anerkennung einer Monarchie in Mexiko sich widersetze." Lautete die Sprache so, während die Union noch im Kampf mit den Konföderirten war, so mochte sie einen stark hinterwäldlerischen Accent annehmen, wenn diese besiegt waren. Die amerikanischen Noten vom 6. December 1865 und noch mehr vom 12. Februar 1866 ließen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Dem französischen Kabinet wurde erklärt, daß diese sogenannte Volksabstimmung, durch welche aus Mexiko ein Kaiserreich gemacht worden sei, nicht für die wahre

Digitized by Google

Willensäußerung des mexikanischen Volkes angesehen werden können, da sie unter dem Druck der französischen Invasionsarmee erfolgt sei. „Die Union erkennt in Mexiko nur die ehemalige Republik an und wird dieselbe fernerhin anerkennen, und sie kann in keinem Falle einwilligen, direkt oder indirekt in Verbindung mit dem Prinzen Maximilian zu treten oder diesen Prinzen anzuerkennen. Nach der Ansicht des Präsidenten darf Frankreich die versprochene Abberufung seiner Truppen aus Mexiko keinen Augenblick verzögern. Wir werden uns höchlich freuen, wenn der Kaiser uns definitiv die Zeit angibt, in welcher die militärischen Operationen Frankreichs in Mexiko enden werden."

Drei Gründe waren es, welche die französische Regierung bewogen, vor einer so zudringlichen Sprache die Segel zu streichen: die Unmöglichkeit, sich mit den Vereinigten Staaten in einen Krieg einzulassen, die ungeheuren Summen, welche der mexikanische Schlund verschlang, der Wunsch, die 30,000 Mann kriegsgewohnter Truppen, welche im fernen Westen für eine bereits verlorene Sache kämpften, für die Eventualitäten des deutschen Konflikts bereit zu haben. Man konnte ihr, da einmal der Fehler gemacht war, nicht zumuthen, eigensinnig in demselben zu beharren und in unabsehbare Gefahren sich zu stürzen; nur durfte man erwarten, daß sie durch eine wohlwollende und offene Auseinandersetzung mit Maximilian diesem einen ehrenvollen Ausweg eröffne und ihn nicht zwinge, „in den Gepäckwagen der französischen Armee nach Europa zurückzukehren." Sagte sie doch selbst in einem Schreiben vom 31. December 1866: „Es ist für Maximilian nicht leicht, einen Rückzug zu machen, der nicht ein Makel für sein politisches Leben ist." Statt dessen ließ die französische Regierung Maximilian in gänzlicher Unkenntniß über ihre Beziehungen zu der Union, wollte ihrer Verpflichtungen von Miramar los sein und benützte dazu die durch die finanzielle Noth herbeigeführte Nichtausführung eines Vertragsartikels von Seiten Mexikos. Eine neue Konvention, der Vertrag vom 30. Juli 1866, sollte geschlossen werden, wonach Maximilian von seinen letzten Revenüen, den Zolleinnahmen der Hafenstädte Veracruz und Tampico, nur noch die eine Hälfte behalten, die andere an Frankreich überlassen sollte. Eben dadurch aber wurde er wehrlos seinen Feinden überliefert; denn mit welchem Gelde sollte er eine eigene Armee unterhalten? Falls er den neuen Vertrag annehme, so soll-

Digitized by Google

ten die französischen Truppen in drei Terminen, vom November 1866 bis Herbst 1867, Mexiko räumen, wodurch Maximilian noch über ein Jahr Frist bekam. Wenn er ihn aber nicht annehme, so sollte Marschall Bazaine sogleich abziehen und Maximilian seinem Schicksal überlassen.

Bei Ankunft dieser Botschaft, welche vom 21. Mai 1866 datirt war, soll Maximilian ausgerufen haben: „Ich bin betrogen. Es bestand ein förmlicher Vertrag zwischen dem Kaiser Napoleon und mir, ohne welchen ich den Thron nie angenommen haben würde, und der mir die Unterstützung der französischen Truppen bis zu Ende des Jahres 1868 absolut verbürgte." Die in England hinterlegten Papiere Maximilians werden über die Existenz eines solchen Abkommens mit der Zeit Aufschluß geben. Schon damals wollte Maximilian, die Konsequenzen eines solchen Verfahrens voraussehend, abdanken. Seine Gemahlin hielt ihn zurück, eilte nach Paris und Rom, sprach von Verträgen und Konkordaten, fand aber nirgends Gehör und fiel in Wahnsinn. Daß Maximilian den neuen Vertrag annahm, statt denselben samt dem von Miramar dem Kaiser Napoleon vor die Füße zu werfen, dem Throne zu entsagen und seiner Gemahlin zu folgen, war ein politischer Fehler, der sich nur aus seinem Hang zum Abenteuerlichen und aus seiner Leidenschaft für einen Kaiserthron erklären läßt. Napoleon aber, welcher so eben die alten Verträge zerrissen hatte, respectirte, nach der sehr gereizten Unterredung zwischen ihm und der Kaiserin Charlotte in St. Cloud, nicht einmal den frisch geschlossenen und beschloß, seine Truppen in kürzester Frist und auf einmal zurückzuziehen. Um den Wortbruch zu bemänteln, sollte Maximilian, sei's durch Güte, sei's durch Gewalt, zur Abdankung gebracht und zur Einschiffung nach Europa veranlaßt werden. War dies erreicht, so wollte man einen Kongreß versammeln, mit den Generalen der republikanischen Armee unterhandeln und demjenigen die Präsidentschaft der Republik übertragen, welcher Frankreich am meisten Genugthuung und Entschädigung anbieten würde.

Die Lösung dieser weder leichten noch ehrenvollen Aufgabe wurde dem General Castelnau, einem Adjutanten Napoleons, anvertraut. Dieser kam am 21. Oktober 1866 in der Stadt Mexiko an und bildete mit dem Marschall Bazaine und dem Gesandten Dano eine Art Triumvirat. Am nämlichen Tage reiste Maximi-

Digitized by Google

lian, vom Fieber geplagt, von dem Schicksal seiner Gemahlin in Kenntniß gesetzt, schon Morgens 2 Uhr von Mexiko ab, begegnete in einem Dorfe dem Zuge des Generals Castelnau, gewährte diesem aber keine Audienz, hielt sich eine Woche in Orizaba auf und zog sich dann auf die unter Kaffee- und Zuckerplantagen versteckte Villa Jalapilla zurück, in seinen Entschlüssen, ob abdanken oder ausharren, schwankend. Aber die Partei, mit welcher er sich seit dem 26. Juli umgeben hatte, war nicht für das Erstere. Nach Entlassung seines liberalen Ministeriums hatte er sich den Ultramontanen in die Arme geworfen, aus diesen Kreisen seine Minister genommen, den Abbé Augustin Fischer, einen von protestantischen Eltern geborenen Württemberger, zum Chef des kaiserlichen Kabinets gemacht. Diesen Leuten war der Abzug der Franzosen nicht unerwünscht, weil sie dann die Herren im Lande zu sein und die durch das Gesetz vom Jahre 1859 eingezogenen Kirchengüter, im Werthe von 900 Millionen Franks, wieder an sich zu ziehen hofften. Aber die Abdankung war nicht in ihrem Interesse, weil auf sie die Republik und die gänzliche Niederlage des Klerus folgte. Wie aber die Monarchie, nur durch mexikanische Streitkräfte vertheidigt, nachdem die von der Union unterstützten Republikaner bereits bis in das Innere des Reiches vorgedrungen waren, sich auch nur einige Monate lang halten könne, darüber täuschten sie sich selbst und ihren Kaiser. Zu allem Unglück kam noch ein Brief des belgischen Staatsraths Eloin, welcher früher dem Dienst der Kaiserin Charlotte beigegeben war, aus Brüssel vom 17. September 1866 datirt, in Jalapilla an. Darin klärte Eloin den Kaiser über den wahren Zweck der Sendung Castelnaus auf und gab ihm den Rath, er solle „die Partie nicht vor Rückkehr der französischen Armee aufgeben, da ihm dies als Schwäche ausgelegt würde, sondern an das vom Druck fremder Intervention erlöste mexikanische Volk von neuem Berufung einlegen. Bleibe dieser Aufruf ungehört, dann erst solle er mit demselben Glanze zurückkehren, mit welchem er gekommen sei, um inmitten der wichtigen Ereignisse, welche sicher nicht ausbleiben werden, die Stelle einzunehmen, welche ihm in jeder Hinsicht zukomme. Denn in Oestreich herrsche seit dem Tage von Königgrätz allgemeines Mißvergnügen, der Kaiser sei entmuthigt, das Volk werde ungeduldig und fordere öffentlich seine Abdankung, während alle Blicke nur auf Maximilian gerichtet seien."

Digitized by Google

Diese Zeilen eines Mannes, welcher die Lage Oestreichs sehr schlecht beurtheilte und in Folge dessen Maximilian einen schlimmen Rath gab, wirkten sehr belebend auf die ritterliche Gesinnung und den ehrgeizigen Charakter des Prinzen. Er beschloß, von einer sofortigen Abdankung und Abreise ganz abzusehen und so lange als möglich auszuhalten, ließ sich aber über die Möglichkeit täuschen. Die beiden Generale Miramon und Marquez, welche eben damals aus Europa, wohin sie vor zwei Jahren verbannt worden waren, zurückkehrten, sagten ihre Mitwirkung zu. Die Minister und der Staatsrath wurden aus der Hauptstadt nach Jalapilla beschieden, um über die Monarchie zu entscheiden. Sie beschworen Maximilian, auf dem Thron auszuharren, und sicherten ihm eine schlagfertige Armee und 20 Millionen Franks zu. Der Kriegsplan wurde besprochen. Marquez sollte die Hauptstadt besetzen und gegen Porfirio Diaz schützen, Miramon, von dem tapferen Mejia unterstützt, in die nördlichen Provinzen sich begeben und den Truppen Escobedo's sich entgegenstellen. Maximilian war mit allem einverstanden, schloß sich damit unbedingt an die klerikale Partei an und hatte ihr natürlich für den Fall des Gelingens bedeutende Konzessionen zu machen. Als Hauptbedingung, unter welcher er die Regierung fortführe, stellte er die Einberufung eines Nationalkongresses auf, welcher entscheiden solle, ob das Kaiserreich fortbestehen oder durch eine andere Regierungsform ersetzt werden solle. Von den 22 Mitgliedern der Konferenz, welche drei Tage verhandelte, stimmten 20 dem Kaiser bei. Sofort erließ dieser am 1. December 1866 ein Manifest an die Mexikaner und kündigte ihnen den Kongreß und den Zweck seiner Berufung an. Eine Note des Ministerpräsidenten Lards, vom 3. December, theilte dem französischen Triumvirat, Dano, Bazaine und Castelnau, die Entschließung des Kaisers mit, sich von nun an nur auf seine eigenen Streitkräfte zu stützen.

Dies war freilich nicht Wasser auf die Mühle der Tuilerienpolitik, und ihr einziges Bestreben war nun darauf gerichtet, dem Throne Maximilians den Boden zu entziehen. Nachdem Bazaine bereits Befehl erhalten hatte, die Räumung Mexiko's im Frühjahr 1867 zu veranstalten, und dieser Vertragsbruch damit begründet war, daß eine der Bedingungen des Vertrages vom 30. Juli, welche die französischen Zolleinnahmen von Tampico betrifft, durch Wegnahme dieses Hafens nicht erfüllt sei, so verlangte ein Brief Napoleons

Digitized by Google

vom 13. December, „die Fremdenlegion, die östreichische und belgische Legion, wenn sie es verlangen, seien in die Heimat zurückzuschicken." Und doch setzte der Vertrag von Miramar fest, daß diese „8000 Mann starke Fremdenlegion noch sechs Jahre nach dem Abzug der französischen Armee in Mexiko, im Dienst und Sold der dortigen Regierung bleiben solle." Während Frankreich so den Vertrag zerriß, verlangte es von Maximilian, daß er die Konvention vom 30. Juli aufrecht halte und die Zolleinnahmen von Veracruz, seine einzige Revenue, zur Hälfte ihm zur Verfügung stelle. Die dortige Zollstätte wurde mit Beschlag belegt und die Ausbezahlung von Geldern an die mexikanische Regierung verweigert. Es sollte damit ein Versuch gemacht werden, ob Maximilian nicht zur Abdankung zu zwingen sei.

Andererseits wurden auch dem Tuilerienkabinet Schrauben angesetzt. Die Regierung der Vereinigten Staaten konnte es kaum erwarten, bis sie die erste Ladung Franzosen von Veracruz aus nach Europa absegeln sah. Sie traute den Zusagen Napoleons so lange nicht, bis sie sich durch den Augenschein davon überzeugte. Schon im November hatte sie als ihren Gesandten bei dem Präsidenten Juarez Herrn Campbell nach Mexiko abgesandt und ihm den General Sherman beigegeben, welcher das Oberkommando über die an der mexikanischen Grenze befindlichen amerikanischen Truppen hatte und ermächtigt war, den Republikanern seine Unterstützung zukommen zu lassen. Diese Bevollmächtigten waren sehr erstaunt, bei ihrer Ankunft im Hafen von Veracruz hören zu müssen, daß Maximilian noch nicht abgereist sei, daß das Kaiserreich sich auf seine eigenen Füße stellen wolle, und daß die Franzosen noch alle da seien. Ueber den letzten Punkt verbreitete sich eine Note Sewards vom 23. November, welche, weil sie gar zu entschieden lautete, vom französischen Kabinet abgeleugnet wurde. Darin zeigt sich die Regierung von Washington „erstaunt und gekränkt, daß die auf den November 1866 zugesagte Zurückführung einer Abtheilung der französischen Truppen von dem Kaiser aufgeschoben worden sei, ohne Rücksprache mit den Vereinigten Staaten, ja sogar ohne irgend welche Mittheilung. Der Präsident wünsche und erwarte ernstlich, daß die Räumung Mexiko's gemäß der bestehenden Uebereinkunft, so weit dies jetzt noch geschehen könne, ausgeführt werde". Je schärfer Herr Seward dem Kaiser Napoleon zusetzte, desto heftigere Schläge brachte dieser in seinem

Digitized by Google

üblen Humor seinem Schützling Maximilian bei, nahm ihm Truppen und Geld und wartete ruhig ab, durch welche Mittel jener eine nationale Armee aufbringen oder auch nur den Kongreß zusammenberufen wolle.

Auf seiner Rückreise nach Mexiko hatte Maximilian am 25. December in Puebla eine Unterredung mit Castelnau und Dano, kam unter dem Geläute aller Glocken am 5. Januar in der Hauptstadt an und nahm in einem nahen Landhaus, la Teja, seine Wohnung. Am 10. Januar 1867 hatte er noch eine Zusammenkunft mit Bazaine. Als dieser ihn, mit Hinweisung auf die Haltung der Vereinigten Staaten, aufs neue zur Abdankung drängte, so erwiderte er ihm: „Ich werde auf den 14. Januar eine Junta in das Schloß von Mexiko berufen und bitte Sie, derselben anzuwohnen und dort Ihre Ansichten zu wiederholen. Wenn die Majorität Ihnen zustimmt, so werde ich abreisen; wenn sie verlangen, daß ich bleibe, so wird darüber kein Wort weiter zu verlieren sein; ich werde bleiben, weil ich nicht einem Soldaten gleichen will, der sein Gewehr wegwirft, um rascher vom Schlachtfeld entfliehen zu können." In dieser Junta, an welcher 40 Personen theilnahmen, Maximilian selbst nicht, stellte der Kriegs- und der Finanzminister die Lage der kaiserlichen Regierung weit rosiger dar, als sie anderen vorkam. Sie ließen gar keinen Zweifel darüber aufkommen, daß man zur Beendigung des Krieges Geld und Mannschaft genug habe. Und doch war die Wahrheit die, daß es ihnen schlechterdings nicht gelungen war, die versprochenen 20 Millionen Franks aufzubringen, daß die republikanischen Truppen schon bis Potosi vorgedrungen waren, daß täglich neue Scharen ihnen zuströmten, daß die Anführer der kaiserlichen Heerestheile die ihnen von den abziehenden Franzosen übergebenen Plätze oft kaum einen Tag gegen die Republikaner zu halten vermochten, zuweilen auch, bei dem allgemeinen Verrath, nicht halten wollten, und daß es daher für die Vertreter des mexikanischen Volkes eine physische Unmöglichkeit war, durch die feindlichen Linien hindurch zu einem Nationalkongreß den Weg nach der Hauptstadt zu finden. Es war dem Marschall Bazaine leicht, den klerikalen Schwindel aufzudecken und der Junta durch Darlegung der militärischen, finanziellen und politischen Verhältnisse zu beweisen, daß Maximilian, wenn er nicht „zum Parteigänger herabsinken" und sein Leben aufs Spiel setzen wolle, nichts anderes als die so-

Digitized by Google

fortige Thronentsagung übrig bleibe. Da aber jene Leute durch eine Fortsetzung des Kampfes nur gewinnen, nichts mehr verlieren konnten, und das Interesse ihrer Partei ihnen weit mehr am Herzen lag als das Wohl Maximilians, so beschloß eine Mehrheit von 36 gegen 4 Stimmen, daß die Monarchie den Entscheidungskampf mit der Republik aufnehmen solle. Von einem Nationalkongreß war keine Rede mehr. Das Urtheil dieser Junta konnte dafür gelten.

Das französische Triumvirat bedachte nun, daß seine Mission zu Ende sei, daß es, von Maximilian verachtet, von den republikanischen Führern, mit welchen es sich in Unterhandlungen eingelassen hatte, theils zurückgestoßen, theils hingehalten, gut daran thun werde, auf seinen Rückzug zu denken. Statt aber das überflüssige Kriegsmaterial der Regierung Maximilians übergeben zu lassen, hatte Napoleon befohlen, sämtliche Kanonen und die besseren Pferde mitzunehmen, die minder brauchbaren um jeden Preis zu verkaufen. Um kaum 100 Franks wurden diese Thiere verkauft und trugen, was die Verkäufer recht wohl wußten, wenige Tage darauf die republikanischen Reiter zum Angriff auf Maximilians Truppen. Vor der Räumung der Hauptstadt, welche zu Ende Januars begann und am 8. Februar vollendet war, wurden die Geschosse zerschlagen und das Pulver in die Sequia geworfen. Die Auswechslung der Gefangenen hatte keinen Anstand, da die Republikaner froh waren, dadurch die Franzosen schneller vom Hals zu bekommen. Alles jubelte, als die Truppen abzogen, und Castelnau war naiv genug, seinem Herrn zu berichten, daß die Räumung der Hauptstadt nur sympathische Aeußerungen hervorgerufen habe. Als Bazaine mit den letzten Truppen abzog und auf dem Weg nach Veracruz erfuhr, daß Miramon von Escobedo gänzlich geschlagen worden sei, schrieb er an Maximilian und bat ihn noch einmal, im Geleite des französischen Heeres nach Europa zurückzukehren. Aber dieser hatte als Mann von Ehre sehr Recht, wenn er sich nicht von den Truppen eines Monarchen beschützen lassen wollte, welcher alle Verträge zerrissen hatte und bis zum letzten Augenblick der Occupation von dem Zollschatz von Veracruz noch den letzten Piaster herauspreßte. Die Franzosen mußten abziehen, ohne sagen zu können, daß durch die Abdankung Maximilians ihre Anwesenheit nicht mehr nöthig sei; sie mußten sich vielmehr sagen lassen, daß sie den Mann im Stiche gelassen haben, der ohne die Garantie ihres Schutzes gar nicht nach

Digitized by Google

Mexiko gekommen wäre. Am 11. März 1867 wurde Veracruz dem kaiserlichen General Gomez von den Franzosen übergeben, und die letzten Regimenter schifften sich ein. Die französische Expedition war zu Ende. Wie stand es nun mit der Wiederbelebung der lateinischen Race? mit dem Damm gegen das Vordringen der Anglosachsen? mit der Erstarkung des Katholicismus? mit der großen Idee des Kaiserreichs? Nichts von all diesem war Wirklichkeit geworden; alles war in's Gegentheil umgeschlagen; Napoleon hatte einen Rechnungsfehler gemacht, den er schwerlich wieder gut machen kann.

Maximilian hatte sich einstweilen am 19. Februar an der Spitze von 3000 Mann, welche kaum nothdürftig bekleidet waren, nach Queretaro begeben und wurde dort von Escobedo eingeschlossen. General Marquez blieb in der Hauptstadt zurück, wurde, als er zum Entsatz Puebla's auszog, von Porfirio Diaz geschlagen, diese Stadt am 2. April von Diaz erstürmt, darauf Mexiko selbst von ihm belagert. Am 15. Mai fiel Queretaro durch den Verrath des Oberst Lopez, welcher gegen eine Geldsumme das Fort und Kloster La Cruz dem Feinde überlieferte, in Escobedo's Hände, und Maximilian mußte sich ergeben. Mehrere Generale wurden mit ihm gefangen, darunter Miramon und Mejia. Die Belagerung hatte 70 Tage gedauert, in welcher Zeit sich Maximilian durch seine persönliche Tapferkeit und sein edles Benehmen die allgemeine Achtung erwarb. Da man allen Grund hatte zu fürchten, daß die Republikaner sein Leben nicht schonen werden, so verwandten sich die Gesandten aller europäischen Mächte für ihn und erboten sich, die Garantie dafür zu übernehmen, daß er, wenn er freigelassen werde, nie mehr den Fuß auf mexikanischen Boden setzen werde. Selbst das Washingtoner Kabinet that, von Oestreich darum angegangen, vermittelnde Schritte. Wenn irgend jemand Maximilian retten konnte, so waren es die Staatsmänner der Union. Man hat aber, wie bereits bemerkt, allen Grund zu der Annahme, daß zwischen ihren officiellen Schreiben und ihren privaten Gedanken eine kleine Verschiedenheit stattfand. Die Dinge nahmen, unbekümmert um die Mahnungen und Warnungen der Diplomatie, in Queretaro ihren raschen Lauf. Die Unterredung, welche Maximilian mit dem „Präsidenten" Juarez zu haben wünschte, wurde von letzterem nicht zugegeben, die Zulassung von Advokaten zu seinem Prozesse gestattet. Das Kriegsgericht begann am

Digitized by Google

13. Juni seine Thätigkeit. Unter den vier Anklagepunkten, welche gegen Maximilian vorgebracht wurden, spielte der Erlaß des Dekrets vom 3. Oktober 1865, wonach alle Republikaner, welche mit den Waffen in der Hand ergriffen wurden, binnen 24 Stunden erschossen werden sollten, eine Hauptrolle. Sein Vertheidiger hob dagegen hervor, daß Maximilian dieses Dekret nur auf Andrängen Bazaines unterzeichnet habe, als dieser ihm fälschlicher Weise die Meinung beibrachte, Juarez habe sich nach den Vereinigten Staaten geflüchtet, und die bewaffneten Scharen seien nur noch eine Art Räuberbande. Auch habe er vor seiner Abreise nach Jalapilla in einem an Bazaine gerichteten Schreiben vom 21. Oktober 1866 jenes Dekret aufgehoben. Allein weder dieser Vertheidigung wurde Gehör geschenkt noch dem Protest Maximilians, welcher erklärte, daß er als ein von allen Nationen der civilisirten Welt, mit Ausnahme der Vereinigten Staaten, anerkannter Souverän nicht von einem Kriegsgericht, nur von einem Nationalkongreß gerichtet werden könne.

Der ganze Prozeß war eine reine Komödie. Juarez und Escobedo verfuhren dabei geradeso, wie Napoleon I. bei dem Herzog von Enghien, dem Buchhändler Palm und anderen. Das Todesurtheil war zum voraus gefällt; das Gericht sollte der Sache nur noch einen legalen Anstrich geben. Zugleich mit Maximilian wurden auch die Generale Miramon und Mejia abgeurtheilt. Am Abend des 14. Juni war die Untersuchung zu Ende, das Kriegsgericht sprach das Todesurtheil aus, und Escobedo bestätigte es am folgenden Tage. Maximilian hatte zur Ordnung seiner Privatangelegenheiten noch drei volle Tage Zeit. Erst am 19. Juni Morgens 7 Uhr wurde er nebst Miramon und Mejia aus dem Gefängnisse abgeholt und zur Richtstätte geführt. Alle drei wurden zu gleicher Zeit erschossen. Maximilian hatte sich von dem Unterofficier, welcher die Wache befehligte, die Gunst erbeten, daß die Soldaten nicht nach seinem Haupt, sondern nach seinem Herzen zielen. Fünf Kugeln trafen ihn in die Brust, tödteten ihn aber nicht sogleich; zwei Soldaten mußten aus der Reihe treten und ihn in die Seite schießen, um ihn vollends zu tödten. Seine letzten Worte waren: „Arme Charlotte!“ Der Leichnam wurde sofort einbalsamirt und in einer Kapelle aufbewahrt. Zwei Tage darauf, am 21. Juni, ergab sich die Hauptstadt dem General Diaz, nachdem Marquez mit seinen Anhängern am 19. daraus entflohen war.

Digitized by Google

Am 27. Juni wurde auch Veracruz von den Republikanern besetzt, und am 15. Juli hielt Juarez seinen Einzug in Mexiko und übernahm wieder die Regierung des ganzen Landes. Daß er, obgleich Indianer von Geburt, nicht so „niederträchtig" war, als man in Paris aussagte, geht daraus hervor, daß viele hervorragende Personen der Gegenpartei wenn auch gefangen genommen, doch wieder frei gelassen wurden, darunter auch der Abbé Fischer, welcher als Fremder und als Ultramontaner den Republikanern gewiß sehr verhaßt war.

Nach dieser Katastrophe von Queretaro blieb nur noch eines zu erledigen übrig, soweit es sich um „Maximilian von Habsburg" handelte. Der Kaiser Franz Josef schickte den Viceadmiral Tegetthoff, den Sieger von Lissa, nach Mexiko ab, um sich von der dortigen Regierung den Leichnam seines Bruders zu erbitten. Juarez empfieng ihn gut und versprach ihm die Auslieferung des Leichnams, sobald der Kaiser von Oestreich ein förmliches Gesuch an die Regierung der mexikanischen Republik stelle. Als auch diese Förmlichkeit abgemacht war, wurde die Leiche Maximilians am 26. November in einem dreifachen Sarg nach Veracruz geführt und Tegetthoff übergeben. Am andern Tage wurde sie auf die Fregatte Novara, welche im Jahre 1864 das Kaiserpaar nach Mexiko gebracht hatte, übergeschafft, und fort gieng es über den atlantischen Ocean, durch das mittelländische und adriatische Meer nach dem Hafen von Triest, wo am 15. Januar 1868 gelandet wurde. Am Abend des 17. Januar kam die Leiche in Wien an und wurde am folgenden Tage unter Betheiligung einer ungeheuren Volksmenge in der Kaisergruft der Kapuzinerkirche feierlich beigesetzt. Noch beklagenswerther ist das Schicksal der Kaiserin Charlotte, welche sich von ihrem Irrsinn nicht mehr erholte. Sie wurde von ihrer Schwägerin, der Königin von Belgien, in Miramar abgeholt und am 31. Juli 1867 nach dem Schlosse Tervuren, in der Nähe von Brüssel, gebracht. Daß die Nachricht von dem Tode ihres Gemahls, welche ihr erst im Januar 1868 mitgetheilt wurde, keine größere Aufregung in ihr bewirkte, als es der Fall war, läßt für ihre Genesung wenig Hoffnung übrig.

Sehr unangenehm war es für Napoleon, daß er gewisse, ihn und seine Regierung kompromittirende, Papiere von Maximilian nicht hatte herausbekommen und unter dem Gepäck der Kaiserin Charlotte nicht hatte finden können. Sie sind von der letzteren bei

Digitized by Google

dem Herzog von Aumale, welcher bekanntlich kein Freund Napoleons ist, niedergelegt und ihm für gewisse Eventualitäten sehr bestimmte Weisungen hinsichtlich ihrer Veröffentlichung gegeben worden. Die Kaiserin Eugenie mußte Ende Juli's eigens nach der Insel Wight reisen und der Königin Viktoria in Osborne einen zweitägigen Besuch machen, um mit ihrer feinen, zarten Hand zu sondiren. Sollte nicht Königin Viktoria etwas davon wissen? den Inhalt der Papiere kennen? oder gar Mittel und Wege angeben können, wie dem unbeugsamen Aumale beizukommen wäre? Aber die „fragliche Dame", wie der amerikanische Geschäftsträger in Paris in seiner Depesche vom 10. August 1866 von der Kaiserin Charlotte gesprochen hatte, kam mit leeren Taschen und ohne irgend welchen Erfolg ihrer Weiberlist nach den Tuilerien zurück. Ihr Herr Gemahl, dessen Neugier so wenig befriedigt war, war nun boshaft genug, auch den Anderen ihre Freude verderben zu wollen, und ließ daher officiell erklären, daß die Papiere des Kaisers Max sehr unschuldiger Natur seien und für Frankreich durchaus nichts Kompromittirendes enthalten. Zum Unglück für ihn erinnerte man sich dabei an die Fabel vom Fuchs und den sauren Trauben und hofft steif und fest, daß der wackere Orleans bald etwas Pikantes zum Besten geben werde.

Während in Folge der Schlußscene der mexikanischen Tragödie ein schwerer Druck auf der kaiserlichen Hofburg lag, suchten die Männer des Abgeordnetenhauses eines anderen, vielleicht noch schwereren Druckes sich zu entledigen. Noch lastete der Alp des Konkordats auf dem Kaiserstaat. Mit Recht sagte eine freie Stimme aus Wien: „Wir haben Verfassung und Amnestie, aber wir haben auch das Konkordat, und darum haben wir noch nichts. Die Behandlung desselben wird der Probirstein des heutigen Konstitutionalismus sein, und bevor das Ministerium nicht eine Probe davon abgelegt hat, daß die Umgestaltung auch diese Sphäre ergreift, darf es sich des Erfolges seiner Politik nicht sicher wähnen." Gerade in dieser Frage verhielt sich der am 30. Juni zum Reichskanzler ernannte Freiherr von Beust so passiv als möglich. Als Protestant, meinte er, könne er in dieser Sache am wenigsten thun und müsse die Initiative dem Reichsrath anheimstellen. Wenn dieser durch seine Gesetzgebung das Konkordat umgehe, so werde man am leichtesten zum Ziele kommen. An Gelegenheit, zu zeigen, daß er sich wenigstens schieben lasse, sollte es dem Reichskanzler nicht fehlen.

Digitized by Google

Der Abgeordnete Dr. Mühlfeld stellte den Antrag auf Niedersetzung eines Ausschusses, welcher den Entwurf eines Religionsedikts auszuarbeiten habe, und hob in der Begründung seines Antrags am 10. Juli hervor, daß die Entfremdung Deutschlands von Oestreich, welche nicht erst von heute, sondern von älterem Datum sei und bis zur Reformation zurückreiche, hauptsächlich die Folge jener religiösen Intoleranz sei, wonach man immer nur der einen Konfession Rechte gewährte, der anderen nicht. Der Abgeordnete Professor Herbst und 70 Genossen brachten am 11. Juli einen Antrag auf Abfassung und Berathung von drei Gesetzentwürfen ein, wonach das Eherecht des bürgerlichen Gesetzbuches wiederhergestellt und die Jurisdiktion in Ehesachen wieder den weltlichen Gerichten überlassen, die Emancipation der Schule von der Kirche durchgeführt und die interkonfessionellen Verhältnisse, unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Gleichstellung der verschiedenen Konfessionen, geregelt werden sollten.

Dieser Antrag wurde in der Sitzung vom 20. Juli mit einer Mehrheit von 134 gegen 22 Stimmen genehmigt und damit dem Konkordat der offene Krieg erklärt. Das Abgeordnetenhaus hielt dasselbe für ein Gesetz wie jedes andere. Was die absolutistische Gesetzgebung geschaffen habe, sei durch die konstitutionelle abzuändern oder zu beseitigen. Dagegen erklärte der provisorische Leiter des Kultministeriums, Herr von Hye, im Namen der Regierung, daß diese zwar die „Nothwendigkeit einer Regelung der Konfessionsverhältnisse anerkenne, daß sie aber, um selbst den Schein einer Mißachtung bestehender Rechtsverhältnisse zu vermeiden, den Weg conciliatorischer Verhandlungen mit Rom einschlagen werde und daher an das Haus die angelegentliche Aufforderung richte, nicht auf einer sofortigen Lösung der angeregten Fragen zu bestehen.“ Wenn darin alle Weisheit und aller guter Wille der Regierung bestand, so war dies fürwahr nicht viel. In der allerwichtigsten Frage sollte das Abgeordnetenhaus, wie die alten Metternich'schen Landtage, schweigen und alles Heil von der östreichischen Diplomatie, welche in den letzten Jahren ihre Unfähigkeit auf's glänzendste beurkundet hatte, und von der römischen Kurie erwarten, deren Unduldsamkeit und Herrschsucht doch hinlänglich bekannt war. Immer noch hielt man in den leitenden Kreisen an der Anschauung fest, daß das Konkordat ein Staatsvertrag zwischen den Souveränen von

Digitized by Google

Oestreich und dem Kirchenstaat sei, der nur in Uebereinstimmung beider Paciscenten abgeändert werden dürfe. Allein abgesehen davon, daß eher ein zweites Königgrätz als diese Uebereinstimmung zu erwarten ist, muß noch hervorgehoben werden, daß das Konkordat sich nur mit den Verhältnissen der Katholiken beschäftigt, daß es aber genug Punkte gibt, wie die gemischten Ehen, Schulen und Friedhöfe, wo beide Konfessionen an einander streifen. In solchen Fällen war bisher die Entscheidung ganz den katholischen geistlichen Gerichten anheimgestellt. Wie lange aber sollten sich die östreichischen Protestanten eine solche Vergewaltigung gefallen lassen? Die drei Gesetzentwürfe des Abgeordnetenhauses sollten dieser helotenmäßigen Ungleichheit auf legalem Wege abhelfen. Der Wiener Gemeinderath drückte in einer Adresse an das Abgeordnetenhaus seine volle Uebereinstimmung damit aus. In der hierüber sich entspinnenden Debatte citirte ein Gemeinderathsmitglied die Worte des früheren Erzbischofs Milde, welcher, als ihm das Konkordat vorgelegt wurde, gesagt habe: „Diesen Vertrag empfehle ich nicht; das wäre ein Verrath an Kaiser und Vaterland."

Selbst der erste östreichische Lehrertag, welcher gegen 2000 Lehrer aus allen Theilen der Monarchie in Wien vereinigte, sprach sich in den ersten Tagen des Septembers mit aller Entschiedenheit gegen das Konkordat und für die Trennung der Schule von der Kirche aus, obgleich diese Lehrer alle von der Gnade des Klerus abhängen.

Da kam, wie ein Blitzstrahl aus der mittelalterlichen Rüstkammer des Vatikans, die Adresse der 25 Bischöfe vom 2. Oktober, worin sie sich unmittelbar an den Kaiser wandten und diesem zuriefen, daß die „Angriffe auf das Konkordat nicht diesem, sondern der katholischen Religion und nicht ihr allein, sondern dem ganzen Christenthum gelten. Man wolle eine Ehe ohne Festigkeit und Heiligung, eine Schule ohne Religion und sittlichen Ernst, in welcher neben dem Geistlichen ein gesinnungstüchtiger Lehrer stehe, eingeschult in die Grundsätze jener Wissenschaft, welche die Verbrüderung der Menschen mit den Thieren lehre. Um solche Werkzeuge in hinreichender Anzahl zur Verfügung zu haben, sollen Lehrerbildungsanstalten gegründet und darauf berechnet werden, ihre Zöglinge zur Geringschätzung alles Heiligen und Hohen einzuschulen. Man müsse entweder den Rechten der katholischen Kirche die gebührende Achtung schenken oder sich zu den Grundsätzen der Re-

Digitized by Google

volution bekennen. Sie, die für das Seelenheil von 17 Millionen Erlöster Rechenschaft ablegen müssen, erfüllen eine Pflicht gegen Seine Majestät und das Vaterland, wenn sie hier ihre Stimme erheben."

Wenn diese 25 Kirchenfürsten in das Feuer der Agitation gegen das Konkordat noch einige Tonnen Oel hätten hineingießen wollen, so hätten sie es nicht praktischer anfangen können, als indem sie diese Adresse unterzeichneten. Gegen diese Verwechslung von Konkordat und Religion, von geistiger Freiheit und Revolution, gegen diese Anmaßung, als ob sie im Namen von 17 Millionen zu sprechen hätten, erhob sich in Oestreich alles, was nicht, um das Wort Steins von Gentz zu gebrauchen, ein vertrocknetes Gehirn und ein verfaultes Herz hatte. Zunächst aber hob den Fehdehandschuh der Wiener Gemeinderath auf, gegen welchen die Bischöfe wegen der „Lehrerbildungsanstalt" zu Felde gezogen waren. Es war dies eine Sache, welche schon ein ganzes Jahr beim Ministerium anhängig war. Schon im Jahre 1866 hatte der Gemeinderath beschlossen, zur Hebung des Volksunterrichtes eine Lehrerbildungsanstalt (Schullehrerseminar) ohne Rücksicht auf die Konfession in Wien zu errichten. Auf die Einsprache des päpstlichen Nuntius verbot die Regierung die Gründung derselben. Ein Jahr darauf, am 4. Oktober 1867, wurde dem Gemeinderath die Antwort mitgetheilt, welche der Unterrichtsminister, Ritter von Hye, der an ihn abgeschickten Deputation gegeben hatte. Dieser Ritter einer alten Zeit hatte erklärt, das Ministerium werde die Verhandlungen mit dem Gemeinderath wieder aufnehmen, wenn es Zeit dazu finde. Dies wurde für eine „Demonstration" gegen den Gemeinderath angesehen, die man nur durch eine andere Demonstration beantworten könne. Man beschloß, das Lehrerseminar, das man in Wien nicht gründen durfte, in Deutschland zu suchen und dorthin sechs Wiener Lehrer zu ihrer weiteren Ausbildung zu schicken. Dieser Sache kam nun die bischöfliche Adresse sehr zu Statten. In gerechter Erregtheit erklärte ein Mitglied des Gemeinderaths in der Sitzung vom 4. Oktober, daß auf diesen Angriff nichts übrig bleibe, als dem Kaiser offen zu sagen, daß das, was die Bischöfe ihm über den Gemeinderath mitgetheilt hätten, eine „dreiste Unwahrheit, eine Verleumdung" sei. Sofort wurde eine Adresse an den Kaiser berathen und beschlossen, worin gesagt war, ob denn jemand glauben könne,

Digitized by Google

daß die Bürger Wiens „ihre Kinder Lehrern übergeben wollen, welche, der Religion und Sittlichkeit bar, dieselben entarten ließen. Eine solche Anklage vermöge nur der verblendete Haß familienloser, in dem Ideenkreise des eigenen Ich erstarrter Männer zu ersinnen."

Der Kaiser nahm beide Adressen, die der Bischöfe und des Gemeinderaths, an, drückte dem letzteren sein volles Vertrauen aus, schickte die Adressen dem Ministerium zur Beantwortung zu und richtete am 16. Oktober ein Handschreiben an den Kardinal Rauscher, worin er bemerkte, er müsse es beklagen, daß die Bischöfe „durch Vorlage und Veröffentlichung einer die Gemüther tief erregenden Adresse die Aufgabe der Regierung erschweren, in einem Zeitpunkt, in welchem, wie die Bischöfe treffend bemerken, Eintracht so sehr noth thue. Er werde die Kirche zu schirmen und zu schützen wissen, sie selbst aber sollten der Pflichten eingedenk sein, welche er als konstitutioneller Regent zu erfüllen habe." Und auch andere, Presse und Gemeinden, waren ihrer Pflichten eingedenk. Es wurde in der Presse mehrfach hervorgehoben, daß, so wichtig auch für Oestreich der Ausgleich mit Ungarn sei, doch die Aufhebung des Konkordats sich noch weit dringender erweise. Ob es sich denn bei einem Priesterregiment, das jede freie geistige Entwicklung im Keime zu ersticken drohe, überhaupt lohne, den Staat zu reorganisiren? Die Regierung habe geglaubt, mit dem Konkordat einen Kitt erfunden zu haben, durch den sie die verschiedenen Nationalitäten zu einem unauflöslichen Ganzen verbinden könne. Aber Solferino und Königgrätz hätten gezeigt, daß die geistige Knechtschaft ein sehr schlechter Kitt sei. Wenn die Regierung nicht auf eine dritte Niederlage spekulire, so müsse sie sich nach einem anderen Patent für staatlichen Kitt umsehen. Die Frage stehe einfach so: Konkordat oder Verfassung? Oestreich schwebe in der Gefahr eines dreifachen Bankerotts: des finanziellen, des politischen und des geistigen. Der letztere sei der schlimmste; denn er ziehe die zwei anderen nach sich, und eben dieser werde durch das Konkordat unwiderruflich besiegelt.

Trotz aller Gegenbemühungen des Klerus liefen aus allen Theilen des Kaiserstaats, selbst aus dem glaubenseifrigen und wohl disciplinirten Tirol, Adressen der Gemeinden gegen das Konkordat ein. In vielen derselben wurde hauptsächlich sein nachtheiliger Einfluß auf die Volksbildung hervorgehoben und gesagt, daß ein besserer Unterricht vor allem noth thue, damit „Oestreich in Wissen-

Digitized by Google

schaft und Industrie nicht hinter dem Ausland zurückbleibe und in den Stand gesetzt werde, die enormen Staatslasten zu tragen". Der Gemeinderath von Hermannstadt in Mähren erlaubte sich, bei dieser Gelegenheit die klerikale Unterrichtsmethode mit folgenden Worten einer Kritik zu unterziehen: „Bei der jährlich einmal stattfindenden Prüfung wissen wohl die bravsten Schüler, wie es im Himmel aussieht, kennen die hervorragendsten Engel, die Zahl der Heiligen, haben auch einen Begriff von der Hölle, vom Fegfeuer und von den Leiden der Verdammten; aber was in dem eigenen Kronland erzeugt wird, wie es billiger und besser erzeugt werden könnte, was exportirt und importirt wird, ja nur, wie viel Einwohner in dem Kronlande sind, und wie die Hauptstadt desselben heißt, davon wissen sie nichts. Können die Schüler den Katechismus und die biblische Geschichte papageienmäßig herplappern, so werden die Lehrer öffentlich belobt." Die mit mehr als 44,000 Unterschriften katholischer Männer Wiens versehene Volksadresse war in jeder Hinsicht eine gewichtige Petition zu nennen. Eine Adresse der Wiener Studenten an Dr. Mühlfeld protestirte gegen das „ultramontane Gängelband", erklärte, daß eine Vergleichung der östreichischen Universitäten mit der geringsten deutschen Universität zur Schmach der ersteren ausfalle, und mischte in den Ruf nach Reform der Volksschule den nach Reform der Hochschule.

Dies waren die Früchte, welche die Bischöfe mit ihrer unzeitigen Adresse einernteten. Im Abgeordnetenhaus war man über die weitere Behandlung der Sache verschiedener Ansicht. Die eine Partei verlangte die sofortige Aufhebung des Konkordats, und Mühlfeld stellte in diesem Sinne am 9. Oktober einen Antrag, die andere Partei wollte vorläufig nur die Gesetze über Schule und Ehe durchbringen, da hiemit der Kern des Konkordats beseitigt würde. Dieser Ansicht war die Majorität. Die Gesetzentwürfe über Ehe und Schule wurden daher am 23. und 29. Oktober von dem Abgeordnetenhaus angenommen. Sie giengen sofort an das Herrenhaus, wo freilich eine andere Atmosphäre herrschte. Meinte doch in der Debatte des konfessionellen Ausschusses Fürst Sanguško, daß „Gott seine Verpflichtungen gegen Oestreich brechen werde, wenn dieses seine Verpflichtungen gegen den Statthalter Christi breche", worauf Fürst Auersperg ihn fragte, ob er etwa von Gott einen persönlichen Auftrag habe, diese Drohung in seinem Namen

Digitized by Google

auszusprechen. Die Berathungen dieses Ausschusses dehnten sich über den Schluß des Jahres 1867 hinaus, und die Regierung war damit ganz einverstanden. Denn sie wollte nicht eher zu einer definitiven Entscheidung schreiten, bis die Verhandlungen mit Rom zu Ende sein würden. Zunächst handelte es sich darum, daß sie einmal begonnen werden. Die Aufgabe war eine sehr undankbare, da man sich auf eine glänzende Zurückweisung gefaßt machen mußte. Der östreichische Gesandte in Rom, Baron von Hübner, welcher im Jahre 1859 auf dem Gesandtschaftsposten in Paris so viel Kurzsichtigkeit gezeigt hatte, wurde zu Anfang Novembers abberufen und Graf Crivelli, bisher Gesandter in Madrid, mit dem Auftrag betraut, von Kardinal Antonelli sich eine Vorlesung über das Non possumus halten zu lassen. So wurde die Lösung der Frage dem nächsten Jahre vorbehalten, und am 31. December konnte man noch so gut als am 1. Juli schreiben: „Wir haben Verfassung und Amnestie, aber wir haben auch das Konkordat, und darum haben wir noch nichts."

Nur in einer Beziehung wurde ein positives Resultat erzielt. Auf die Drohung, daß eine Anzahl Lehrer zu ihrer weiteren Ausbildung nach Gotha, in den Bereich des norddeutschen Bundes, geschickt werde, gab Ritter von Hye am 3. November seine bedingungslose Erlaubniß zur Gründung einer Lehrerbildungsanstalt. Da dieselbe ein konfessionsloses, also für die Lehrer aller Bekenntnisse zugängliches Institut sein soll, so trat mit dieser Bewilligung das Ministerium in Widerspruch mit einem der Grundprincipien des Konkordats. Man konnte es vor der Hand für eine Abschlagszahlung ansehen.

Wie sich in Oestreich die Konkordatsfrage bis zum Schluß des Jahres hinschleppte, so in Preußen die Verhandlungen mit Dänemark wegen Zurückgabe der nördlichen Distrikte Schleswigs. Dort waren es die Bischöfe, welche einen allgemeinen Sturm veranlaßten und eine Versöhnung erschwerten, hier die französische Regierung und Presse. Was irgend mit dem Prager Frieden zusammenhieng und noch nicht glatt abgemacht war, hielt Frankreich für seine Domäne, in welcher es kaiserliche Befehle ertheilen dürfe. Man mußte von diesen Leuten eine Sprache hören, als ob sie nicht so eben, aus Furcht vor dem Sternenbanner Nordamerika's, einen schmachvollen Rückzug bewerkstelligt hätten, sondern noch in frischer Siegesglorie

Digitized by Google

wie zur Zeit des Tilsiter Friedens 1807 daständen. Der Abgeordnete Morin sprach am 22. Juni im gesetzgebenden Körper von der bedauerlichen Verzögerung, welche in der Ausführung des Artikels V. des Prager Friedens eingetreten sei, und drang darauf, daß die übernommenen Verpflichtungen von Preußen schnell und ehrlich erfüllt werden, indem es die dänische Bevölkerung in Nordschleswig abstimmen lasse und eine Grenzlinie von Flensburg bis an die Nordsee ziehe. Das Tagblatt La France rief sogar am 27. Juni im Tone des Imperators aus: „Wir sind Europa! Nichts, was den Frieden, die Ordnung und das Gleichgewicht Europa's interessirt, könnte uns fremd bleiben". Zugleich veröffentlichte es einen Brief der Abgeordneten Morin und Piccioni, worin zu einer Subskription zu Gunsten der Dänen, welche aus Schleswig nach Dänemark geflohen waren, aufgefordert wurde. Die Regierung ließ die Sache geschehen, offenbar um, wenn sie einen Schritt in der Sache that, sagen zu können, sie sei von der öffentlichen Meinung dazu gedrängt worden. Es war dasselbe Spiel, das sie im Jahre 1863 für die Polen und gegen Rußland eingehalten hatte.

Man ist es von Dänemark gewohnt, daß es, sobald es, wie vor dem Wiener Frieden 1864, den Ernst sieht, sich voller Angst davonschleicht, daß es aber, sobald die Chancen wieder günstiger sind, auch wieder bellt und bäfft, daß es nicht auszuhalten ist. Die französische Protektion wirkte hier Wunder. Die Frechheit und Anmaßung, welche dieses Dänenvolk auszeichnen, kamen wieder in die vollste Blüte. Eine dänische Flugschrift sprach von den Deutschen nicht anders als von einem „auszurottenden Unkraut", und eine der ersten Zeitungen, das Dagblad, schrieb: „Preußen mißhandelt die dänischen Schleswiger wie der nichtsnutzige Schulknabe, welcher, der Ruthe des Lehrers fern, einem kleinen Vogel Krallen und Flügel ausreißt". Das sollte sich ein Staat, welcher über die Wehrkraft von nahezu 40 Millionen gebietet, von einem Lande mit 1½ Einwohnern sagen lassen, solchen Leuten noch das halbe Schleswig, von der Königsau bis Flensburg, darunter das mit theurem Blut errungene Sundewitt (Düppel) und die Insel Alsen, zurückgeben und die Tausende von Deutschen, welche in Tondern, Lygumkloster, Apenrade, Hadersleben und anderen Orten wohnen, der sprichwörtlichen Brutalität des dänischen Volkes und seiner Beamten über-

Digitized by Google

lassen. Dies war unmöglich. Man hatte vom Jahre 1850 an zu schlimme Erfahrungen hierin gemacht, als daß man, vollends zu einer Zeit, wo die deutsche Nation sich zusammenschloß und als gebietende Macht da stand, den Dänen auch nur eine einzige Familie anvertrauen wollte. Von einer Linie Flensburg, von einer Abtretung der strategischen Punkte Düppel und Alsen konnte keine Rede sein. Ob hier der Mehrzahl nach Dänen wohnten oder nicht, war ganz gleichgiltig; diese Punkte sind für die Vertheidgung des mittleren und südlichen Schleswigs zu wichtig, als daß man sie in die Hände der Dänen überantworten könnte, welche sie als Operationsbasis für künftige Einfälle in Schleswig benützen würden. Aber auch die Abtretung einiger nördlichen Distrikte ist nur dann möglich, wenn hinsichtlich der in denselben wohnenden Deutschen solche Bestimmungen getroffen werden, daß dieselben bei irgend welcher Beeinträchtigung von Seiten des dänischen Pöbels ihren gesetzlichen Rückhalt in Preußen haben. Gieng Dänemark auf diese und andere Bedingungen nicht ein, so blieb der Artikel V. des Prager Friedens unausgeführt, weil nicht ausführbar, und Oestreich, welches in dieser Sache allein ein Recht der Einsprache hatte, machte sicherlich keine Einwendung dagegen. Eine andere Lösung gibt es nicht; gegen jeden anderen Modus empört sich das deutsche Nationalgefühl.

Zum Glück war die Sache in guten Händen. Preußen wollte nicht mehr die alten Fehler machen, sondern aus diesen sich eine Lehre für die Zukunft ziehen. Wer entschlossen ist, kein Dorf deutscher Erde an Frankreich herzugeben, der gibt fürwahr an Dänemark auch kein Viertelsdorf her. Verhandlungen waren bereits im Gang. In einer Depesche der preußischen Regierung an ihren Gesandten in Kopenhagen, welche zur Mittheilung an den dänischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten bestimmt war, erklärte jene ausdrücklich, daß, bevor die Unterhandlungen über die Abtretung eines Theils von Nordschleswig eröffnet werden könnten, zwei Vorfragen erledigt sein müßten. Preußen verlange von Dänemark die nöthigen Garantien für den Schutz der in jenem Territorium wohnenden Deutschen und die Uebernahme eines verhältnißmäßigen Antheils an der Schuldenlast der Herzogthümer. Darauf erwiderte der dänische Minister von Frijs in einer Depesche vom 1. Juni an den dänischen Gesandten von Quade in Berlin, daß „die dänische Regierung die geforderten Garantien nicht leisten könne, daß sie

Digitized by Google

dieselben für überflüssig, ja bedenklich, und die bestehenden Gesetze und Verträge für vollkommen ausreichend halte". Mit dieser Ansicht war die preußische Regierung durchaus nicht einverstanden und ließ durch ihren Gesandten dem dänischen Minister eine neue Note vom 18. Juni übergeben, worin sie auf der präcisen Erledigung der beiden Vorfragen beharrte und den Minister daran erinnerte, daß „das gute Einvernehmen zwischen Dänemark und den Herzogthümern neuerdings bekanntlich gerade dadurch gestört worden sei, weil die dänische Regierung nach der Umgestaltung der älteren Verfassung der Monarchie nicht mehr im Stande war, den deutschen Unterthanen denselben Schutz ihrer Nationalität und Sprache zu gewähren, dessen sie sich ehemals erfreut hätten. Nicht dazu habe der Prager Friedensvertrag Preußen verpflichtet, daß es deutsche Gemeinden wider ihren Willen und mit dem Verlust jedes Rechts auf ihre nationalen Eigenthümlichkeiten an ein fremdes Land abtrete und sie Gefahren preisgebe, deren Befürchtung in Erinnerung an die Vergangenheit unter ihnen selbst laut genug hervortrete. Die Regierung möge sich also erklären, ob sie zur Sicherung dieser nationalen Eigenthümlichkeiten Bürgschaften geben wolle, und welcher Art, in individueller, lokaler und kommunaler Beziehung, diese Garantien sein würden. Von der Beantwortung dieser Fragen „hänge der Umfang der beabsichtigten Abstimmung oder Abtretung ab". Die Erwiderung des dänischen Kabinets, welche gegen den 20. Juli in Berlin eintraf, ließ sich auf eine Beantwortung der Vorfragen, namentlich der ersten, nicht ein, sondern verlangte zunächst eine nähere Erklärung über die Natur und Tragweite der von Preußen verlangten Bedingungen. Es war ihm, da es sicher sein konnte, keine andere Auskunft als früher zu erhalten, offenbar nur darum zu thun, die Sache einige Zeit in der Schwebe zu erhalten, den Zeitpunkt, wo es ganz bestimmte Erklärungen abzugeben habe, möglichst hinauszuziehen und zunächst abzuwarten, was der „hohe Verbündete" für Geschäfte mache.

Fast gleichzeitig mit dieser dänischen Antwort traf in Berlin eine französische Depesche ein, welche der Botschaftssekretär Lefebre, der die Stelle des abwesenden Herrn Benedetti vertrat, dem Grafen Bismarck vorlesen sollte. Da sich dieser damals nicht in Berlin befand, sondern auf seiner Dotationsbesitzung Varzin in Hinterpommern, um in dieser ländlichen Zurückgezogenheit sein angegriffenes

Digitized by Google

Nervensystem wiederherzustellen, so hatte Unterstaatssekretär Thile die Mittheilung am 23. Juli entgegenzunehmen. In dieser Depesche betonte der französische Minister, Marquis de Moustier, das Recht Frankreichs, sich in die schleswig'sche Sache zu mischen, insofern der vielbesprochene Artikel V. des Prager Friedensvertrages, „daß die Bevölkerungen der nördlichen Distrikte von Schleswig, wenn sie durch freie Abstimmung den Wunsch zu erkennen geben, mit Dänemark vereinigt zu werden, an Dänemark abgetreten werden sollten", nicht auf Oestreichs, sondern auf Frankreichs Einwirkung hin entstanden sei. In Folge dessen erlaube sich der Minister die Bemerkung zu machen, daß es Dänemark unmöglich sei, die von Preußen geforderten Garantien hinsichtlich des Schutzes der abzutretenden deutschen Bevölkerung zu geben. Diese Garantien würden der Keim ewigen Haders zwischen Preußen und Dänemark sein, da ersteres dadurch Gelegenheit bekäme, sich fortwährend in die inneren Angelegenheiten des letzteren zu mischen.

So zurückhaltend und versöhnlich auch diese Depesche gehalten war, so enthielt sie doch eine Einmischung in bester Form. Das deutsche Nationalgefühl, für keinen Luftzug so empfindlich wie für den westlichen, sträubte sich auf das entschiedenste gegen diesen neuen Versuch Frankreichs, ein europäisches Aufsichtsrecht und ganz speciell eine Kontrole der strikten Einhaltung des Prager Friedens für sich in Anspruch zu nehmen. In Versammlungen und in der Presse wurde gefragt, ob dies eine neue Auflage der luxemburgischen Angelegenheit sein solle. Man vertraute zu der preußischen Regierung, daß sie dieses Interventionsgelüste so zurückweisen werde, wie dasselbe es verdiene, und dem französischen Kabinet es überlasse, mit der Abweisung anzufangen, was es wolle. Dabei verhehlte man sich nicht, daß die Lage eine sehr ernste sei, und einige sprachen schon von einem Herbstfeldzug, wozu die französischen Heißsporne den Kaiser antrieben, indem sie ihm das Wort eines Abgeordneten: „innere Freiheit oder Krieg!" zu Gemüth führten. Eine Nachgiebigkeit wie in der Luxemburger Frage sei hier um so weniger möglich, da es sich hier nicht um das, wenn auch deutsche, Gebiet eines fremden Souveräns, nicht um ein bloßes Besatzungsrecht handle, sondern um einen integrirenden Theil des norddeutschen Bundes. Daß dadurch die Unterhandlungen mit Dänemark sehr erschwert werden, indem dieses auf seinem Eigensinn

Digitized by Google

nur noch mehr beharren werde, und Preußen jetzt noch weniger bieten könne, um dem Verdacht, einem äußeren Drucke gewichen zu sein, zu entgehen, liege auf der Hand.

Auch in dieser Sache stand Frankreich ganz allein. Oestreich, welchem allein Preußen das Recht der Einsprache vindicirte, hatte durchaus keinen Grund, den Dänen gefällig zu sein und sich mit Preußen auf's neue zu verfeinden. England, welches im Jahre 1864 eine so zärtliche Zuneigung für Dänemark kundgab, sah endlich die Untugenden dieses enfant gâté ein, und Lord Stanley erklärte im Unterhaus, das Ministerium habe jede Meinungsäußerung über Nordschleswig in Berlin vermieden, eine Erklärung, welche ganz so aussieht, wie wenn ihr eine Aufforderung Frankreichs vorangegangen wäre, sich an dem Protest zu Gunsten Dänemarks zu betheiligen.

Die Sache war zu wichtig, als daß sie durch den Vertreter des Ministerpräsidenten hätte erledigt werden können. Daher erließ der Letztere eine Instruktion an den französischen Botschafter in Paris, den Grafen von der Goltz, in welcher die Einmischung Frankreichs, beziehungsweise seine Theilnahme bei den Verhandlungen über die Ausführung des Artikels V. des Prager Friedens in der entschiedensten Weise zurückgewiesen wurde. Die Mittheilung dieser Erklärung an den Marquis von Moustier erregte zunächst scheinbare Ueberraschung über die Empfindlichkeit der preußischen Politik; sodann aber zwang sie dem französischen Kabinet die Alternative auf, entweder auf die Einmischung in die schleswigsche Angelegenheit zu verzichten oder eine Kriegsfrage daraus zu machen. Das letztere wollte man so wenig als bei der Verweigerung der Kompensationen oder bei der Störung des Luxemburger Handels. Somit blieb nur der Rückzug übrig, welcher denn auch in dem kleinen Moniteur vom 27. Juli mit den Worten angetreten wurde: „Es ist dem Berliner Kabinet keine Note übergeben worden, weder über die schleswigsche Angelegenheit noch über eine andere Frage". Diese officielle Ableugnung, welche auf das unkundige Pariser Publikum berechnet war, enthielt freilich einen Schein von Wahrheit, nur verschwieg sie gerade die Wahrheit selbst. Denn eine Note war es nicht, was Herr Lefebre am 23. Juli dem Herrn von Thile mittheilte, sondern eine Depesche (zwischen welchen beiden Benennungen in der diplomatischen Welt unterschieden wird),

Digitized by Google

und übergeben hat er sie auch nicht, sondern nur vorgelesen und keine Abschrift davon zurückgelassen.

Zu diesem raschen Rückzug soll der weitere Umstand beigetragen haben, daß es zu dem Prager Frieden noch eine geheime Vertragsbestimmung gebe, wonach die preußische Regierung mit der Abstimmung in Nordschleswig bis zum Jahre 1870 warten könne, und daß Graf Bismarck es für gut gefunden habe, das französische Kabinet in dieses Geheimniß einzuweihen. Aber während der Moniteur zum Rückzug blies, bliesen andere zum Angriff. Schon der Umstand, daß gerade damals der französische Handelsminister Behic eine Reise nach Dänemark und Schweden machte, war ganz geeignet, neuen Verdacht zu erregen und einen Widerspruch zwischen Worten und Thatsachen zu konstatiren. Noch mehr Staub wurde aufgeworfen durch die Demonstrationen, welche am 12. August und den folgenden Tagen in Kopenhagen gemacht wurden. Dort waren an diesem Tage in Folge einer Einladung eines dänischen Comités, der Abgeordnete Morin und über ein Dutzend französischer Journalisten, freilich keine Sterne erster Größe, angekommen, um ein Fest der Verbrüderung zwischen Frankreich und Dänemark zu feiern. Die Stadt war beflaggt und die Kanonen donnerten. Ließ der Bürgermeister der Stadt „das Gedächtniß der ersten Helden der Welt, die tapfere Nation, das sieggekrönte, stolze, schöne Frankreich und seinen großen Kaiser“ leben, so sprachen die Franzosen von dem „muthigen Dänemark, das nie sterbe, weil es an sein Recht glaube“. Wenn man auch solche Großsprechereien verlachen und verachten konnte, so unterhielten sie jedenfalls das Feuer der politischen Aufregung, und man fragte sich, warum denn die französische Regierung, wenn es ihr mit dem Frieden so ernst sei, diesen beständigen Hetzereien der Presse nicht ein Ende mache, was ihr ja bei anderen Fragen so gut gelinge.

Doch was bedeutete diese Journalistenreise gegen die Reise am 17. und 18. August! Kaiser Napoleon giengen die Verhältnisse in Deutschland, wie sie sich durch die Allianz- und Zollverträge zu Gunsten einer preußischen Machtvergrößerung entwickelten, nicht nach Wunsch. Mit seinen Einsprüchen und Einmischungen hatte er bisher wenig Glück gehabt, daher er sich, um desto entschiedener auftreten zu können, sehr nach der Bundesgenossenschaft einer anderen Großmacht sehnte. Wer paßte für diesen Zweck besser als Oestreich,

Digitized by Google

der von Preußen besiegte und aus Deutschland verdrängte Kaiserstaat? Um aber eben diesen Verdacht einer Konspiration von sich abzuwälzen und die Reise als eine ganz harmlose hinzustellen, wurde ihr der officielle Charakter eines Kondolationsbesuches gegeben. Der Schatten des unglücklichen Max, statt sich zürnend zwischen Haus Habsburg und Haus Bonaparte zu werfen, mußte im Gegentheil dazu dienen, die alten Feinde zu einer idyllischen Versöhnungsscene zusammenzubringen. Ueberall sprach man davon, daß Napoleon dem Bruder des Kaisers von Mexiko, im Gefühl der Mitschuld an dessen Schicksal, einen Besuch zumachen wünsche, hob den rein persönlichen Charakter dieser Zusammenkunft hervor und gab dem preußischen Gesandten die beruhigendsten Erklärungen. Einen Besuch, welcher in Trauer gehüllt und mit büßendem Herzen sich anmeldete, konnte Franz Josef unmöglich abweisen, abgesehen davon, daß es ihm nach so vielen Schlägen eine Genugthuung gewähren mochte, vor Europa zu zeigen, daß Oestreich immer noch eine gesuchte Partie sei. Als Ort der Zusammenkunft wurde das romantische Salzburg festgesetzt, und so reiste das französische Kaiserpaar am 17. August über Karlsruhe, Stuttgart, Ulm nach Augsburg, wo übernachtet wurde, und am 18. August über München nach Salzburg, wo es Abends fünf Uhr ankam und von den östreichischen Majestäten empfangen wurde. Napoleon hatte den Marschall Fleury, keinen seiner Staatsmänner bei sich; aber der östreichische Gesandte am Tuilerienhof, Fürst Metternich, welcher für eine französisch-östreichische Allianz begeistert ist, hatte die Reise mitgemacht. Von östreichischen Celebritäten war der Reichskanzler von Beust und der ungarische Ministerpräsident Graf Andrassy anwesend.

Daß „die Häupter zweier großen Reiche sich nicht mehrere Tage lang in inniger Vertraulichkeit vereint finden konnten, ohne sich gegenseitig über Fragen von allgemeinem Interesse ihre Eindrücke mitzutheilen und ihre Gedanken auszutauschen", sagt uns das französische Rundschreiben vom 25. August und fügt noch bei: „Die Unterhaltungen zwischen Napoleon und Franz Josef hatten nicht die Beschaffenheit, welche gewisse Neuigkeitskrämer ihnen beilegen. Sie erneuerten gegenseitig die Versicherungen ihrer friedliebenden Politik und beschränkten sich in ihren Gesprächen auf allgemeine Gegenstände. Weit entfernt, die Salzburger Zusammen-

Digitized by Google

kunft als einen Gegenstand der Beunruhigung und Befürchtung für andere Höfe zu betrachten, hat man darin nur einen neuen Beweggrund zum Vertrauen auf die Erhaltung des Friedens zu sehen". Man muß es diesem Rundschreiben des Herrn von Moustier nachsagen, daß es nicht zu viel aus der Schule schwatzte. Auch aus Oestreich erfuhr man nicht viel. Selbst das östreichische Rothbuch, welches im Februar 1868 den Delegationen vorgelegt wurde, enthielt nichts weiter als die Notiz, daß bei dieser Zusammenkunft „für das in der orientalischen Frage zu beobachtende Vorgehen gewisse Grundzüge vereinbart worden seien".

So viel wußte man auch ohne Rundschreiben und Rothbuch. Daß die mehrstündigen Konferenzen, welche Napoleon mit Freiherrn von Beust hatte, nicht bloß auf „allgemeine Gegenstände" sich bezogen, sondern daß neben einer Revue sämtlicher europäischen Fragen jeder von beiden Theilen das ihn hauptsächlich Interessirende und Beunruhigende hervorhob, Oestreich den Orient, Frankreich Deutschland, speciell Süddeutschland, lag auf der Hand. Da man wußte, wie aufmerksam Frankreich das Verhältniß zwischen Süd- und Norddeutschland beobachtete, wie es jede weitere Annäherung zu hintertreiben suchte, gegen die gegenseitige Absendung von Militärbevollmächtigten agitirte, der Wiederherstellung des Zollvereins entgegenarbeitete, die süddeutschen Staaten zu veranlassen suchte, unter sich allein einen süddeutschen Zollverein zu gründen, zuletzt wenigstens darauf drang, daß von dem neuen Zollverein die parlamentarische Form ferngehalten werde, damit nicht aus diesem Zollparlament ein deutsches Parlament hervorgehe, so bedurfte es gerade keiner besonderen Kühnheit, um zu behaupten, daß die süddeutsche Frage von Frankreich gründlich auf's Tapet gebracht worden sei. Denn da die Allianz- und Zollverträge von den süddeutschen Landtagen noch nicht genehmigt waren, so war das Terrain durchaus noch nicht so ungünstig, daß nicht das Projekt einer engeren Vereinigung der Südstaaten und ihrer Allianz mit Oestreich mit den Staatsmännern an der Donau besprochen werden konnte. Die Verwirklichung dieses Projekts war freilich ohne einen furchtbarn Krieg mit dem norddeutschen Bund nicht möglich, und in einem solchen, wenn es ihn bei der Abneigung Ungarns und bei dem absoluten Mangel an Geld und Kredit je führen konnte, riskirte Oestreich seine ganze Existenz.

Digitized by Google

Weder in Wien noch in den Provinzialstädten war man daher von diesem Besuch und der drohenden Allianz sonderlich entzückt. Die Neue Freie Presse sprach von dem „düsteren Verhängniß, welches über jeder Verbindung, welche Oestreich und Frankreich mit einander eingehen, walte", und wies zum Beweis hiefür auf Marie Antoinette, auf die Kaiserin Marie Luise und ihren Sohn und auf Kaiser Max hin. Ein Grazer Blatt schrieb: „Hat sich Oestreich mit Frankreich über seine deutsche Mission geeint, dann hat es eine Kluft gezogen nicht nur zwischen sich und Deutschland, sondern auch zwischen der Richtung seiner eigenen Politik und den Deutschen in seinem eigenen Reiche, dann ist das Ausgleichswerk in Oestreich in Frage gestellt, dann müssen in die Reihe jener Nationen, welche die Opposition der Regierung in der äußeren Politik bilden, auch die Millionen Deutsche in Oestreich eintreten, welche bisher der Aktion fern geblieben sind." Die „Presse" vom 28. August erklärte, daß ein süddeutscher Bund unter östreichischer Führung ein Luftgebilde sei, und daß die angeblich östreichisch-französische Collektivnote an das Berliner Kabinet sich als ein wohlgemeinter Rathschlag an Dänemark entpuppe, nicht allzu hartnäckig auf der Herausgabe von Düppel und Alsen zu beharren. „Die Interessen Oestreichs, welches mit großen und noch ungelösten inneren Fragen und mit Finanzkalamitäten schwierigster Art in diesem Augenblick zu kämpfen hat, verbieten es dieser Macht, für die Suprematie Frankreichs in Europa jetzt einen Krieg zu führen, wenn auch immerhin eine Anzahl einflußreicher Persönlichkeiten in Wien den Wunsch hegen mag, ihre Revanche für Königgrätz zu nehmen. Die Verhältnisse sind aber mächtiger als die Menschen, und Herr von Beust ist klug genug, um zu wissen, daß die Kriegserklärung Oestreichs und Frankreichs an Preußen ganz Deutschland, die deutschen Provinzen Oestreichs nicht ausgenommen, um die Fahnen Preußens scharen würde."

Die preußischen Blätter und einige süddeutsche äußerten sich voll Mißtrauen und Leidenschaft über diese Salzburger „Verschwörung". Die Kreuzzeitung schrieb: „In Paris lassen wir uns die Recepte nicht vorschreiben für Deutschlands Wohlbefinden, und wenn Oestreich gewillt ist, nach französischen Noten zu singen, so wird es in Deutschland nur wenig Accompagnement finden. Was geht es die Tuilerien an, wie Nord und Süd sich mit einander

Digitized by Google

vertragen? Was hat Louis Napoleon sich darum zu kümmern, wie Deutschland seine militärischen Verhältnisse ordnen, seine Zolleinrichtungen treffen will? Es gibt der Hundsfötter nur wenig in Deutschland, welche das Heil ihres Vaterlandes oder vielmehr ihr eigenes von Paris erhoffen. Man wird sie zu Boden schlagen, wenn es Zeit ist, den Verrath zu lohnen. Wir verlangen nicht, der Präceptor eines anderen Staates zu sein, aber wir lassen uns auch nicht disciplíniren. Und ob man auch in Salzburg beschlossen hat, die „„östreichisch-französische Auffassung irgend einer Frage nicht durchkreuzen zu lassen,"" wir sind nicht gemeint, diese europäische Diktatur anzuerkennen. Gunst oder Abgunst — wir werden unsren eigenen Willen behalten. Und wir wissen, was wir wollen." Hiezu bemerkte die Kölner Zeitung, sie könne nicht glauben, daß es möglich sei, die Rheinbundsschmach zu erneuern, und setzt hinzu: „Die süddeutschen Fürsten haben bis jetzt keine Lust gezeigt, ein Experiment zu versuchen, das die Wohnungsmieten in Hietzing in die Höhe treiben könnte."

Die Haltung Süddeutschlands, das denn doch bei der Besprechung solcher Plane auch ein Wort mitzureden hatte, war größtentheils durchaus korrekt. Napoleon wurde auf der Reise nach Salzburg in Kehl von badischen Militär- und Civilbehörden empfangen, in Ulm von König Karl, welcher von Friedrichshafen herbeikam, begrüßt, was nicht länger als eine Viertelstunde dauerte, und auf dem Weg von Augsburg nach München von König Ludwig II. geleitet, der von da wieder nach seinem Schlosse Berg eilte. Auch der Bevölkerung kann nichts zur Last gelegt werden. Kaum ein Dutzend Personen, wie sie in allen Residenzen für solche Zwecke zu haben sind, riefen im Stuttgarter Bahnhof dem scheidenden Kaiser ein vive l'empereur! nach, und als sich dies bei der Ankunft in Augsburg wiederholte, entstand von anderer Seite ein solches Zischen und Lärmen, daß fernerhin alle Hochrufe unterblieben und Napoleon merken konnte, wie auch in Baiern, dessen frühere Geschichte so viele französische Allianzen aufzuzählen hat, die Rheinbundszeiten vorüber seien. Davon daß die süddeutschen Fürsten sich in Salzburg wie zu einem Erfurter Kongreß einfanden, war keine Rede. Fürst Hohenlohe soll eine Kabinetsfrage daraus gemacht haben. Auch kein Minister erschien. Nur der Großherzog von Hessen, welcher an dem Herrn von Dalwigk nicht den besten Rathgeber hat,

Digitized by Google

wußte es so einzurichten, daß er gerade zu jener Zeit bei seinem Schwiegervater, dem alten König Ludwig von Baiern, auf Leopoldskron bei Salzburg einen Besuch machte und so mit den allerhöchsten Herrschaften in Berührung kam.

Hinsichtlich Süddeutschlands hatte Napoleon sicherlich ein schlechtes Geschäft gemacht. Fürsten und Volk waren ihm entgegen, und Oestreich konnte sich in solche Plane nicht einlassen. Wollte er die Sache verfolgen, so stand er nach wie vor ohne Allianzen da. Mit dieser Gewißheit reiste das Kaiserpaar, nachdem es sich an Theatern und Koncerten und an dem Anblick der großartigen Alpenwelt ergetzt und erfrischt hatte, am 23. August Vormittags 8 Uhr von Salzburg ab, um am nämlichen Tage Straßburg, am nächsten Tage Paris zu erreichen. Kaum hatte es ein wenig ausgeruht, so machte es am 26. August eine kleine Rundreise nach dem nördlichen Frankreich, wo es die Städte Arras, Lille und Amiens besuchte. In ersterer Stadt versicherte der Bürgermeister den Kaiser, daß Frankreich durch die Vergrößerungen seiner Nachbarstaaten nicht im mindesten an Macht und Einfluß verloren habe und der Friede deßhalb nicht gefährdet sei, worauf Napoleon erwiderte: „Mit Recht haben Sie Vertrauen in die Zukunft. Nur schwache Regierungen suchen in auswärtigen Verwicklungen eine Ablenkung aus inneren Wirren." Dem Bürgermeister zu Lille gab er unter anderem zur Antwort: „Seit 14 Jahren haben sich viele meiner Hoffnungen verwirklicht, große Fortschritte wurden erzielt. Inzwischen schienen *schwarze Punkte* unsern Horizont verfinstern zu wollen. Aber wie mich das Glück nicht verblendet, so werden mich vorübergehende Unglücksfälle nicht entmuthigen." Offenbar wollte der Kaiser durch die erste dieser beiden Reden der Oppositionspartei, welche ihn vor die Alternative „Krieg oder Revolution!" stellte, erklären, daß er das eine nicht brauche und das andere nicht fürchte, während er mit den „schwarzen Punkten" eingestand, daß der Einfluß Frankreichs vermindert sei und man günstigere Konjunkturen abwarten müsse, um die alte Suprematie wieder herzustellen. Die letzte Wendung dieser Rede begeisterte Herrn Paul de Cassagnac zu einem widerlichen Kriegsgeschrei, das er im „Pays" gegen Preußen ausstieß: „Sie sind stolz auf ihre Militärorganisation, auf ihr erstes und zweites Aufgebot. Sie sehen aber nicht, daß sie nur eine Armee von 200000 Soldaten haben, und daß der Rest, aus dem sie so viel Geschrei

Digitized by Google

machen, aus Schustern und Bierbrauern besteht. Unsere Zuaven, unsere Garde und unsere Chasseurs brauchen nur in die erste Menschenmauer ein Loch zu brechen; alles Uebrige verschwindet alsdann wie im Jahre 1806. Die Rede von Lille zeigt, daß nun der letzte Schritt rückwärts unabänderlich gethan ist. Sie sollen also schweigen, diese Biertrinker und Sauerkrautesser!"

Auf diese und ähnliche Prahlereien und Hetzereien der französischen Presse erließ die Kreuzzeitung vom 1. Oktober einen Artikel, wie noch wenige über den Rhein geschickt worden sind. „Wir fürchten uns nicht, aber wir rühmen uns auch nicht. Wir werden niemand angreifen, vor niemandes Angriff aber uns scheuen. Nirgends werden wir Frankreich in den Weg treten, seine inneren Verlegenheiten durchaus nicht vermehren. Wir werden uns niemals einmischen in eine Frage, die der Entscheidung Frankreichs anheim steht; allein und frei möge es seinen Gang ordnen. Aber auch wir den unsrigen! Wir sind nicht gemeint, Herrn Drouyn de Lhuys zu bitten, daß Preußen Großmacht bleiben dürfe. Es fällt uns nicht ein, den kaiserlichen Vetter um Belehrung zu ersuchen über die Grenzpflicht des Rheinstromes. Alles das denken wir allein zu besorgen, und wir würden uns jede Intervention mit höflichstem Danke verbitten. Wir hoffen, dies werde genügen; Frankreich wird einsichtiger sein als die kriegstollen Journale von Paris. Wenn aber doch nicht, nun dann: Fuß beim Maal! und zu jedem Wettgang bereit, trotz aller Turkos und Fächerkanonen. Dem groben Klotz ein grober Keil!"

Diese Antwort erregte Aufsehen in Paris, und man mußte sich gestehen, daß die Zeiten sich doch sehr geändert haben. Noch weit mehr Aufsehen erregten einige officielle Kundgebungen, wovon die eine aus Karlsruhe, die zwei anderen aus Berlin kamen. Es handelte sich um Süddeutschland und sein Verhältniß zum norddeutschen Bunde. Dieses beruht, so weit es sich um die diplomatische Beurtheilung handelt, auf dem Artikel IV. des Prager Friedens. Derselbe lautet: „Der Kaiser von Oestreich erkennt die Auflösung des bisherigen deutschen Bundes an und gibt seine Zustimmung zu einer neuen Gestaltung Deutschlands ohne Betheiligung des östreichischen Kaiserstaates. Ebenso verspricht Se. Majestät das engere Bundesverhältniß anzuerkennen, welches der König von Preußen nördlich von der Linie des Mains begründen wird, und erklärt sich damit

Digitized by Google

einverstanden, daß die südlich von dieser Linie gelegenen deutschen Staaten in einen Verein zusammentreten, dessen nationale Verbindung mit dem norddeutschen Bund der näheren Verständigung zwischen beiden vorbehalten bleibt, und der eine internationale unabhängige Existenz haben wird." Daraus erhellt nur so viel, daß Oestreich sehr gut daran thut, wenn es sich in die fernere Entwicklung Deutschlands, auch in das Verhältniß zwischen Nord und Süd nicht im geringsten mehr mischt, und daß die süddeutschen Staaten berechtigt waren, einen Südbund zu schließen, welcher dann unter irgend einer Form eine „nationale Verbindung" mit dem norddeutschen Bund aufrecht hielt. Für diesen Fall war ihm jene „internationale unabhängige Existenz" ebenso gesichert wie jedem anderen Staate, und es wurde daher in den Kammerverhandlungen mit einigem Selbstgefühl von der „europäischen Stellung" des Landes gesprochen. Wenn aber diese Staaten einen solchen Verein nicht eingehen wollen, wie dies thatsächlich bewiesen ist, was dann? Sie haben ja eine unabhängige, souveräne Existenz, können also thun, was sie wollen. Auch haben sie durch den Allianzvertrag und durch die Uebertragung des Oberbefehls an den König von Preußen bereits Gebrauch von dieser neuen Freiheit gemacht. Dadurch sind die Bestimmungen des Prager Friedens bereits überholt, und wenn irgend einer der vier süddeutschen Staaten oder alle vier ihrer Souveränetät sich noch weiter entkleiden und geradezu in den norddeutschen Bund eintreten und denselben dadurch zum deutschen Bund umwandeln wollen, wem steht irgend ein Recht zu, sie zu hindern? und auf welchen Vertrag hin? Ihrem freiwilligen Eintritt kann rechtlich niemand etwas entgegenstellen; nur dazu gezwungen werden dürfen sie nicht. Was soll also dieser ganze Artikel für Süddeutschland? Er soll Preußen verhindern, einen äußeren Zwang auf dasselbe auszuüben; er soll demselben seinen freien Entschluß sichern. Wie aber dieser ausfällt, hierin ist Süddeutschland durch keinen Vertrag, durch keine Macht auf Erden beschränkt. Dies ist lediglich Sache des norddeutschen Bundes einerseits und der vier Südstaaten, sowohl aller zusammen als auch jedes einzelnen, andererseits.

Wenn schon Oestreich nicht das geringste Recht der Einsprache hat, wie steht es vollends mit Frankreich, mit dem doch fürwahr der Prager Friede nicht geschlossen worden ist? Und selbst dann, hätte es eben gerade so viel Recht wie Oestreich, nämlich gar

Digitized by Google

keines. Wenn es aber beständig erklärt, daß es, gemäß den Bestimmungen des Prager Friedens, den Eintritt Badens in den norddeutschen Bund, die Aufnahme einer preußischen Besatzung in Rastadt nicht dulden würde, worauf basirt denn diese diktatorische Erklärung? Wie gesagt, der Prager Friede geht Frankreich nichts an. Das einzige Recht, auf welches es sich berufen kann, ist das Kriegsrecht. So gut es den Vereinigten Staaten von Amerika erklären kann, daß es den Eintritt Mexikos in die Union als Kriegsfall ansehen würde, ebenso gut kann es den Vereinigten Staaten von Deutschland oder dem norddeutschen Bund sagen, daß es den Eintritt eines süddeutschen Staates in denselben mit einer Kriegserklärung beantworten werde. Dies und nur dies ist sein Recht, und es ist das nämliche, wie es jeder Raubritter des Mittelalters gehabt hat. Es ist nur zu wünschen, daß es ihm, falls es von diesem Recht Gebrauch machen sollte, gerade so geht, wie den thüringischen Raubrittern unter Kaiser Rudolf, dem ersten Habsburger.

Eine mannhafte Antwort auf ein solch anmaßendes Benehmen gab der Großherzog von Baden bei Eröffnung der Ständeversammlung am 5. September. Weit über die Grenzen Badens, ja Deutschlands hinaus drangen die patriotischen Worte dieses Fürsten: „Mein Entschluß steht fest, der nationalen Einigung mit dem norddeutschen Bunde unausgesetzt nachzustreben, und gerne werde Ich und wird mit Mir Mein getreues Volk die Opfer bringen, die mit dem Eintritt in denselben unzertrennlich verbunden sind. Sie werden reichlich aufgewogen durch die volle Theilnahme an dem nationalen Leben und die erhöhte Sicherheit für die freudig fortschreitende innere Staatsentwicklung, deren Selbständigkeit zu wahren stets Pflicht Meiner Regierung sein wird. Ist auch die Form der nationalen Einigung Süddeutschlands mit dem norddeutschen Bunde noch nicht gefunden, so sind doch schon bedeutungsvolle Schritte zu diesem Ziele gethan. Dank den Allianzverträgen der süddeutschen Staaten mit Preußen ist die erste und dringendste nationale Forderung erfüllt: Abwehr jedes Angriffs von außen mit den geeinigten Kräften aller unter einheitlicher Führung. In dem Zollparlament begrüße Ich, wenn auch seine Wirksamkeit eine beschränkte ist, doch freudig eine reguläre Vertretung des gesamten deutschen Volkes.“ Die englischen Journale begrüßten diese Rede mit Begeisterung, und die französische „Liberté“ bemerkte, „es

Digitized by Google

lasse sich daraus mit Bestimmtheit entnehmen, daß an dem Tage, an welchem Frankreich in die deutschen Angelegenheiten sich mischen würde, es mit 40 Millionen zu thun bekäme, und daß es dabei die Rolle des Mannes spielen würde, der sich, um sich vor dem Regen zu schützen, ins Wasser geworfen habe. Das europäische Gleichgewicht habe Frankreich bei der italienischen Frage zuerst gebrochen und könne auf diesen Vorgang hin die Einheit Deutschlands nicht zu verhindern suchen."

Der badischen Thronrede entsprach die von der zweiten Kammer mit allen gegen 5 Stimmen angenommene Adresse vom 16. September, in welcher gesagt wurde: „Wir hegen die zuversichtliche Erwartung, „daß die dauernde organische Verbindung mit dem norddeutschen Bund unter der Führung des mächtigsten deutschen Staates bald gefunden und damit die Wiedergeburt Deutschlands in einer Weise vollzogen sein wird, welche unserm Vaterlande die lange vermißte Machtstellung verleiht."

Wenn hier Fürst und Volk unter gemeinsamer, für jedermann sichtbarer Flagge dem vollständigen Eintritt in den norddeutschen Bund zusteuern, so herrschte in dem benachbarten Hessen nicht die gleiche Einmüthigkeit. Und doch hätte man, wenn in irgend einem der vier Südstaaten, gerade hier am meisten Hinneigung zu Norddeutschland suchen sollen, da der nördliche Theil des Großherzogthums schon zum norddeutschen Bund gehört. Auch fehlt es nicht an Solchen, welche den Eintritt der beiden andern Provinzen, Starkenburg und Rheinhessen, nur als die natürliche Konsequenz von dem Eintritt Oberhessens ansehen. Als daher am 3. Juni die norddeutsche Bundesverfassung der hessischen zweiten Kammer zur Annahme vorgelegt wurde, stellte der Abgeordnete Goldmann den Antrag, daß das ganze Großherzogthum in den norddeutschen Bund eintreten solle. Aber obgleich der größte Theil der Kammer dem Antrag beistimmte, wie er denn auch mit einer Mehrheit von 32 gegen 15 Stimmen angenommen wurde, so erklärte doch die Regierung, daß es an der Militärkonvention, an dem Schutz- und Trutzbündniß, an dem Zollvereinsvertrag, an der Abtretung des Post- und Telegraphenwesens an Preußen gerade genug sei. Sie könne doch der preußischen Regierung nicht zumuthen, über einen kaum geschlossenen Vertrag hinwegzugehen und so das gute Einvernehmen mit befreundeten Nachbarstaaten um einer relativ unbedeutenden Ausdehnung des norddeut-

Digitized by Google

schen Bundesgebiets willen zu trüben. Von dieser zarten Sorge geleitet, halte sie den gegenwärtigen Moment für ungeeignet, dem Antrag Folge zu geben und den sofortigen Eintritt in den norddeutschen Bund in Erwägung zu ziehen.

Wie unberechtigt diese Rücksichtnahme der hessischen Regierung auf Preußens Stellung zum vierten Artikel des Prager Friedens war, wie sich ihr kategorisches Nichtwollen hinter schönen Phrasen zu verstecken suchte, welche in Paris sicherlich besser gefielen als in Berlin, konnte man aus dem Rundschreiben des Grafen Bismarck vom 7. September sehen, worin er die preußischen Gesandten an den auswärtigen Höfen gerade über diesen Punkt instruirte. Das Aktenstück, welches den fremden Regierungen vorzulesen war, gehört zu den feinsten Erzeugnissen der Diplomatie. Es geht davon aus, wie die östreichischen und französischen Erklärungen, daß in Salzburg die inneren Angelegenheiten Deutschlands nicht in offensiver Weise besprochen worden seien, die preußische Regierung sehr befriedigt hätten. Unter dem Scheine, als ob er dies mit der Unschuld eines Kindes glaube, sagt dann Graf Bismarck mit einer Art Ironie, daß ein solches Verhalten das einzig mögliche sei, da die Nord- und Süddeutschen ihre Sachen ganz unter sich abmachen, jene auf diese nicht den mindesten Druck ausüben, ihren nationalen Wünschen aber stets Gehör schenken werden. „Die Aufnahme, welche jene Nachrichten und Voraussetzungen (über die Salzburger Besprechungen) in ganz Deutschland fanden, hat von neuem gezeigt, wie wenig das deutsche Nationalgefühl den Gedanken erträgt, die Entwicklung der Angelegenheiten der deutschen Nation unter die Vormundschaft fremder Einmischung gestellt oder nach anderen Rücksichten geleitet zu sehen, als nach den durch die nationalen Interessen Deutschlands gebotenen. Wir haben es uns von Anfang zur Aufgabe gemacht, den Strom der nationalen Entwicklung Deutschlands in ein Bett zu leiten, in welchem er nicht zerstörend, sondern befruchtend wirke. Wir haben alles vermieden, was die nationale Bewegung überstürzen könnte, und haben nicht aufzuregen, sondern zu beruhigen gesucht. Dies Bestreben wird uns, wie wir hoffen dürfen, gelingen, wenn auch von auswärtigen Mächten mit gleicher Sorgfalt alles vermieden wird, was bei dem deutschen Volke eine Beunruhigung hinsichtlich fremder Plane, deren Gegenstand es sein könnte, und in Folge dessen eine gerechte Erregung des Gefühls nationaler Würde und

Digitized by Google

Unabhängigkeit hervorrufen könnte. Wir werden dieser Haltung (keinen moralischen Druck auf die Entschließungen der süddeutschen Regierungen zu üben) auch ferner treu bleiben. Der norddeutsche Bund wird jedem Bedürfnisse der süddeutschen Regierungen nach Erweiterung und Befestigung der nationalen Beziehungen zwischen dem Süden und dem Norden Deutschlands auch in Zukunft bereitwillig entgegenkommen, aber wir werden die Bestimmung des Maßes, welches die gegenseitige Annäherung innezuhalten hat, jederzeit der freien Entschließung unserer süddeutschen Verbündeten überlassen."

Dies war freilich eine andere Sprache als jenes Versteckenspielen des Herrn von Dalwigk. In Paris merkte man recht wohl, wie die eigentliche Adresse des Rundschreibens laute. Alle Journale beschäftigten sich mit demselben. Die officiöse France fragte, ob denn Frankreich dieser Einigung Deutschlands nicht Einhalt thun müsse oder wenigstens eine Entschädigung verlange. Die Presse rief aus: „Wagt den Main zu überschreiten und wir werden sehen!" Die Opinion nationale hielt eine solche Verspottung Frankreichs für unerträglich und forderte den Krieg. Die Situation tröstete sich nur damit, daß Preußen „am Vorabend von Jena stehe." Die Debats waren vernünftig genug, die Sache auf den einfachen Satz zurückzuführen: „Mahomet kommt nicht zum Berg, sondern der Berg kommt zu Mahomet" und sich in dieses Zusammenfinden von Nord- und Süddeutschland mit philosophischem Bewußtsein zu schicken. Von den englischen Blättern äußerte Daily News: „Seit dem Prager Frieden ist nichts aus dem preußischen Kabinet hervorgegangen, das mehr einer Großmacht würdig gewesen wäre, die ruhig dasteht in dem Bewußtsein ihrer Stärke und ebensoweit entfernt ist, zu beleidigen als sich beleidigen zu lassen. Das Rundschreiben hat den doppelten Vorzug entschlossener Freimüthigkeit und stolzer Zurückhaltung, aber die Freimüthigkeit ist höflich und wohlbedacht und die Zurückhaltung ist frei von Dunkelheit. Die Sprache Bismarcks erscheint zahm gegen die Reden badischer Abgeordneter, aber in ihrer Zurückhaltung liegt die Beredsamkeit des unerschütterlichen Entschlusses." Auch die italienischen Blätter nahmen Notiz davon. Die Turiner Zeitung sagte: „Nie, seit Napoleon I., hörte man in Europa eine solche Sprache, doch mit dem Unterschied, daß die Sprache, deren sich der große Eroberer bediente, wie Unter-

Digitized by Google

werfung der Völker klang, während die des Hauptes der preußischen Regierung den Grundsätzen der Nationalität Ausdruck verleiht und früher oder später das größte aller Güter, die Freiheit, in Aussicht stellt." Die Mailänder Perseveranza kam zu folgendem Geständniß: „Deutschland konstituirt sich ungleich kräftiger als Italien. Die Einheit verursacht dort weit nicht soviel Gejammer und Geschrei wie bei uns. Die Unabhängigkeit des deutschen Geistes vom französischen wird hinreichen, Deutschland von jener furchtbar raschen Centralisation auf dem Gebiet der Gesetzgebung und Verwaltung zu bewahren, welche uns durch die Abhängigkeit unsres Geistes vom französischen aufgenöthigt wurde. Auch ist dort die radikale Partei unterlegen und beseitigt worden, man hat nicht ihre Hilfe gebraucht und verlangt, wie dies bei uns der Fall war. Die konservativen Elemente sind so noch in frischer Kraft vorhanden, und bevor sie verbraucht sind, wird der Staat fertig und für alle Dauer gegründet sein."

Zu seiner dauernden Gründung geschah alles, was geschehen konnte. Die Verbindung, welche Preußen mit seinen norddeutschen Verbündeten geschlossen hatte, wurde von Monat zu Monat enger, der gemeinsamen Einrichtungen wurden es immer mehr. Vom 1. Juli an übernahm Preußen das Postwesen aller derjenigen Staaten, in welchen bisher der Fürst von Thurn und Taxis dasselbe als Monopol gehabt hatte. Das Monopol wurde gegen Entschädigung vertragsmäßig aufgehoben. Mit sämtlichen kleineren Bundesstaaten schloß es im August und September Militärkonventionen ab, wonach jene theils von der Stellung eines eigenen Kontingents ganz absehen und ihre militärische Bundesleistung einfach an Preußen übertragen, theils, wie die sieben thüringischen Staaten, ihre besonderen Kontingente als Bestandtheile des norddeutschen Bundesheeres aufrecht erhalten, dabei aber die vollständige Verschmelzung ihrer Kontingente mit den preußischen Truppen anbahnen und dem König von Preußen die Ernennung sämtlicher Officiere überlassen. Bis zum 1. Oktober waren all diese neuen Militärorganisationen fertig, und die norddeutschen Truppen hatten an diesem Tage dem König von Preußen den Fahneneid zu schwören. Den Zuwachs an Truppen, welchen Preußen durch die neuen Formationen in den annektirten Provinzen und den Kleinstaaten des norddeutschen Bundes in diesem Jahre erhalten hat, schätzt man

Digitized by Google

auf 170,000 oder 180,000 Mann, welche sofort zum Ausrücken bereit sind. Auch eine Art Civilkonvention, wonach die Verwaltung des Fürstenthums Waldeck-Pyrmont, vorerst auf die Dauer von 10 Jahren, an Preußen übergehen sollte, wurde in dem Vertrag vom 18. Juli mit dem Fürsten jenes Ländchens geschlossen. Die neue Verwaltung sollte am 1. Januar 1868 beginnen, begann aber thatsächlich am 1. Oktober 1867.

Die Eröffnung des norddeutschen Reichstags, welcher auf Grund der neuen Verfassung am 31. August neu gewählt wurde, gab Anlaß zu weiteren Erklärungen. Weitaus die bedeutendste unter den Wahlen war die im zweiten schleswig'schen Wahldistrikt Flensburg-Apenrade. Hier hatten die Dänen bei der Reichstagswahl vom 12. Februar den dänischen Landmann Ahlmann durchgesetzt. Auf ihre Behauptung hin, daß das Dänenthum südlich bis Flensburg reiche, und daß die Abtretung bis dahin sich erstrecken müsse, galt es nun, ihnen in offener Wahlschlacht zu zeigen, daß hier die Deutschen die Mehrzahl haben. Der frühere Sieg war bloß durch die Uneinigkeit der Deutschen errungen worden, wovon die einen einen preußisch gesinnten, die anderen einen augustenburgischen Kandidaten aufgestellt hatten, während die Dänen fest zusammenhielten. Es wurden daher die Schleswiger an ihre nationale Pflicht erinnert und das Beispiel der Provinz Posen ihnen vorgehalten, wo einem polnischen Kandidaten gegenüber die liberale und die Regierungspartei der Deutschen ihre Streitigkeiten ruhen lassen und als eine einzige deutsche Partei auch nur *einen* Kandidaten aufstellen. Die Schleswiger nahmen sich das gute Beispiel zu Herzen und setzten mit einer Mehrheit von beinahe 1000 Stimmen die Wahl des deutschen Kandidaten, Regierungsrath Kraus, gegen Ahlmann durch.

Die Thronrede vom 10. September war mehr eine geschäftliche als eine politische zu nennen. Kein Wort über auswärtige Angelegenheiten, aber der Ausdruck der Genugthuung, daß die Verfassung des norddeutschen Bundes auf verfassungsmäßigem Wege in allen Bundesstaaten Gesetz geworden sei. Mehrere Gesetzentwürfe, hauptsächlich materiellen, auf den Verkehr des bürgerlichen Lebens bezüglichen Inhalts (Freizügigkeit, Paßwesen, Maß- und Gewichtsordnung, Postwesen, Errichtung von Bundeskonsulaten) wurden dem Reichstag zur Berathung angekündigt. Obenan stand die Aufforderung zur Gutheißung eines wichtigen Schrittes für die „Ordnung der natio-

Digitized by Google

nalen Beziehungen des Bundes zu den süddeutschen Staaten", zu der Genehmigung des neuen Zollvereinsvertrags, woraus das Zollparlament hervorgehen sollte.

Hatte der König nach dem Rundschreiben vom 7. September keinen Grund, schon nach drei Tagen sich aufs neue über die Entwicklung der deutschen Verhältnisse zu äußern, so lag viel daran, daß der Reichstag das Votum von 30 Millionen Deutscher in die Wagschale lege, seinerseits gleichfalls eine Antwort auf Salzburg und die französischen Anmaßungen gebe und dadurch das innige Zusammengehen zwischen Reichstag und Bundesregierung in dieser Frage konstatire. In der Antwortsadresse, welche in der Sitzung vom 24. Sept. mit 157 gegen 58 Stimmen angenommen wurde, erklärte der Reichstag: „Wir unsererseits dürfen das große Werk erst dann für vollendet erachten, wenn der Eintritt der süddeutschen Staaten in den Bund auf Grund des Artikels 79 der Verfassung des norddeutschen Bundes erfolgt sein wird. Mit Freuden begrüßen wir deßhalb jede Maßregel Eurer Majestät, welche uns diesem ersehnten Ziele in freier Vereinbarung aller Theile näher führt. Die unwiderstehliche Macht nationaler Zusammengehörigkeit und die Harmonie aller materiellen und geistigen Interessen schließt jeden Rückschritt auf dem betretenen Wege aus. Das deutsche Volk, von dem Wunsche beseelt, mit allen Völkern in Frieden zu leben, hat nur das Verlangen, seine eigenen Angelegenheiten in voller Unabhängigkeit zu ordnen. Entschlossen, jeden Versuch fremder Einmischung in ruhigem Selbstvertrauen zurückzuweisen, wird Deutschland dieses unbestreitbare Recht unter allen Umständen zur thatsächlichen Geltung bringen."

Die Angriffe, welche die Adresse von demokratischer und partikularistischer Seite erfuhr, gaben dem Grafen Bismarck Gelegenheit, seinen nationaldeutschen Standpunkt nach mancher Seite hin noch klarer zu beleuchten. Derselbe stand dem Reichstag zum erstenmal in seiner neuen Würde als Bundeskanzler gegenüber, welche Auszeichnung ihm der König durch Erlaß vom 1. Juli verliehen hatte. Auf die Bemerkung des Leipziger Abgeordneten Bebel, daß man immer nur von Errungenschaften rede, nie von den Verlusten, von Luxemburg und Nordschleswig kein Wort spreche, entgegnete Graf Bismarck, daß „nach der Auflösung des deutschen Bundes Preußen gegen den Willen des Landessouveräns kein zweifel-

Digitized by Google

loses Recht mehr auf die Besatzung in Luxemburg gehabt habe, so wenig wie es ein solches ohne einen neuen Vertrag mit dem Großherzog von Hessen in Mainz gehabt hätte oder in Widerspruch mit dem Großherzog von Baden in Rastadt ausüben könnte." Mit dem letzteren Beispiel war klar genug gesagt, daß eine preußische Besatzung in Rastadt nur eine Verständigung mit der badischen Regierung bedürfe, und daß keine andere, zumal nicht eine auswärtige, darein zu reden haben würde. Ueber Nordschleswig bemerkte er, „die Schwierigkeit liege darin, daß mit den Dänen auch Deutsche wieder an Dänemank kommen werden. Wenn sich alle Dänen auf einem Fleck versammelt befänden, so würde es eine sehr thörichte Politik sein, wenn man der Sache nicht durch einen kurzen Strich ein Ende machte. Doch wäre Preußen in manche Lage nicht gekommen, wenn die Haltung der Schleswig-Holsteiner selbst nicht eine solche gewesen wäre, daß sie aus Partikularismus vergessen hätten, daß sie Deutsche seien." Auf die Frage eines hessischen Abgeordneten, wie es denn mit jener Aeußerung des Herrn von Dalwigk stehe, daß er, wenn er den Eintritt des ganzen Großherzogthums Hessen in den norddeutschen Bund betriebe, der preußischen Regierung jetzt nur Verlegenheiten bereiten würde, erwiderte Graf Bismarck, „er habe dem hessischen Minister mit keinem Worte Anlaß zu dieser Aeußerung gegeben." Damit war angedeutet, daß dem Eintritt auch eines einzelnen süddeutschen Staates von preußischer Seite nichts im Wege stehe, wie dies auch im Artikel 79 der norddeutschen Bundesverfassung ausdrücklich bestimmt ist. Ueber die Adresse selbst sagte der Bundeskanzler: „Wir sehen sie nicht so an, als ob sie die Regierungen zu einer rascheren Aktion, als diese selbst für räthlich halten, drängen wolle. Unser Standpunkt ist in dem Rundschreiben vom 7. Sept. dargelegt. Aus diesem Standpunkt hervorzutreten, sind wir nicht gesonnen. Aber wir sind auch überzeugt, daß, wenn die deutsche Nation, Süden und Norden, die Einheit wollen, keine deutsche Regierung, kein deutscher Staatsmann stark genug, kein deutscher Staatsmann muthig oder, ich möchte vielmehr sagen, kleinmüthig genug sein wird, um dies hindern zu wollen."

Die Adresse des Reichstags wurde dem König am 3. Oktober auf der Burg Hohenzollern, welche, aufs glänzendste restaurirt, an diesem Tage eingeweiht wurde, vom Präsidenten Simson überreicht.

Digitized by Google

Der König von Preußen hatte mit seiner Gemahlin und dem Kronprinzen einige Tage auf der reizenden Besitzung seines Schwiegersohnes, des Großherzogs von Baden, auf der Insel Mainau zugebracht und dort am 1. Oktober den Besuch des württembergischen Königspaares empfangen. Zur Erwiderung dieses Besuches fuhren die preußischen Majestäten am Vormittag des 2. Oktober nach Friedrichshafen, und von da reisten sie Nachmittags nach ihrer Stammburg Hohenzollern ab. Unterwegs wurden sie bei der Durchfahrt durch Geislingen mit Böllerschüssen und von der zahlreich versammelten Bürgerschaft mit lautem Hochrufen empfangen, auch in dem mehr skeptischen Tübingen dem König und dem Kronprinzen von dem zahlreichen Publikum ein mehrmaliges Hoch ausgebracht. Präsident Simson begleitete die Uebergabe der Adresse mit folgender Ansprache: „Diese Stätte weist auf den ersten Anfang des preußischen Königshauses hin; von diesem Felsen aus trug ein Geschlecht großer Fürsten die Segnungen seiner Regierung nordwärts bis an die beiden Meere; dort erblühte unter ihrem Scepter aus Ruinen neues Leben, dort wurde der Grund des neuen deutschen Staates gelegt, und nun bringt heute in diese edlen Räume die Stimme von 30 Millionen Deutscher, eines verfassungsmäßig zu einem Staatskörper geeinigten Volkes.“ Nach dreitägigem Aufenthalt reiste der König, die Königin und der Kronprinz von Preußen am 6. Okt. über Augsburg, wohin König Ludwig II. von Baiern zur Begrüßung herbeieilte, nach Nürnberg und am folgenden Tage von da nach Weimar und später nach Berlin zurück.

Dies war keine Salzburger Reise. Fürsten und Volk in Süddeutschland kamen dem mächtigsten deutschen König mit freudigem Vertrauen entgegen. Wenn auch die nationale Einigung mit dem norddeutschen Bund noch nicht von allen Seiten gefordert wird, so ist doch Süddeutschland durch die Allianz- und Zollvereinsverträge mit unauflöslichen Banden an jenen Bund geknüpft und entschlossen, im Verein mit dem Norden jedem Versuch fremder Einmischung als ein einiges Volk entgegenzutreten. Es war nun eben damals die Sache Süddeutschlands, seine Stimme für diese Verträge, welche den einzelnen Landtagen zur Annahme vorzulegen waren, zu erheben. In diesem Sinne, aber auch im Sinne der Reichstagsadresse waren die sieben Resolutionen abgefaßt, welche etwa 50 freisinnige, die Einigung Deutschlands anstrebende Männer aus den

Digitized by Google

vier süddeutschen Staaten am 4. August bei einer Zusammenkunft in Stuttgart beriethen und annahmen. In dem Programm dieser Versammlung wurde die Wiedervereinigung der süddeutschen Staaten mit Norddeutschland als die unentbehrliche Lebensbedingung des deutschen Volkes bezeichnet, jede fremde Einmischung in seine Selbstgestaltung zurückgewiesen, die Schutz- und Trutzbündnisse mit Preußen und dem norddeutschen Bund als erster Schritt zur Schaffung einer nationalen Armee und zur Sicherung der politischen Einheit gegen außen gutgeheißen, die Zolleinigung als die nothwendige Reform der bisher höchst unvollkommenen Zollvereinsverfassung freudig begrüßt, der Wunsch nach weiterer Theilnahme an den durch die norddeutsche Bundesverfassung gewährten Rechten ausgesprochen und auf die bevorstehenden Wahlen zum Zollparlament als in diesem Geiste zu vollziehende hingewiesen. An diese Versammlung schloß sich die Landesversammlung der deutschen Partei in Württemberg an, welche am 27. Sept. gleichfalls in Stuttgart tagte und außer speciell württembergischen Dingen obige Resolutionen in ihre Anträge aufnahm.

Die Frage über die Annahme der Verträge mit Preußen hielt den ganzen Oktober hindurch Süddeutschland in Athem. In Hessen war der Zollvereinsvertrag schon am 17. August von der zweiten Kammer mit 31 gegen 5 Stimmen und darauf auch von der ersten Kammer genehmigt worden. In Baiern, wo der Verfassung gemäß das Schutz- und Trutzbündniß mit Preußen der Zustimmung des Landtags nicht bedurfte, wurden die beiden Kammern auf den 28. September einberufen. Viele Abgeordnete hatten in ihren Wahlbezirken Versammlungen im Sinne des Stuttgarter Programms gehalten. Als einer der eifrigsten Vertheidiger desselben und als einer der populärsten Redner galt Dr. Völk von Augsburg, welcher in dieser Stadt in einer Versammlung der Fortschrittspartei am 6. Oktober den Anschluß an den Norden empfahl. „Ich weiß, daß man der norddeutschen Bundesverfassung den Vorwurf des Mangels freiheitlicher Entwicklung und der Tödtung partikularer Eigenthümlichkeiten macht. Sie ist auch wahrlich kein Ideal, sie hat der Fehler sehr viele; aber sie ist der Anfang eines großen Lebens der deutschen Nation, und wenn wir eine Probe darüber machen wollen, was sie werth ist, so fragen wir bei den Fremden an, dort an der Themse und an der Seine, namentlich in Frankreich, wo der lüsterne

Digitized by Google

LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Feind sitzt. Dort werden wir erfahren, was die norddeutsche Verfassung und der norddeutsche Bund werth ist, wenn wir finden, wie man sich fürchtet Angesichts des Zusammenschließens von 30 Millionen Deutscher. Wer dabei nicht ein freudiges Zucken im eigenen Herzen empfindet, der ist nicht werth, ein Deutscher zu sein."

So offenherzig wie Herr Völk konnte sich der Präsident des bairischen Ministeriums, Fürst Hohenlohe, nicht auslassen. Er hatte nach allen Seiten hin Rücksichten zu nehmen und sollte die Kunst ausüben, das Schifflein vorwärts zu bringen, ohne daß die Passagiere es merkten. Seine schlimmsten Feinde sind die Feudalen und Ultramontanen, welche im Reichsrath ihr Lager aufgeschlagen haben und den Augenblick erlauern, wo sie den Minister stürzen und seine Stelle einnehmen können. Diesen Leuten war der vorige Bundestag noch viel zu liberal, viel zu centralisirend, und nun sollten sie an dem norddeutschen Bund, welcher vor mittelstaatlichem und reichsräthlichem Partikularismus so wenig Respekt zeigt, Geschmack finden. Nicht nach Preußen, sondern nach Oestreich war ihr Blick gewendet, von welcher Richtung die bairische Politik sich sobald nicht wird losmachen können. Erst die neuesten Enthüllungen des östreichischen Rothbuchs gaben Belege hiezu. Es wird darin ein Brief des Freiherrn von Beust veröffentlicht, welchen derselbe am 19. April an den östreichischen Gesandten in Berlin, Graf Wimpffen, über die Mission des Grafen Tauffkirchen geschrieben hat. Diesen Diplomaten schickte Fürst Hohenlohe im April, zur Zeit der Luxemburger Frage, nach Berlin und Wien, um zwischen Preußen und Oestreich eine Allianz anzubahnen und Süddeutschland in ein intimeres Verhältniß zu Oestreich zu bringen. Nach der Darstellung des Herrn von Beust habe sich Graf Bismarck sehr günstig über eine enge Allianz Preußens mit Oestreich ausgesprochen und den Grafen Tauffkirchen ermächtigt, in Wien Anerbietungen zu machen. Dieser habe von einer Garantie der deutsch-östreichischen Provinzen, von einer völkerrechtlichen Allianz Oestreichs mit Nord- und Süddeutschland als einem Uebergang zu bleibenden, engeren Vertragsverhältnissen gesprochen, welche, für Oestreich wie für Deutschland gleich vortheilhaft, den früheren Staatenbund ersetzen könnten. Da aber der bairische Unterhändler zu festen Anerbietungen nicht ermächtigt war und keine greifbaren Vortheile für Oestreich mitbrachte, so habe Herr von Beust den Allianzantrag abgelehnt. Denn er habe sich

Digitized by Google

sagen müssen, daß durch dieses Bündniß Oestreich in einen Krieg mit Frankreich verwickelt werden könnte, im Fall einer Niederlage dessen Rache zu fürchten hätte, im Fall eines Sieges von dem verbündeten Preußen doch nichts als einen schönen Dank bekäme, eine Aussicht, welche doch nicht so lockend sei, daß nicht strenge Neutralität für Oestreich sich als das zweckmäßigste empfehle. Da aber auch Frankreichs Anerbietungen damals zurückgewiesen wurden, so war man damals in Paris mit der östreichischen Politik nicht zufrieden, wohl auch nicht mit der Veröffentlichung dieser Verhandlungen.

Damit war für den Fürsten Hohenlohe angezeigt, daß die Vermittlerrolle, welche auch die Fröbel'sche „Süddeutsche Presse" der bairischen Politik aufdringen möchte, nicht immer Rosen bringe. Er hielt es daher für gerathen, am 8. Oktober, als er der Abgeordnetenkammer den Zollvereinsvertrag vorlegte, sich über die Richtung der bairischen Politik näher auszusprechen. Nachdem er die verschiedenen Möglichkeiten, welche für die Allianzbedürfnisse Baierns und ganz Süddeutschlands in Frage kommen, angeführt und beleuchtet hatte, sagte er: „Wir wollen nicht den Eintritt Baierns in den norddeutschen Bund, kein Verfassungsbündniß der süddeutschen Staaten unter der Führung Oestreichs, keinen südwestdeutschen Bundesstaat, der für sich abgeschlossen wäre oder sich gar an eine nichtdeutsche Macht anlehnte, wir wollen ebensowenig eine Großmachtspolitik und glauben nicht, daß Baiern in einer Vermittlerrolle das Endziel seiner Politik zu suchen hat. Das ist es, was wir nicht wollen. Was wir aber wollen, und was wir auch ferner anstreben werden, ist die nationale Verbindung der süddeutschen Staaten mit dem norddeutschen Bunde und damit die Einigung des zur Zeit getrennten Deutschlands in der Form eines Staatenbundes. Es wäre weder korrekt noch zweckmäßig noch in friedlicher Weise durchführbar, daß einzelne Staaten südlich des Mains mit Norddeutschland in nähere Verbindung träten. Das nationale Band, das zwischen uns und dem norddeutschen Bund geschaffen werden soll (dieser Staatenbund zwischen dem norddeutschen Bund und den süddeutschen Staaten unter dem Präsidium Preußens und dabei Allianz mit Oestreich), muß den ganzen Süden umfassen. Nur in dieser Form ist es zulässig und zur Zeit erreichbar."

Dieses neue Programm, welches dem vom 19. Januar sehr

Digitized by Google

ähnlich ist, ließ in seinen negativen Theilen an Klarheit nichts zu wünschen übrig, um so mehr aber in seinen positiven. Denn unter diesem „Staatenbund" werden wenige sich etwas Praktisches denken können, davon gar nicht zu reden, daß damit schwerlich das nationale Ziel Deutschlands bezeichnet ist. Daher haben vielleicht diejenigen Recht, welche sagen, Fürst Hohenlohe sei im Grund mit der nationalen Forderung einverstanden; da er aber auf die vielen seine Stellung bedrohenden Widerstandskräfte Rücksicht nehmen zu müssen glaube, so sei er genöthigt, sein politisches Programm in einem mystischen Halbdunkel zu verhüllen. Die Behauptung, daß der Eintritt eines einzelnen süddeutschen Staates in den norddeutschen Bund unzuläßig sei, erschien für Solche sehr auffallend, welche den Artikel 79 der Bundesverfassung, die badische Thronrede, das Rundschreiben Bismarcks und die Adresse des Reichstags gelesen hatten. Bedenklicher aber war die Nachricht, daß die bairische Kammer der Reichsräthe, durch die Niederlagen von 1866 noch nicht gewitzigt, als könnte sie dadurch Rache dafür nehmen, den Zollvertrag verwerfen wolle und auf den Austritt Baierns aus dem Zollverein hinarbeite. Und aus Stuttgart mußte man sogar hören, daß von der Kommission der Abgeordnetenkammer die eine Hälfte die Annahme, die andere die Verwerfung des Zollvereinsvertrages beantrage, daß dagegen das Schutz- und Trutzbündniß mit Preußen in ernstlicher Gefahr sei, da die Kommission mit 5 gegen 3 Stimmen beschlossen habe, den Antrag zu stellen, demselben die verfassungsmäßige Zustimmung zu versagen. Alles schien hier aus den Fugen gehen zu wollen. Man glaubte Salzburg näher zu sein als je.

Schon am 8. Oktober, als der norddeutsche Reichstag die Zollvereinsverträge zu berathen hatte, deutete der Abgeordnete Braun darauf hin, daß, falls in Württemberg das Schutz- und Trutzbündniß von der Kammer verworfen werde, der Reichstag sich veranlaßt fühlen könnte, bei der erst später erfolgenden Schlußberathung der Erneuerung des Zollvereins mit Württemberg nicht zuzustimmen. Denn, sagte er, „wenn sie nicht mit uns zusammenhalten wollen zu Schutz und Trutz, so fühlen wir uns auch nicht veranlaßt, mit ihnen zusammen zu halten in Handel und Wandel. Ohne den Schutz der Wehrkraft nach außen kann Handel und Wandel nicht aufblühen, da sie der nächsten Zukunft nicht sicher sind." Bei der Schlußberathung am 26. Oktober, an welchem Tage Nachmittags der Reichs-

Digitized by Google

tag geschlossen wurde, stellte Braun den von 125 Mitgliedern unterstützten Antrag, daß der Reichstag nur denjenigen süddeutschen Staaten gegenüber die Zollvereinsverträge genehmigen wolle, welche die Rechtsverbindlichkeit der Allianzverträge nicht in Frage stellen. Graf Bismarck erklärte sich mit diesem Antrag einverstanden, zweifelte aber nicht daran, daß die Allianzverträge ehrlich gehalten werden, da die Ratifikationen von den süddeutschen Fürsten uneingeschränkt und ohne Klausel erfolgt seien und diese Fürsten sich gewiß jeder Zeit zu ihren Worten bekennen werden. Auch fügte er hinzu, daß man doch ja nicht glauben solle, „diese Verträge seien für den Süden nur eine Last, eine Pflicht zur Heeresfolge, nur für den Norden ein Nutzen. Die Pflicht der Heeresfolge liege ja auch dem Norden ob. Der Süden, wenn er in Händel verwickelt werde, erhalte von dem Norden eine weit bessere Unterstützung, als er selbst zu bieten vermöge. Es sei keine Kleinigkeit, in Zeitläuften, wie sie jetzt in Europa seien, wo das Schwert unter Umständen hart in die Wagschale fallen könne, wenn da ein kleiner, an sich europäisch nicht wehrfähiger Staat auf die fast unbegrenzte Ziffer von Bajonetten sich berufen könne, welche der norddeutsche Bund ihm zur Seite stelle." Der Antrag Brauns wurde mit 177 gegen 26 Stimmen angenommen. Zugleich ertheilte die preußische Regierung ihren Gesandten in Baiern und Württemberg den Auftrag, „die Zollvereinsverträge von 1865 am 31. Oktober zu kündigen, wenn bis dahin der neue Zollvereinsvertrag vom 8. Juli 1867 in München nicht sicher gestellt und nicht jeder Zweifel an der Aufrechthaltung des von der württembergischen Regierung geschlossenen und von dem König von Württemberg ohne allen Vorbehalt ratificirten Bündnisses vom 13. August 1866 beseitigt werde."

Nirgends stimmte man mit den Anschauungen des norddeutschen Reichstags so sehr überein als in Karlsruhe. Um so weniger gefiel dort das Programm des Fürsten von Hohenlohe. Daher richtete in der zweiten Kammer der Abgeordnete Wundt am 14. Oktober eine Interpellation an die Regierung, ob politische Verhandlungen zwischen den süddeutschen Regierungen über ihr Verhältniß zum norddeutschen Bund stattgefunden, ob bei denselben eine Verbindung jener mit diesem in der Form eines Staatenbundes und gleichzeitige Allianz jener Staaten mit Oestreich beabsichtigt sei, und ob die Behauptung Hohenlohes, daß der Eintritt eines einzelnen süddeutschen Staates

Digitized by Google

in den norddeutschen Bund unausführbar sei, auf bestimmte, aus diplomatischen Verhandlungen hervorgegangene Gründe sich stütze. Der Minister des Auswärtigen, Herr von Freydorf, antwortete, daß allerdings, in Folge einer Note des Fürsten von Hohenlohe vom 6. Mai, Verhandlungen zwischen den süddeutschen Staaten über Bildung eines weiteren Bundes mit dem norddeutschen Bund stattgefunden haben, daß man sich bis jetzt wohl über Einleitung von Verhandlungen mit dem norddeutschen Bund und über die Idee eines weiteren Bundes, aber noch nicht über die Grundlagen der Verfassung dieses Bundes verständigt habe. Für das Verhältniß dieses weiteren Bundes zu Oestreich sei die Stellung maßgebend, welche Preußen und der norddeutsche Bund zu Oestreich einnehmen und einzunehmen gedenken, daher sich die Regierung über diesen Punkt noch gar nicht geäußert habe. Ueber den Eintritt eines einzelnen süddeutschen Staates in den norddeutschen Bund habe Fürst Hohenlohe nicht weiter als seine persönliche Ueberzeugung aussprechen können, welche wohl auf einer besonderen Auslegung des Artikels IV des Prager Friedens und auf allgemeinen politischen Anschauungen über die Lage der Dinge in Mitteleuropa, aber nicht auf irgend welchen politischen Verhandlungen, diplomatischen Aktenstücken und Aeußerungen betheiligter oder fremder Mächte beruhe. Die badische Regierung habe hierüber eine andere Ansicht; sie suche die nationale Einigung des Landes mit dem Norden anzubahnen, werde sich jedoch glücklich schätzen, wenn diese Einigung in Gemeinschaft mit den drei süddeutschen Nachbarstaaten erfolgen könne.

Diese Berathung wurde in der Sitzung vom 18. Oktober, in welcher der Allianzvertrag mit Preußen auf der Tagesordnung stand, fortgesetzt. Herr von Freydorf erklärte, „daß, falls der weitere Bund zwischen Nord- und Süddeutschland zu Stande käme, das deutsche Volk nur in einem gemeinsamen Parlament, nicht in den acht Kammern der süddeutschen Staaten seine nationale Vertretung erhalten könne. Die badische Regierung habe den übrigen süddeutschen Staaten diesen Vorschlag gemacht und hoffe damit durchzudringen. Ein anderes Projekt könne der norddeutsche Bund gar nicht annehmen. Man werde demselben doch nicht zumuthen wollen, daß er seine gesetzgeberischen Arbeiten von den acht süddeutschen Kammern abhängig machen solle." Der Allianzvertrag wurde mit allen Stimmen gegen die des ultramontanen Abgeordneten Lindau ge-

Digitized by Google

nehmigt und am 19. Oktober der Zollvereinsvertrag einstimmig angenommen, worauf die erste Kammer am 23. Oktober beiden Verträgen ihre Zustimmung gab.

Auch in der bairischen Abgeordnetenkammer, welche am 21. und 22. Oktober über den Zollvereinsvertrag debattirte, zeigte sich eine günstige Stimmung. Zwar meinte der ultramontane Dr. Ruland, Bibliothekar in Würzburg, der vorliegende Vertrag sei das dritte Glied in der Sklavenkette, durch welche Baiern an Preußen geschlossen werden solle. Eine Kündigung des Zollvereins sei nicht zu fürchten, und wenn je, so werde man es in Baiern auch ohne denselben aushalten können; die Leute hätten sich doch auch ganz wohl befunden, als der deutsche Zollverein noch gar nicht bestanden habe. Und Ministerialrath Dr. Weis sagte nicht minder naiv, die immense Majorität des Landes wolle nichts von einer Unterordnung Baierns unter Preußen wissen, nur eine winzig kleine Anzahl neige dazu hin, und diesem allgemeinen Gefühle des bairischen Volkes werde Preußen, auf ein Votum dieses Hauses hin, gewiß Rechnung tragen und günstigere Bedingungen stellen. Aber solche Stimmen waren denn doch sehr vereinzelt. Dr. Barth entgegnete ihnen, wenn Baiern jetzt Nein sage, so werde es die nächsten sechs Monate in den Tag hineinleben, und dann werde es wiederkommen und bitten: „Um Gotteswillen laßt uns doch wieder in den Zollverein hinein!" Der Abgeordnete Brater sprach mit Entrüstung von einer französischen Partei in Baiern, deren Fahne nicht bloß von den Ultramontanen, sondern in den einflußreichsten Kreisen mit schamloser Offenheit aufgesteckt worden sei. Die Ideen des ersten Napoleonischen Kaiserreiches seien noch in sehr vielen Kreisen lebendig. Um so dringender sei eine rasche Einigung mit dem Norden, damit es jener vaterlandsverrätherischen Partei, selbst wenn sie ans Ruder des Ministeriums käme, nie mehr gelinge, ihre Rheinbundtendenzen zu verwirklichen.

Mit 117 gegen 17 Stimmen wurde am 22. Oktober der Zollvereinsvertrag von der Abgeordnetenkammer genehmigt, worauf aus allen Theilen des Landes von den Gemeindekollegien, den Handels- und Gewerbekammern Dankadressen an das Abgeordnetenhaus erlassen wurden, was mit der von Herrn Weis angeführten „immensen Majorität" nicht recht in Einklang zu bringen war. Günstigere Aussichten hatte diese Partei in der Kammer der Reichsräthe, deren

Digitized by Google

Kommission mit 9 gegen 1 Stimme auf Ablehnung antrug. Und doch sagte man auch von diesen, daß es ihnen in dieser Sache selbst nicht Ernst und nur darum zu thun sei, das ihnen verhaßte Ministerium Hohenlohe zu stürzen. Sei dieser Zweck erreicht, so würden sie wohl selbst wieder, durch die Macht der Umstände genöthigt, die Strömung des Zollvereins zu erreichen suchen. Eine andere Frage war freilich, ob sie mit ihrer Opposition ihren Zweck erreichen. Damit sie sich in dieser Beziehung nicht gar zu süßen Illusionen hingeben, that ihnen der König zu wissen, daß er, falls sie den Zollvereinsvertrag verwerfen, das Ministerium doch nicht ändern werde. Am 26. Oktober fand die Reichsrathssitzung statt. Die Aufregung im Lande war ungeheuer; man mußte auf Unruhen in den größeren Städten gefaßt sein, wenn eine Verwerfung erfolgte. In München wurden militärische Vorsichtsmaßregeln getroffen. Man sprach von einem Staatsstreich, von Aufhebung oder wenigstens Purificirung der Reichsrathskammer, von der Unmöglichkeit, sich in den allerwichtigsten Angelegenheiten von ein paar Dutzend adeliger Herren ein Veto zurufen zu lassen, darunter von solchen, welche, wie der „Fränkische Kurier" schrieb, nicht einmal die bei der Reichsrathswürde vorgeschriebene Steuer mehr bezahlen können, somit diese Würde gesetzmäßig verloren haben.

Eine Menge von Telegrammen war eingelaufen, alle des Inhalts, daß der Reichsrath das „nationale Unglück" einer Kündigung des Zollvereins durch sein Votum abwenden solle. Es war wenig Aussicht dazu. Der Referent und zweite Präsident der Kammer, Freiherr von Thüngen, welchen man schon als den Nachfolger Hohenlohes bezeichnete, sprach sich entschieden gegen den Vertrag aus und ergieng sich in hohen Worten über die Machtverhältnisse Baierns, welches stark genug sei, um sich nicht in fremdem Fahrwasser bewegen zu müssen. Freiherr von Zu-Rhein faßte die Kündigung des Zollvereins ganz ernsthaft ins Auge, sprach von anderen Absatzwegen, welche dann Baiern suchen müsse, und glaubte diese, als ob die Richtung der Donau eigens hierfür hergestellt sei, nirgends sicherer, nirgends zukunftsvoller zu finden als in dem Orient. Als dieses Wort ertönte und ein neuer Handelskreuzzug in die Länder der Palmen und der Cedern in Aussicht stand, wurde es manchem bairischen Ritter bange. Es fand daher der Vermittlungsantrag des Fürsten von Löwenstein-Wertheim starken Anklang. Derselbe

Digitized by Google

schlug vor, „die Kammer solle dem vorliegenden Vertrage ihre Zustimmung nur unter der ausdrücklichen Bedingung ertheilen, daß das dem Staate Baiern in dem bisherigen Zollvereinsvertrag zustehende Recht der Zustimmung oder Verwerfung in allen das Zollwesen und die innere Besteurung betreffenden Fragen auch in den neuen Verträgen Ausdruck finde," das heißt, daß das unsinnige, von Preußen mit Recht verworfene liberum Veto für Baiern wenigstens wieder eingeführt werde. Von diesem Ausweg, welcher die Selbständigkeit der bairischen „Nation" retten sollte, war alles entzückt. Niemand fürchtete sich mehr vor Preußen. Man war entschlossen, wenn es sein müsse, noch einige weitere Verträge mit Preußen einzugehen, natürlich nie ohne das liberum Veto. Selbst Fürst Hohenlohe erklärte, daß er als Reichsrath kein Bedenken trage, dem Antrag zuzustimmen, als Minister freilich noch keine bindende Erklärung abgeben könne. Man wunderte sich über den ersten Theil seiner Aeußerung, fand sich aber bald veranlaßt, über etwas anderes sich zu wundern.

Denn soweit mußte sich doch Fürst Hohenlohe klar sein, daß er sich nicht der Hoffnung hingab, Preußen werde in ein Veto Baierns willigen. Damit wäre ja die ganze handelspolitische Reform wieder in Frage gestellt. Wenn er nun dennoch auf den Löwensteinschen Antrag eingieng, so glaubte jedermann den Zweck des Manövers vollständig zu durchschauen, sobald er hörte, daß noch am Abend des nämlichen 26. Oktobers Fürst Hohenlohe und Freiherr von Thüngen nach Berlin abgereist seien, um an Ort und Stelle wegen des Veto persönlich zu verhandeln. Der letztere konnte ja nicht besser belehrt und bekehrt werden, als wenn er mit dem Kabinet des Grafen Bismarck Bekanntschaft machte. Die beiden Herren kamen am 27. Oktober in Berlin an und wurden Nachmittags vom Grafen Bismarck empfangen, hatten am 28. Oktober eine längere Audienz beim König im Beisein Bismarcks, welcher vorher Vortrag gehabt, und reisten Abends nach München zurück. Ihre ganze Errungenschaft reducirte sich auf das Versprechen des Grafen Bismarck, daß Preußen von dem durch § 12 ihm bewilligten Veto (welches den Fall betrifft, daß es sich für die bestehenden Vorschriften und Einrichtungen ausspricht) nur dann Gebrauch machen werde, wenn durch die verlangten Abänderungen das Gedeihen oder die Einnahmen des Zollvereins gefährdet würden. Im

Digitized by Google

übrigen wurde ihnen in der höflichsten Form auf das bestimmteste gesagt, daß weder Baiern besonders noch den süddeutschen Staaten zusammen ein Veto zugestanden, daß überhaupt eine Modifikation der Bundesverfassung nicht mehr zugelassen werden könne, und daß, falls die Reichsrathskammer auf der Ablehnung des Vertrags beharre, dieser sofort gekündigt werde, in Folge dessen sechs Monate darauf, vom 1. Mai an, Baiern vom Zollverein ausgeschlossen sei. Ob es dann bei einem etwaigen späteren Wiedereintreten noch sechs Stimmen im Zollbundesrath erhalten hätte, ist sehr zu bezweifeln.

Aus den bedeutendsten Städten des Landes waren Deputationen in München angekommen und besprachen sich am 30. Okt. mit dem Fürsten Hohenlohe und dem Freiherrn von Thüngen. Das Abgeordnetenhaus, welches am 30. Okt. über den Reichsrathsbeschluß sich zu äußern hatte, beharrte ohne alle Debatte, mit allen gegen 12 Stimmen, auf seinem Beschluß und fügte noch den Zusatz hinzu, die Regierung möge dahin wirken, daß Preußen von seinem Veto nicht in einer den wirthschaftlichen Interessen Baierns nachtheiligen Weise Gebrauch mache. Nun kam alles auf die Reichsrathssitzung vom 31. Okt. an, deren Resultat sich um so weniger voraussagen ließ, als der Verfassung gemäß zur Annahme des Vertrags eine Majorität von zwei Drittheilen erforderlich war. Es machte einen starken Eindruck, als der Präsident erklärte, daß 78 Telegramme eingelaufen seien, welche alle die Bitte enthielten, die hohe Kammer möchte dem Vertrage zustimmen, und daß sich 13 Deputationen, welche er empfangen habe, in diesem Sinne ausgesprochen. Mit Rücksicht auf diese Kundgebungen und die Anschauungen, welche er von Berlin mitgebracht hatte, beantragte Freiherr von Thüngen im Namen der Kommission (mit 9 gegen 1 Stimme) Zustimmung zu dem Beschluß des Abgeordnetenhauses. „Er bringe dem Frieden und der Eintracht seine Ueberzeugung zum Opfer." Mit 35 gegen 13 Stimmen wurde dieser Antrag angenommen. Zu den Verneinenden gehörten die zwei Bischöfe und der Erzbischof und, was sehr auffiel, drei Prinzen des königlichen Hauses. Fürwahr nicht deßwegen hatte der König den Prinzen sagen lassen, sie möchten sich alle in der Sitzung einfinden!

So hatte das nationale Princip in dem größten Staate Süddeutschlands gesiegt. Aber jeder patriotisch gesinnte Mann mußte sich die Frage vorlegen, ob dies ein gesunder, ein erträglicher Zu-

Digitized by Google

stand sei, wenn ein Halbhundert Reichsräthe, die niemand als ihren Stand repräsentiren, über so tiefwurzelnde Lebensinteressen des gesamten Staates mit kavaliermäßiger Elasticität sich hinwegsetzen und durch die Majorität von ein paar Stimmen die sich bewegende Erde zum Stillstehen verurtheilen können. Denn wenn zu jenen 13 Stimmen nur noch 4 hinzugekommen wären, so wären die zwei Drittheile nicht zu Stande gekommen und der Antrag verworfen worden. Man knüpfte daran die Hoffnung, daß sich die Einsicht Bahn brechen werde, es sei Zeit, diese ersten Kammern in den kleinen Staaten entweder geradezu aufzuheben oder wenigstens ihnen eine mehr volksthümliche Unterlage zu geben.

Mit diesem so mühevoll errungenen Sieg war auch der Kampf in Württemberg entschieden. Nur lagen hier die Verhältnisse ganz anders. Nicht von der ersten, sondern von der zweiten Kammer mußte man in Stuttgart eine Ablehnung fürchten und zwar nicht in dem Grade für den Zollvereinsvertrag wie für das Schutz- und Trutzbündniß vom 13. August 1866. Auch dieses hatte, wurde in Württemberg behauptet, nur dann Geltung, wenn es von den Kammern genehmigt war. Und doch war es, wie Graf Bismarck in der Reichstagssitzung vom 26. Okt. bemerkt hatte, von König Karl und seinen Ministern ohne allen Vorbehalt geschlossen und unterzeichnet. Der König von Württemberg erklärte daher auch bei verschiedenen Gelegenheiten seinen festen Entschluß, an den durch den Vertrag übernommenen Verpflichtungen unter allen Umständen festzuhalten. Von der Vertragstreue dieses Fürsten ließ sich ein solches Wort erwarten. Eine Weigerung der Kammer hätte nichts anderes als eine Auflösung derselben, möglichenfalls eine mehrmalige zur Folge gehabt. Aber auch die Presse, der Schwäbische Merkur voran, sprach sich entschieden für Annahme der Verträge aus, und in gleichem Sinne lauteten die vielen Adressen der Handels- und Gewerbekammern und der Gemeindekollegien, vor allen der von Stuttgart selbst. Die Verwerfung der Verträge wurde als ein verwegenes Spiel mit der Wohlfahrt des Landes, als das Signal zu einer bodenlosen Verwirrung, zu einem Stillstand aller auf den deutschen Markt berechneten Unternehmungen, zu einem verderblichen Rückschlag auf den Kredit des Staates und der Privaten, zu einem Sinken aller mobilen und immobilen Werthe bezeichnet.

Die Abgeordnetenkammer hatte am 29. Okt. über das Schutz-

Digitized by Google

und Trutzbündniß oder den Allianzvertrag zu berathen. Dies war der nämliche Tag, an welchem Fürst Hohenlohe und Freiherr von Thüngen von Berlin zurückkamen. Daher wurde von den Gegnern des Vertrags der Antrag gestellt, die Debatte noch einige Tage zu verschieben, bis man von dem neuen Beschlusse der bairischen Reichsräthe in Kenntniß gesetzt sei. Der Minister des Auswärtigen, Freiherr von Varnbüler, mußte diese Partei darauf aufmerksam machen, wie es der Würde dieses Hauses doch so wenig gezieme, seine Verhandlungen von den Beschlüssen der bairischen Reichsräthe abhängig zu machen. Der Antrag auf Vertagung wurde denn auch mit 49 gegen 37 Stimmen abgelehnt. Sah man diese 37 Stimmen näher an, so waren es die Stimmen von Adeligen, Ultramontanen, Radikalen und Mitgliedern der früheren Fortschrittspartei. Daß die letzteren ein „Schutz- und Trutzbündniß" mit den bairischen Reichsräthen eingehen und Hand in Hand mit diesen gegen den norddeutschen Bund Sturm laufen wollten, war jedenfalls ein mehr interessantes als erquickliches Schauspiel. Die dreitägigen Verhandlungen über die beiden Verträge machten einen sehr ungünstigen Eindruck, da der freie historische Blick bei den meisten Rednern vermißt wurde und der schwäbische Partikularismus in einem gar zu engen Kreise sich bewegte und über die gewöhnlichen Phrasen nicht hinauskam. Es hängt dies zwar einigermaßen mit dem schwäbischen Naturell zusammen, aber nur einigermaßen; denn Württemberg hat bekanntlich manche „Landtage" aufzuweisen, welche die Blicke von ganz Deutschland auf sich gezogen haben. Diese Kammer war unter bundestäglichen Verhältnissen gewählt und konnte sich schlechterdings in die Folgen von Königgrätz nicht finden. Es wäre wohl das Beste gewesen, sie gleich nach dem Friedensvertrag mit Preußen aufzulösen und eine andere wählen zu lassen. Davor warnten andere und meinten, daß eine Neuwahl die Reihen der Volks- oder „Beobachter"partei vielleicht noch verstärkt hätte. Auffallend war es jedenfalls, zu sehen, daß Männer, welche ihrer Lebtag für die Einheit und Größe Deutschlands geschwärmt hatten, gerade jetzt, wo ihr Traum der Verwirklichung so nahe war, von diesem Deutschland sich abwandten, lieber den alten Barbarossa noch länger schlafen ließen, und zwar nur weil das neue Deutschland, durch den Ausschluß Oestreichs, nicht so groß war, als sie wünschten, und weil die Organisation desselben nicht vorher die Kom-

Digitized by Google

missions- und Kammersitzungen des württembergischen Abgeordnetenhauses durchgemacht hatte. Es that einem für manchen Kämpfer, mit dem man früher viele Sympathie gefühlt hatte, wehe, ihn dem großen, erreichbaren Ganzen den Rücken kehren und mit zerrissenem Herzen dem unerreichbaren nachstreben zu sehen. Aut Caesar aut nihil! (entweder alles oder nichts) ist zwar ein schönes, großes Diktum. Aber wo ist dieser Cäsar, der mit Muth und Geist dieses kurze Programm durchzuführen weiß? Am Nesenbach, scheint es, nicht. Man hat sich daher bei dieser Kammer jenes Wortes erinnert, welches König Ludwig XVIII von Frankreich von der im Jahre 1815 neugewählten französischen Kammer gebraucht hat. Er nannte sie, weil er glaubte, eine solche sei unter den damaligen Umständen nicht zu finden, la chambre introuvable.

Mit einer Mehrheit von 5 gegen 3 Stimmen beantragte die Kommission, welche den Allianzvertrag zu berathen gehabt hatte, die Verwerfung desselben und erklärte zugleich, daß zu seiner Annahme verfassungsmäßig eine Mehrheit von zwei Drittheilen erforderlich sei, weil durch die Uebertragung des Oberbefehls an den König von Preußen die Existenz Württembergs als eines selbständigen Staates aufgegeben, also eine Aenderung der Verfassung vorgeschlagen sei. Machte die Kammer diese Erklärung zu der ihrigen, so war das Schicksal des Allianzvertrags entschieden; denn nach obiger Abstimmung zu schließen, ließ sich eine Majorität von zwei Drittheilen schlechterdings nicht herausbringen. Uebrigens ließ sich erwarten, daß die Mehrzahl der Kammer diese Erklärung und den Beweis hiefür als unhaltbar ansehe und bezeichne.

Die heftigste Opposition führte der Abgeordnete Mohl, welcher in seiner Broschüre, „Mahnruf" betitelt, den Ruin Süddeutschlands von der Annahme dieser Verträge ableitete. Es sei besser für uns, sagte er, wenn Süddeutschland neutral bleibe, anstatt der Prügelknabe für Preußen zu sein. Für Preußen sich zermalmen zu lassen, das sei eine Zumuthung eines Ministers. Preußen habe Deutschland zerrissen und zerstört. Er behaupte, daß wir gar keinen Feind haben als Preußen. Wir sollen unsere Lage erkennen, uns in die europäischen Händel nicht mischen und uns bloß unserer Haut wehren, wenn wir angegriffen werden. Dazu bedürfe es nicht des preußischen Militärsystems mit seinem Präsenzstande. Vor einer Kündigung des Zollvereins fürchte er sich nicht, bemerke vielmehr,

Digitized by Google

daß, wenn wir auch mit Baiern isolirt sein sollten, der Aufschwung unserer Industrie eben aus der Zeit des bairischen Zollverbands datire und in jetziger Zeit sich noch verfünffachen würde, wozu dann noch der Handelsanschluß an Oestreich komme. Es war für den Minister von Barnbüler, welcher, wie seine Kollegen vom Justiz- und Kriegsministerium, Staatsrath von Mittnacht und General von Wagner, aufs entschiedenste für den Vertrag einstand, ein Leichtes, solche Behauptungen aus dem Feld zu schlagen, den militärischen Anschluß an Preußen als die einzige Möglichkeit hinzustellen und an der Hand der Geschichte „der Staaten, deren Neutralität garantirt sei, wie Schweiz, Krakau, Belgien, neuerdings Luxemburg, zu zeigen, wie es wohl in gefahrvollen Zeiten denjenigen Kleinstaaten ergienge, deren Neutralität von niemand garantirt sei.“ Darauf hatte schon der Schwäbische Merkur in einem trefflichen Artikel vom 24. Okt. hingewiesen, worin es hieß: „Ein neutrales Württemberg würde im Kriege der Schauplatz der Zerstörung und Aussaugung, seine militärische Kraft würde der gepreßte Bundesgenosse des raschesten der Nachbarn, und das Land im folgenden Frieden, wer auch der Sieger sei, das willkommenste Ausgleichungsobjekt werden. Würde Frankreich siegen, so wäre Südwestdeutschland der Austausch für das linke Rheinufer; siegt Preußen, so würde Württemberg, welches das Schutz- und Trutzbündniß verworfen hat, das Schicksal Hannovers theilen. Ist dem deutschen Volke vor seiner völligen Einigung ein nationaler Krieg beschieden, so wolle ein gütiges Geschick wenigstens den Fluch vergangener Zeiten uns ersparen, daß deutsche Kraft im Dienste des Auslandes gegen das Vaterland kämpfen müsse! Dieses gütige Geschick ist sichtlich mit uns, wenn wir unsere nationale Pflicht thun und zu Deutschland stehen!“

In der Sitzung vom 30. Okt. wurde der Antrag der Minderheit, daß einfache Stimmenmehrheit zur Genehmigung ausreichend sei, mit 53 gegen 37 und darauf der zweite Antrag, den Allianzvertrag zu genehmigen, mit 57 gegen 33 Stimmen angenommen.

Die Annahme des Zollvereinsvertrags, welcher am 31. Okt. auf der Tagesordnung stand, bedurfte eine Mehrheit von zwei Drittheilen. Die eine Hälfte der Kommission beantragte seine Verwerfung, die andere seine Annahme. Daß die bairischen Reichsräthe an eben diesem Tage ihn angenommen hatten, wurde unter

Digitized by Google

den Abgeordneten bekannt und veranlaßte mehrere derselben, von einer weiteren Opposition abzustehen, da ja Württemberg sonst so erbarmenswerth isolirt, als eine Oase in der Wüste oder vielleicht auch als eine Wüste in der Oase dagestanden wäre. Minister von Varnbüler führte in einer längeren Rede die Kammer in die Genesis dieses Vertrags, schilderte seine persönlichen Verhandlungen mit der preußischen Regierung im August 1866 und im Juni 1867, bezeichnete das Veto als etwas ganz Nutzloses, das man indessen gehabt habe, ohne jemals irgend einen wirksamen Gebrauch davon machen zu können, wie man dies am besten bei dem französischen Handelsvertrag gesehen habe, sprach von der vernichtenden Isolirtheit, in welche das württembergische Verkehrswesen durch neue Zollgrenzen käme, und sagte dem Abgeordneten Mohl, daß er, so oft es sich um einen Fortschritt in wirthschaftlichen Dingen handle, in eine merkwürdige Schwarzseherei verfalle. Nicht vom württembergisch-bairischen Zollverband, sondern von dem im Jahre 1833 mit Preußen geschlossenen Zollvereinsvertrag datire der ungeheure Aufschwung unserer Industrie. Und doch habe Mohl ebendamals in einer 42 Bogen langen Eingabe an den König Wilhelm von Württemberg auseinandergesetzt, daß das Land ruinirt sei, wenn der Zollvereinsvertrag mit Preußen ausgeführt werde.

Die Abgeordnetenkammer gieng von der Ansicht aus, daß Herr Mohl im Jahre 1867 kein besserer Prophet sein werde als im Jahre 1833, und beschloß mit einer Mehrheit von 73 gegen 16 Stimmen die Annahme des Zollvereinsvertrags. Auch die erste Kammer genehmigte in ihrer Sitzung vom 4. November die Verträge, ja zwei Mitglieder derselben sprachen den Wunsch aus, daß „die Regierung die erforderlichen Einleitungen treffen möchte, um den möglichst baldigen Eintritt Württembergs in den norddeutschen Bund herbeizuführen." Dieser Ausgang einer langen und schweren Krisis wurde in Norddeutschland mit großer Freude als ein Sieg der nationalen Sache und als eine gute Vorbedeutung für die weitere Entwicklung der deutschen Verhältnisse begrüßt und dabei den Königen von Württemberg und Baiern und der loyalen Haltung ihrer Regierungen verdientes Lob gespendet.

Aber nicht bloß auf Süddeutschland waren zu Ende Oktobers die Blicke der politischen Welt gerichtet; auch andere Ereignisse zogen die Aufmerksamkeit auf sich. Zuerst begleitete man den Kaiser Franz

Digitized by Google

Josef auf seiner Reise nach Paris, wo er am 23. Okt. ankam, nachdem er am 22. in Oos eine kurze Zusammenkunft mit dem König von Preußen und dem Großherzog von Baden gehabt hatte. Da Freiherr von Beust und Graf Andrassy in seinem Gefolge waren, so konnten diplomatische Verhandlungen nicht ausbleiben. Man sah daher auch in dieser Beziehung diese Reise als die Vervollständigung der Salzburger Zusammenkunft an. Der Aufenthalt des östreichischen Kaisers in Frankreich dauerte bis zum 4. November. Auf der Rückreise machte er am 5. und 6. November an den Höfen von Karlsruhe, Stuttgart und München Besuche, welchen man nach der Annahme der Verträge keine politische Bedeutung zuschrieb. Von Paris aus machte Freiherr von Beust einen Abstecher nach London, wo er vom 1.—3. Nov. sich aufhielt und vorzugsweise mit Lord Stanley verkehrte. Die Unterhandlungen bezogen sich hauptsächlich auf die orientalische Politik, in welcher man seitdem England, Frankreich und Oestreich gemeinschaftlich auftreten sieht. Die kandiotischen Griechen haben bisher wenig Nutzen von dieser Verbindung gehabt. In einem türkischen Ministerrath vom 5. Sept. wurde der Beschluß gefaßt, Omer Pascha den Auftrag zu geben, die militärischen Operationen bis zum 20. Okt. einzustellen, eine allgemeine Amnestie zu verkündigen, den fremden Freiwilligen und denjenigen Eingeborenen, welche nicht unter türkischer Herrschaft stehen wollen, ungehinderten Abzug zu gestatten, auf eine Abtretung der Insel aber nicht einzugehen. Was sollte aber aus den Kandioten werden, welche nicht auswandern wollten? Sollten diese einfach unter den alten Despotismus des türkischen Pascha zurückkehren? Ihre Führer erklärten einstimmig, daß sie auf ihrem Verlangen, die Insel mit Griechenland zu vereinigen, beharren. Der Waffenstillstand gieng vorüber, und der Kampf begann im November so heftig als je. Die Unterstützungen von Seiten Griechenlands dauerten fort. Die am 27. Okt. in Petersburg vollzogene Vermählung des Königs Georgios von Griechenland mit einer Nichte des Kaisers von Rußland, der Großfürstin Olga, ist für die Haltung des griechischen Monarchen nicht ohne Bedeutung.

Doch wichtiger als die Entscheidung der kandiotischen Frage ist für Oestreich die Entwicklung der Verhältnisse an der Donau. Vielfach war schon davon die Rede, daß Serbien das benachbarte Bosnien, Herzegowina, Montenegro und das zu Oestreich gehörige

Digitized by Google

serbische Gebiet mit sich vereinigen und im Nordosten der Türkei ein starkes, unabhängiges Reich gründen wolle, das sich der Protektion Rußlands zu erfreuen habe. Serbien und die Türkei rüsteten sich. Fragten die Konsuln der drei verbündeten Mächte das erstere nach dem Grund seiner Rüstungen, so wies es mit unschuldiger Miene auf die Anhäufung der türkischen Truppen an seinen Grenzen hin. Die Berufung der russischen Gesandten in Konstantinopel und Paris zu einem Diplomatenkongreß in Petersburg, welche gegen das Ende des Jahres stattfand, wurde schon als Kriegsvorbereitung gedeutet. Aber so lange Rußland seine Armee nicht reorganisirt, die Gewehre nicht in Hinterlader umgewandelt, die Eisenbahnen nicht bis an die türkische Grenze fortgeführt hat, ist ihm eine ernstliche Inangriffnahme der orientalischen Frage durchaus unmöglich, zumal gegenüber der geschlossenen Phalanx der drei Großmächte England, Frankreich und Oestreich, welche ihm diesmal wohl noch übler mitspielen würden, als dies im Krimkrieg der Fall gewesen war. Nur ein im westlichen Europa entbrennender großer Krieg könnte und würde Rußland aus seiner lauernden Stellung heraustreiben. Ueber die enge Verbindung Oestreichs und Frankreichs konnte es seit dem vom 1. November aus Paris datirten Rundschreiben des Freiherrn von Beust an die östreichischen Gesandten keinen Zweifel mehr hegen. In demselben war die volle Uebereinstimmung der beiden Staaten in Bezug auf alle großen, schwebenden politischen Fragen konstatirt. Diese Harmonie sei die natürliche Folge der Lage und der Ereignisse, ohne daß ihr eine Allianz zu Grunde liege. Von nun an werden sie im Orient alle ihre Schritte nur gemeinsam thun. In die Entwicklung des norddeutschen Bundes werde sich Oestreich nicht einmischen, und in den italienischen Wirren begleiten seine besten Wünsche die französische Regierung in ihrem Bestreben, einen Modus aufzufinden, welcher die Interessen der Kirche und Italiens zugleich zu wahren vermöchte.

Gerade in der letzten Frage ist es aber leichter, seine „besten Wünsche" auszudrücken, als zwei so widerstrebende Interessen zu vereinigen. So lange es sich um östreichische Provinzen, um kleinstaatliche Existenzen und um das türkische Regiment in Neapel handelte, sprang Italien von Glück zu Glück und machte Riesenschritte in seiner Konsolidirung. Es war schwer zu sagen, ob ihm seine

Digitized by Google

Siege oder seine Niederlagen mehr Gewinn brachten. Aber so fieberhaft auch sein Verlangen ist, den letzten Rest von „Ausland im Inland" mit sich zu vereinigen oder wenigstens mit engen Banden an sich zu ketten, so ist doch in diesem letzten Aufzug des italienischen Drama's die Abwicklung des Stückes so voll von neuen Verwicklungen, daß sich manche eher auf einen neuen Anfang als auf einen Schlußakt gefaßt machten. Preußen hat zwar Süddeutschland auch noch nicht in seinen Bund aufgenommen, aber die Verträge sind geschlossen und genehmigt, und im Jahre 1866 werden die Vertreter von 38 Millionen Deutscher zu einem Parlament sich vereinigen, wenn dieses auch noch den speciellen Namen „Zollparlament" führt; Italien aber steht vor Rom und dem Kirchenstaat ohne irgend welchen Erfolg, wie vor einem uneinnehmbaren Kapitol, dessen Erklimmen nur dann möglich wäre, wenn nicht, statt jener heiligen Gänse vom Jahr 390, zwei französische Brigaden mit ihren „Wunder thuenden" Chassepots auf der Wache ständen.

Das ganze Jahr hindurch mühte sich Italien mit Finanzplanen und Ministerwechseln ab. Meist mit hoher Politik sich befassend und in einem ewigen Parteiwesen sich herumtreibend, versäumte die Kammer die Pflege und Förderung der wirthschaftlichen Interessen, ließ die praktischen Ziele zu sehr aus dem Auge und beschwor dadurch ein nationales Unglück herauf. Der Tod Cavours stellte sich gerade in diesem Jahre als ein unersetzlicher Verlust heraus, daher auch die italienische Presse auf Preußen als einen Musterstaat hinwies und es um seinen großen Staatsmann beneidete. Von den Nachfolgern Cavours hat keiner die Würde des Landes so sehr gewahrt wie Ricasoli, keiner den lehensherrlichen Prätentionen Napoleons einen so unbeugsamen Nacken entgegengesetzt wie er. Dieser schmachvollen Unterordnung unter die Napoleonische Regierung, welche mit Viktor Emanuel und seinen Ministern wie mit französischen Präfekten sprechen wollte, suchte er ein Ende zu machen und eine innige Allianz mit Deutschland an ihre Stelle treten zu lassen. Aber ebendeßwegen fiel er, obgleich er die Mehrheit der Kammer für sich hatte, als er bei Neugestaltung seines Ministeriums die gewünschten Männer nicht bekommen konnte. Die französische Luftströmung war zu stark. Napoleon konnte dem stolzen Minister nie verzeihen, daß dieser am 5. Juli 1866, als Franz Josef Venetien an Napoleon abtrat, um seine siegreichen italienischen Truppen gegen die unauf-

Digitized by Google

haltsam vordringenden Preußen verwenden zu können, das von Frankreich dargebotene venetianische Geschenk zurückwies und dem Bündniß mit Preußen treu blieb. Dadurch errangen die Preußen größere Erfolge, als den Staatsmännern an der Seine lieb war. Am 4. April bot Ricasoli seine Entlassung an. Sie wurde von Viktor Emanuel, der sich den französischen Einflüsterungen nie wird verschließen können, angenommen, und Ratazzi, der Mann der französischen Allianz, am 10. April zum Ministerpräsidenten ernannt. Da diese Intrigue gerade zur Zeit der Luxemburger Frage ausgespielt wurde, so glaubten die patriotischen Männer Italiens ihre Landsleute schon in den Reihen der französischen Truppen gegen Preußen marschiren zu sehen. Zwar erklärte Ratazzi in der Kammer, bei einem etwaigen Kriege zwischen Preußen und Frankreich werde sich Italien, um sich gegen keinen der beiden Bundesgenossen einer Undankbarkeit schuldig zu machen, neutral halten; es sei Zeit, an die Ordnung der innern Angelegenheiten zu denken und die Finanzzustände zu berücksichtigen. Allein gerade ihm glaubte man das erstere am wenigsten, zumal wenn man das fortwährende Hinundherreisen hochgestellter Persönlichkeiten zwischen Paris und Florenz bemerkt.

Mit den Finanzen sah es in Italien nicht besser aus als bei seinem früheren Antipoden, Oestreich. Eine Zinsenreduktion oder ein Staatsbankerott steht schon längst vor der Thüre, und es ist zuletzt nur Sache der Courtoisie, welcher von beiden Staaten zuerst damit anfängt. Um diesem drohenden Uebel vorzubeugen, wohl eher um das Eintreten desselben noch länger hinauszuziehen, wurde von dem Finanzminister Ferrara die Einziehung der Kirchen- und Klostergüter vorgeschlagen. Dieselben, im Werthe von 600 Millionen Franks, sollten partienweise verkauft werden und das Geld in die Staatskasse fließen, welche dafür die Unterhaltung des Klerus übernimmt. Der Gesetzentwurf über die Liquidation des Kirchenvermögens wurde von der Abgeordnetenkammer am 28. Juli mit 204 gegen 48 Stimmen angenommen und im August vom Senat genehmigt. Der Verkauf begann am 1. September, wo zuerst für 150 Millionen Güter der Versteigerung ausgesetzt wurden. Daß bei einer solchen Masse verkäuflicher Güter manches unter dem realen Werth, einiges zu Spottpreisen hergegeben werden mußte, hängt mit den Gesetzen des Handels zusammen. Es war bei den römischen und böhmischen Proskriptionen, wo die Krassus und die

Digitized by Google

Wallenstein ihre Geschäfte machten, gerade so. Der Papst versäumte nicht, in einer Ansprache an das Konsistorium vom 20. September gegen dieses Dekret der italienischen Regierung, „welches die Kirchenschändung in Italien durch den Raub der geistlichen Güter krône, zu protestiren, es feierlich zu verdammen und Kirchenstrafen gegen die Räuber in Aussicht zu stellen.“ Allein man hatte sich in Italien in den letzten Jahren zu sehr an solch klerikalen Donner gewöhnt, als daß man das Gewitter noch gefürchtet hätte.

Weit ernster faßte man die Sendung des Generals Dümont auf, welcher von dem französischen Kriegsminister Niel im Juli nach Rom gesandt wurde, um die in das päpstliche Heer eingereihten französischen Freiwilligen, die Legion von Antibes, zu inspiciren. Die Legion war 1200 Mann stark, und in kurzer Zeit desertirten davon über 300 Mann. Dümont sollte die Gründe hievon untersuchen und den Legionären erklären, daß sie, wenn auch im päpstlichen Dienst, doch nie aufhören, französische Soldaten zu sein. Am 17. Juli hielt Dümont in französischer Generalsuniform eine Musterung über die Legion auf einem der öffentlichen Plätze Roms und richtete eine längere Rede an sie. Bald darauf wurde auch der Brief bekannt, welchen vom 21. Juni datirt, Niel an den Oberst der Antibeslegion gerichtet hatte. In demselben sprach er von der Legion als einem integrirenden Bestandtheil der französischen Armee, welcher aus Gründen der Politik, von jener entfernt, seine Garnison in Rom habe. Ein Sturm des Unwillens erhob sich in Italien gegen diese Verletzung der Konvention vom 15. September 1864, welche der französischen Occupation zu Ende des Jahres 1866 ein Ende gemacht und den Schutz des päpstlichen Gebietes dem Königreich Italien überlassen hatte. Welcher Unterschied war zwischen der früheren Occupation und der Aufstellung dieser Antibeslegion? Thatsächlich keiner. Das Princip der Nichtintervention, welches jener Septemberkonvention zu Grunde lag, war ein Halbjahr nach dem Abzug der Franzosen bereits wieder aufgehoben. Jetzt erst merkten die Italiener, daß Napoleon seinen Machiavelli zu gut studirt habe, um nicht zu wissen, daß eine starke Macht nur dazu Verträge mit einer schwächeren schließe, um diese zur Haltung derselben zu zwingen, selbst aber sie zu umgehen. Was half es, daß Ratazzi in einer Note an das französische Kabinet über diesen Vorfall sich beschwerte? Weder seine Noten, noch die Vorstellungen seines Gesandten Nigro

Digitized by Google

wurden in Paris hoch angeschlagen. Die ganze Sache wurde auf den Kriegsminister Niel abgeladen; von seiner Entlassung, welche allein eine Genugthuung gewesen wäre, war natürlich keine Rede.

Die Männer, welche ein freies Italien erstrebten, seufzten tief unter dem französischem Joch. Der Haß gegen Frankreich wuchs, aufs neue sah man nach Deutschland, aufs neue nach Rom. Ohne den Besitz Roms, sagte man, hat Italien keine Ruhe; diese weltliche Herrschaft des Papstes bleibt für Italien eine offene Wunde; erst mit dem Besitz Roms ist Italien eine selbständige Macht. Diese Stimmung kam niemand gelegener als Garibaldi. Dieser glühende Feind des Papstthums und Napoleons hatte schon im Frühjahr seine einsame Insel Kaprera verlassen und ganz Oberitalien bereist, überall gegen seine Feinde losdonnernd und zur Befreiung Roms auffordernd. In Verona hatte er sogar, als ob er, wie in den grauen Zeiten des Alterthums, die Würde eines Oberfeldherrn, Oberrichters und Oberpriesters in seiner Person vereinigte, die Taufe eines Kindes im modernen Stil vorgenommen. Gegen den Herbst hin war jedermann überzeugt, daß er entschlossen sei, seinen Ruf von 1862 „Rom oder den Tod!" zu erneuern. Eine Menge von Freiwilligen zeigte sich an der Grenze des päpstlichen Gebietes und harrte seiner Befehle. Garibaldi besuchte den Friedenskongreß zu Genf, welcher vom 9. bis 12. September dauerte, wurde bei seiner Ankunft am 8. September mit beispiellosem Enthusiasmus empfangen und von einem Redner als „ein zweiter Jesus Christus, als dessen lebendiges Abbild unter uns" begrüßt. Diese Versammlung, welche den allgemeinen Völkerfrieden durch einen allgemeinen Umsturz erzwingen, eine politische, sociale und religiöse Revolution in Europa organisiren wollte und zur Durchführung derselben ein permanentes Centralkomite niedersetzte, gab Garibaldi Gelegenheit, die stärksten Reden für die Demokratie und gegen das Papstthum zu halten. Auch andere blieben nicht zurück, nannten Napoleon geradezu einen „Mörder" und stellten den Antrag, „den Namen Napoleons I. als des größten Verbrechers des Jahrhunderts zu brandmarken." Dies war denn doch den Genfern zu toll, und eine Volksversammlung, an welcher gegen 1000 Bürger theilnahmen, protestirte gegen die Theorien und Tendenzen des Kongresses, mit welchen das Genfer Volk keine Gemeinschaft haben wolle. In der Sitzung vom 12. September erhoben die Genfer, um die Abstim-

Digitized by Google

mung und den Beschluß über die vorgeschlagenen Resolutionen zu verhindern, einen solchen Tumult, daß der Präsident die Versammlung für geschlossen erklären mußte.

Kaum war Garibaldi wieder auf italienischem Boden, so setzte er seine in Genf unterbrochenen Reden fort. In Belgirate äußerte er: „Italien sollte neben den gebildetsten Nationen Europas stehen, allein es ist dies nicht im Stande, und zwar wegen der schwarzen Race, die es so viele Jahrhunderte hindurch unterdrückt hielt. Wir müssen nach Rom gehen und dieses Vipernest ausheben und den schwarzen Fleck mit siedender Lauge wegbrühen. Ja, wir müssen saubere Wäsche machen; denn diese schwarze Race ist schlimmer als die Cholera." Darauf begab er sich auf zwei Tage nach Florenz, reiste über Arezzo nach der päpstlichen Grenze ab, um das Kommando der Freiwilligen zu übernehmen, und übernachtete in Asinalunga. Am andern Morgen, am 24. September, war auf Befehl der italienischen Regierung sein Haus von Bewaffneten umstellt und er für einen Gefangenen erklärt. Schon am 21. September hatte Ratazzi eine Erklärung gegen den Freischarenzug erlassen, worin er sagte: „In einem freien Staate darf kein Bürger sich über das Gesetz erheben, sich selbst an die Stelle der großen Gewalten der Nation setzen und nach seinem Gutdünken Italien in dem schweren Werke seiner Organisation stören und mitten in die ernstesten Verwicklungen hineinreißen. Sollte einer versuchen, der Vertragstreue abtrünnig zu werden, und jene Grenze verletzen, von der uns unser Ehrenwort fern halten muß, so wird das Ministerium dies in keiner Weise dulden und überläßt den Zuwiderhandelnden die Verantwortlichkeit für die durch sie hervorgerufenen Handlungen." Garibaldi wurde in einem Extrazug nach der Festung Alessandria gebracht, aber schon am 27. September von dort ohne Bedingung entlassen, worauf er noch am nämlichen Tage auf einem Dampfer nach Kaprera abreiste, wo er von sechs Kriegsschiffen bewacht wurde.

Die französische Regierung hatte in Toulon bereits Vorbereitungen zur Einschiffung von Truppen getroffen, um eine zweite römische Expedition zu veranstalten. Sie verlangte von Italien, daß es sein in der Septemberkonvention gegebenes Versprechen halten solle, weder selbst einen Angriff auf das päpstliche Gebiet zu machen, noch von andern einen solchen zu dulden. Sollte es das Freischarenwesen nicht energisch bekämpfen, über dasselbe nicht Herr

Digitized by Google

werden oder gar sich von ihm nach Rom fortreißen lassen, so war Frankreich entschlossen, seinerseits den Vertrag aufrecht zu halten, den Papst und sein Gebiet zu beschützen, selbst wenn es zu einer Belagerung und Bestürmung Roms, wie im Jahre 1849, kommen sollte. So weit durfte es die italienische Regierung nicht kommen lassen. Eine zweite römische Expedition warf neue Schmach über das Land, rief möglicherweise einen Bürgerkrieg hervor und machte die Versöhnung mit dem Papstthum noch schwerer. Nur zwei Wege, um in den Besitz Roms zu gelangen, blieben der italienischen Regierung auch nach der Septemberkonvention übrig: wenn die Römer selbst aus freien Stücken ihrem Papst-König den Gehorsam aufkündigten und den Anschluß an Italien proklamirten, oder wenn es ihr gelang, die Kurie zu solchen Maßregeln zu überreden, wodurch der allmähliche Anschluß des Kirchenstaates an das Königreich eingeleitet würde. Von diesen zwei Fällen steht nichts in der Konvention. Man kann sich fast keine andere Lösung als durch einen derselben denken. Allein Aussicht auf diese Weise zum Ziele zu gelangen, hat Italien bis jetzt nicht die geringste. An der Hartnäckigkeit der Kurie scheiterte bisher jeder Versuch, die italienischen und päpstlichen Interessen zu versöhnen, und wenn die Freischaren auf eine Erhebung der Römer rechneten, so haben sie sich in ihnen gründlich getäuscht. Die Masse des römischen Volkes hat für politische Freiheiten keinen Sinn und will ihr behagliches Leben unter der geistlichen Leitung nicht mit der Steuerlast, der Papiergeldwirthschaft und dem Militärwesen des Königreichs Italien vertauschen.

Doch war der Freischarenzug durch die Gefangennehmung Garibaldis nicht beseitigt. Unter Anführung seines Sohnes Menotti, Nicoteras und anderer überschritten die Freischaren am 30. Sept. die Grenzen des Kirchenstaates und zwar zu gleicher Zeit die nördlichen und südlichen. In mannigfachen Täuschungen befangen rechneten sie darauf, vor Ankunft der Franzosen in Rom zu sein, das italienische Militär durch die Gewalt der nationalen Idee nachzuziehen, in Rom einen Volksbeschluß zu Gunsten des Anschlusses zu veranlassen und dann Napoleon die Wahl zu lassen, ob er dieses fait accompli anerkennen oder einen Krieg mit ganz Italien, den unpopulärsten von allen, beginnen und sein eigenes Werk wieder stürzen wolle. Von all diesen Voraussetzungen trat keine ein. Mit dem Ueberfall

Digitized by Google

von Acquapendente am 30. September begann die Invasion. Mehrere Grenzorte wurden genommen, um nach ein paar Tagen wieder verloren zu werden. Ueberall wo die päpstlichen Truppen den Garibaldinern entgegentraten, wie bei der Erstürmung Bagnoreas am 5. Oktober, zogen die letzteren den Kürzern. Es fehlte bei ihnen an einheitlicher Führung, an Waffen und Munition. Auch die Disciplin ließ vieles zu wünschen übrig, daher sich die Bewohner der Grenzorte von ihnen abwandten. Es waren Leute dabei, welche kaum dem Knabenalter entwachsen waren; die Begeisterung konnte hier den Mangel an Uebung nicht ersetzen. Eine aus Emigrirten gebildete „römische Legion" unter Major Ghirelli setzte in Orte bereits eine provisorische Regierung ein. In Rom nahm in Folge der Aufstandsproklamationen einerseits und der Androhung des Belagerungszustandes andererseits die Unruhe und die Besorgniß von Tag zu Tag zu, so daß endlich am 18. Oktober dem Senator (Bürgermeister) von Rom eine mit 12000 Unterschriften versehene Adresse übergeben wurde, worin die Bürgerschaft die Bitte aussprach, der Senator möchte beim Papst die Intervention der regelmäßigen Armee des Königreichs Italien beantragen. Da aber an dem nämlichen Tage der französische Geschäftsträger dem Papst den unfehlbaren Schutz Frankreichs zusicherte, wurde die Adresse nicht beachtet. Die päpstlichen Zuaven rückten vor, vertrieben am 18. und 19. Oktober die Garibaldiner aus Nerola und Vallecorsa und zwangen sie über die Grenze zurückzugehen. Das Gebiet des Kirchenstaates war am 20. Oktober von den Freischaren geräumt, der Telegraph brachte diese Nachricht wie einen Triumph der italienischen Regierung nach Paris, und Napoleon gab den Befehl, die Einschiffung der Truppen in Toulon einzustellen.

Alles schien wieder im guten Geleise zu sein. Und doch fieng die Sache jetzt erst recht an. In Florenz war man schwankend. Gern hätte man sich in den Besitz von Rom setzen lassen oder gesetzt, um dem unleidlichen Zustand einmal ein Ende zu machen. Aber dies bedeutete einen Bruch mit Frankreich, und wer wollte diesen? Der als Napoleonische Kreatur verschrieene Ratazzi war es, welcher Hand in Hand mit der Aktionspartei Rom nehmen und Frankreich den äußersten Widerstand entgegensetzen wollte. Uneingedenk seiner Erklärung vom 21. September unterhandelte er mit den Anführern der Freischaren, um nicht nur seinem Gegner von

Digitized by Google

in das Fort Varignano gebracht. Man sprach von einem politischen Prozeß, der gegen ihn anhängig gemacht werden sollte. Da aber nicht bloß ehemalige Minister, sondern noch höher gestellte Personen dabei zu figuriren gehabt hätten, so wurde an der Verwirklichung dieses Planes sehr gezweifelt, wie denn auch Viktor Emanuel bald eine allgemeine Amnestie erließ. Für die Unthätigkeit eines Gefängnißlebens waren die Gesundheitsumstände Garibaldi's nicht geschaffen. Dies gab der Regierung eine willkommene Gelegenheit, ihn am 26. November wieder nach Kaprera zu entlassen. Denn die Gefangenhaltung des Mannes, welchen Italien als seinen Helden und Befreier, wenn auch als einen Phantasten ansieht, hatte, zumal bei der sonstigen Haltung der Regierung so böses Blut gemacht, daß es, besonders in Turin und Mailand, an Verwünschungen des Ehrenkönigs Viktor Emanuel nicht fehlte. Auch war diesem nicht die Genugthuung gegönnt, seine Truppen zugleich mit den französischen den Kirchenstaat besetzen zu lassen und so wenigstens den Schein der Ebenbürtigkeit zu wahren. Denn kaum erfuhr das französische Kabinet, daß die italienischen Truppen am 30. Oktober im Kirchenstaat eingerückt seien, so erhielt die französische Gesandtschaft von Herrn von Moustier eine Depesche vom 1. November, worin „diese Handlungsweise als eine mit dem Völkerrecht im Widerspruch stehende" bezeichnet wurde. Es blieb der italienischen Regierung, nachdem sie einmal so weit nachgegeben hatte, nichts anderes übrig, als ihre Truppen am 4. November in die Grenzen des Königreichs zurückzuziehen und den Kirchenstaat ausschließlich den Franzosen zu überlassen, welche ihr dadurch das Geständniß abpressen wollten, daß sie dort nichts zu schaffen habe.

So waren denn die Franzosen wieder in Rom. Aber wie sollten sie wieder herauskommen? Die französischen Staatsmänner wußten recht gut, daß diese römische Expedition nur bei den französischen Klerikalen beliebt, bei den andern Parteien im höchsten Grade unpopulär sei, daß von den andern Großmächten besonders England und Rußland diese Verletzung des von Frankreich selbst so sehr hervorgehobenen Nichtinterventionsprincips, diese Unterstützung der weltlichen Macht des Papstes verdammen, und daß der einzige Bundesgenosse, welchen Frankreich habe, durch diese Expedition und die sich daran knüpfende Occupation zum unversöhnlichen Feinde gemacht werde. Auch war ihnen wohl bekannt, daß die Klerikalen

Digitized by Google

mit diesem Schritte noch nicht einmal zufrieden waren, daß sie bereits von der Zurückgabe der Marken und der Romagna an den Papst, ja von der genauen Ausführung des Friedens von Zürich (1858) sprachen, wonach Neapel und Sicilien dem Könige Franz II., die Fürstenthümer den östreichischen Erzherzogen zurückgegeben werden sollten. Eines so verhängnißvollen Sieges sich bewußt kam die französische Regierung auf den Gedanken, eine Konferenz zu berufen und die Verlegenheiten, welche sie sich durch ihr rasches Zugreifen bereitet hatte, von Europa sich abnehmen zu lassen, wie ja auch bei dem Luxemburger Handel die Garantie Europa's an die Stelle der preußischen Besatzung getreten war. Aber abgesehen davon, daß die anderen Mächte gar keinen Beruf in sich fühlten, den Kaiser Napoleon von seinen Verlegenheiten zu erlösen, daß namentlich Deutschland mit großem Behagen zusehen konnte, wie er sich ganz Italien zum erbittertsten Gegner mache, fragte es sich für die Theilnehmer an der Konferenz, auf welcher Grundlage dieselbe zusammenkommen solle. Am 9. November giengen die Einladungen von Paris ab. Von einem bestimmten Programm war keine Rede; man sollte sich zu freien Besprechungen vereinigen. Auf diese unsichere Aussicht hin war nur Oestreich und Spanien zur Theilnahme bereit und mit herzlicher Freude Hessen-Darmstadt. Die übrigen Mächte zeigten mehr Sprödigkeit. Graf Derby äußerte am 20. Nov. im englischen Oberhaus: „Bevor die Einladung zur Konferenz angenommen werden konnte, mußten verschiedene Punkte in Erwägung gezogen werden. Zuerst ob die beiden Hauptbetheiligten, der Papst und Italien, die Beschlüsse der Konferenz als bindend anerkennen würden. Denn wenn diese beiden sich den Berathungen und deren Beschlüssen entzögen, so wäre die Konferenz doch offenbar eine Vergeudung diplomatischer Thatkraft und Geschicklichkeit. Sodann ob billig Aussicht zur Vereinbarung einer praktischen Grundlage für die Konferenz vorhanden sei, da in Ermanglung einer solchen aus den Berathungen eine wahre Sündflut von Wirren entstehen dürfte. So lange diese beiden Fragen nicht ihre befriedigende Lösung gefunden, kann ich in der Betheiligung an einer Konferenz so unbestimmten Charakters keinen Nutzen erblicken." Dies war auch die Ansicht Preußen und Rußlands.

Auch die deutschen Mittelstaaten hatten Einladungen zur Konferenz erhalten. Sachsen war bundestreu genug, die Einladung an

Digitized by Google

und erstürmte es am 26. Die Besatzung von nur 400 Mann hatte sich tapfer gewehrt und kapitulirte. Er war nur noch wenige Meilen von Rom entfernt. Einige seiner Scharen drangen bis in die Nähe der Stadt vor. Im Süden, von Tivoli bis Frosinone, wurden von Nicotera und seinen Leuten in allen Städten die päpstlichen Wappen abgerissen und die Vereinigung mit Italien proklamirt. Dagegen erließ der König und das Ministerium Menabrea am 27. Oktober eine Proklamation an die Italiener, worin der Freischarenzug verdammt und Achtung der Verträge gefordert wurde.

Es war die höchste Zeit. Denn schon schwamm die französische Flotte im Mittelmeer. Auf die Nachricht von dem Vordringen der Freischaren gab Napoleon am 26. Befehl zur Einschiffung. Am 28. war die Flotte im Hafen von Civitavecchia. Heftige Stürme verhinderten die sofortige Ausschiffung, was die Besorgnisse in Rom erhöhte. Endlich, am 30., waren die Truppen ausgeschifft. Es waren zwei Brigaden unter den Generalen Dümont und Polhès. Kommandirender General war de Failly. Abends zogen die ersten Bataillone in Rom ein, zur Freude der Kardinäle, zum Schmerz der nationalen Partei. Die verhaßte Fremdherrschaft hatte man nun aufs neue wieder; um mehrere Jahre sah man sich zurückgeworfen. Aber auch die italienische Regierung ließ, in einem Rundschreiben vom 30. die ganze Sachlage enthüllend, ihre Truppen in die Grenzorte des Kirchenstaats einmarschiren, überall die päpstlichen Wappen wieder aufrichten und daneben die Fahne Italiens, als ob die Versöhnung und Verschmelzung schon vollzogen sei, flattern. Die ungeheure Aufregung Italiens zwang sie dazu; nur so konnte sie weiteren Unruhen vorbeugen; zugleich wollte sie sich „in dieselbe Stellung setzen wie die andere kontrahirende Partei, um auf dem Fuße einer vollständigen Gleichheit neue Unterhandlungen beginnen zu können."

Garibaldi stand nun mitten zwischen der französischen und italienischen Intervention. So lange er es nur mit den päpstlichen Truppen zu thun hatte, konnte er auf ein Gelingen seines Planes hoffen. Seit der Ankunft der Franzosen war es Wahnsinn, daran zu denken. Boten um Boten kamen von Florenz und forderten ihn zur Niederlegung der Waffen und zur Umkehr auf. Aber noch am 1. November erließ er in Monterotondo einen Tagesbefehl, worin es hieß: „Will man uns zwingen, unsere Waffen aus Gehorsam

Digitized by Google

gegen den 2. December 1852 niederzulegen, dann will ich die Welt daran erinnern, daß ich hier allein, römischer General, mit Vollmacht der einzigen gesetzmäßigen Regierung der römischen Republik, durch allgemeine Abstimmung erwählt, das Recht habe, mich auf diesem Boden meiner Jurisdiction in Waffen zu behaupten." Es mußte ihm entsetzlich schwer werden, vor Napoleon zurückzuweichen und den Boden, welchen er sein nannte, dessen Generalen zu überlassen. Mit etwa 8000 Mann hielt er die Gegend von Monterotondo und Mentana, welche Orte er hatte verbarrikadiren lassen, besetzt. Sein Plan war, scheint es, am 3. November nach Tivoli zu ziehen, dort mit den Scharen Nicotera's und Orsini's sich zu vereinigen und sich dann in die Abruzzen zu werfen, von wo aus er das südliche Italien in Aufstand bringen konnte. Aber während er am 3. November über Mentana nach Tivoli marschiren wollte, zogen 3000 Mann päpstlicher Truppen unter dem Befehl des Kriegsministers Generals Kanzler, eines geborenen Badensers, und eine Reserve von 2000 Mann von der französischen Brigade Polhès heran, um Monterotondo wieder zu nehmen. Um 12 Uhr stießen sie bei Mentana auf die Vorposten Garibaldi's. Bald entbrannte ein heftiger Kampf. Die Garibaldiner wurden zurückgedrängt, sammelten sich wieder, nahmen mit zwei starken Kolonnen die Päpstlichen in die Flanken, diese wichen und waren verloren, wenn nicht die französischen Truppen dem Hilferuf des römischen Generals sofort entsprachen. Aber dies geschah. Die Franzosen rückten in die vordere Linie und schossen mit ihren Chassepot die armen Garibaldiner zu Hunderten nieder. Ein Theil zog sich in das Schloß von Mentana zurück und behauptete dieses und die übrigen verbarrikadirten Häuser bis zum andern Morgen, wo ihnen von den Franzosen freier Abzug zugestanden wurde. Von den Garibaldinern lagen 1000 Mann todt oder verwundet auf dem Schlachtfeld, 1400 wurden gefangen genommen; die Franzosen gaben ihre Verluste auf 2 Todte und 36 Verwundete, die der Päpstlichen auf 30 Todte und 103 Verwundete an.

Garibaldi war während des Sturms auf Mentana mit ein paar tausend Mann nach Correse abgezogen und legte dort die Waffen nieder. Am andern Tag bestieg er mit seinen Freunden einen Extrazug, um nach Florenz zu reisen. Auf der Station Figline wurde er auf Befehl der Regierung verhaftet und nach La Spezzia

Digitized by Google

das abgetretene Miniſterium Ratazzi offen an, ſeit Beginn der Bewegung Frankreich getäuſcht und Garibaldi vorgeſchoben zu haben, um im geeigneten Augenblick ſtatt dieſes republikaniſchen Führers ſich ſelbſt an die Spitze der Bewegung zu ſtellen. „Wir betrachteten den Vertrag als verletzt, ſobald die italieniſchen Truppen in das päpſtliche Gebiet einrückten. Da machte mir der italieniſche Geſandte mündlich eine Mittheilung von der höchſten Wichtigkeit: er ſchlug eine europäiſche Konferenz und für den Augenblick die gemeinſchaftliche Beſetzung Roms durch Frankreich und Italien vor. Wir nahmen von dem erſten Vorſchlag Akt und wieſen den zweiten zurück. Ich kann dieſen zweiten Vorſchlag nicht anders als in folgender Weiſe charakteriſiren: man trug uns nicht nur die Rolle des Gefoppten, ſondern auch die des Verräthers an. Wir wieſen mit Entrüſtung dieſe Mitſchuld zurück, welche man uns mit einer Art Bonhomie zumuthete, die den Schimpf noch verdoppelte. Tritt die Konferenz nicht zuſammen, ſo fallen wir unter die Herrſchaft des Septembervertrags zurück und ſagen zu Italien: wollt ihr ihn diesmal ausführen und ſtärkere Garantien geben als früher? Nur in dieſem Fall werden wir ein zweitesmal das Papſtthum in die Hände eurer Loyalität zurückgeben.“ Darauf folgte Thiers, welcher in ſeiner bekannten Weiſe davon ſprach, daß Frankreich die Einheit Italiens nicht hätte zugeben, nach der Losreißung der Lombardei die weiteren Annexionen nicht hätte dulden ſollen. Italien verfahre mit der größten Rückſichtsloſigkeit, gebe den entthronten Fürſten nicht einmal ihr Privatvermögen zurück. „Gewiß, Herr von Bismarck geht nicht achtungsvoll mit den kleinen Staaten um, aber er hat wenigſtens die private Redlichkeit und hat den Fürſten von Hannover und Naſſau ihr perſönliches Vermögen zurückerſtattet. Zwiſchen Garibaldi und dem Haus Savoyen beſteht eine Uebereinſtimmung der Inſtinkte. Garibaldi zieht aus, um für das Haus Savoyen Königreiche zu erobern. Glückt es ihm nicht, ſo verhaftet man ihn und ſchickt ihn nach Kaprera. Glückt es ihm, ſo ſagt man ihm: „„Deine Beute gehört uns.““ Da es ſich um den Fürſten handelt, welcher das Oberhaupt der katholiſchen Kirche iſt, ſo iſt es keine gewöhnliche Intervention. Wenn ihr das Papſtthum wieder in die Hände der Italiener gebt, ſo werden dieſe es achten, ſo lange ihr unbeſchäftigt ſeid; ſo bald ihr aber mit einer anderen Macht zu thun habt, ſo werden ſie ſich Roms bemächtigen.“

Digitized by Google

Noch entschiedener als diese beiden Herren sprach sich in der Sitzung vom 5. December Staatsminister Rouher aus: „Wir erklären, daß Italien sich niemals Roms bemächtigen wird. Niemals wird Frankreich eine solche Gewaltthat gegen seine Ehre, gegen seine Katholicität ertragen. Es wird von Italien die strenge und energische Ausführung des Septembervertrags verlangen; wo nicht, so wird es selbst dafür eintreten. Wenn ich von Rom sprach, so meine ich damit das gegenwärtige päpstliche Gebiet in seiner ganzen Integrität." Nach dieser Rede wurde über die Interpellation Favres mit 237 gegen 17 Stimmen einfache Tagesordnung beschlossen.

Auch die deutschen Angelegenheiten kamen wieder zur Sprache. In der Sitzung vom 9. December fragte Thiers: „Soll man jetzt Deutschland, das die größte Revolution der Neuzeit vollbracht, alles nach seinem Gutdünken thun lassen? Was soll da aus Frankreich werden, wenn man zu jedermann sagt: thut, was euch beliebt!" Diese kleinliche, selbstsüchtige und eifersüchtige Politik bekämpfte Gueroult und hob hervor, die französische Regiernng habe es durch ihre Politik dahin gebracht, daß sie ganz isolirt stehe, den Regierungen und den Völkern gleich verhaßt." Darauf wußte Rouher nichts anderes als Phrasen, wie sie in der Thronrede standen, anzuführen. „Bezüglich Deutschlands sei die Politik Frankreichs eine Politik der Beruhigung und der Beschwichtigung gewesen. Die Regierung nehme offen die vollendeten Thatsachen hin, so lange nicht seine Interessen und seine Würde mit ins Spiel kommen."

Was Frankreich nach Vollendung seiner Heeresorganisation unter seinen Interessen und seiner Würde zu verstehen gesonnen sei, ließ sich aus den Debatten über das neue Militärgesetz entnehmen, welche im gesetzgebenden Körper am 19. December ihren Anfang nahmen. Gressier, der Berichterstatter der Kommission, sagte in der Sitzung vom 21. December: „Wenn das Gleichgewicht (d. h. das Uebergewicht Frankreichs) gestört ist, muß man es wieder herstellen. Es wird aber weder durch die Uebereinstimmung der Völker noch durch die Anstrengungen der Diplomatie wieder hergestellt werden, sondern durch das einzige Mittel, welches heute noch die Differenzen zwischen Nationen regeln kann, durch den Krieg." Darauf sagte die Linke, daß dadurch der wirkliche Zweck des Gesetzes enthüllt sei, einen großen Krieg vorzubereiten. Was auch Rouher

Digitized by Google

das Präsidium des norddeutschen Bundes zu verweisen; Baiern, Württemberg und Baden erklärten ihre Bereitwilligkeit zur Theilnahme unter den von Preußen aufgestellten Bedingungen. Um so auffallender war die bedingungslose Annahme Hessen-Darmstadts, zumal es ja mit einem Theile seines Gebietes zum norddeutschen Bunde gehört. Es zog sich dadurch nicht bloß einen geharnischten Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung zu, worin von „vollständigem Mangel an Einsicht dessen, was politisch schicklich ist, und von Mißachtung der nationalen Idee" die Rede war, sondern auch, und dies wog noch schwerer, eine Note des Grafen Bismarck vom 24. November, worin gefragt wurde, ob „dieses Verfahren und die Konsequenzen desselben sich mit dem Wortlaut der Bundesverfassung in Einklang bringen lassen."

Die meisten Mächte erklärten sich, „im Princip" damit einverstanden, die italienische Frage auf einer Konferenz zu erledigen, hielten aber eine Konferenz für unmöglich, wenn nicht Italien und der Papst sich über ihre Stellung zu derselben bestimmt ausgesprochen und diese beiden nebst Frankreich sich über die Grundlagen der Berathung verständigt hätten. Da aber Graf Menabrea in seiner Antwort vom 19. November erklärte, daß, von allem anderen abgesehen, die Besetzung Roms durch die Franzosen vor Beginn der Konferenz aufgehoben werden müsse, worauf Frankreich nicht eingieng, und da die Kurie in dieser Konferenz nur eine Gelegenheit zu einem Ideenaustausch sah, wobei sie vor ganz Europa alles das zurückfordern werde, was ihr seit dem Jahre 1860 genommen worden sei, so war zum großen Leidwesen der französischen Regierung nicht die geringste Aussicht vorhanden, daß die Konferenz zu Stande komme. Hatte Frankreich ohne irgend jemand zu fragen, in Italien intervenirt, so behielt es neben der Ehre der Occupation auch die Verantwortung dafür. Und nicht bloß außerhalb Frankreichs, sondern in Frankreich selbst erfuhr die zweite römische Expedition bitteren Tadel. Gelegenheit hiezu gab die Eröffnung der Kammern am 18. November. Napoleon sagte in seiner Thronrede, daß der Septembervertrag mit Italien fortbestehe, so lange er nicht durch einen neuen internationalen Akt ersetzt sei, kündigte einen Gesetzentwurf über die Verbesserung der militärischen Einrichtungen an und versicherte, daß Frankreich sich in die deutschen Angelegenheiten nicht mischen werde, „so lange unsere Interessen und unsere

Digitized by Google

Würde nicht bedroht sind," eine Klausel von so elastischer Natur, daß mit derselben ebensowohl der Frieden erhalten werden, als jeden Augenblick der Krieg losbrechen kann.

Zunächst kam in den Kammern die italienische Frage zur Besprechung. Im Senat, wo die Erzbischöfe so salbungsvoll sprachen, als ob sie in der Kirche unter ihren Gläubigen ständen, hatte die Regierung keinen harten Stand. Auf die Rede des Ministers Moustier am 30. November wurde zur Tagesordnung übergegangen. Dagegen griff in der Sitzung des gesetzgebenden Körpers vom 2. Dec. Jules Favre, welcher eine Interpellation gestellt hatte, die italienische Politik der Regierung aufs heftigste an. „Sonst war Frankreich in der Wahrung seiner Unterschrift nicht so eifrig. Es ließ trotz des Vertrags von 1852 Dänemark von Preußen vernichten (!). Vor einer gebieterischen Geberde der Vereinigten Staaten haben Sie den Vertrag mit Maximilian zerrissen. Als Ihnen zwischen Abfall und Schande die Wahl blieb, wählten Sie den ersteren. Sie haben Maximilian im Stich gelassen. Ich tadle Sie nicht darum; aber ich verlange, daß Sie mit dem Septembervertrag dasselbe thun, wenn es nicht heißen soll, daß Sie die Verträge nur gegen die Schwachen geltend machen, gegen den Starken aber fallen lassen. Wohin führt diese Politik? Wir können nicht vorwärts und nicht zurück. Wenn wir den Papst fortwährend und wirksam beschützen wollen, müssen wir jährlich 50000 Mann und 100 Millionen darauf verwenden und werden zum Hasse der Völker, wie es ehemals die Oestreicher waren. Und das für dieselbe Macht, welche in der berüchtigten Encyklika vom 8. December 1864 die finsterſten Grundsätze der Verdammung und der Ausschließung verkündet und dem ganzen Wesen unserer Zeit den Krieg erklärt! Ich weiß wohl, daß die Regierung diese Encyklika durch den Staatsrath hat zerreißen lassen. Ja, aber sie hat die Fetzen derselben zusammengesucht, um daraus die Patronen der Chassepotgewehre zu machen." Jules Simon, welcher am 3. December sprach, äußerte über die so sehr betonte Nothwendigkeit der Unabhängigkeit des Papstes: „Der souveräne Papst ist gar nicht unabhängig, er ist ein Schützling Frankreichs, geschützt und gehalten durch französische Waffen seit 1849; denn die französischen Truppen blieben als Legion von Antibes selbst nach dem formellen Abzug der kaiserlichen Truppen."

In der Sitzung vom 4. Dec. klagte der Minister Moustier

einem Staatsmann nicht so böse gemeint; man wisse ja, daß die Minister gar häufig selbst etwas ausführen helfen, was sie ein Jahr vorher als unmöglich bezeichnet haben. Doch wäre den Italienern eine englische Flotte vor Civitavecchia ein wirksamerer Trost gewesen. Die Abgeordneten gaben dieser antifranzösischen Stimmung einen lebhaften Ausdruck. Selbst der konservative Ministerpräsident Menabrea konnte sich dieser nationalen Strömung nicht entziehen. Gleich in der ersten Sitzung vom 5. December hielt er eine längere Rede über die Vorgänge, welche den Sturz Ratazzi's und die Neubildung des Ministeriums herbeiführten, und sagte unter anderem: „Zwischen den südlichen Provinzen Italiens und den anderen besteht ein kleiner Staat, in welchem die berühmteste Stadt der Welt liegt. Dieser kleine Staat ist ein schweres Hinderniß für uns. Wäre seine Regierung besser, so wären die Uebelstände geringer. Aber Rom ist der Mittelpunkt der Verschwörungen gegen die Einheit Italiens. Es ist natürlich, daß ganz Italien lebhaft gegen Rom protestirt. Was würden wohl die Franzosen thun, wenn Paris in der Gewalt der Engländer wäre? In unserem Jahrhundert ist alles, was ein Volk hemmen kann, ein Hinderniß, das beseitigt werden muß. Allein Rom ist zugleich die Stadt, wo das Haupt der Kirche seinen Sitz hat, das sicher nicht so schwach ist, wie wohl mancher meint, und wohl weniger schwach in einem Lande, wo das katholische Gefühl das vorherrschende ist. Unsere Pflicht ist es, das Haupt der Religion zu achten. Nicht durch Gewalt geht man nach Rom; man muß moralische Mittel anwenden. Das Nationalparlament hat dies in der Sitzung vom März 1861 anerkannt. Diejenigen, welche mit den Waffen in der Hand nach Rom gehen wollen, verletzen das Parlamentsdekret. Je stärker wir sein werden, desto näher werden wir Rom kommen." Ueber das, was nun zunächst zu thun sei, sagte er am 17. December: „Der Septembervertrag ist nicht null und nichtig, sondern nur suspendirt wegen der Einmischung Frankreichs. Ebenso ist aber auch die halbjährige Zahlung der päpstlichen Schuld (welche Italien zugleich mit der Annexion der päpstlichen Provinzen übernommen hatte) eingestellt. Die italienische Regierung wird sich bemühen, den Septembervertrag wieder in Kraft zu setzen und sodann über neue Bedingungen zu verhandeln und zwar, wie sie hofft, über bessere. Zunächst handelt es sich darum, ein doppeltes Ziel zu erlangen: den Abzug

Digitized by Google

der französischen Truppen und die Herstellung eines modus vivendi mit Rom."

Eine mehrtägige Debatte über das Verhältniß Italiens zu Frankreich und zum Kirchenstaat fand statt, in welcher die Mitglieder der Rechten und der Linken sich darin einig zeigten, daß beide erklärten, der italienische Staat bedürfe zu seiner Vervollständigung Roms, darin uneinig, daß die Rechte nur durch moralische Mittel, die freilich schwer definirbar sind, in den Besitz von Rom gelangen wollte, während die Linke auch die Gewalt nicht scheute und durch die „Wunder von Mentana" so erbittert gegen Frankreich war, daß sie den Septembervertrag nicht mehr anerkennen und die diplomatischen Beziehungen mit Frankreich abbrechen wollte. Da aber dadurch die Schmach der französischen Soldatenherrschaft ins endlose verlängert würde, so mußte man der Rechten beistimmen, wenn sie, weil im Augenblick schlechterdings nichts anderes zu erreichen war, den Septembervertrag in irgend einer Form erneuern wollte, um nur die Franzosen wieder aus dem Lande hinaus zu bekommen. Ueber die weltliche Herrschaft des Papstes und über Frankreich drückten sich beide Parteien gleich stark aus. Der Justizminister Mari sagte am 13. December: „Wer wünscht nicht den Fall der weltlichen Gewalt des Papstes? Wer ist nicht überzeugt, daß die Religion bei unsern Gegnern nur ein Vorwand ist? Unsere Ansicht ist nicht neu. Es ist schon lange, daß Dante gesagt hat, die römische Kirche sei, indem sie die beiden Gewalten vermischte, in den Koth gesunken." Crispi, der Hauptführer der Linken, erklärte am 16. December, schon die Legion von Antibes sei eine Verletzung des Septembervertrages gewesen, und die italienische Regierung hätte, wenigstens nach der Sendung des Generals Dümont, denselben aufkündigen sollen. „Im übrigen kann uns wenig daran liegen, ob die französischen Truppen in Civitavecchia oder in Toulon liegen, sobald Frankreich erklärt, einzuschreiten, wenn die weltliche Macht des Papstes bedroht ist. Auf die Länge ist es doch nicht möglich, daß die Söhne Voltaires sich hergeben, die Küster der Pfaffen zu machen. Lassen wir die Rouher, die Berryer, die Mouftier, die Thiers Allianz mit der Soutane und den Legitimisten machen; der Tag der neuen Marseillaise ist nicht fern."

Allgemein erwartete man einen Kammerbeschluß, wodurch die Politik des Ministeriums gebilligt würde, zumal schon bei der Wahl

Digitized by Google

zur Verhüllung der geheimsten Gedanken Napoleons sagen mochte, niemand glaubte ihm, um so weniger, als am 23. December der Kriegsminister Marschall Niel eine sehr herausfordernde Sprache führte.

Es handelte sich um einen Antrag der Linken, an die Stelle des durch Konskription gebildeten stehenden Heeres die allgemeine Wehrpflicht mit möglichst kurzer Dienstzeit einzuführen. Niel bekämpfte diesen Antrag und sagte: „in Preußen sei dieses System allerdings den französischen Revolutionären nachgeahmt und allmählich zu einer gewaltigen Kriegsmaschine ausgebildet worden. Nirgends aber, in der Vergangenheit wie in der Gegenwart könne man ein drückenderes Militärgesetz finden als das preußische. Wenn man das System der allgemeinen Volksbewaffnung in Frankreich einführen und dabei auf den militärischen Geist verzichten wolle, so verzichte man auch gleichzeitig auf die Disciplin. Und wie will man unter solchen Bedingungen Frankreich der Gefahr aussetzen, eines Tages gegen eine Nation (Preußen) zu marschiren, die geschickt und von langer Zeit her organisirt ist, in welcher vielfache Uebungen stattfinden, in welcher der militärische Geist in einem Grade, wie wir ihn vielleicht nie erreichen werden, vorherrscht, und in welcher die Hierarchie des Rangs, ohne daß die Bevölkerung daran Anstoß nimmt, mit der Hierarchie der Geburt zusammenfällt? Daran denken Sie nicht, oder wenn Sie auf das französische Volk das System der allgemeinen Wehrpflicht anwenden wollen, so müssen Sie dasselbe vollkommen nach preußischem Muster organisiren, und dann, aber nur dann können beide Nationen, ohne Nachtheil für die eine von ihnen, sich auf dem so schwierigen Schlachtenboden gegenübertreten. Seit meiner Uebernahme des Amtes ist die Armee so ziemlich schlagfertig gemacht. Die ganze Infanterie wird bis zum nächsten Frühjahr mit ausgezeichneten Gewehren versehen sein; die Zeughäuser und die Magazine sind gefüllt, die Festungen sind bereits in einem besseren Zustand, und alle Tage wird daran gearbeitet. Das französische Volk ist von jeher stolz gewesen, und die Armee ist sein Ebenbild. Es hat gallisches Blut in den Adern und vermag nicht lange eine Gefahr, von der es bedroht ist, zu ertragen. Es geht lieber dieser Gefahr entgegen. Das französische Volk lebt nicht gerne in der Ungewißheit und sieht seinen Handel und seine Industrie nicht gerne dahinsiechen; lieber

Digitized by Google

will es sofort den Krieg. Gibt man ihm nun eine militärische Organisation, welche ihm alle Sicherheit gewährt, so läßt es die Sorgen fahren. Es fürchtet seine Nachbarn nicht, träumt selbst von keinen Eroberungen und überläßt sich im Frieden seinen gewohnten Beschäftigungen. Durch die Einführung des neuen Militärgesetzes werden diese Resultate erreicht, daher er durch dasselbe für die Aufrechthaltung des Friedens gearbeitet zu haben glaube. Frankreich brauche eine ständige Armee von 400000 Mann, eine ebenso starke Reserve und mobile Nationalgarde, so daß man im geeigneten Augenblicke über 1,200,000 Mann verfügen könne. Nicht erst in 6 bis 7 Jahren werde dieses Gesetz seine Wirkung auf die Wehrkraft der Nation äußern, sondern schon im nächsten Jahre werden 600,000 Mann mobiler Nationalgarde vorhanden sein. Mit einer Armee von 600,000 Mann und ebenso vielen Nationalgarden könne man vorläufig schon allen Eventualitäten begegnen. Enfin, nous sommes prêts."

Dem Kriegsminister entgegnete Jules Favre: „Niel fordre die Erhöhung des Effektivbestandes und sage doch, Frankreich bedrohe niemand und werde von niemand bedroht. Er aber sage, Frankreich bedrohe und werde bedroht. Die politische Lage Frankreichs, die Verfassung des Kaiserreichs, welches den Souverän zum ausschließlichen Herrn über Krieg und Frieden mache, habe ganz Europa in jene unbestimmte Unruhe versetzt, aus welcher die allseitige Vermehrung der Streitkräfte hervorgegangen sei. Die mexikanische Expedition sei Schuld an den Ereignissen in Schleswig-Holstein und in Böhmen. Frankreich habe keinen Alliirten mehr als die Priesterherrschaft und die weltliche Macht des Papstes. Man solle der Regierung nicht so viel Macht in die Hand geben und an die Allmacht des ersten Kaiserreichs denken, die mit der Occupation des Landes durch die fremden Mächte geendigt habe."

Während dieses französischen Säbelgerassels war es auch in der italienischen Abgeordnetenkammer, welche am 5. December wieder zusammentrat, scharf hergegangen. Gerade an diesem Tage hatte Rouher sein gebieterisches Jamais ausgesprochen und zugleich als Zweck der römischen Expedition angeführt, daß Frankreich die Revolution habe aufhalten wollen, für welche drei Etappen festgestellt gewesen seien: Rom, Florenz und Paris. Italien wurde zwar von der englischen Times getröstet, welche sagte, so ein Jamais sei von

Digitized by Google

schritt, mit fieberhafter Hast durchführen und Fragen, an deren Lösung sich sonst ein Jahrhundert abgearbeitet hat, in Monaten abwickeln zu wollen. Dabei kann es nicht ausbleiben, daß durch die Ungeschicktheit der Schauspieler zuweilen mehr verdorben, als gewonnen, eher ein Rückschritt als ein Fortschritt erzielt wird. In letzterem Falle ist Italien. Es hätte sich Preußen zum Muster nehmen und die Art und Weise, wie dieses die süddeutschen Staaten an sich gezogen hat, nachahmen sollen. Auch könnte es nicht schaden, wenn Italien in seinen Finanzen eine so gute Ordnung hätte wie Preußen. Denn es macht doch einen gar zu schlechten Eindruck, wenn der Finanzminister das Deficit vom Jahre 1868 auf 203 Millionen Franks anschlägt. Und dies ist nur das Deficit des Finanzministers. Wie wird nun erst, zumal nach der Theurung der letzten Monate, das wirkliche Deficit lauten! Wenn Italien sich aufs Sparen legte, die Unterrichtszwecke, Handel, Industrie und Gewerbe förderte und Rom einstweilen seinem Schicksal überließe, so fragt es sich doch, ob dieses isolirte Rom nicht gerne Beziehungen mit Italien eröffnen und nach und nach innige Verbindungen mit demselben anknüpfen würde, denen die förmliche Einverleibung wie das Fallen der reifen Frucht folgen würde. Dieser Weg ist zwar langsamer, aber er führt vielleicht Italien doch schneller nach Rom.

Man hat auch noch von einer anderen Lösung gesprochen, wodurch Italien nicht gegen, sondern mit dem Willen Frankreichs in Rom einzöge. Ein italienisches Blatt schrieb zu Ende Novembers: „Der Aussage des Generals Lamarmora zufolge dreht sich die ganze römische Frage zwischen den Regierungen von Frankreich und Italien um die Frage einer Allianz, welche Frankreich für gewisse Eventualitäten von Italien verlangt. Der Preis der Unterzeichnung einer solchen Allianz wäre Rom." Daß lediglich politische, nicht religiöse Gründe es sind, welche Napoleon zur Beschützung des Kirchenstaats bestimmen, ist bei einem Manne von einer solchen Vergangenheit wohl vorauszusetzen. Es können also Fälle eintreten, daß Napoleon aus politischen Gründen den Italienern den Kirchenstaat geradezu anbietet, trotz aller Reden der Herren Moustier und Rouher. Diese Eventualitäten liegen am Rhein, und die Reden des Marschalls Niel und des Berichterstatters Gressier in der französischen Deputirtenkammer waren allerdings von der Art, daß sie eher wie eine Kriegstrompete als wie die Stimme einer Friedenstaube

Digitized by Google

klangen. Diese kolossale Anhäufung von Mannschaft und Kriegsmaterial, diese herausfordernden Redensarten, dieses Pochen auf Kriegsbereitschaft könnte auf die Absicht hindeuten, durch einen Krieg auf Leben und Tod die Frage zu entscheiden, ob von nun an Deutschland oder Frankreich die erste Rolle in Europa spiele. Daß dabei Niel die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht verwirft und die Konskription nebst dem Loskaufsystem beibehält, dadurch also der wohlhabenden und gebildeten Klasse die Befreiung von dem Dienst im stehenden Heere erleichtert, könnte auffallend erscheinen, wenn man nicht wüßte, daß sich die Regierung vor dieser allgemeinen Wehrpflicht, vor dem „Volk in Waffen" fürchtet und lieber sogenannte Berufssoldaten heranzieht, welche durch Sold und Pensionen angelockt aus dem Militärdienst ein Gewerbe machen. Diese Sorte von Truppen hat alle Tugenden und alle Fehler der alten Prätorianer, und die in den deutschen Heeren befindliche Intelligenz wird ihnen gewachsen sein. Auch darf man sich durch die hohen Zahlen des französischen Kriegsministers (400000 Mann stehendes Heer, 400000 Reserve, 400000 mobile Nationalgarde) nicht schrecken lassen; denn die Kriegsstärke des norddeutschen Heeres ist auf 972434 Mann und auf 214 Batterien mit 1272 bespannten Geschützen berechnet, wozu, den Allianzverträgen gemäß, noch etwa 200000 Mann süddeutscher Truppen kommen, womit die Summe von 1,200,000 französischer Truppen so ziemlich erreicht sein wird. Auch *wir* sind bereit; nur hängen wir es nicht gerade an die große Glocke.

Kaiser Napoleon wird sich mit einem Krieg gegen Deutschland nicht sehr beeilen; es müßten denn äußerst zwingende Gründe vorhanden sein, die von außen her einwirken oder im Innern seines Landes selbst auftauchen. Die Rüstungen selbst brauchen durchaus nicht als Zeichen der Kriegsluft des französischen Kabinets gedeutet zu werden. Bei der Schlagfertigkeit des jetzigen Deutschlands konnte Frankreich nicht wohl anders als gleichfalls seine Armee reorganisiren, Hinterlader anschaffen und Lücken im Material ausfüllen. Was die Sache auffallend macht, ist das viele Geschrei, das die Franzosen in der Kammer und in der Presse davon machen, während man in anderen Staaten sich auch auf Rüstungen versteht, dabei aber schweigen kann. Wenn aber das Unwahrscheinliche doch einträte, daß Frankreich mit mehr als einer halben Million Men-

Digitized by Google

eines Präsidenten der Abgeordnetenkammer am 6. December der Regierungskandidat Lanza mit einer Mehrheit von 40 Stimmen über Ratazzi, welchen die Linke vorschlug, gesiegt hatte. Als aber Menabrea ein förmliches Vertrauensvotum und die Annahme folgender Tagesordnung verlangte: „Die Kammer, indem sie Akt nimmt von der Erklärung des Ministeriums, daß es das nationale Programm, welches Rom zur Hauptstadt Italiens verlangt, unverletzt aufrecht halten werde, beklagt, daß man dasselbe mit Mitteln ausführen wollte, welche im Widerspruch mit den Gesetzen und den Parlamentsbeschlüssen sind, und überzeugt, daß in der Achtung des Gesetzes die Bürgschaft für die Freiheit und Einheit des Landes besteht, billigt sie die Haltung des Ministeriums und geht zur Tagesordnung über," so verwarf die Kammer, offenbar um ihrem Haß gegen Frankreich Ausdruck zu geben, am 22. December diesen Antrag mit 201 gegen 199 Stimmen. Bei der Verkündigung des Resultats der Abstimmung erhob sich von den Plätzen der Opposition und den dichtgedrängten Tribünen der enthusiastische Ruf: Viva Roma, la capitale d'Italia! Dies war die Antwort Italiens auf das Jamais des Herrn Rouher. Sofort gab das Ministerium am 23. December seine Entlassung ein. Der König nahm sie an, beauftragte aber zugleich Menabrea, ein neues Kabinet zu bilden, und die Kammer wurde bis zum 3. Januar vertagt.

Durch die französischen und italienischen Kammerverhandlungen traten die Gegensätze zwischen Frankreich und Italien aufs schärfste hervor. Sagte jenes, Rom sei für Italien nicht nöthig, Italien habe gar kein Recht auf Rom, es werde sich niemals Roms bemächtigen dürfen, so erwiderte dieses, es könne Rom gar nicht entbehren, es habe eben so viel Recht auf Rom als Frankreich auf Paris und werde niemals auf Rom verzichten. Es ist allerdings wahr, daß das Königreich Italien den Eindruck eines geschlossenen Ganzen so lange nicht machen wird, bis es den Kirchenstaat sich einverleibt und Rom, welches seit mehr als zwei Jahrtausenden im Inland und Ausland als das Centrum der italienischen Nationalität gilt, zu seiner Hauptstadt gemacht hat. Erst dann werden alle Theile Italiens von dem Bewußtsein der Einheit durchdrungen, die inneren Eifersüchteleien ausgeglichen, das Königreich zu einer selbständigen Großmacht erhoben sein. Andererseits aber kann man nicht verhehlen, daß im Katholicismus selbst eine Aenderung vorgehen

Digitized by Google

muß, bevor er sich in die Abschaffung der weltlichen Herrschaft des Papstes wird finden können. Denn wenn der Papst in der Hauptstadt des italienischen Königs und nicht mehr in seiner eigenen residirt, so ist es mit seiner Souveränetät gerade so aus, wie im vierzehnten Jahrhundert mit derjenigen der Päpste zu Avignon. Deutschland hat es unter Kaiser Ludwig dem Baier sehr zu empfinden gehabt, was es heißt, wenn der Papst in der Machtsphäre des französischen Königs ist. Der Papst ist dann kaum etwas mehr als der erste Landesbischof, und ob mit einem solchen fremde Souveräne Konkordate schließen, ob sie ihre Bischöfe von ihm ernennen und andere Beschränkungen ihrer eigenen Herrschergewalt noch ferner sich von ihm gefallen lassen wollen, ist noch nicht ausgemacht. Nicht bloß der Kirchenstaat, sondern auch die Stellung des Papstes als des gebietenden Oberhauptes der katholischen Kirche steht bei dieser scheinbar bloß italienischen Frage auf dem Spiel. Selbst Napoleon I., welcher doch gewiß das Zeug hatte, um solche Verhältnisse richtig zu beurtheilen, sprach sich zu einer Zeit, wo sein Blick noch nicht durch seine grenzenlose Herrschsucht getrübt war, als erster Konsul für die Zweckmäßigkeit eines Kirchenstaates aus. „Bildet man sich ein," sagte er, „daß, wenn der Papst in Paris wäre, Spanier und Deutsche seinen Entscheidungen Gehorsam leisten würden? Es ist ein Glück, daß er in diesem alten Rom residirt, fern von deutschen Kaisern, von französischen und spanischen Königen, zwischen den katholischen Souveränen die Wagschale haltend, sich immer dem Stärksten ein wenig zuneigend, aber sogleich wieder aufrecht, wenn der Stärkste den Unterdrücker spielen will. Die Jahrhunderte haben dies geschaffen, und sie haben es recht geschaffen." Mit dieser Sprache des ersten Konsuls kontrastirt freilich das Dekret des Kaisers, datirt von Schönbrunn den 16. Mai 1809, gewaltig. Denn in diesem wurde das Aufhören der weltlichen Macht des Papstes ausgesprochen und der Kirchenstaat theils mit dem Königreich Italien theils mit Frankreich vereinigt.

Bei dieser Sachlage ist es einleuchtend, warum die Kurie dem Königreich Italien beständig ihr Non possumus entgegenhält. Die Gegensätze sind unversöhnlich. Jeder hat von seinem Standpunkt aus Recht. Italien hat jedenfalls unklug daran gethan, den seinigen mit Gewalt dem Gegner aufdringen zu wollen. Auch hier zeigte sich jener krankhafte Zug der neuesten Zeit, alles im Sturm-

Digitized by Google

schen der weiteren Entwicklung Deutschlands sich hemmend in den Weg werfen wollte, und der Versucher an Italien heranträte, den Kirchenstaat ihm anböte unter der Bedingung, daß es mit Frankreich gegen Deutschland marschirte, was dann? Hierauf ist keine Antwort zu geben, weil die leitenden Persönlichkeiten jenseits der Alpen, trotz des Bündnisses von 1866, weit weniger berechenbar sind als diesseits derselben. Nur soviel ist zu sagen, daß Italien, mit oder ohne Kirchenstaat, keine selbständige Großmacht ist, bis es sich von dem französischen Einfluß losgemacht hat. Dieses Ziel kann es nur durch ein Bündniß mit Deutschland erreichen, und ein gemeinschaftlicher glücklicher Feldzug gegen Frankreich kann ihm dann auch den Kirchenstaat geben. Dazu gehört aber, daß Italien seine unzuverläßige Politik aufgibt und eine Haltung annimmt, bei welcher Deutschland nicht zu fürchten hat, daß mitten in der Aktion wieder eine Schwenkung zu Frankreich eintrete. Diesem Mißtrauen hat die berühmte Instruktion des Grafen Bismarck an den preußischen Gesandten in Florenz, Herr von Usedom, (vom Oktober) Ausdruck gegeben. Was darin über den „König Viktor Emanuel und die seinem Herzen näherstehenden Politiker" gesagt ist, berechtigt allerdings sehr zu Argwohn und macht Vorsicht zur Pflicht. „Eine Macht wie Preußen kann in ihrer gegenwärtigen Stellung nur mit vollkommen sicheren Unterlagen, mit klarer Uebersicht über den Stand des Schachbrettes Stellung nehmen."

An solcher Uebersicht fehlte es im preußischen Staatshaushalt nicht. Schon die Thronrede vom 15. November, womit der König die preußischen Kammern eröffnete, gab Zeugniß hiefür. Auch die Kammerverhandlungen gaben mehrfach Gelegenheit, in alte und neue Verhältnisse mehr Klarheit zu bringen. Die Verträge mit den depossedirten Fürsten, von denen König Georg von Hannover 16 Millionen, Herzog Adolf von Nassau 3,891000 Thaler erhalten sollte, kamen erst im Jahre 1868 zur Berathung. Dagegen hatte die Sitzung vom 9. December einen interessanten Stoff zu debattiren. Der Abgeordnete von Bennigsen hatte beantragt, „die Regierung aufzufordern, dafür Sorge zu tragen, daß das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten auf den Etat des norddeutschen Bundes übernommen und daß die innerhalb des norddeutschen Bundes bestehenden preußischen Gesandtschafts- und Konsulatsposten aufgehoben werden." Das Ziel dieses Antrags war

Digitized by Google

Aufhebung des Gesandtschaftswesens der kleinen Staaten und Verwandlung der preußischen Gesandtschaften in norddeutsche Bundesgesandtschaften.

Darauf erklärte Graf Bismarck: „Die Regierung hält den ersten Theil des Antrags principiell für zweifellos richtig; der jetzige Zustand ist nur ein provisorischer, nur ein Uebergangsstadium, aus welchem eine strengere Koncentration der Vertretung des Bundes nach außen hin, für die Fragen der großen Politik wenigstens, hervorgehen muß. Wir streben nach dem einheitlichen Ziele, doch müssen wir mit Schonung unserer Bundesgenossen verfahren. Die Einheitsbestrebungen von 1848 und 1849, welche sich an den Namen von Radowitz knüpfen, sind wesentlich mit dadurch gescheitert, daß die dynastische Empfindlichkeit nicht geschont und gleich von vornherein der Wegfall des Vertretungsrechtes zu Gunsten der Centralgewalt gefordert war. Wenn das Präsidium eine Vertretung des Bundes bis jetzt noch nicht hat eintreten lassen, so ist dies nicht auf die Befürchtung zurückzuführen, daß die Anerkennung nicht erfolgen möchte. Es ist zu einer solchen Befürchtung um so weniger Veranlassung gegeben, als die Bundesflagge bereits allseitig anerkannt worden ist. Wir haben nur unsere Bundesgenossen schonen wollen. So lange sie auf das Vertretungsrecht nicht freiwillig verzichten, muß eine Theilung der Repräsentation nach außen in der Weise eintreten, daß in der großen Politik, wie gegenwärtig in der Konferenzfrage, der Bund einheitlich vertreten ist und die Gesandtschaften der Einzelstaaten sich mehr mit den speciellen Angelegenheiten ihrer Staatsangehörigen zu beschäftigen haben. Warten wir das Uebrige ab, bis es als reife Frucht ganz von selbst abfällt. Ich darf übrigens mittheilen, daß wir im Bundesrathe vertrauliche Besprechungen über die auswärtige Vertretung gepflogen haben, die so weit gediehen sind, daß ich bei dem König mündlich bereits die Genehmigung zur Ernennung von Bundesbotschaftern und Bundesgesandten habe nachsuchen können, welche Genehmigung mir auch bereits ertheilt worden ist. Gegen den zweiten Theil des Antrags muß ich mich entschieden erklären; denn die preußischen Gesandten bei den Bundesregierungen sind nöthig, um auf diese Regierungen in vorkommenden Fällen einwirken zu können." Den ersten Theil des Bennigsen'schen Antrags nahm hierauf die Kammer an, den zweiten verwarf sie. In Folge dessen wurden die preußischen Kon-

Digitized by Google

sulate in Aegypten, Bosnien, Smyrna, Trapezunt, Beirut, Jerusalem, Moskau, New-York und Japan sofort in Bundeskonsulate umgewandelt, und mit dem Anfang des folgenden Jahres überreichten die preußischen Gesandten an den auswärtigen Höfen, (zu welchen jedoch die süddeutschen nicht gerechnet wurden, daher es hier unterblieb), ihre Beglaubigungsschreiben als Vertreter des norddeutschen Bundes, und umgekehrt ließen sich die auswärtigen Gesandten in Berlin durch besondere Schreiben auch beim norddeutschen Bund beglaubigen. Kein einziger Staat, auch nicht Frankreich, zeigte dabei irgend welche Zurückhaltung oder stellte eine Bedingung.

Auf materiellem Gebiet schloß sich den Zollvereinsverträgen die Erneuerung des deutsch-östreichischen Postvereins oder vielmehr der Abschluß neuer Postverträge zwischen den deutschen Staaten und Oestreich würdig an. Seit Mitte Oktobers hatten sich Vertreter der Regierungen von Preußen als Bundespräsidialmacht und von Oestreich, Baiern, Württemberg und Baden in Berlin zu einer Postkonferenz versammelt, und am 27. Nov. wurde der Vertrag unterzeichnet. „Das einfache Groschenporto", schreibt ein süddeutsches Blatt, für den Briefverkehr auch auf den weitesten Strecken des großen deutsch-östreichischen Staatengebietes, die Ermäßigung der Bezüge der Post für die Spedition von Zeitungen und die dadurch bewirkte Verwohlfeilerung dieses wichtigen Bildungsmittels sind Gegenstände, an denen bald jedermann ohne Unterschied der Partei und geographischen Lage mit Vergnügen die wohlthätigen Folgen der politischen Umwälzung des Jahres 1866 erkennen wird." Dagegen fand der Streit mit Dänemark wegen der nördlichen Distrikte Schleswigs in diesem Jahre nicht seine Erledigung. Der dänische Gesandte, Herr von Quaade, wurde im Oktober von seinem Kabinet beauftragt, die Verhandlungen in Berlin zu beginnen. Zunächst handelte es sich bekanntlich um die von Preußen geforderten Garantien zum Schutz der deutschen Bevölkerung. Die Eröffnungen der preußischen Regierung schienen dem Gesandten so bedenklich, daß er im November nach Kopenhagen zurückreiste, um sich neue Instruktionen zu holen. Mit diesen kam er erst im Februar wieder zurück, und es müßte seltsam zugehen, wenn er nicht diese Reise noch mehrmals zu machen hätte, um endlich irgend ein, vielleicht auch gar kein Resultat zu erringen.

In denjenigen Staaten, deren Geschichte im Jahre 1867 nicht

Digitized by Google

in den Vordergrund getreten ist und auch hier nur kurz angedeutet werden kann, ziehen sich gewisse Zustände vom Anfang bis zum Ende ohne Lösung hin, so in England die Verschwörung der Fenier. Dieses Wort, welches nun zum Parteinamen geworden ist, ist altceltisch und lautete ursprünglich Fiona oder Fena, was die Blonden, die Weißen bedeutet. Damit wurde ein Haupttheil der alten Bewohner Irlands bezeichnet, die in Irland eingewanderten Schotten, ein in den irischen Traditionen hochgefeierter Stamm. Bei dieser Verschwörung, welche in den Vereinigten Staaten nicht gerade ungern gesehen, wenn nicht unterstützt wird, handelt es sich um die Losreißung Irlands von Großbritannien und um die Errichtung einer irischen Republik, wie in den von den fenischen Agenten in London verbreiteten Proklamationen offen gesagt wurde. Dadurch daß die Fenier ihre Thätigkeit nicht auf Irland beschränkten, sondern die volkreichsten Städte Englands zu ihrem Terrain ausersahen, vor Mord und Brand nicht zurückschreckten und zur Rettung ihres gefangenen Häuptlings Burke die Pulverexplosion von Clerkenwell am 13. December in Scene setzten, hatte die Sache etwas Beängstigendes. Doch kann dieses Fenierwesen mit bloßen Polizeimaßregeln nicht unterdrückt werden; hier gilt es, dem Uebel an die Wurzel zu gehen. Wenn die Bevölkerung Irlands seit dem Jahre 1851 bis jetzt von 6,515794 auf 5,300000 herabgesunken ist, so muß nicht bloß im Staate Dänemark, sondern auch in der Verwaltung Englands etwas faul sein. Zwei Uebelstände hauptsächlich sind es, welche dieses Irland bis auf den heutigen Tag noch wie eine eroberte Provinz erscheinen lassen, und an denen es moralisch und physisch zu Grunde geht: fast alles Land ist in den Händen weniger englischen Lords, die Iren sind bloß die Pächter, und während die Konfession der Einwohner fast durchgängig katholisch ist, müssen diese außer ihrer eigenen Kirche auch noch die reich ausgestattete englische Hochkirche unterhalten. Wer wird sich damit befreunden können? Selbst Engländer, wie Stuart Mill, geben jetzt zu, daß eine Aussöhnung Irlands mit England nicht möglich sei, wenn England nicht selbst Hand anlege an eine ‚wirkliche Revolution der ökonomischen und socialen Zustände Irlands. Die Schwierigkeit, Irland zu regieren, liegt hauptsächlich in unserer Unfähigkeit, die Bedürfnisse und den Charakter einer anderen Nation zu verstehen", welche Unfähigkeit in der bekannten Selbstsucht,

Digitized by Google

Hartherzigkeit, ja Grausamkeit Englands eine sehr solide Basis hat. Daß die Thronrede, womit das Parlament am 19. Nov. eröffnet wurde, nur von Strenge gegen das Fenierthum, kein Wort von Verbesserung der irischen Zustände spricht, erscheint wie ein aktenmäßiges Beweisstück für diese Unfähigkeit. Diese Thronrede kündigte zugleich die Expedition nach Abessinien an, durch welche der dortige Herrscher gezwungen werden soll, die widerrechtlich gefangenen Engländer, gegen 18 Personen, darunter der Konsul Cameron, frei zu geben.

Von Spanien wird unter der Regierung der Königin Isabella nie viel Gutes zu berichten sein. Marschall Narvaez, welcher an der Spitze des Ministeriums steht, hält dort ein strenges Regiment und erließ im März ein drakonisches Preßgesetz. Im August erhob sich einer jener Militäraufstände, an denen die neueste Geschichte Spaniens so reich ist. Wie in Frankreich die Journalisten und Deputirten, so sind es in Spanien die Generale, welche die revolutionären Proklamationen unterzeichnen. Längs der Pyrenäen, in Katalonien, Aragonien und den baskischen Provinzen, hatte sich der Aufstand „gegen die Tyrannei" entzündet; Barcelona war ein Hauptherd desselben. Aber Narvaez wurde Meister, seine Truppen drängten die Aufständischen über die Pyrenäen, und mit dem Uebertritt des Generals Contreras über die französische Grenze am 31. August konnte die Sache für beendigt angesehen werden. Der verbannte General Prim, welcher in Brüssel verweilte und von dort aus die Revolutionsfäden leitete, kam in Perpignan an der spanischen Grenze gerade recht an, um zu sehen, daß man keinen Führer mehr brauche, worauf er nach Genf abreiste, um in den donnernden Reden des Friedenskongresses einen Ersatz für seine Täuschungen zu finden.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika dauert der Streit zwischen dem Präsidenten Johnson, der denn doch seine Vergangenheit nicht gut verleugnen kann, und dem Kongreß wohl bis zum Schluß seiner Amtsführung fort. Gegenstand des Zwiespalts sind die in dem letzten Bürgerkrieg besiegten Südstaaten. Johnson will diese ohne weiteres wieder in ihre alten Rechte einsetzen und sie wieder zum Kongreß zulassen; dieser verlangt von ihnen bestimmte Garantien und besonders die, daß die Südstaaten den Negern vollständige bürgerliche Rechte zuerkennen. Durch den

Digitized by Google

Kongreß ist zwar die Sklaverei aufgehoben, aber die Ertheilung der bürgerlichen Rechte ist Sache der Gesetzgebung der einzelnen Staaten, und von diesen hat sich bis jetzt nur Kentucky dazu bequemt. Am 7. Januar beschloß das Abgeordnetenhaus, Johnson wegen Mißbrauchs seiner Gewalt in Anklagestand zu versetzen. Die Untersuchung hat der Senat unter Vorsitz des Oberrichters zu führen, und zu einem giltigen Beschluß gehört eine Majorität von zwei Dritttheilen der Stimmen. Für diesmal kam es noch nicht zu einem Prozeß. Dagegen kam am 20. Februar das Ultimatum des Kongresses in Beziehung auf die Reorganisation des Südens zu Stande, wonach in den zehn Rebellenstaaten eine provisorische Militärverwaltung eingesetzt werden sollte. Zu dieser „Wiederherstellungsakte" wurde am 16. Juli noch ein Zusatz angenommen, wodurch Grant, der General der Bundesarmee, die Vollmacht erhielt, Civilbeamte ihrer Stellen zu entsetzen. Gegen jeden Beschluß dieser Art legte Johnson sein Veto ein. Den ihm entgegenarbeitenden Kriegsminister Stanton suspendirte er am 12. August und übertrug sein Amt provisorisch dem General Grant, gegen welchen Gewaltstreich hinwiederum der Kongreß protestirte. Auch mit Grant begannen sehr ernste Zerwürfnisse, zumal dieser bei der nächsten Präsidentenwahl als Hauptkandidat auftritt. Von weiterem Interesse war die Abtretung des russischen Nordamerika an die Vereinigten Staaten gegen Bezahlung von 7 Millionen Dollars, welchen Kauf der Senat am 1. April genehmigte. Das abgetretene Gebiet umfaßt 17500 Quadratmeilen mit etwa 100,000 Einwohnern, wovon kaum 700 Russen, die übrigen meist Indianer und Eskimo sind. Die politische Welt interessirte sich für diesen Handel namentlich aus zwei Gründen: weil man glaubte, daß nun die Vereinigten Staaten noch um so begehrlicher nach dem britischen Nordamerika sehen werden, und weil man vermuthete, die Freundschaft zwischen Rußland und den Vereinigten Staaten sei so groß, daß die letzteren bei der Lösung der orientalischen Frage dem ersteren mit ihrer Flotte vor Konstantinopel zur Seite stehen werden. Aus Südamerika, wo Brasilien, La Plata und Uruguay mit der Republik Paraguay oder vielmehr mit seinem Diktator und Regenten Lopez einen sehr ungleichen Kampf führen, laufen sehr spärliche Nachrichten ein. Der Krieg dauert seit anderthalb Jahren, und man sieht seinem Ende

Digitized by Google

noch nicht entgegen, zumal das dortige Klima den Heeren noch längere Ferien auferlegt als der alte Bundestag seinen Gesandten.

Zieht man am Schlusse dieser politischen Revüe die Bilanz des Jahres 1867 und fragt man, ob Europa und speciell Deutschland in seinem Geschäftsbetrieb vorwärts oder rückwärts gekommen ist, so sind neben einigen verlorenen und höchst zweifelhaften Posten mehrere sehr günstige Spekulationen zu verzeichnen. Von den vier Staaten, deren geschichtliche Entwicklung hauptsächlich die Aufmerksamkeit auf sich gezogen hat, sind die beiden romanischen, Frankreich und Italien, hinter Deutschland und Oestreich sehr zurückgeblieben. Italien ist um volle vier Jahre, vor die Zeit des Septembervertrags von 1864, zurückgeworfen, und bereits spricht man, was freilich Schwarzseherei und klerikaler Wunsch ist, von der Auflösung des Königreichs in eine nördliche und südliche Hälfte. Frankreich hat sich in Italien in die Stellung versetzt, welche früher Oestreich eingenommen hat, während Preußen dort jetzt die frühere Stellung Frankreichs einnimmt. Die Sicherung der Dynastie scheint in Frankreich der einzige Staatszweck zu sein. Bevormundung der Kammern und der Presse, ungeheure Vermehrung des Militärs, brutales Auftreten der Polizei sollen diesem Zwecke dienen. Wie sieht es mit der Freiheit eines Landes aus, wenn, wie dies bei den Verhaftungen auf dem Montmartrekirchhof am 2. Nov. der Fall war, ein protestantischer Geistlicher von der Polizei deßwegen verhaftet wird, „weil derselben der Ausdruck seines Gesichts eine Mißbilligung ihres Verfahrens anzudeuten schien!“ Dazu das quälende Bewußtsein, daß es mit seiner Suprematie in Europa zu Ende ist, und das ewige Jammern und Drohen deßhalb! Von irgendwelchem Fortschritt ist auch hier nichts zu bemerken. Man sieht nur „schwarze Punkte.“

In Oestreich hat das Jahr mit Einsetzung eines dreifachen Ministeriums geschlossen. Dem ungarischen folgte das cisleithanische unter dem Ministerpräsidenten Fürst Karl von Auersperg, welches Namen vom besten Klang, wie Giskra, Herbst, Hasner, Berger, Brestel aufzuweisen hat. Zwischen und über beiden steht das Reichsministerium, in welchem Beust das Auswärtige, Beke die Finanzen, Kuhn das Kriegswesen zu leiten hat. Die Delegationen der beiden Reichshälften sind einberufen und haben die gemeinsamen Angelegenheiten zu berathen. Selbst mit den konfessionellen Fragen

Digitized by Google

scheint es vorwärts zu gehen. Graf Crivelli hat zwar immer noch nicht seine feierliche Audienz beim Papste gehabt, somit auch am Konkordat noch nichts ändern können; aber das Herrenhaus wird den Beschluß des Abgeordnetenhauses über Ehe und Schule genehmigen, der Kaiser bestätigen, und damit ist eine starke Bresche in das Konkordat geschossen. Dies sind unverkennbare Zeichen von Fortschritt. Oestreich hat kaum irgend einmal eine so freisinnige Physiognomie gehabt wie eben jetzt. Aber abgesehen von der Frage der Haltbarkeit liegt die Schwierigkeit in Ungarn. Dieses hat sich so vollständig loszumachen gewußt, daß es sogar auf eigene Rechnung Anleihen macht. Von den gemeinsamen Reichslasten will es 30 Procent übernehmen. Die deutsch-slavischen Länder müssen nun sehen, wie sie mit den übrigen 70 Procent ins Reine kommen. Von den Staatsschulden will es diejenigen, welche seit 1848, also ohne Zustimmung des ungarischen Landtags gemacht worden sind, vornweg nicht anerkennen. So ist die Reichseinheit auf das den Ungarn zusagende Minimum herabgedrückt und der anderen Reichshälfte von den gemeinsamen Reichslasten und von der Staatsschuld ein Maximum aufgebürdet, das diese nicht zu tragen vermag. Und doch brauchen die Ungarn Oestreich zum mindesten ebenso sehr als dieses sie. Sagen sie doch selbst, daß sie die volle Unabhängigkeit von Oestreich gar nicht wünschen, da diese sie zu ruinirenden Militärauslagen zwingen würde, um gegen die Nachbarn geschützt zu sein. Sie wollen nur ihre eigene Verfassung, ihre Autonomie; ihr Stützpunkt bleibt Oestreich, dessen Heere und Steuern ihnen eine Erleichterung gewähren sollen. So wird auf die deutsch-östreichische Gutmüthigkeit, welche sie als Schwachköpfigkeit verlachen, spekulirt. Der Magyare Szechenyi rief einst aus: „Was doch diese Deutschen für unbeholfene und unpraktische Leute sind! Doch dies ist ein Glück für uns. Denn wären sie anders, so hätten sie uns längst vernichtet."

Daraus erklärt sich die Furcht, welche sie vor einer näheren Verbindung mit Deutschland, vor einem Bündniß mit Preußen haben. Hierüber sagte Franz Deak: „Wollten wir uns mit einer fremden Großmacht verbinden, so fürchte ich, daß wir dadurch nur die Gefahr der Absorption über unser Vaterland heraufbeschwören würden." Allerdings würden die im Germanisiren geübten Norddeutschen in einigen Jahrzehnten ein anderes Resultat in Ungarn

Digitized by Google

hervorbringen als Metternich und seine Nachfolger. Der frühere Insurgentengeneral Perczel bezeichnete es daher als eine Lebensfrage Ungarns, daß Preußen seine Macht nicht bis an die Leitha ausdehne. Und andere erklären es offen, daß das wiederhergestellte Kaiserthum ein wesentlicher Faktor des europäischen Friedens sei, da ohne die Verwilligung der Landtage in Wien und Pesth und ohne das Einverständniß der Delegationen beider Theile kein Geld und kein Soldat erhoben werden könne. Ohne Ungarn vermöge Oestreich nichts. Das neue Ungarn aber habe bei keinem Krieg etwas zu gewinnen; der Friede sei für dasselbe eine Existenzfrage. Wie lange aber wird bei solcher Ungleichheit der Verhältnisse dieses friedliche Nebeneinanderwohnen, dieses ungestörte Ineinandergreifen des Räderwerks einer so komplicirten Maschine dauern? Wie lange wird es Cisleithanien behagen, dreimal so viele Steuern zu zahlen, als die Herren Magyaren, nur damit ja kein Konflikt entstehe, das neue Deutschland sich nicht einmische, vielleicht bis an die Leitha vordringe, oder vielleicht noch ein bischen weiter? Inwieweit Oestreich wegen seiner staatlichen Einrichtungen zu beglückwünschen ist, muß also noch abgewartet werden.

Solcher Erfolge, wie sie Preußen im ablaufenden Jahr aufzuweisen hat, kann sich kein anderer Staat rühmen. Der norddeutsche Bund wurde gegründet und in der Verfassung desselben der preußischen Regierung die oberste Leitung der Bundesangelegenheiten, darunter die des gesamten Militärwesens, der Kriegsmarine, der Verkehrsmittel und der diplomatischen Vertretung übertragen; die Allianz- und Zollvereinsverträge wurden von den süddeutschen Volksvertretungen genehmigt und dadurch für den Kriegsfall der Oberbefehl des Königs von Preußen bis zum Bodensee und den Tiroler Alpen ausgedehnt, Süddeutschland durch die Macht der materiellen Fragen aufs engste mit dem Norden verbunden; die Errichtung eines Zollparlaments für 38 Millionen Deutsche wurde festgesetzt, was den Vertretern der vielerlei Stämme des großen Vaterlandes im Norden und Süden Gelegenheit geben wird, ihren Partikularismus abzustreifen und sich als Deutsche zu fühlen. Im Einklang mit den Allianzverträgen hat auch Süddeutschland angefangen, sein Heerwesen zu reorganisiren und den Volksvertretungen neue Militärgesetzentwürfe vorzulegen, die sich möglichst an die preußischen Einrichtungen anschließen und im Beginn des Jahres 1868

Digitized by Google

mit einigen Aenderungen genehmigt wurden. Das lebendige Mitgefühl mit der Noth der armen Ostpreußen, deren Väter im Frühjahr 1813 den Reigen angeführt haben, ist ein schönes Zeugniß von dem Bewußtsein der Zusammengehörigkeit der deutschen Stämme.

Auch in Preußen, wo, wie in Süddeutschland, ein schwer zu überwindender Partikularismus sitzt, der selbst dem Grafen Bismarck zuweilen zu schaffen macht, gewöhnt man sich immer mehr an die Umwandlung Preußens in Deutschland, was wohl das beste Mittel ist, um die inneren Gegner zu entwaffnen. Diese Umwandlung zeigt sich am stärksten am Grafen Bismarck selbst. Als in der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 11. December die Administrativkonvention Preußens mit Waldeck verhandelt wurde, und ein Redner behauptete, die Waldecker verlieren auf diese Weise ihr Vaterland, da sie keine eigentlichen Waldecker mehr und auch keine Preußen seien, so erwiderte Graf Bismarck: „Die Waldecker werden nicht vaterlandslos; sie behalten den Ehrennamen „Deutsche", und einen besseren Ehrennamen hat keiner von uns in Anspruch zu nehmen." Und auf die Einwendung, daß durch diesen Vertrag dem preußischen Volk eine Last von etwa 100000 Thaler jährlich auferlegt werde, entgegnete er: „Ich höre immer nur von Lasten reden. Dies hörte ich auch in Frankfurt am Bundestage. So oft es sich um nationale Einrichtungen handelte, hieß es: dies legt uns Lasten auf. Dies ist die Sprache des Partikularismus. Wie? sollten wir für unsere staatliche und nationale Freiheit kein Opfer bringen können? In Amerika schlägt der Deutsche sich jetzt mit Stolz auf die Brust und sagt: ich bin ein Deutscher! während er sonst beschämt das Auge niederschlug. Die staatliche Ehre und Freiheit sollte uns doch über alles gehen."

LIBRARY
UNIVERSITY

Digitized by Google

Chronik
der
Ereigniſſe des Jahres 1867.

Tage		Seite
	Januar.	
3	Auflöſung der deutſch-ſlaviſchen Landtage in Oeſtreich und Ausſchreiben der Wahlen zu einem außerordentlichen Reichsrath	86
5	Kaiſer Maximilian kehrt von Orizaba nach Mexiko zurück	102
7	Das Abgeordnetenhaus der Vereinigten Staaten beſchließt, den Präſidenten Johnſon in Anklageſtand zu verſetzen	182
10	Unterredung Maximilians mit Marſchall Bazaine	102
14	Bazaine ſpricht ſich in einer Junta zu Mexiko für die ſofortige Abdankung Maximilians aus	102
14	Antrag der Linken in der bairiſchen Abgeordnetenkammer auf engen Anſchluß an Preußen	10
19	Programm des Fürſten von Hohenlohe	10
19	Napoleons Brief an Staatsminiſter Rouher über Adreßdebatte, Interpellationsrecht und Preßgeſetz	13
29	Griechenland beſchließt die Vermehrung ſeiner Armee auf die Drohungen der Türkei hin	69
	Februar.	
5	Stuttgarter Militärkonferenzen	11
7	Freiherr von Beuſt Miniſterpräſident in Oeſtreich	86
8	Die franzöſiſchen Truppen räumen die Hauptſtadt Mexiko	103
9	Schluß der Konferenzen der norddeutſchen Bevollmächtigten	5
12	Wahlen für den norddeutſchen Reichstag	5
14	Thronrede Napoleons	15
14	Die Türken von den Kandioten zurückgeſchlagen	70
19	Maximilian marſchirt nach Queretaro	104
20	Das Ultimatum des amerikaniſchen Kongreſſes wegen der Reorganiſation der Südſtaaten	182
24	Eröffnung des norddeutſchen Reichstags durch den König v. Preußen	5
	März.	
4	Graf Bismarck übergibt dem Reichstag den Verfaſſungsentwurf des norddeutſchen Bundes	17
9	Beginn der Generaldiskuſſion über den Verfaſſungsentwurf im Reichstag	18
11	Die franzöſiſchen Truppen räumen Veracruz und ſchiffen ſich ein	104
14	Thiers' Rede im geſetzgebenden Körper über das Verhältniß Frankreichs zu Deutſchland	27
15	Das ungariſche Miniſterium wird von Kaiſer Franz Joſef im Schloſſe zu Ofen beeidigt	86
15	Die Reden Garnier Pagès' und Emil Olliviers im geſetzgebenden Körper	29

Digitized by Google

Tage		Seite
16	Die Reden Latours und Rouhers	30
18	Die Reden Jüles Favres und Graniers von Cassagnac	31
18	Beginn der Specialdebatte über den Verfassungsentwurf im norddeutschen Reichstag	31
18	Graf Bismarck über Polen	32
18	Graf Bismarck über die nördlichen Distrikte Schleswigs	32
18	Graf Bismarck über die Allianzverträge mit den süddeutschen Staaten	33
19	Der preußische Staatsanzeiger veröffentlicht den Allianzvertrag zwischen Preußen und Baiern	33
22	Der Vertrag zwischen Frankreich und Holland wegen Abtretung Luxemburgs ist aufgesetzt	44
25	Der preuß. Gesandte im Haag protestirt gegen den Luxemburger Handel	45
30	Der König von Holland läßt die Gerüchte über eine Abtretung Luxemburgs im „Luxemburger Kourier" dementiren	45
30	Der norddeutsche Reichstag beschließt, daß die Abgeordneten Diäten erhalten sollen	62

April.

1	Der Senat der Vereinigten Staaten genehmigt den Ankauf des russischen Nordamerika	182
1	Eröffnung der Weltindustrieausstellung in Paris	64
1	Bennigsens Interpellation im norddeutschen Reichstag über die Luxemburger Frage und die Antwort des Grafen Bismarck	39
2	Puebla von Porfirio Diaz erstürmt	106
4	Entlassung des Ministeriums Ricasoli	154
7	Militärkonvention zwischen Preußen und Hessen	47
10	Ratazzi zum Ministerpräsidenten ernannt	154
10	Ende der Specialdebatte über den Verfassungsentwurf im norddeutschen Reichstag	60
11	Schutz- und Trutzbündniß zwischen Preußen und Hessen	47
15	Schlußberathung über den Verfassungsentwurf im nordd. Reichstag	61
15	Der norddeutsche Reichstag beschließt, daß die Abgeordneten keine Diäten erhalten sollen	62
16	Der Reichstag gibt im Militärwesen nicht nach	63
16	Annahme des Verfassungsentwurfes	63
17	Der Reichstag wird v. König v. Preußen mit einer Thronrede geschlossen	63
19	Schreiben des Freiherrn von Beust an den östreichischen Gesandten in Berlin über die Mission des Grafen Taufkirchen	137
23	Omer Pascha von den Kandioten zurückgeschlagen	70
30	Die beurlaubten franz. Officiere und Unterofficiere werden einberufen	48

Mai.

3	Der sächsische Landtag nimmt die norddeutsche Bundesverfassung an	64
6	Note des Fürsten von Hohenlohe an die drei süddeutschen Staaten wegen Bildung eines weiteren Bundes mit dem norddeutschen Bund	141

Digitized by Google

Tage		Seite
7	Beginn der Londoner Konferenz zur Beilegung des Luxemburger Streites	56
8	Unterredung zwischen Graf Bismarck und Benedetti	59
8	Der preußische Landtag nimmt die norddeutsche Bundesverfassung an	64
11	Unterzeichnung des Londoner Vertrags	57
15	Maximilian, in Queretaro eingeschlossen, ergibt sich an Escobedo	106
22	Eröffnung des deutsch-slavischen Reichsraths	89
28	Graf Bismarck ladet die süddeutschen Minister zu einer Konferenz in Zollvereinsangelegenheiten ein	73
	Juni.	
1	Ankunft des Kaisers von Rußland in Paris	66
1	Die dänische Regierung will Preußen keine Garantien zum Schutz der abzutretenden Deutschen geben	115
3	Die hessische zweite Kammer verlangt den Eintritt des ganzen Großherzogthums in den norddeutschen Bund	128
3	Ministerkonferenzen in Berlin in Zollvereinsangelegenheiten	73
4	Württemberg und Baden stimmen dem Zollvereinsantrag sogleich zu	75
5	Ankunft des Königs von Preußen in Paris	79
6	Attentat des Polen Berezowski auf Kaiser Alexander	80
7	Hessen-Darmstadt nimmt den Zollvereinsantrag an	75
8	Franz Josef wird als König von Ungarn gekrönt	86
11	Kaiser Alexander reist von Paris ab	81
13	Maximilian vor dem Kriegsgericht	104
14	Der König von Preußen reist von Paris ab	81
14	Lord Stanley's Auslegung der Kollektivgarantie	59
14	Das Kriegsgericht spricht über Maximilian das Todesurtheil aus	105
15	Escobedo bestätigt das Todesurtheil	105
15	Kollektivnote der vier Mächte an die Pforte	70
16	Zusammenkunft Kaiser Alexanders mit dem König von Preußen in Berlin	81
17	Graf Taufkirchen von der bairischen Regierung zu neuen Unterhandlungen nach Berlin geschickt	78
18	Baiern nimmt den Zollvereinsantrag und das Zollparlament an	79
18	Eine preuß. Note an Dänemark beharrt auf den verlangten Garantien	116
19	Maximilian nebst Miramon und Mejia erschossen	105
19	Der kaiserliche General Marquez entflieht aus dem belagerten Mexiko	105
21	Mexiko ergibt sich an Porfirio Diaz	105
21	Schreiben des Kriegsmin. Niel an den Oberst der Antibeslegion in Rom	155
22	Der franz. Abg. Morin nimmt sich im gesetzgeb. Körper Dänemarks an	114
26	Eröffnung der Zollkonferenzen in Berlin	79
27	Veracruz von den Republikanern besetzt	106
27	Die France ruft aus: Wir sind Europa!	114
30	Freiherr von Beust zum Reichskanzler ernannt	107
30	Der Sultan in Paris	93
30	Franz Josef erhält in München die Nachricht von der Erschießung Maximilians	92

Digitized by Google

Juli.

Tage		Seite
1	Napoleons Rede bei der Austheilung der Ausstellungspreise . . .	93
1	Preußen übernimmt das Thurn und Taxis'sche Postwesen in ganz Norddeutschland	131
1	Graf Bismarck zum Bundeskanzler ernannt	133
4.	Die Nachricht von der Erschießung Maximilians wird von Washington aus bestätigt	93
5	Der Moniteur spricht sich über Juarez sehr stark aus	93
5	Graf Derby über den Unterschied einer Separat- und Kollektivgarantie	59
8	Abschluß des neuen Zollvertrags zwischen dem norddeutschen Bund und Süddeutschland	79
10	Mühlfeld stellt im östreichischen Abgeordnetenhaus einen Antrag bezüglich eines neuen Religionsedikts	108
11	Herbst und 70 Genossen beantragen im östreichischen Abgeordnetenhaus, neue Gesetzentwürfe über Ehe und Schule abzufassen . .	108
15	Präsident Juarez zieht in Mexiko ein	106
16	General Grant erhält vom Kongreß Vollmacht zur Absetzung von Civilbeamten in den Südstaaten der Union	182
17	General Dumont inspicirt die Antibeslegion in Rom	155
18	Vertrag zwischen Preußen und Waldeck wegen Uebernahme der Verwaltung des Fürstenthums	132
20	Der Herbst'sche Antrag wird vom östreichischen Abgeordnetenhaus angenommen	108
20	Das dänische Kabinet will nähere Aufklärung über die Garantien	116
23	Der französische Botschaftssekretär Lefebre liest dem preußischen Unterstaatssekretär von Thile eine Depesche vor	117
27	Der kleine Moniteur leugnet die Existenz einer französischen „Note" hinsichtlich Nordschleswigs	118
28	Die italienische Abgeordnetenkammer beschließt die Einziehung der Kirchen- und Klostergüter	154
31	Die Kaiserin Charlotte wird von Miramar nach dem belgischen Schloß Tervuren gebracht	106

August.

4	Versammlung d. nationaldeutschen Partei Süddeutschlands in Stuttgart	136
12	Kriegsminister Stanton wird vom Präsidenten Johnson suspendirt und sein Amt provisorisch dem General Grant übertragen . .	182
12	Französische Journalisten in Kopenhagen	119
17	Die hessische zweite Kammer nimmt den Zollvereinsvertrag an . .	136
17	Das französische Kaiserpaar reist bis Augsburg	120
18	Das französische Kaiserpaar kommt in Salzburg an	120
23	Abreise des französischen Kaiserpaares von Salzburg	124
25	Das französische Rundschreiben über die Salzburger Zusammenkunft	120
26	Napoleons Reden in Arras und Lille	124
28	Die „Presse" bekämpft entschieden ein Bündniß mit Frankreich . .	122

Digitized by Google

Tage		Seite
31	Ende des spanischen Militäraufstands	131
31	Wahlen zum norddeutschen Reichstag und Sieg des deutschen Kandidaten über den dänischen im Distrikt Flensburg-Apenrade	132
	September.	
1	Beginn des Verkaufs der italienischen Kirchengüter	154
5	Die badische Thronrede	127
7	Rundschreiben des Grafen Bismarck über die Beziehungen des norddeutschen Bundes zu Süddeutschland	129
8	Garibaldi's Ankunft in Genf	156
9	Beginn des Friedenskongresses in Genf	156
10	Thronrede zur Eröffnung des norddeutschen Reichstags	132
11	Berezowski kommt in Toulon unter die Galerensträflinge	81
12	Die Genfer erheben sich gegen den Friedenskongreß	156
16	Antwortsadresse der badischen zweiten Kammer	128
20	Protest des Papstes gegen die Einziehung der Kirchengüter	155
21	Ratazzi's Erklärung gegen den Freischarenzug	157
24	Garibaldi in Asinalunga gefangen genommen	157
24	Antwortsadresse des norddeutschen Reichstags	133
27	Landesversammlung der deutschen Partei in Stuttgart	136
30	Die Freischaren betreten den Kirchenstaat u. überfallen Acquapendente	158
	Oktober.	
1	Die Kreuzzeitung: dem groben Kloß ein grober Keil!	125
1	Die neuen Militärorganisationen der norddeutschen Staaten sind fertig	131
1	Sämtliche norddeutsche Truppen schwören dem König von Preußen den Fahneneid	131
1	Preußen übernimmt die Verwaltung des Fürstenthums Waldeck	
1	Das württembergische Königspaar macht der preußischen Königsfamilie einen Besuch auf der Insel Mainau	132 135
2	Das preußische Königspaar und der Kronprinz besuchen die württembergischen Majestäten in Friedrichshafen u. reisen nach Hohenzollern	135
2	Adresse der 25 Bischöfe an den Kaiser von Oestreich	109
3	Einweihung der restaurirten Burg Hohenzollern	135
3	Präsident Simson übergibt dem König von Preußen die Antwortsadresse des Reichstags auf der Burg Hohenzollern	135
4	Antwort des Kultministers an den Wiener Gemeinderath wegen der Lehrerbildungsanstalt	110
4	Vom Wiener Gemeinderath wird eine Adresse an den Kaiser beschlossen wegen des Angriffs der Bischöfe	110
5	Die päpstlichen Truppen erstürmen Bagnorea	159
6	Abreise der preußischen Königsfamilie von Hohenzollern	135
6	Zusammenkunft der preußischen Königsfamilie mit König Ludwig II. von Baiern in Augsburg	135
6	Rede des Dr. Völk in Augsburg über die norddeutsche Bundesverfassung	136

Digitized by Google

Tage		Seite
7	Abreise der preußischen Königsfamilie von Nürnberg nach Weimar	135
8	Fürst Hohenlohe in der bairischen Abgeordnetenkammer über das Verhältniß Süddeutschlands zum norddeutschen Bund	138
8	Der Reichstagsabgeordnete Braun über die Verträge mit Württemberg	139
9	Mühlfeld beantragt im östreichischen Abgeordnetenhaus die sofortige Aufhebung des Konkordats	112
14	Interpellation des badischen Abgeordneten Wundt und Antwort des Ministers von Freydorf	140
16	Handschreiben des Kaisers Franz Josef an Kardinal Rauscher	111
18	Der Allianzvertrag von der badischen zweiten Kammer genehmigt	141
18	Ueberreichung einer Adresse an den Senator von Rom	159
18	Die päpstlichen Zuaven erstürmen Nerola	159
19	Der Zollvereinsvertrag von der badischen zweiten Kammer einstimmig genehmigt	142
19	Die päpstlichen Zuaven vertreiben die Garibaldiner aus Vallecorsa	159
19	Ratazzi nimmt seine Entlassung	160
19	Garibaldi entrinnt von Kaprera und landet bei Livorno	160
20	Wiederaufnahme der Feindseligkeiten in Kandia von Seiten d. Türken	151
20	Der Kirchenstaat ist von Freischaren geräumt, die Einschiffung der französischen Truppen in Toulon eingestellt	159
20	General Cialdini wird beauftragt, ein neues Ministerium zu bilden	160
21	Garibaldi in Florenz	160
21	Debatte in der bairischen Abgeordnetenkammer über den Zollvereinsvertrag	142
22	Annahme des Zollvereinsvertrages in der bairischen Abgeordnetenkammer	142
22	Die Zuavenkaserne in Rom zur Hälfte in die Luft gesprengt	160
22	Die Schar Cairoli's setzt sich auf einem Hügel in Rom fest	160
22	Zusammenkunft des Kaisers v. Oestreich mit dem König v. Preußen und dem Großherzog von Baden in Oos	151
23	Der Kaiser von Oestreich kommt in Paris an	150
23	Der Allianz- u. Zollvereinsvertrag von der badischen ersten Kammer genehmigt	142
23	Das östreichische Abgeordnetenhaus nimmt den Gesetzentwurf über die Ehe an	112
23	Cairoli und seine Schar von den päpstlichen Truppen vernichtet	160
23	Garibaldi begibt sich von Florenz an die päpstliche Grenze	160
24	Garibaldi's Sturm auf Viterbo wird abgeschlagen	160
24	Der Schwäbische Merkur über die Neutralität Württembergs	149
25	Rom in Belagerungszustand erklärt	160
26	Garibaldi erstürmt Monterotondo	161
26	Napoleon gibt Befehl zur Einschiffung der Truppen	161
26	Cialdini verzichtet auf die Bildung eines Ministeriums	160
26	Beschluß des norddeutschen Reichstags über die süddeutschen Allianz- und Zollvereinsverträge	140

Digitized by Google

Tage		Seite
26	Schluß des norddeutschen Reichstags	139
26	Der Löwenstein'sche Vermittlungsantrag bei der Debatte der bairischen Reichsrathskammer über den Zollvereinsvertrag	143
26	Fürst Hohenlohe und Freiherr von Thüngen reisen nach Berlin	144
27	Fürst Hohenlohe und Thüngen verhandeln mit Graf Bismarck	144
27	General Graf Menabrea bildet ein Ministerium	160
27	Vermählung des griechischen Königs Georgios mit der Großfürstin Olga in Petersburg	151
27	Proklamation Viktor Emanuels an die Italiener	161
28	Die französische Flotte im Hafen von Civitavecchia	161
28	Hohenlohe und Thüngen haben Audienz bei dem König v. Preußen	144
29	Das östreichische Abgeordnetenhaus nimmt den Gesetzentwurf über Trennung der Schule von der Kirche an	112
29	Debatte in der württembergischen Abgeordnetenkammer über den Allianzvertrag	146
30	Annahme des Allianzvertrags in der württemberg. Abgeordnetenkammer	149
30	Deputationen bei Hohenlohe u. Thüngen wegen des Zollvereinsvertrags	145
30	Das bairische Abgeordnetenhaus beharrt auf seinem Beschluß	145
30	Einzug der Franzosen in Rom	161
30	Rundschreiben der italienischen Regierung	161
30	Die italienischen Truppen rücken im Kirchenstaat ein	161
31	Die bairische Reichsrathskammer nimmt den Zollvereinsvertrag an	145
31	Die württemberg. Abgeordnetenkammer nimmt d. Zollvereinsvertrag an	150

November.

1	Freiherr von Beust in London	151
1	Rundschreiben des Freiherrn von Beust	152
1	Garibaldi's Tagesbefehl von Monterotondo	161
1	Monstier protestirt gegen das Einrücken der italienischen Truppen in den Kirchenstaat	163
2	Die Pariser Polizei nimmt Verhaftungen vor auf d. Montmartrekirchhof	183
3	Die Gründung einer Lehrerbildungsanstalt in Wien wird genehmigt	113
3	Treffen bei Mentana	162
4	Garibaldi in Figline gefangen genommen und nach dem Fort Varignano gebracht	162
4	Die italienischen Truppen räumen den Kirchenstaat	163
4	Die württembergische erste Kammer genehmigt die Verträge	150
5	Kaiser Franz Josef in Stuttgart	151
6	Kaiser Franz Josef in München	151
9	Frankreich ladet die fremden Mächte zu einer Konferenz ein	164
15	Die preußische Thronrede	165
18	Die französische Thronrede	165
19	Die englische Thronrede	181
19	Menabrea verlangt die Räumung Roms als die Bedingung der Theilnahme Italiens an der Konferenz	165

Digitized by Google

Tage		Seite
20	Graf Derby über die Vorbedingungen einer Konferenz	164
24	Note des Grafen Bismarck an Hessen-Darmstadt in Angelegenheiten der Konferenz	165
26	Die Leiche Maximilians in Veracruz dem Viceadmiral Tegetthoff übergeben	106
26	Garibaldi wird freigelassen und geht nach Kaprera	162
27	Neuer Postvertrag zwischen dem norddeutschen Bund, Süddeutschland und Oestreich	179
30	Der französische Senat geht über die italienische Frage zur Tagesordnung über	166

December.

2	Jüles Favre bekämpft im gesetzgebenden Körper die französische Intervention in Italien	166
3	Jüles Simon spricht von der scheinbaren Souveränetät des Papstes	166
4	Mouftier und Thiers vertheidigen die französische Intervention . .	167
5	Rouher ruft Italien ein Jamais! entgegen	168
5	Menabrea's Rede in der italienischen Abgeordnetenkammer über das Verhältniß Italiens zu Rom	171
6	Der ministerielle Kandidat Lanza wird von der italienischen Abgeordnetenkammer zu ihrem Präsidenten ernannt	173
9	Thiers' Rede über Deutschland	168
9	Bennigsens Antrag in der preußischen Abgeordnetenkammer über das Gesandtschaftswesen	177
9	Graf Bismarck über das Gesandtschaftswesen der kleinen Staaten, über Bundeskonsulate und Bundesgesandte	178
11	Verhandlungen im preußischen Abgeordnetenhaus über den Vertrag Preußens mit Waldeck	186
13	Pulverexplosion in Clerkenwell	180
13	Rede des Justizministers Mari gegen die weltliche Herrschaft des Papstes	172
16	Crispi's Rede gegen die Intervention Frankreichs	172
17	Menabrea's Rede über den Septembervertrag	171
19	Debatte im gesetzgebenden Körper über das Militärgesetz	168
21	Berichterstatter Greffier über das sogenannte Gleichgewicht . . .	168
22	Die italienische Kammer verwirft das von Menabrea verlangte Vertrauensvotum	173
23	Menabrea gibt seine Entlassung und wird wieder berufen . . .	173
23	Rede des Kriegsministers Riel	169
23	Entgegnung Jüles Favre's	170

LIBRARY OF THE UNIVERSITY CALIFORNIA

Druck von J. Dräger's Buchdruckerei (C. Feicht) in Berlin.

Digitized by Google

Müller, W.
Politische geschichte der gegenwart.
M9
v.1
33467
D39d
M9
v.1
UNIVERSITY OF CALIFORNIA LIBRARY
Mayer & Müller
Buchhandlung
BERLIN